

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.)

1998 | 1

1998

<https://doi.org/10.25969/mediarep/18369>

Veröffentlichungsversion / published version

Teil eines Periodikums / periodical part

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. (Hg.): 1998 / 1, Jg. 24 (1998),
Nr. 1. DOI: <https://doi.org/10.25969/mediarep/18369>.

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Creative Commons -
Namensnennung - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0/
Lizenz zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz
finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Terms of use:

This document is made available under a creative commons -
Attribution - Share Alike 4.0/ License. For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

Rundfunk und Geschichte

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte
Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

24. Jahrgang Nr. 1 - Januar 1998

Berlin und das System der Medienstandorte

Anfänge des Filmstandorts Berlin

Rundfunkstandorte in der Weimarer Republik

**Amerikanische Rundfunksender und
die Befreiungspolitik der USA**

Hörerbefragung am Ende des Zweiten Weltkriegs

Werner Höfer (1913 - 1997)

Rezensionen

Bibliographie

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Jahresregister 1997

Zitierweise: RuG - ISSN 0175-4351

Redaktion: Ansgar Diller Edgar Lersch

Redaktionsanschrift

Dr. Ansgar Diller, Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin, Bertramstraße 8,
60320 Frankfurt am Main, Tel. 069-15687212, Fax 069-15687200

Dr. Edgar Lersch, Süddeutscher Rundfunk, Historisches Archiv, Neckarstraße 230, 70190 Stuttgart,
Tel. 0711-9293233, Fax 0711-9292698

Redaktionsassistent: Dr. Stefan Niessen

Herstellung: Michael Friebel

Redaktionsschluß: 31. März 1998

Das Inhaltsverzeichnis von »Rundfunk und Geschichte« wird ab Jg. 23 (1997), H. 1, im INTERNET
(<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/zeitschr/RuGe/rugindex.htm>) angeboten.

Inhalt

24. Jahrgang Nr. 1 / Januar 1998

Editorial zu diesem Heft (Helmut Schanze)	3
Aufsätze	
Detlef Briesen Die Stellung Berlins im System der deutschen Medienstandorte Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges	5
Klaus Kreimeier Die Anfänge des Filmstandorts Berlin	16
Ansgar Diller Die Debatte um die Rundfunkstandorte in der Weimarer Republik	22
Rüdiger Steinmetz Der Medienstandort Leipzig und die Universität	32
Bernd Stöver »Liberating the Captive People« Die Sender Radio Freies Europa und Radio Liberation und die Befreiungspolitik der USA	39
Irmgard Wilharm AV-Überlieferung und Geschichtswissenschaft Der Quellenwert von Hörfunk-, Fernseh- und Filmdokumenten	46
Dokumentation	
Haben Sie Auslandssender gehört? Eine amerikanische Hörerbefragung am Ende des Zweiten Weltkriegs (Ansgar Diller)	54
Miszellen	
Werner Höfer (1913 - 1997) (Eva-Maria Marzok)	63
Das Historische Archiv des Westdeutschen Rundfunks Köln (Birgit Bernard / Ulrike Nüchel)	70
Tagung mit »Fernsehpionieren« in Wien	76
Dritte Tagung zu »Buch, Buchhandel und Rundfunk« in Marbach	76
»Medienrezeption seit 1945« Tagungsdokumentation erschienen	77
43. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im Mai 1998 in Mainz	77
Neue Reihe »Media Studien« in Leipzig	77
Rezensionen	
Joachim-Felix Leonhard (Hrsg.): Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik (Irmela Schneider)	78
Reinhard Ricker / Peter Schiwy: Rundfunkverfassungsrecht (Ansgar Diller)	81

Olaf Jubin: Bibliographie zur deutschen Privatfunk-Entwicklung (Ansgar Diller)	82
Oliver Hahn: ARTE. Der Europäische Kulturkanal (Dietrich Schwarzkopf)	82
Michael Kuhlmann: Fernsehen der DDR (Konrad Dussel)	83
Karl Hoche: In diesem unserem Lande. Eine Geschichte der Bundesrepublik in ihren Bildern (Ansgar Diller)	84
Norbert Gabriel: Kulturwissenschaften und Neue Medien (Christian Filk)	85
Peter Ludes / Andreas Werner (Hrsg.): Multimedia-Kommunikation (Christian Filk)	86
Jürgen E. Müller: Intermedialität. Formen moderner kultureller Kommunikation (Christian Filk)	87
Georg Ruhrmann / Jörg-Uwe Nieland: Interaktives Fernsehen (Christian Filk)	88
Georg Seeßlen: Thriller. Kino der Angst (Christian Filk)	89
Pascal Ihle: Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg (Ansgar Diller)	89
Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte (Carola Tischler)	91
50 Jahre Literatur in Rheinland-Pfalz. Stimmen und Töne	91
Bibliographie	
Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fachinstituten Universität Dortmund. Institut für Journalistik (Frauke Adrians / Horst Pöttker)	92
Zeitschriftenlese (75) (1.9. - 31.12.1997) (Rudolf Lang)	95
Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte	
29. Jahrestagung des Studienkreises im Mai 1998 in Leipzig	97
Aus der Vorstandsarbeit des Studienkreises	98
Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv	
Promotionsstipendien für DDR-Rundfunkgeschichte	99
Fernsehmagazine, Kriminalhörspiele Neuerscheinungen in der Buchreihe des DRA	99
Anja Kreutz u.a.: Von »AHA« bis »VISITE« Ein Lexikon der Magazinreihen im DDR-Fernsehen Kriminalhörspiele 1924 - 1994. Bearbeitet von Andreas Meyer DRA-CD »1848 - geteiltes Erbe«	100

Editorial zu diesem Heft

Die Jahrestagung des »Studienkreises Rundfunk und Geschichte« widmete sich 1997 dem Thema »Medienstandorte«. War damit auch ein Thema angesprochen, welches die gegenwärtige politische Diskussion beherrscht, so zeigte sich dennoch, daß die wissenschaftliche Erforschung dessen, was als »Standortfaktor« gilt, noch in den Anfängen steckt. Zwar gilt es als unumstritten, daß ein Medienstandort nicht zuletzt historisch bestimmt wird, aber neben geographischen und ökonomischen Faktoren Konzepte, Ideen und Zufälle eine »Rolle« spielen. Doch gerade die sogenannten »weichen« Standortfaktoren, die sich zwar nur schwer ermitteln lassen, aber die entscheidenden sein mögen, sind es, die einen Medienstandort begründen. Neben den technischen, geographischen, ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen bedarf es komplexer Quellenanalysen, die im Rahmen mediengeschichtlicher Studien zu leisten sind.

Darüber hinaus zeigte sich, daß gerade Medienstandorte keineswegs nur monomedial zu betrachten sind. Es sind Prozesse der Medienrevolution und der Medienkoevolution zu beachten. Ob sich ein Buchstandort, ein Filmstandort, ein Rundfunkstandort entwickelt, läßt sich zwar nicht voraussagen. Aber an seiner Entstehung sind, so der gegenwärtige Stand der Erkenntnis, regelmäßig mehrere Medien beteiligt. Die Einzelbetrachtung etwa der Entwicklung von Leipzig, Hamburg, Berlin, München, Stuttgart, Köln/Düsseldorf und des Rhein-Main-Dreiecks mit Frankfurt am Main und Mainz könnte dies belegen.

Die verschiedenen von den Medien ausgehenden Ansätze (etwa der Literatur- und Buchgeschichte, der Filmgeschichte, der Rundfunkgeschichte, der Fernsehgeschichte) und die von den unterschiedlichen Disziplinen der Sozialwissenschaften, der Geographie und der Ökonomie geleiteten Untersuchungen sind so verschieden nicht, daß sich nicht eine Vielzahl von gemeinsamen Aspekten ergeben hätten. Wer sich mit Druckorten, mit Theaterorten, mit Zeitungsorten, mit Filmorten, mit Rundfunkorten beschäftigt, wird, anders als bei den ortlosen »Neuen Medien« nicht nur vom »genius loci« sprechen, sondern auch von »harten« Fakten. Nicht ohne Grund ist die Angabe des Verlagsortes im Zitatrecht unabdingbar, und die Frage, ob und wo ein Sender steht, ist nicht nur politisch keineswegs gleichgültig, wie die Auseinandersetzung um den Sitz des Intendanten und den sogenannten Standortausgleich zwischen Stuttgart, Ba-

den-Baden und Mainz beim neuen Südwestrundfunk (SWR) belegt.

Dennoch lassen sich, auch in Bezug auf die verschiedenen Medien, grundsätzliche Unterschiede ausmachen. Zwischen dem Ort des Sendemastes und dem Sitz des Rundfunkunternehmens, das die Programme herstellt, war zumindest in früheren Zeiten aus technischen Gründen Nähe anzunehmen. Die Filmindustrie brauchte die Nähe der großen Stadt mit ihren Abspielstätten, aber auch das Reservoir der Schauspieler und anderer Mitwirkender. Welche Unterschiede für öffentlich-rechtliche und privatkommerzielle Rundfunkunternehmen bei der Standortwahl gelten, müßte vor allem für die letzteren noch präziser herausgearbeitet werden. Jedenfalls dürften hier jeweils andere Prinzipien bei der Standortwahl bzw. -bestimmung gelten.

Die Wahl der Beispiele war - aus vielerlei Gründen - nicht so systematisch, wie sie man sich hätte wünschen können. Sie war aber auch keineswegs so zufällig, wie sie auf den ersten Blick erscheinen mag. Ziel war es, Interrelationen zwischen den Diskussionen in den einzelnen Wissenschaften aufzuzeigen, Defizite zu markieren und Anregungen für weitere interdisziplinäre Forschungen zu geben. Historische und sozialwissenschaftliche Ansätze von der historischen Regionalforschung bis zur Urbanistik steckten den Rahmen ab, in dem sich die Fragestellungen konkret entfalten konnten.

Daß der »genius loci« Berlin und Potsdam-Babelsberg eine prominente Rolle spielen sollte, war mit der Wahl des Tagungsortes vorausbestimmt. An ihm ließ sich paradigmatisch die Frage nach dem »Filmstandort« in der Geschichte und dem Film- und Fernsehstandort in der Gegenwart und der Zukunft erörtern. Die Münchner »Szene« sowie Leipzigs Vergangenheit und Zukunft sowie die Hamburger Entwicklung bildeten weitere komplexe Modelle für »größere« und »kleinere« Standorte. In der Diskussion wurde immer wieder, verdeckt oder offen, die Frage nach dem Medienstandort Köln und der Standortpolitik für Köln gestellt. Vielleicht zeigt sich hier eine Grenze der historischen Optik selber. Geschichte eines Standorts ist immer pragmatische Geschichte. Sie dient auch der Standortpolitik. Dies mag ein Grund mehr sein, historische und systematische Ansätze, auch im Blick auf noch zu schreibende Standortgeschichten, zu reflektieren und kritisch zu verbinden. Insofern konnte die Studienkreistagung in Potsdam über Medienstandorte nur ein Anfang sein.

Helmut Schanze, Siegen

Autoren der längeren Beiträge

Dr. Detlef Briesen, Franziskanerstraße 17, 51491 Overrath

Dr. Ansgar Diller, Deutsches Rundfunkarchiv, Historisches Archiv der ARD, Bertramstraße 8,
60320 Frankfurt am Main

Prof. Dr. Klaus Kreimeier, Liethenstraße 83, 50259 Pulheim-Dansweiler

Prof. Dr. Rüdiger Steinmetz, Universität Leipzig, Institut für Kommunikations- und
Medienwissenschaft, Augustusplatz 9, 04109 Leipzig

Dr. Bernd Stöver, Universität Potsdam, Historisches Institut, Lehrstuhl Zeitgeschichte,
Postfach 60 15 53, Am Neuen Palais 10, 14415 Potsdam

Prof. Dr. Irmgard Wilharm, Universität Hannover, Historisches Seminar, Am Ihmeufer 5,
30499 Hannover

Die Stellung Berlins im System der deutschen Medienstandorte

Vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges*

Forschungsstand und Forschungsfragen

Kaum ein Teilbereich des öffentlichen Lebens hat seit der Mitte des 19. Jahrhunderts eine solch tiefgreifende Wandlung erfahren wie der Bereich der Massenkommunikation. Besonders betroffen war davon die Zeitung, das neben dem Flugblatt älteste Medium der Massenkommunikation.¹ Die Gesamtauflage vervielfachte sich, der Umfang der einzelnen Zeitungen stieg um das drei- bis vierfache an. Es entstanden neuartige Zeitungstypen, wie die überregionale politische Zeitung, die regionale und lokale Abonnementzeitung sowie die Boulevardzeitung. Wichtige Faktoren in dieser Entwicklung waren die Aufhebung des Intelligenzzwanges (d.h. des Anzeigenmonopols der Amtsblätter), die Abschaffung der Zeitungssteuer, die Freigabe der Telegraphenverbindungen für privaten Nachrichtenverkehr, der wachsende Anzeigenmarkt, die Weiterentwicklung der Drucktechnik, das Telefon als schneller Übermittler von Nachrichten usw. Einen ähnlichen stürmischen Aufschwung nahm, zum Teil aus denselben Gründen, das Zeitschriften- und Buchverlagswesen.

Die weitere Entwicklung der Massenmedien in den Jahren kurz vor dem Ersten Weltkrieg bis in die frühen 50er Jahre war dann geprägt durch das Aufkommen und die teilweise Durchsetzung der neuen Medien Film, Schallplatte, Rundfunk und Fernsehen. Besonders der Rundfunk stellte sich mehr und mehr als der eigentliche Konkurrent der Zeitungen heraus. Diese waren schon vor dem Ersten Weltkrieg aus Aktualitätsgründen in den Großstädten des Reiches zu zwei- bis dreimaligem täglichen Erscheinen übergegangen. Mit der nahezu ständigen Verfügbarkeit neuester Nachrichten durch den Hörfunk deutet sich somit schon in den Jahren zwischen den Weltkriegen jene Modifikation des Gefüges der Massenmedien an, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Fernsehen durchsetzen sollte.

Mit Hörfunk und Film sind zwei in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts »neue« Medien genannt, die nicht im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen werden. Der Beitrag befaßt sich vielmehr mit jenen um 1940 bereits traditionellen Formen der Massenkommunikation, mit Zeitungen, Zeitschriften und (begrenzt) auch mit dem Buchverlagswesen und konzentriert sich auf einige Grundzüge der Entwicklung des Massenme-

dienstandorts Berlin. Dabei wird es notwendig sein, Entwicklungen seit jener für den Medienbereich wichtigen Zäsur um die Mitte des letzten Jahrhunderts mit in den Blick zu nehmen. Endpunkt der Darstellung wird dagegen die Zeit des Nationalsozialismus und der Zusammenbruch sein, da sich von dort aus eine völlige Umstrukturierung der deutschen Medienlandschaft insgesamt ergeben hat, die auch die weitere Zukunft der deutschen Medienstandorte bestimmte.

Der Beitrag hat keinen genuin mediengeschichtlichen Ansatz als Ausgangspunkt gewählt,² sondern den einer historischen Geographie oder geschichtlichen Raumwissenschaft.³ Dieser Wissenschaft geht es darum, Phänomene gesellschaftlicher Differenzierung in Bezug auf ihre funktionsräumliche Verortung präziser zu ermitteln. In diesem Zusammenhang muß darauf verwiesen werden, daß solche Fragestellungen im Bereich thematischer, theoretischer und methodologischer Überschneidungen von Geschichtswissenschaft und Geographie speziell in Deutschland nur selten bearbeitet werden. Vermutlich hängt dies mit dem weitgehenden Desinteresse der Historiker am »Raum« und der Geographen an der »Zeit« als Erklärungskategorien zusammen und damit, daß »Raum« unter dem wirkungsmächtigen Einfluß der Systemtheorien lange Zeit als naive Substantialisierung von sozialen Beziehungen oder Kommunikationsstrukturen galt. Für die Geschichtswissenschaft selbst wirkt sich außerdem jene Desavouierung des Raumes als Erklärungskategorie durch die »völkische« Wissenschaft der Zwischenkriegszeit aus. Unter dieser Perspektive verwundert es fast, daß ein ähnlich gelagerter (jedoch politisch anders intendierter) naiver Determinismus der französischen Schule der »Annales« begeistert rezipiert werden konnte, obwohl es auch hier im deutschsprachigen Raum kaum zu empirischen Forschungsarbeiten für die Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts kam.⁴

Grundfrage soll im folgenden sein, wie das System der deutschen Medienstandorte zwischen 1850 und 1940 beschaffen war, auf welche funktionsräumlichen Einheiten - das sind Standorte, in der Regel Städte - es sich stützte und wie sich die dabei besonders interessierenden Phänomene der Polarisierung und Dezentralisierung entwickelten. Ein zentraler Punkt des Beitrages wird dabei selbstverständlich immer

wieder sein, nach der Stellung Berlins im System der deutschen oder deutschsprachigen Medienstandorte zu fragen.

Tagespresse

Die Geschichte der Standortverteilung der wichtigsten Tageszeitungen ist in den meisten Nachbarländern Deutschlands verhältnismäßig einfach: Fast alle bedeutsamen Blätter erscheinen dort in der jeweiligen Hauptstadt und werden auch in der »Provinz« gelesen und beachtet.⁵ Eine solche Hauptstadtresse hat es in Deutschland bis zum Ersten Weltkrieg nicht gegeben, und selbst bis zum Zweiten hat die Berliner Presse diese Funktion nur ansatzweise erfüllt. Insgesamt lassen sich für die Entwicklung der deutschen Tagespresse und ihrer Standorte bis 1945 fünf historische Phasen unterscheiden:

1. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts war Berlin⁶ allenfalls ein Pressezentrum unter etwa acht bis zehn gleichrangigen in dem Gebiet, in dem die deutsche Sprache vorwiegend für die Abfassung von Druckerzeugnissen verwendet wurde.⁷ Zwar gehörten die Berliner Zeitungen, speziell die »Vossische« und die »Haude-Spenersche«, zu den meistgelesenen in ganz Deutschland.⁸ Sie haben jedoch über Berlin und Brandenburg hinaus allenfalls in den ostelbischen Provinzen Preußens sowie im Baltikum eine herausragende Stellung gewinnen können. Weitere Berlin durchaus ebenbürtige Zentren für die Tagespresse bzw. die entsprechenden Organe waren:

- Köln mit der »Koelnischen Zeitung«,⁹
- Augsburg mit der »Allgemeinen Zeitung« Cottas,¹⁰
- Hamburg mit dem »Hamburger Korrespondenten«
- Leipzig mit der »Leipziger Zeitung«,
- sowie Frankfurt am Main mit der »Frankfurter Zeitung«

Die beiden damals führenden Zeitungen im späteren Gebiet des Deutschen Reiches waren die »Koelnische Zeitung« und die »Allgemeine Zeitung«. Die Tatsache, daß deren Berichte häufig nachgedruckt wurden, zeigt zugleich, daß bis zur Einführung des Telegraphen zur privaten Nachrichtenvermittlung (1849) im wesentlichen noch die Standortbedingungen der vorindustriellen Zeit für die Standortfragen von Tageszeitungen galten. Da Nachrichten mit der Post transportiert wurden, entschied die Lage im System der Postrouden auch über den Rang eines Ortes als Medienzentrum.¹¹ Da auf dem Gebiet des Deutschen Bundes der Bau von Chausseen (bzw. von Eisenbahnlagen) massiv erst in den 1850er Jahren einsetzte, war entscheidend, wie

gut das entsprechende Pressezentrum mit dem westlichen und südlichen Europa verbunden war. Von dort stammte die Masse des gesamten, nicht nur aus Gründen der Tagesaktualität interessanten »Kulturtransfers«. In Köln und Augsburg liefen die Nachrichten aus dem südlichen und westlichen Ausland zusammen, weil am Rhein das vorzügliche französische Straßensystem endete und Augsburg die erste bedeutsame deutschsprachige Stadt auf der Brenner-Route von Italien war. Eine solche Verteilungsfunktion im gesamteuropäischen Nachrichtensystem kam Berlin bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts höchstens für die noch weiter östlich und nördlich gelegenen Gebiete zu, insbesondere für die preußischen Ostprovinzen und das Baltikum, womit zugleich die dortige hohe Rezeption der Berliner Tageszeitungen zu erklären ist.

2. In den Jahrzehnten von der Märzrevolution bis zur Reichsgründung modifizierte sich das System der Zeitungsstandorte. Wichtige Gründe hierfür waren zum einen die schon erwähnten technischen Veränderungen der Nachrichtenübermittlung durch die Freigabe der Telegraphenverbindungen und deren Ausbau sowie die Verbesserung des Straßen- und Eisenbahnsystems; zum anderen die wirtschaftlichen, demographischen und rechtlichen Veränderungen. Durch den Fortfall des Intelligenzzwanges konnte die Tagespresse ihre wirtschaftlichen Potentiale besser nutzen: Der Anzeigenteil der Zeitungen wurde umfangreicher, es entstand der Typus der lokalen Anzeigenzeitung. Gestärkt wurde diese Entwicklung durch die ebenfalls einsetzende Verstärkung des Reiches, das wirtschaftliche Wachstum und den allmählich ansteigenden Lebensstandard, die die relative Zahl der Zeitschriftenleser erhöhte. Dies führte insgesamt zu einem Bedeutungsgewinn der Zeitungen in den großen Zentren, und Berlin wurde nun - d.h. schon vor der Reichsgründung - das führende Pressezentrum des späteren Reiches. Die gestiegene Bedeutung Berlins machte sich allerdings weniger in imposanten Auflagenzahlen seiner Tageszeitungen bemerkbar als in der Gründung neuer, politisch ausgerichteter Tagesblätter, so der konservativen »Kreuz-Zeitung«¹² der »Norddeutschen Allgemeinen Zeitung«, der »National-Zeitung« sowie der »Berliner Volkszeitung«. Letztere war in den 1860er Jahren mit einer Auflage von 20 000 die größte Zeitung Berlins.¹³ Größe, besser die Zahl der gedruckten Exemplare, war jedoch auch in den Jahren vor der Reichsgründung keineswegs deckungsgleich mit der Bedeutung einer Zeitung. Denn weiterhin war das wichtigste Kriterium für das Ansehen einer Tageszeitung, ob ihre Nachrichten als Vorla-

ge für die Berichterstattung anderer Blätter diente. Dies galt ohne Zweifel zumindest für drei Nicht-Berliner Zeitungen, die »Koelnische Zeitung«, die den umfangreichsten politischen Teil besaß und ein aufwendiges eigenes Korrespondentennetz unterhielt, die »Frankfurter Zeitung« sowie die »Münchener Neuesten Nachrichten«.

3. War Berlin seit 1866/67 zum wichtigsten deutschen Pressezentrum geworden, so änderte sich dieses Bild seit der Gründung des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reiches bis zum Ersten Weltkrieg, aber nicht grundlegend, sondern nur graduell. Ohne Zweifel läßt sich die gegenüber der früheren Entwicklung unvergleichliche Entfaltung der deutschen Presse am eindrucksvollsten am Beispiel Berlins aufzeigen. Hier entstanden mit Mosse, Ullstein und Scherl die drei größten Pressekonzerne, hier erschienen politische Tageszeitungen in einer sonst nirgendwo gekannten Vielfalt, hier wurden neue Zeitungstypen wie der Generalanzeiger und die Boulevardzeitung in den deutschen Markt eingeführt.¹⁴ Und dennoch: Obwohl der Einfluß der Berliner Presse weiter zugenommen hatte, besaß sie bei weitem nicht eine solche absolut führende Position für das eigene Land und ein solches internationales Ansehen wie die großen Zeitungen in London oder Paris. Vergleicht man die Berliner Tageszeitungen mit denen in Köln, München, Hamburg oder Leipzig, so war die Distanz in Qualität und Auflage niemals so groß, wie in den meisten anderen Ländern Europas. Blotvogel spricht in diesem Zusammenhang von einem System kontinuierlicher Übergänge, daß die Berliner Tageszeitungen von denen in anderen deutschen Metropolen unterschieden.¹⁵ Dafür lassen sich die folgenden Gründe angeben:

- Als Berlin Hauptstadt des Deutschen Kaiserreiches wurde, bestanden in den großen Regionalmetropolen bereits traditionsreiche, bekannte und überregionale Zeitungen.
- Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Dezentralität des Reiches hat in Verbindung mit der vor allem im Süden und Westen Deutschlands vorhandenen Distanziertheit gegenüber den ostelbischen und als rückständig empfundenen Gebieten die nationale Verbreitung der Berliner Presse gehemmt.
- Da außerdem das Städtewachstum und die Urbanisierung, anders als etwa in Frankreich, nicht auf die Hauptstadt allein konzentriert war, bildeten sich lokale und regionale Anzeigen- und Absatzmärkte heraus, so daß auch die notwendigen wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben waren: Die großen Regionalzeitungen bleiben nur graduell hinter der Berliner Presse zurück.

- Zumindest bis zum Regierungsantritt Wilhelms II. wurde eine Reichshauptstadt Berlin auch nicht in ihrer Repräsentationsfunktion politisch gefördert. Es existierte damals weder ein Beschluß zum Umzug noch zur Errichtung und Ausgestaltung einer deutschen Hauptstadt. Berlin wurde Sitz des Reichstages, des Bundesrates und der zunächst wenigen Reichsbehörden, weil der preußische König als Präsident des Norddeutschen Bundes bzw. als Deutscher Kaiser den Vorsitz in jenem Kollegium aus Fürsten und Reichsstädten führte, aus dem das Deutsche Reich seiner Verfassung gemäß bestand. Neben der Berliner, »hauptstädtischen« Öffentlichkeit prägten die übrigen deutschen Fürstenresidenzen die kulturelle Vielfalt des Deutschen Kaiserreiches in einem viel stärkeren Maße, als dies heute mitunter vermutet wird.

Dies alles bedeutet natürlich keineswegs, daß Berlin bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges ein national zweitrangiges Pressezentrum blieb. Das Gegenteil war der Fall. Von den teilweise vorzüglichen Presseerzeugnissen aus der preußischen Hauptstadt seien hier vor allem genannt:

- das liberale »Berliner Tageblatt« von Rudolf Mosse,¹⁶
- die »Berliner Morgenpost« Leopold Ullsteins,
- der »Berliner Lokalanzeiger« August Scherls,
- sowie die in Berlin verlegten Zeitungen der politischen Parteien: Der »Reichsbote« (konservativ), die »Post« (freikonservativ), die »Kreuzzeitung« (reaktionär), die »Germania« (Zentrum) sowie der »Vorwärts« (Sozialdemokratie).

Alles in allem war die Berliner Presselandschaft bis zur Republikgründung weniger durch ihre Qualität und weite Verbreitung einiger weniger führender Zeitung gekennzeichnet als durch eine auch im internationalen Vergleich bemerkenswerte Vielfalt und Vielzahl. 1895 erschienen in Berlin allein 36 politische Tageszeitungen. Gerade diese Zersplitterung und »sozialmoralische« Fragmentierung, die ein Indiz für die mangelnde Konsensfähigkeit in der deutschen Gesellschaft nach 1919 war, hat mit dazu beigetragen, daß außerhalb Berlins eine Reihe von Zeitungen erhalten blieben, die diesen an Bedeutung und Qualität kaum nachstanden. Erwähnenswert sind hier die »Frankfurter Zeitung«,¹⁷ die »Koelnische Zeitung« bzw. die »Koelnische Volkszeitung«,¹⁸ die »Hamburger Nachrichten« sowie die »Münchener«, »Leipziger« und »Dresdner Neuesten Nachrichten«.

4. Peter de Mendelssohn hat einmal die 20er Jahre als das Berliner Jahrzehnt bezeichnet¹⁹ - das mag mit dem Blick auf die Zeitungsstadt Berlin durchaus berechtigt sein, wurden doch dort 1928/29 die meisten Zeitungen mit der ins-

gesamt höchsten Auflage auf der ganzen Welt herausgebracht. Zu diesem Zeitpunkt erschienen in Berlin nicht weniger als 147 Zeitungen, davon 93 mindestens sechsmal wöchentlich. Sie vertraten alle möglichen politischen und weltanschaulichen Richtungen und Interessengruppen. Aber dennoch: Ein Weltblatt, wie die Londoner und New Yorker »Times« sowie die Pariser »Le Monde« oder selbst die »Neue Zürcher Zeitung« hat Berlin auch während jener 14 Jahre der Weimarer Republik nicht besessen.²⁰ Neben den schon erwähnten Gründen - der späten und unvollständigen Hauptstadtwerdung Berlins, dem politischen und kulturellen Föderalismus, der wirtschaftlichen Dezentralität in Deutschland - wirkten sich nach 1919 auch die Wirtschaftskatastrophen und die Isolierung des Deutschen Reiches hinderlich für die Entfaltung einer national wie international wirklich führenden oder beispielgebenden Berliner Tagespresse aus.²¹

So hat schon Mendelssohn betont, daß die politische Berichterstattung selbst der großen Berliner Zeitungen wie des »Tageblattes« im internationalen Vergleich bemerkenswert dürftig und zudem stark auf das eigene Land konzentriert war. Ferner hätten technische Eigenarten wie insbesondere die schwer lesbare Frakturschrift einer größeren Verbreitung und Resonanz im Ausland entgegengestanden.²² Zudem hat die Berliner Tagespresse nie ihren spezifischen Lokalcharakter abgelegt.²³ Nach dem Selbstverständnis ihrer Herausgeber und Macher waren die großen Berliner Blätter erst in zweiter Linie überregionale deutsche Hauptstadtresse. Letztlich entscheidend war jedoch vermutlich, daß der seit der Mitte der 1850er Jahre unbestreitbare Polarisierungsprozeß im Zeitungswesen zugunsten Berlins eingebunden blieb in die Grundstruktur des Zentralitätsgefüges des Deutschen Reiches. Die Zentrenstruktur war selbst in den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts noch stark von der traditionellen Vielpoligkeit eines Raumes geprägt, der über Jahrhunderte hinweg ein überlegendes Zentrum nicht besessen hatte. Da Berlin auch in den 20er und 30er Jahren keine anderen Nationalhauptstädten vergleichbare Stellung erreicht hat, wirkte sich diese Tatsache einer unabgeschlossenen oder defizitären Hauptstadtentwicklung ebenfalls auf das Zeitungswesen aus. Hier bildeten vor allem Regionalmetropolen im Süden und Westen des Reiches sowie im südlichen Mitteldeutschland ein Gegengewicht zu einer etwaigen Dominanz Berlins: Der Rang und die Bedeutung Münchens, Hamburgs, Leipzigs und Frankfurts, aber auch (sekundär) Stuttgarts, Dresdens, Kölns, Düsseldorf und Karlsruhes wirkten sich mithin auch im Bereich der Medien aus.²⁴

Versucht man die Faktoren zu systematisieren, die die Eigenständigkeit der regionalen Pressezentren gegenüber Berlin erhalten haben, so gilt es die folgenden Punkte hervorzuheben:

- Mit der zunehmenden Bedeutung der Anzeigeneinnahmen blieb die Zeitungsverbreitung an die funktionalen Wirtschaftsräume gebunden. Da sich weder Städtewachstum noch Industrialisierung auf Berlin (vergleichbar etwa mit Paris) konzentrierten, bildeten die Gleichrangigkeit mehrerer deutscher Wirtschaftsräume und Bevölkerungszentren (etwa Sachsen, Rhein/Ruhrgebiet, Großraum Frankfurt, Berlin, Württemberg usw.) die ökonomische Basis für eine regional und lokal auch weiterhin vielfältige Presselandschaft.
- In den Hauptstädten der nichtpreußischen Staaten des Reiches existierten politische Teilöffentlichkeiten, die ihre Foren im Blätterwald etwa von München, Karlsruhe, Stuttgart, Dresden und Hamburg fanden. Mit der nach 1919 fortschreitenden Zentralisierung des Reiches verloren diese allerdings, verglichen noch mit dem Kaiserreich, erheblich an Gewicht.
- Die administrative, politische und wirtschaftliche Zentralisierung, die sich als roter Faden der historischen Entwicklung vom Ersten Weltkrieg über die Verfassung der Weimarer Republik und die Weltwirtschaftskrise bis in den nationalsozialistischen Staat verfolgen läßt, bedeutet allerdings keineswegs, daß insbesondere in den 20er Jahren der traditionelle, soziokulturelle Regionalismus nicht fortgewirkt hätte. Dies zeigt sich allein in den Bestrebungen um eine (nicht verwirklichte) territoriale Reichsreform, die mittels der Auflösung des preußischen Staates vermutlich die Zentralität Berlins herabgesetzt hätte. Wahrscheinliche Auswirkungen allein einer »Rheinischen Republik« auf das Pressewesen sind nur zu offensichtlich.
- Die hohe Bedeutung der Gesinnungen und sozialmoralischen Lager noch in der Weimarer Republik erzeugte über eine hoch ausgebildete Organisations- und Medienkultur fraktionierte Teilöffentlichkeiten. Wichtiger Faktor hierfür war der konfessionelle Gegensatz, der sich hauptsächlich in einer Sonderstellung des katholischen Bevölkerungsdrittels auch für die Zeitungslektüre (wie im übrigen auch die von Zeitschriften) auswirkte. Zentrum der katholischen Welt war aber naturgemäß nicht die Wilhelmstraße sondern der Vatikan.²⁵
- Durch den Ausbau des Telegraphennetzes und vor allem durch das Telefon schwand in den 20er Jahren der Aktualitätsvorsprung jener Berliner Tageszeitungen, die am Ort des reichspolitischen Geschehens produziert werden konnten. In den 20er Jahren wirkte sich somit bereits aus, daß Berlin bis zum Beginn des Zeitalters von

Telefon und Hörfunk keine allgemein akzeptierte und gelesene Hauptstadt-Tagespresse hervor gebracht hatte: Die neuen Kommunikationstechniken veränderten schon vor dem Ersten Weltkrieg die Bedingungen von Hauptstadt- oder Metropolenbildung. Es fehlten daher bereits 1914, wie schon gesagt, die großen national wie international angesehenen Blätter. Die folgenden technischen Entwicklungen ließen teilweise die Standortvorteile von vor Ort produzierten Tageszeitungen fragwürdig werden. Der »Düsseldorfer Mittag« und dessen Erfolg ist sogar ein gutes Indiz dafür, wie aktuell unter den neuen technischen Bedingungen die Berichterstattung eines Boulevardblattes in einer westdeutschen Regionalmetropole sein konnte.

Daneben existierten selbstverständlich auch Faktoren, die sich zugunsten des Berliner Zeitungsmarktes auswirkten. Dazu gehörten:

- die hohe Konzentration politischer, wirtschaftlicher und kultureller Aktivitäten in der Reichshauptstadt. Zumindest die Anzahl und Bedeutung der Ereignisse, über die die Berliner Presse berichten konnte oder hätte berichten können, war in Deutschland ohne wirkliche Konkurrenz.
- die herausragende verkehrsgeographische Stellung Berlins als Zentrum des deutschen Transportsystems, vor allem der Nachtzüge. Dies erleichterte den Versand von Tageszeitungen in die »Provinz«.
- die Größe des lokalen Berliner Absatz- und Anzeigenmarktes. Sie erleichterte die Produktion von Erzeugnissen der Tagespresse durch Mengenabsatz.

Letzterer war auch das Fundament für die großen Berliner Pressekonzerne bis 1933, so zum Beispiel für den Mosse-Konzern, der das angesehenste, liberale »Berliner Tageblatt« herausgab.²⁶ Während dessen Auflage bis zum Ende der 20er Jahre immer zwischen 200 000 bis 250 000 Exemplaren gelegen hatte, ging die Auflage des Tageblattes aus wirtschaftlichen und politischen Gründen bis Ende 1932 auf nur 30 000 Zeitungen zurück. Dies führte unter anderem zum Konkurs des Mosse-Verlages. Auch der Ullstein-Konzern erlebte in den 20ern seine große Zeit und gab die »Berliner Morgenpost« heraus, die mit 605 000 täglichen Exemplaren im Jahr 1928 die auflagenstärkste deutsche Zeitung war - und dies ohne eine überregionale oder nationale, geschweige denn internationale Bedeutung zu gewinnen. Überhaupt blieben Mosse und Ullstein trotz ihres Wachstums immer Berliner Pressehäuser, da sie nie versucht haben, in Gebiete außerhalb der Reichshauptstadt, etwa durch den Kauf von Zeitungen und deren Umwandlung in Lokalausgaben, zu expandieren.

Dies gilt sicher nicht für den Hugenberg-Trust, der sich im Zuge der Pressekonzentration

des Ersten Weltkrieges entwickelte.²⁷ Der Konzern entstand aus der Übernahme des Berliner Scherl-Konzernes und wurde systematisch zu einem rechtslastigen Medienimperium ausgebaut. Die wichtigsten Institutionen dazu - alle mit Sitz in Berlin - waren:

- die VERA Verlagsanstalt als Beteiligungsgesellschaft,
- die ALA als Anzeigenagentur,
- die Mutuum-Darlehens-AG, eine Gesellschaft für versteckte Übernahmen,
- die Telegraphen-Union als Nachrichtenagentur
- sowie die Wipro (Wirtschaftsstelle für die Provinzpresse), welche die Klein- und Kleinstpresse mit Material belieferte.

Die Wirkung des in Berlin residierenden Hugenberg-Konzerns war vor allem auf die ostelbischen Gebiete - hier ist es auch durchaus angemessen von Provinz zu reden - Preußens gerichtet. Dort in den Kleinstädten des wirtschaftsschwachen deutschen Ostens waren vor der Reichsgründung, selbst in Gemeinden mit 2 000 bis 3 000 Einwohnern, zahlreiche Zeitungen gegründet worden, häufig mit entsprechend geringen Auflagen. Diese Zeitungen gerieten durch die wirtschaftlichen Wechsellagen und Katastrophen seit 1914 in erhebliche Schwierigkeiten, aus denen die diversen Finanzierungsmittel des Hugenberg-Trusts Rettung versprachen. Dies verband sich nach 1925 mit einer Rechtswendung der lokalen Öffentlichkeiten im Deutschen Osten, welche die Verleger in die Arme des Trustes trieb. Nach Schätzungen Mendelssohns waren um 1932 etwa 40 Prozent der deutschen Zeitungen vom Hugenberg-Trust abhängig, der nach neueren Forschungen eine wichtige Aufgabe in der Mobilisierung des rechten Lagers seit 1925 übernommen hatte.

5. In den 30er und in den frühen 40er Jahren war die nationale Bedeutung der Pressestadt Berlin sicher am größten, obwohl zu jenem Zeitpunkt keine Monopolisierung der Tagespresse in Berlin stattfand.²⁸ Daß die hohe Konzentration zumindest eine ambivalente Errungenschaft war, liegt auf der Hand. Denn zum einen war auch die hohe Pressekonzentration der 20er und insbesondere der 30er Jahre das Produkt einer Sonderentwicklung, die mit dem Ersten Weltkrieg eingesetzt hatte und die in verschiedenen anderen wirtschaftlichen Bereichen ebenfalls zu Krisenkonzentrationen geführt hatte - etwa bei Banken und Aktiengesellschaften sowie durch die verschiedenen Formen staatlicher Wirtschaftskontrolle und -lenkung in den Weltkriegen, der Inflationszeit und der Weltwirtschaftskrise. Ob speziell die hohe Pressekonzentration ohne die wirtschaftlichen Wechsellagen und politischen

Veränderungen zumindest in jener 1938 manifesten Weise eingetreten wäre, mag man daher wegen der aufgezeigten, das Städtesystem ausgleichenden, Faktoren in den Friedensjahren vor 1914 durchaus in Frage stellen. Zum anderen: Die Krisenkonzentration war nicht nur eine Folge der insgesamt »schlechten Zeiten« zwischen dem Ausbruch des Ersten Weltkrieges und dem Untergang des Deutschen Reiches, sondern selbst ein Faktor bzw. teilweise deren Ursache.

Zwischen Weimarer Republik und dem Dritten Reich gab es auch im Bereich der Presse mit der Machtübernahme nicht jene früher geglaubte Zäsur, sondern ein System gradueller Übergänge, das durch Weltkrieg, Inflationszeit, Rechtswendung in der Hindenburgwahl, Weltwirtschaftskrise und den verschiedenen Stufen der nationalsozialistischen Machtentwicklung geprägt war. So ist im Grunde eine Kontinuität von den Versuchen des Krupp-Konzerns und der rheinisch-westfälischen Industrie zur indirekten Presselenkung über den Hugenberg-Trust bis zu den großen, zentral gesteuerten Parteiblättern der nationalsozialistischen Zeit unverkennbar. Pressekonzentration in Berlin bedeutete daher nicht allein Bedeutungssteigerung der Reichshauptstadt, sondern ebenso die Funktionalisierung einer zentral gelenkten Presse für rechtslastige, nationalistische oder nationalsozialistische Ziele.²⁹

War schon im Frühjahr 1933 die gesamte Parteipresse der SPD und KPD verboten worden, folgten bald die anderen politischen Blätter und schließlich - bis auf wenige Ausnahmen - auch die bürgerlichen und Anzeigenblätter.³⁰ Sie wurden zumeist in eine der zahlreichen Holdinggesellschaften des Passetrusts der NSDAP überführt und zugunsten der NS-Parteizeitungen eingestellt.³¹ Gab es Anfang 1933 im Deutschen Reich noch über 4 000 Zeitungen mit einer Gesamtauflage von etwa 18,6 Millionen, existierten 1944 nur noch 977 mit einer Auflage von 25 Millionen.³² 83 Prozent davon entfielen auf die Parteipresse der NSDAP. In Berlin hatte es 1931 mehr als 40 Tageszeitungen gegeben. Davon waren Ende 1933 noch 15 vorhanden, zehn als reine Parteiblätter, darunter die größte Zeitung des Reiches, der »Völkische Beobachter«.

Die Zentralisierung der Tagespresse in Berlin beruhte in der NS-Zeit weniger auf der Bedeutung der dort erscheinenden Zeitungen, sondern auf der straffen bürokratischen Kontrolle durch den Reichsleiter der NS-Presse, Max Amann. Er war auch der Direktor des parteieigenen Eher-Verlages, der schließlich den größten Teil der deutschen Tagespresse kontrollierte. Für die Tagespresse in den Westzonen bedeutete der Zusammenbruch 1945 daher einen absoluten

Neubeginn, der über Lizenzierungen die Tagespresse wieder regionalisierte und aus den ungesunden und politisch fragwürdigen Konzentrationsbeziehungen der Jahre zwischen Erstem und Zweitem Weltkrieg löste.³³

Zeitschriften

Anders als bei den Tageszeitungen war die Situation bei den Zeitschriften.³⁴ Sie sind grundsätzlich nur gering lokal bzw. regional an Standorte und Absatzbeziehungen gebunden, innerhalb derer dann die Tendenz zur Monopolbildung besteht. Letzteres bedeutete für den Zeitungsmarkt etwa der frühen 30er Jahre, daß es dem Hugenberg-Konzern gelingen konnte, ein faktisches Monopol in jenem - zentralitätstheoretisch gesprochen - traditionellen Ergänzungsgebiet Berlins zu erreichen, das aus den preußischen Ostprovinzen bestand. Letztere waren ohnehin, auch unabhängig von den ökonomischen Wechsellagen und Katastrophen, strukturschwach. Der Zeitschriftenmarkt war bis 1945 überregional strukturiert, da die Masse der Zeitschriften auf sogenannte Fachzeitschriften fiel. Sie waren zum Teil stark auf bestimmte Lesergruppen spezialisiert und wurden zumeist nicht über den Direktverkauf, sondern per Abonnement vertrieben und durch die Reichspost zugestellt. Weil darüber hinaus die klassischen Standortfaktoren wie Rohstoff- und Arbeitsorientierung zumindest in den Nicht-Krisenjahren zwischen 1850 und 1940 faktisch bedeutungslos waren, und weil auch die Transportkosten wegen der Eigenheiten der Post- und Bahntarife kaum eine Rolle spielten, kann das Gewerbe der Zeitschriftenverlage gleichsam als »footloose industry par excellence«³⁵ bezeichnet werden.

Dies bedeutet jedoch nicht, das Zeitschriftenverlage mehr oder weniger gleichmäßig über Stadt und Land verteilt sind oder sich alle an einem Ort konzentrieren müssen. Den Standort von Zeitschriftenverlagen prägen auch

- sogenannte Urbanisierungsvorteile, wie etwa Direktkontakte zu Autoren, Informanten, Rezensenten, die Nähe zu Druckereien, wie weitere Verlagsaktivitäten;

- die sogenannte Standortpersistenz, die dazu führt, daß Wandlungen in den Standortbedingungen sich erst mit erheblicher Verzögerung oder auch gar nicht im beobachtbaren Muster der Zeitschriftenstandorte niederschlagen. Denn bei der Standortentwicklung können sowohl Zufälle oder persönliche Präferenzen wie auch Unkenntnis von Verlegern ebenso wie verbandspolitische bei Verbandszeitschriften eine große Rolle spielen. Zeitschriften (wie alle Wirtschaftsgüter) müssen daher keineswegs an dem jeweils

optimalen Standort produziert werden, so man diesen denn überhaupt ermitteln kann. Immerhin prognostiziert die klassische Zentralitätstheorie, daß sich die Produktionsstandorte mittel- oder langfristig an das System der zentralen Orte anpassen sollten. Dies gilt insbesondere für die Wirkung von schwerwiegenden Krisen auf das Zentralitätsgefüge, wie oben am Beispiel der Standorte von Tageszeitungen tendenziell gezeigt.

Während des gesamten Zeitraumes, der hier in den Blick genommen wird, sind die Erscheinungsorte von Zeitschriften weitgehend an das räumliche Verteilungsmuster der Buchverlage gebunden gewesen, das zum Teil erheblich von dem der Tageszeitungen abgewichen ist. Verglichen mit dem bzw. in Kontrast zum Zeitungsmarkt lassen sich die folgenden Entwicklungsstufen unterscheiden :

1. Schwerpunkte des Verlagswesens waren im 18. Jahrhundert sowohl große Handelszentren als auch die Residenz- und Universitätsstädte (vgl. Tab. 1).

Wien	202
Leipzig	197
Berlin	135
Hamburg	98
Frankfurt	70
Halle	64
Nürnberg	61
Göttingen	49

Tabelle 1: Anzahl verlegter Zeitschriften nach Verlagsort im späten 18. Jahrhundert³⁶

Sieht man von Wien ab, so fällt die hohe Konzentration auf den nord- und mitteleuropäischen Raum auf.³⁷ Da Dessau, Weimar und Gotha ebenfalls eine gewisse Bedeutung hatten, könnte man auch sagen, daß sich die frühe Zeitungsproduktion im deutschsprachigen Raum auf das ungefähre Gebiet der heutigen neuen Bundesländer konzentrierte. Vermutlich war dies darauf zurückzuführen, daß dort die Zentren der protestantischen Konfession und der ebenfalls protestantischen Version der Aufklärung lagen: In diesen spielte die »mutter- oder volkssprachliche« Literatur eine größere Rolle als im katholischen Bereich, der noch stärker der lateinischen Sprache als internationaler lingua franca verbunden war. Die frühen Zeitschriftenstandorte zeigen in ihrer Übereinstimmung mit den Lokalisationsmustern der deutschsprachigen Buchproduktion somit die damalige Hegemonie der evangelischen Buch- und Lesekultur im späteren Deutschen Reich.³⁸ Dieser Zustand blieb im wesentlichen bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts unverändert; hier fand lediglich ein Konzentri-

onsprozeß statt, der auch die Veränderungen der Lesekultur selbst spiegelte. Im Bereich der Zeitschriften dominierten somit weniger ökonomische oder verkehrstechnische als vielmehr soziokulturelle Faktoren die Verbreitung und Wahl der Standorte.

2. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verschoben sich die Schwerpunkte des Zeitschriftenverlags-, wie des Verlagswesens überhaupt, immer deutlicher von den protestantischen Universitätsstädten in die großen Regionalmetropolen gleicher Konfession, d.h. vor allem auf die beiden Standorte Berlin und Leipzig. Dort kamen bereits 1841 je 14 Prozent aller im deutschen Sprachraum erscheinenden Zeitschriften heraus.³⁹ Seit diesem Zeitpunkt setzte sich dann das ungleich stärkere politische und wirtschaftliche Gewicht Berlins durch, das Leipzig in den 1850er Jahren im Zeitschriften- und in den 1860er Jahren im allgemeinen Verlagswesen überflügelte. Hinter diesen beiden Verlagszentren traten die Handels- und Universitätsstädte nun stark zurück, gewisse Gewinne erzielten die Metropolen, die zugleich Verwaltungs- und Kulturzentren waren: Allen voran Stuttgart und München (letzteres als einzige katholische Stadt auf dem Gebiet des späteren Deutschen Reiches), aber auch Hannover (bis 1866) und Dresden.

3. Mit dem Übergang zur Industriegesellschaft und der Entfaltung des sozialen, politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens nach der Mitte des 19. Jahrhunderts setzte auch im Zeitschriftenwesen ein Wachstums- und Differenzierungsprozeß ein. Für jede Branche, jeden Beruf entwickelten sich häufig mehrere Fachzeitschriften in teilweise hoher Spezialisierung. Außerdem vervielfältigten sich die Auflagen der Unterhaltungspresse. In räumlicher Hinsicht führte dies zur Schwerpunktbildung in Berlin, mit der eine fast ebenbürtige in Leipzig einherging. Um 1908 erschienen daher 26,8 Prozent aller im Deutschen Reich aufgelegten Zeitschriften in Berlin sowie 11,6 Prozent in Leipzig.⁴⁰ Dies ist angesichts der geringen Standortbindung von Zeitschriften ein bemerkenswertes Phänomen, da sich die Zahl der verlegten Zeitschriften in Berlin von 1867 bis 1908 von 178 auf 1 382 sowie in Leipzig von 103 auf 599 erhöhte. Als regionale Zeitschriftenverlagsorte sind in dem gesamten Zeitraum - mit großem Abstand hinter Berlin und Leipzig - Stuttgart und München noch von einer gewissen Bedeutung, wo zusammen um 1908 etwa 8 Prozent der deutschen Zeitschriften verlegt wurden (vgl. Tab. 2).⁴¹

	Berlin	Leipzig	München	Stuttgart
1826	13,7	10,2	2,6	4,4
1848	18,2	12,0	1,2	2,8
1858	20,4	9,8	1,3	4,2
1867	16,6	9,6	1,8	3,3
1875	18,7	11,4	3,7	4,4
1890	22,6	11,1	4,7	3,8
1908	26,8	11,6	4,3	3,6
1927	31,9	8,8	4,6	3,0
1934	32,6	8,7	5,3	4,3

Tabelle 2: Anteil (in Prozent) des jeweiligen Verlagsstandortes an der gesamten Zahl der im (späteren) Deutschen Reich verlegten Zeitschriftentitel⁴²

4. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges markiert auch für die deutsche Zeitschriftenlandschaft eine bedeutsame Zäsur.⁴³ Hier kam es wie in anderen Wirtschaftsbereichen ebenfalls zur Krisenkonzentration, bei den wöchentlichen oder monatlichen Periodika hauptsächlich durch die Konkurrenz um Rohstoffe, Leser, Anzeigenkunden usw. Gab es 1910 noch 6 700 Zeitschriften auf dem Gebiet des Deutschen Reiches, reduzierte sich ihre Zahl bis 1923 auf 4 800.⁴⁴ Mit gestiegener wirtschaftlicher Prosperität erhöhte sich die Zahl der periodisch verlegten Blätter dann bis 1930 wiederum auf 7 500. Deren Zahl ging in der Weltwirtschaftskrise und der NS-Zeit bis 1934 auf 6 300 und bis kurz vor dem Zweiten Weltkrieg auf 5 000 zurück. Mit dem Ersten Weltkrieg beschleunigten sich die Verlagerungstendenzen in der räumlichen Verteilung der Zeitschriftenstandorte (vgl. Tab. 3).

Anteile in %	1790	1841	1902	1934
Berlin	7,5	14,0	18,0	24,7
Leipzig	10,2	14,0	7,8	6,6
München	1,8	2,6	4,9	4,0
Stuttgart	1,2	5,2	2,3	3,2
Hamburg	4,7	3,6	2,2	1,9
Dresden	-	1,3	1,9	1,7
Düsseldorf	-	-	1,3	1,3
Köln	-	-	1,3	0,9
Hannover	-	1,4	-	1,2
Frankfurt	3,0	1,3	1,9	1,1
Breslau	1,2	1,4	-	1,1
Halle	3,5	1,3	-	1,0
Nürnberg	3,3	1,4	-	-
Wien	11,2	9,1	14,5	8,9
Zürich	2,2	1,7	4,9	2,6
Prag	3,8	unter 1	unter 1	unter 1
Summe	53,6	58,3	59,7	60,2

Tabelle 3: Anteile der wichtigsten Erscheinungsorte an der Gesamtzahl der Zeitschriften im deutschsprachigen Raum 1826 bis 1934.⁴⁵

Zu dieser Tabelle können einige Thesen formuliert werden.

1. Ein beinahe 150 Jahre währender Transformationsprozeß wird deutlich. Im gesamten deutschsprachigen Gebiet wurde die Vorherrschaft von drei nicht sonderlich dominanten Zentren (um 1790 Wien, Leipzig und Berlin) abgelöst durch die Anordnung eines erstrangigen mit mehreren Nebenzentren (1934 Berlin sowie daneben Wien, Leipzig, München).

2. Bis zur Jahrhundertwende lassen sich für die Stellung Berlins im System der deutschen Zeitschriftenverlagsstandorte nur mäßige zentralisierende Effekte feststellen: Obwohl sich die Zahl der verlegten Titel vervielfachte, nahm der Anteil der Berliner Erzeugnisse von 1841 auf 1902 nur von 14 auf 18 Prozent zu - was einer relativen Steigerung um nur 29 Prozent in 52 Jahren entspricht.

3. Die hohe Konzentration in den 20er und 30er Jahren erscheint als eine direkte Folge der mit dem Ersten Weltkrieg einsetzenden Krisen, da im Vergleich zu 1902 im Jahre 1934 alle Berlin nachgeordneten Verlagszentren Einbußen hinnehmen mußten (neben Leipzig vor allem München, Hamburg, Frankfurt usw.). Bis zur Jahrhundertwende hingegen beruhte die hohe Zentralität Berlins auf drei Faktoren: auf seiner traditionellen Stellung als kulturelles Zentrum für den deutschen Osten und auf den Verlagerungen von Verlagstätigkeiten aus den kleineren mitteldeutschen Zentren in die Reichshauptstadt. Als dritter Faktor verdient der erhebliche Bedeutungsverlust von Leipzig besondere Erwähnung, da er rechnerisch fast den gesamten Bedeutungsgewinn Berlins zwischen 1841 und 1934 ausmachte. Die Konzentration der Tätigkeit von Zeitschriftenverlagen in Berlin war daher zunächst das Ergebnis eines Konzentrationsprozesses in jener protestantischen, mitteleuropäischen Kulturlandschaft, der ohnehin schon im 18. Jahrhundert eine Führungsrolle im gesamten deutschsprachigen Gebiet zugekommen war.

4. Sieht man jedoch von den offenkundigen Krisenerscheinungen nach 1914 ab, so verdienen weitere Grundcharakteristika des Systems der Zeitschriftenverlage in Deutschland (und damit auch der Stellung Berlins) Erwähnung. Zum einen gab es im gesamten Zeitraum zwischen 1790 und 1934 nur relativ mäßige Polarisierungseffekte. Der Anteil der in der Tabelle nicht genannten (und damit wenig bedeutenden Verlagsorte) nahm zwischen 1790 und 1934 nur von 46,4 auf 39,8 Prozent ab. Einerseits ist dies ein deutlicher Hinweis auf die schon erwähnten Charakteristika sogenannter »footloose industries«. Andererseits indiziert eine solche Verteilung die auch anderweitig feststellbare Grundtendenz des System der deutschsprachigen Verlags-

standorte: Es spiegelt die Tatsache, daß im deutschsprachigen Raum die Gegenüberstellung von kultureller Metropole und extremer Provinz niemals vorhanden gewesen ist, selbst nicht unter den Bedingungen starker wirtschaftlicher Konzentrationsbemühungen und politischer Steuerungsversuche.

Zusammenfassung

Versucht man die hier nur oberflächlich skizzierten Entwicklungen im Bereich der Zeitungen und Zeitschriften zusammenzufassen, ergibt sich ein zumindest nach dem Kenntnisstand der historischen Geographie oder geschichtlichen Raumwissenschaft bekanntes Bild.⁴⁶ Mit Bezug auf die Zentrenentwicklung in Deutschland wird in diesem Kontext zumeist von einer nur unvollständigen oder unabgeschlossenen Hauptstadtwerdung Berlins ausgegangen. Entsprechungen jener hohen, aber nicht überragenden Stellung Berlins lassen sich auch für andere Bereiche wirtschaftlicher, kultureller oder politischer Aktivitäten angeben: etwa die Standorte von Großkonzernen, Banken (bis 1914), bedeutsamen Opernhäusern, Theatern, Universitäten, Kunstakademien, politischen Verbänden, bedeutenden Persönlichkeiten usw.

Unverkennbar jedoch gab es seit dem frühen 19. Jahrhundert eine zentripetale Tendenz zugunsten Berlins. Sie wurde zum einen durch politische Zäsuren maßgeblich beeinflusst, so etwa den Zusammenschluß von rheinischem Bürgertum und preußischer Staatsmacht nach 1848, der Fixierung der deutschen Nationalbewegung auf Preußen, der von der Forschung immer noch viel zu wenig beachteten Ereignisse von 1866/67 sowie natürlich der Reichsgründung und der politischen Katastrophen der Jahre 1914 bis 1945. Alle diese Entwicklungen waren mit der gestiegenen Zentralität Berlins im politischen und damit auch kulturellen Bereich verbunden. Zum anderen ergaben sich wichtige Effekte aus dem Wachstum der Berliner Agglomeration und einem Prozeß der Selbstverstärkung von kultureller, wirtschaftlicher und politischer Zentralität. Es ist sogar einer der signifikantesten Prozesse in der historischen Perspektive, daß die Position Berlins im kulturellen Zentrensystem kontinuierlich seit dem frühen 19. Jahrhundert wuchs, Mitte des Jahrhunderts war bereits eine hohe Zentralität erreicht. Sie prägte sich seitdem weniger durch weitere Entzugseffekte aus, als vielmehr dadurch, daß Berlin in der Weiter- und Neuentwicklung von Medien der Massenkommunikation ein unbestrittenes Innovationszentrum für den deutschsprachigen Raum bildete, etwa für neue Zeitschriften und Zeitungsfornen,

aber auch für Hörfunk, Film und schließlich Fernsehen.

Betrachtet man abschließend, in welchen langfristigen Zeiträumen sich die Umwandlungen des deutschen Städtesystems und des Systems der Medienstandorte zwischen dem Anfang des 19. Jahrhunderts und dem Zusammenbruch 1945 vollzogen, so sind vorsichtige Äußerungen auch über die Zukunft durchaus statthaft. Da durch die weitere Beschleunigung der Kommunikationstechniken sich die Bedeutung der Produktion von Massenmedien »vor Ort« noch weiter relativieren dürfte - dieser Faktor ging in seiner Bedeutung ja bereits seit der Jahrhundertwende zurück - dürfte relativ unwahrscheinlich sein, daß Berlin im Zeitalter von Internet, Mobiltelefonen, Globalisierung und ICE im Medienbereich selbst nur jene (quantitative) Bedeutung wiedererlangen dürfte, die es in den er Jahren auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung besaß. Interessanter wäre danach zu fragen, inwieweit sich die deutsche Hauptstadt wieder zu einem Zentrum neuer Technologien entwickeln könnte.

Anmerkungen

- * Überarbeiteter Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 11. September 1997 in Potsdam.
- 1 Vgl. Kurt Koszyk: *Deutsche Presse im 19. Jahrhundert*. Berlin 1966.
- 2 Dazu grundlegend vor allem Kurt Koszyk/Volker Schulze (Hrsg.): *Die Zeitung als Persönlichkeit*. Festschrift für Karl Bringmann. Düsseldorf 1982; Jürgen Wilke: *Nachrichtenauswahl und Medienrealität in vier Jahrhunderten. Eine Modellstudie zur Verbindung von historischer und empirischer Publizistikwissenschaft*. Berlin 1984; Peter Steinbach: *Die Zähmung des Massenmarktes*. 3 Bde. Frankfurt am Main 1990; Walter Hömberg (Hrsg.): *Zeit, Raum, Kommunikation*. München 1992.
- 3 Dazu vor allem Hans-Heinrich Blotevogel: *Untersuchungen zur Entwicklung des deutschen Städtesystems im Industriezeitalter. Polarisierung und Dezentralisierung in der Entwicklung der höherrangigen Zentren und ausgewählter kultureller Stadtfunktionen*. Bochum 1980, S. 155-222. Siehe vor allem auch Detlef Briesen: *Berlin - Die überschätzte Metropole. Über das System deutscher Hauptstädte zwischen 1850 und 1940*. In: Gerhard Brunn/Jürgen Reulecke (Hrsg.): *Metropolis Berlin. Berlin im Vergleich europäischer Hauptstädte 1870 bis 1939*. Bonn 1992, S. 39-77; ders.: *Weltmetropole Berlin? Versuch, sich einem deutschen Mythos über die Zeit zwischen den Weltkriegen empirisch zu nähern*. In: Brunn/Reulecke (Hrsg.): *Metropolis Berlin*, S. 151-186; ders.: *Berlin, die überschätzte Metropole. Über das System der deutschen Hauptstädte von 1850 bis 1940*. Bonn 1992.

- 4 Vgl. Detlef Briesen: *Region, Regionalismus, Regionalgeschichte - Versuch einer Annäherung aus der Perspektive der Neueren und Zeitgeschichte*. In: Jean-Paul Lehnert (Hrsg.): *Régions, nations, mondialisations. Aspects politiques, économiques, culturels*. Luxembourg 1996, S. 101-115.
- 5 Zur Geschichte der deutschen Zeitungen vgl. Ludwig Salomon: *Geschichte des deutschen Zeitungswesens von den ersten Anfängen bis zur Wiederaufrichtung des deutschen Reiches*. Oldenburg 1902ff.; Otto Wettstein: *Die Tagespresse vor hundert Jahren*. Zürich 1906; Robert Brunhuber: *Das deutsche Zeitungswesen*. Leipzig 1908; Paul Roth: *Das Zeitungswesen in Deutschland von 1848 bis zur Gegenwart*. Halle 1912; Albert Haas: *Das moderne Zeitungswesen in Deutschland*. Berlin 1914; Gerhard Muser: *Statistische Untersuchungen über die Zeitungen Deutschlands 1885-1914*. Leipzig 1918; Joachim Kirchner (1928-1931): *Die Grundlagen des deutschen Zeitschriftenwesens*. Leipzig; Friedrich Bertkau/Karl Bömer: *Der wirtschaftliche Aufbau des deutschen Zeitungsgewerbes*. Berlin 1932; Erich Lorenz: *Die Entwicklung des deutschen Zeitschriftenwesens. Eine statistische Untersuchung*. Berlin 1937; Hans A. Münster: *Geschichte der deutschen Presse in ihren Grundzügen dargestellt*. Leipzig 1941; Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.): *Die deutschen Zeitungen des 17. bis 20. Jahrhunderts*. München 1973; Heinz-Dietrich Fischer: *Handbuch der politischen Presse in Deutschland 1480-1980. Synopse rechtlicher, struktureller und wirtschaftlicher Grundlagen der Tendenzpublizistik im Kommunikationsfeld*. Düsseldorf 1981; Thomas Schröder: *Die ersten Zeitungen: Textgestaltung und Nachrichtenauswahl*. Tübingen 1995.
- 6 Zur Geschichte der Berliner Tagespresse vgl. Hermann Trescher: *Der Werth der Berliner politischen Presse*. Berlin 1889; Gustav Dahms: *Das literarische Berlin. Illustriertes Handbuch der Presse in der Reichshauptstadt*. Berlin 1895; Josef Pantenburg: *Die Entwicklung des Anzeigenwesens der Berliner Presse von der Aufhebung des Intelligenzzwanges bis zu den Generalanzeigen*. Berlin 1938.
- 7 Zu den einzelnen Verlagsstandorten siehe Franz Rudolf Bertheau: *Kleine Chronologie zur Geschichte des Zeitungswesens in Hamburg von 1616-1913*. Mit einer Einleitung über die Vorläufer der Zeitungen und die Handhabung der Zensur in Hamburg. Hamburg 1914; Ernst Baasch: *Geschichte des Hamburgischen Zeitungswesens von den Anfängen bis 1914*. Hamburg 1930; Werner Nickold: *Das Feuilleton der Dresdner Tagespresse von 1880-1900*. Dresden 1934; Erich Conrad: *Die Entwicklung des kommunalen Teils der größeren Leipziger Tageszeitungen in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts*. Berlin 1935; Walter Schöne: *Drei Jahrhunderte Leipziger Presse*. Berlin 1936; Charlotte Harrer: *Die Geschichte der Münchener Tagespresse. 1870-1890*. Würzburg 1940; Werner Hanspach: *Die periodische Presse der Stadt Dresden in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Ein Beitrag zur Geschichte des Sächsischen Zeitungswesens*. Dresden 1939.
- 8 Siehe: *Die Vossische Buchhandlung in der Berlin: 1693-1903*, auf Grund urkundlichen Materials zusammengestellt. Berlin 1903; *Dreihundert Jahre - die Haude & Spenersche Buchhandlung in Berlin: 1614 bis 1914*. Berlin 1914.
- 9 Marcus Dumont-Schauberg: *Geschichte der Koelnischen Zeitung und ihrer Druckerei*. Köln 1880.
- 10 Zur Augsburger Zeitung bzw. deren Herausgeber siehe Cajetan Freud (Bearb.): *Die Muenchen-Augsburger Abendzeitung: ein kurzer Abriss ihrer mehr als 300jährigen Geschichte 1609-1914*. München 1914; Henriette Kramer: *Georg von Cotta (1796-1863) als Verleger*. Frankfurt am Main 1985; Barbara Remmel-Gortat: *Deutscher Journalismus im Vormärz. Die Pariser Berichterstattung der »Allgemeinen Zeitung« von 1840 bis 1843 und Heinrich Heines »Lutezia«*. Düsseldorf 1991; Michael von Rintelen: *Zwischen Revolution und Restauration: die Allgemeine Zeitung 1798-1823*. Frankfurt am Main 1994
- 11 Vgl. dazu auch Wolfgang Behringer: *Thurn und Taxis: die Geschichte ihrer Post und ihrer Unternehmen*. München 1990.
- 12 Vgl. Burkhard Treude: *Konservative Presse und Nationalsozialismus. Inhaltsanalyse der »Neuen Preußischen (Kreuz-)Zeitung« am Ende der Weimarer Republik*. Bochum 1975.
- 13 Zur Volkszeitung vgl. insbesondere Jürgen Frölich: *Die Berliner »Volks-Zeitung« 1853 bis 1867. Preußischer Linksliberalismus zwischen »Reaktion« und »Revolution von oben«*. Frankfurt am Main 1990.
- 14 Vgl. vor allem: *Festschrift zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Annoncen-Expedition Rudolf Mosse: zum 1. Januar 1917 gewidmet von den Geschäftsführern*. Berlin 1917. W. Joachim Freyburg (Hrsg.): *Hundert Jahre Ullstein*. 4 Bde. Berlin 1977.
- 15 Blotevogel (wie Anm. 3), S. 164.
- 16 Zu Teilaspekten vgl. Isabella Herskovics: *Alfred Kerr als Kritiker des Berliner Tagesblattes 1919-1933. Grenzen und Möglichkeiten einer subjektiv geprägten Publizistik*. Berlin 1990.
- 17 Vgl. *Geschichte der Frankfurter Zeitung 1856 bis 1906*. Frankfurt am Main [1906]. *Geschichte der Frankfurter Zeitung*. Frankfurt am Main 1911.
- 18 Vgl. Hermann Cardauns: *Fünfzig Jahre Koelnische Volkszeitung. Ein Rückblick zum goldenen Jubiläum der Zeitung am 1. April 1910*. Köln 1910.
- 19 Peter de Mendelssohn: *Zeitungsstadt Berlin. Menschen und Mächte in der Geschichte der deutschen Presse*. Frankfurt am Main 1982, S. 250.
- 20 Vgl. Kurt Koszyk: *Deutsche Presse 1914-1945*. Berlin 1972.

- 21 Vgl. dazu Wilhelm Kretschmer: Das Standortproblem im deutschen Zeitungsgewerbe. Jena 1922.
- 22 Vgl. Mendelssohn (wie Anm.19), S. 241ff.
- 23 Vgl. Blotevogel (wie Anm.3), S. 176.
- 24 Vgl. dazu Almut Todorow: Das Feuilleton der »Frankfurter Zeitung« in der Weimarer Republik. Zur Grundlegung einer rhetorischen Medienforschung. Tübingen 1996.
- 25 Vgl. Kurt Koszyk: Die katholische Tagespresse im westfälischen Ruhrgebiet von 1870 bis 1949: Vier Vorträge. Schwerte 1982.
- 26 Die weiteren Angaben nach Blotevogel (wie Anm. 3), S. 170ff.
- 27 Zum Thema Hugenberg und der publizistischen Vorbereitung des NS-Staates vgl. Adolf Stein: Hugenberg und die anderen. Berlin 1927; Ludwig Bernhard: Der »Hugenberg-Konzern«. Psychologie und Technik einer Großorganisation der Presse. Berlin 1928; Karl-Dietrich Abel: Presse lenkung im NS-Staat. Eine Studie zur Geschichte der Publizistik in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1968; Dankwart Guratzsch: Macht durch Organisation. Alfred Hugenbergs Einfluß im Wilhelminischen Deutschland. Hamburg 1974; Heidrun Holzbach: Das »System Hugenberg«. Die Organisation bürgerlicher Sammlungspolitik vor dem Aufstieg der NSDAP. Stuttgart 1981; Klaus Wernecke: Der vergessene Führer. Alfred Hugenberg. Pressemacht und Nationalsozialismus. Hamburg 1982; Kaaren M. Moores: Presse und Meinungsklima in der Weimarer Republik. Eine publizistikwissenschaftliche Untersuchung. Mainz 1996.
- 28 Vgl. dazu Paul Hoser: Die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hintergründe der Münchner Tagespresse zwischen 1914 und 1934: Methoden der Pressebeeinflussung. Frankfurt am Main 1988.
- 29 Vgl. Norbert Frei: Journalismus im Dritten Reich. München 1989.
- 30 Exemplarisch Günther Gillissen: Auf verlorenem Posten: die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Berlin 1986.
- 31 Zur nationalsozialistischen Tagespresse siehe Hans Hentschel: Der ständische Aufbau der deutschen Presse. Leipzig 1935. Gerhard Baumann: Der organisatorische Aufbau der deutschen Presse. München 1940. Presse in Fesseln: Eine Schilderung des NS-Pressetrusts. Berlin 1947; Jürgen Hagemann: Die Presselenkung im Dritten Reich. Bonn 1970.
- 32 Vgl. Blotevogel (wie Anm. 3), S. 180ff.
- 33 Vgl. Kurt Koszyk: Kontinuität oder Neubeginn. Massenkommunikation in Deutschland 1945-1949. Siegen 1981.
- 34 Zum deutschsprachigen Zeitschriftenwesen vgl. vor allem Heinrich Wuttke: Die deutschen Zeitschriften und die Entstehung der öffentlichen Meinung. Hamburg 1866; Emil Niewoehner: Geschichte und Problem des Zeitschriftenbuchhandels. Ein Grundriß. Dresden 1932; Josefine Trampler-Steiner: Die Frau als Publizistin und Leserin. Deutsche Zeitschriften von und für Frauen. Freiburg 1938; Karlheinz Wallraf: Die »Bürgerliche Gesellschaft« im Spiegel deutscher Familienzeitschriften. Köln 1939; Theodora Peterson: Magazines in the twentieth century. Urbana 1964; Gabriele Ricke: Die Arbeiter-Illustrierte-Zeitung. Gegenmodell zur bürgerlichen Illustrierten. Hannover 1971; Dieter Barth: Zeitschrift für alle. Das Familienblatt im 19. Jahrhundert. Ein sozialhistorischer Beitrag zur Massenpresse in Deutschland. Münster 1974; Heinz Willmann: Geschichte der Arbeiter-Illustrierten Zeitung 1921-1938. Berlin 1974; Wilhelm Marckwardt: Die Illustrierten der Weimarer Zeit. Publizistische Funktion, ökonomische Entwicklung und inhaltliche Tendenzen. München 1982; José Macias: Die Entwicklung des Bildjournalismus. München 1990; Thomas Bauer: Deutsche Programmpresse 1923 bis 1941. Entstehung, Entwicklung und Kontinuität der Rundfunkzeitschriften. München 1993.
- 35 Blotevogel (wie Anm. 3), S. 198.
- 36 Vgl. Erich Lorenz (Hrsg.): Die Entwicklung des deutschen Zeitschriftenwesens. Berlin 1937, S. 52. Nach Blotevogel (wie Anm. 3), S. 200.
- 37 Exemplarisch Ulrike Möllney: Norddeutsche Presse um 1800. Zeitschriften und Zeitungen in Flensburg, Braunschweig, Hannover und Schaumburg-Lippe im Zeitalter der Französischen Revolution. Paderborn 1996.
- 38 Vgl. auch Fritz Koerner: Das Zeitungswesen in Weimar (1734-1849). Leipzig 1920.
- 39 Zu den publizistischen Traditionen Leipzigs vgl. Johannes Friedrich Dürr (Hrsg.): Zweihundertfünfzig Jahre einer Leipziger Buchdruckerei und Buchhandlung: die Geschichte der Duerr'schen Buchhandlung in Leipzig von der Begründung ihres Stammhauses im Jahre 1656 bis auf die Gegenwart und die Geschichte der Familie Duerr. Leipzig [1906].
- 40 Vgl. Blotevogel (wie Anm. 3), S. 200ff.
- 41 Vgl. Marianne Hausmann: Münchener Zeitschriften von 1870 bis 1890. Würzburg 1939.
- 42 Vgl. Blotevogel (wie Anm. 3), S. 202.
- 43 Zu den Wirkungen des Krieges auf die Massenmedien vgl. Friedrich Leiter: Die Zeitung im Kriege und nach dem Kriege. Wien 1915.
- 44 Diese sowie die folgenden Angaben nach Blotevogel (wie Anm. 3), S. 203.
- 45 Vgl. Blotevogel (1980), S. 201.
- 46 Vgl. Blotevogel (wie Anm. 3) sowie Briesen (wie Anm. 3).

Klaus Kreimeier

Die Anfänge des Filmstandorts Berlin*

Der Begriff des »Filmstandorts« ist eine *contradictio in adiecto* - und ungefähr so verwirrend wie die aktuelle wirtschaftspolitische Standortdebatte. Sie wurde bekanntlich entfesselt, weil das Kapital ein immaterieller Dämon ist - ein »dämonisches Uhrwerk« hat es Ernst Bloch einmal genannt¹ - und weil es sich im Zustand permanenter Verflüssigung befindet. Es breitet sich über die ganze Welt aus, nimmt immer neue Gestalt an und ist im Zeichen des computerisierten Geldverkehrs zu neuen Dimensionen und Beschleunigungen aufgebrochen, die sich scheinbar vollkommen von der materiellen Basis, dem Wertschöpfungsprozeß, abzulösen beginnen. Auf diese Entwicklung, die wir etwas harmlos »Globalisierung« nennen, antwortet die Standortdebatte in der verzweifelten Hoffnung, die Bewegungen des Kapitals ließen sich festnageln, z.B. in nationalen Industriestandorten dingfest machen und ortsfest ansiedeln.

Auch der Begriff »Filmstandort«, in seiner ganzen Widersprüchlichkeit, spiegelt trügerische Hoffnungen wider. Mit dem Film kamen die »laufenden Bilder« in die Kulturgeschichte - d.h. mit der Vorstellung, daß es stehende Bilder, Standpunkte, Standorte, irgendetwas unwiderlich Festes und Stabiles in der Welt gebe, räumte gerade dieses Medium gründlich auf. Die Bilder lernten zu laufen - und sie liefen weg, sie liefen um die ganze Welt, verflüchtigten und verflüssigten sich, wechselten die Gestalt und waren als Bilder, genau genommen, nicht mehr zu fassen. Nur Diktatoren haben vergeblich versucht, den Film standortmäßig einzukerkern und aus laufenden Bildern wieder stehende zu machen. Die Standortpolitik der Nationalsozialisten - deutsche Filme, hergestellt von deutschen Produktionsfirmen für den deutschsprachigen Markt - konnte nur solange funktionieren, wie sich der Markt auf Grund der nationalsozialistischen Eroberungen ausdehnte; als der Angriffskrieg zum Stehen kam, wurde auch die Standortpolitik in der Filmproduktion verstärkt zu einer Kostenfrage. Die Rekorderlöse der Jahre 1941/42 gingen zurück; die Produktionszahlen schrumpften; in den Konzernen verlegte man sich auf Durchhaltefilme für die »reichsdeutsche« Stammkundschaft und billig produzierte Lustspiele für die Bevölkerung in den unterworfenen Gebieten.

Natürlich sind Begriffe wie »Filmstandort« oder »Medienstandort« naheliegend, weil selbst eine so flüchtige Ware wie der Film oder andere audiovisuelle Medienprodukte irgendwo herge-

stellt werden müssen - und weil es dafür industrieller Vorkehrungen bedarf, die wiederum einer größeren Anzahl von Menschen zeitweilig Arbeit und Brot geben. Schon 1913 waren weltweit mehrere hunderttausend Menschen in der Filmproduktion beschäftigt, darunter allein 75 000 im Kinogewerbe. Sie wurden zum Teil bereits in »virtuellen«, jedenfalls zuvor praktisch unbesiedelten Standorten angesiedelt - so, ab 1912, in Hollywood. Die absolut anonymen, topographisch gesichts- und geschichtslosen Produktionsgeographien der Gegenwart (denken wir nur an das gewerbeparkähnliche Medienzentrum, das man in Hürth bei Köln ins Grüne gesetzt hat), erst recht die gleichsam schwerelosen, zunehmend auch ortlosen Produktionsformen, die mit der Digitaltechnik auch die Filmherstellung zu dominieren beginnen, lassen die Realität des Produktionsstandorts immer nebelhafter erscheinen. Wo entsprechend leistungsfähige Rechner stehen, können Filme produziert werden. Für Hollywood arbeitet heute das Silicon Valley, aber auch irgendein Erfinder in Japan oder sogar die Filmakademie in Ludwigsburg.

In der historischen Perspektive kündigt sich schon in der Frühgeschichte des Films, die ja nicht zufällig mit einem Höhepunkt der Industrialisierung in Europa und Amerika zusammenfiel, diese Entwicklung an. Als Berlin nach der Jahrhundertwende erstmals Filmstandort geworden war, beschrieb Egon Friedell die deutsche Hauptstadt folgendermaßen: »Berlin ist eine wundervolle moderne Maschinenhalle, ein riesiger Elektromotor, der mit unglaublicher Präzision, Schnelligkeit und Energie eine Fülle von komplizierten mechanischen Arbeitsleistungen vollbringt. Es ist wahr: diese Maschine hat vorläufig noch keine Seele. Das Leben Berlins ist das Leben eines Kinematographentheaters, das Leben eines virtuos konstruierten hominemachine.«² Wenn wir von der Erfindung des Films sprechen, behaupten wir in der Regel, die Industrialisierung habe nun auch die technischen Bilder erfaßt. Das ist natürlich richtig, aber Friedell - und das ist das Interessante - blickt diametral entgegengesetzt auf das Phänomen: Für ihn ist der Film, das Kinematographentheater, ein Paradigma für die rasanten industriellen Veränderungen, die vor dem Ersten Weltkrieg in und mit der deutschen Hauptstadt vorgehen.

Ähnlich könnten wir heute von den digitalen Techniken und den Techniken der Virtualisierung sprechen, wenn wir auf den Begriff zu bringen

suchen, was gegenwärtig mit Berlin geschieht. Das alte, das preußische Berlin »verschwindet« nicht, es wird vielmehr in einer Pseudorealität, als Kulisse und Museum, »aufgehoben«. Im neuen, hyperurbanen, von Sony und Daimler-Benz beherrschten Ambiente verfügt es über einen Realitätsgehalt, der nicht viel größer ist als der einer Computergraphik auf unseren Bildschirmen. Volker Schlöndorff versuchte, den alten Filmstandort Babelsberg aus nostalgischen Anwendungen heraus zu »retten«, aber er mußte die Erfahrung machen, daß dergleichen Wiederbelebungsversuche unter den Bedingungen globaler Kapitalströme zur Beute multinationaler Gemischtwarenkonzerne werden, die sich für Marlene Dietrich und Schlöndorffs Träume interessieren, weil sie um sie herum Hotels und Büro-Container errichten können. Und in den Studios der alten Ufa wird heute, zum Beispiel, die RTL-Soap-Opera »Gute Zeiten, schlechte Zeiten« produziert. Zugleich freilich haben die schwindelerregenden Investitionen in den »Standort Bundeshauptstadt Berlin« ein Ausmaß angenommen, das die Frage nach dem nächsten Kollaps am Potsdamer Platz und in Babelsberg nachgerade unvermeidlich macht.

Das Berlin der Glashäuser

Die folgenden Beispiele sollen einige Schlaglichter auf das frühe Kino der Produzenten in Berlin werfen. Dabei gerät der scheinbar fest in den Boden gerammte Produktionsstandort ebenso in den Blick wie seine Tendenz, sich unablässig zu verändern und, tendenziell, sich selbst aufzuheben.

Heinrich Bolten, genannt Bolten-Baeckers, ist schon ein relativ erfolgreicher Theaterdirektor, Bühnenautor und Verleger, als er 1906 beschließt, Filmproduzent zu werden und in Berlin-Südende, Steglitzer Straße, seine Firma B.B.-Filme zu gründen. Drei Jahre später baut er zusätzlich ein Glasatelier, das es ihm erlaubt, weiter mit natürlichem Licht zu arbeiten, ohne vom Wetter abhängig zu sein. Er dreht, bereits serienmäßig, erfolgreiche Lustspielfilme; zu Beginn des Ersten Weltkriegs z. B. mit dem Komiker Otto Reutter. Er ist und bleibt Kleinproduzent und als solcher ein Pionier; in die Filmgeschichte geht er als Genreproduzent ein, der bald auch der Ufa zuarbeitet und dort seine unverwechselbaren Akzente im Bereich der Filmkomödie setzt. Mit der Ufa ist 1917, zunächst in Tempelhof, später in Neubabelsberg, ein neuer Produktionsstandort entstanden, der vom Staat und von der Industrie mit genügend Grundkapital ausgestattet wurde, um sich sehr bald kleinere, mittelständische Ateliers einzuverleiben. Viele dieser kleinen Firmen

verschwinden vollständig mit ihren Liegenschaften, andere arbeiten unter dem Firmennamen der Ufa weiter.

Älter als Bolten-Baeckers ist das Bioscop-Atelier in der Chausseestraße, 1896 gebaut und 1907 von der Deutschen Bioscop-GmbH übernommen. Bis 1903 wirkt hier ein »Photograph für Illustrationen« unter einem Glasdach, in einem Raum von 54 qm Fläche, der für die Filmarbeiten auf 132 qm erweitert wird. Es ist ein Beispiel für die vielen fotografischen Ateliers in Berlin, die gleichsam in die Filmproduktion hinüberwachsen. Die Bioscop arbeitet erstmals mit einer Synthese aus natürlichem Licht und künstlichen Beleuchtungsmöglichkeiten. Der Kameramann Guido Seeber, der bei der Bioscop gearbeitet hat, erinnerte sich: »Als Lichtquelle benutzte man, so gut es ging, das Tageslicht allein, fügte dann einige Westminsterlampen dazu und endete schließlich mit einer Quecksilber-Dampflampen-Anlage. Diese Lichtanlage genügte, um ohne jedes Tageslicht Filmaufnahmen vornehmen zu können.«³ In diesem Atelier entstanden übrigens 1911 die ersten acht großen Asta Nielsen-Filme. Keimzelle der Filmstadt Neubabelsberg ist ein Fabrikgebäude, in dem um die Jahrhundertwende quasi virtuelle Waren, nämlich künstliche Blumen und Dekorationsartikel hergestellt werden. 1911 errichtet die Deutsche Bioscop als Anbau zu diesem Gebäude ein Glashaus, weil ihr Atelier in der Chausseestraße zu klein geworden ist.

Etwas ganz und gar Ephemeres, Immaterielles - das Licht - ist die Quintessenz, die wesentliche Energie der Filmproduktion und somit auch ihres Standorts: Das Licht ist diejenige Instanz, die über alle anderen ästhetischen Valeurs entscheidet und daher auch die weitere Entwicklung der Technik (der Kameras, der gesamten Studio-technik, aber auch der Projektoren) bestimmt. Bis nach dem Ende des Ersten Weltkriegs sind Glashäuser die angemessene Produktionsarchitektur. Berlin als Filmproduktions-Standort besteht aus einem sich unablässig ausdehnenden, sich verändernden Netz aus Glasateliers - Gebilden, die, vergleichbar den Zirkuszelten, jederzeit abgebaut werden können, sobald sie ihre Funktion erfüllt haben. In der Frühzeit verwandeln sich einige Fotografen-Ateliers in der Friedrichstraße in Filmateliers, erweisen sich aber insoweit als untauglich, als sie nach Norden ausgerichtet sind: Die Filmproduktion, die noch auf Tageslicht angewiesen ist, gleichzeitig aber von den Unbilden der Witterung unabhängig sein will, benötigt nach Süden ausgerichtete Standorte, um am Tage möglichst lange das hereinflutende Licht nutzen zu können. Mit der Einführung des Kunstlichts, zunächst mittels Bogenlampen, bald

mit Hilfe der Elektrizität, ist dieses Standort-Problem überwunden.

Sehr schön beschreibt die Zeitschrift »Lichtbild-Bühne« im Juni 1913 die bemerkenswerten Veränderungen, die in der Tempelhofer Oberlandstraße vor sich gegangen sind, als dort die Literaria Filmgesellschaft und kurz darauf Paul Davidsons Projektions-AG Union ihre großen Ateliers errichteten:

»Wenn man von der Tempelhofer Chaussee herkommt, sieht man schon aus weiter Ferne zwei seltsame Gebilde emporragen, die wie riesenhafte Vogelkäfige aussehen. Es sind zwei hochgelegene, sehr große Hallen, die vollkommen von Glaswänden eingeschlossen sind und auch ein gläsernes Dach haben. Frei kann von allen Seiten das Licht hier hereinfluten, und man kann sich gleich denken, daß diese Anlagen jenem Gewerbe dienen, für das der Grundsatz gilt: »Am Lichte hängt, zum Lichte drängt doch alles!«⁴

Zweifellos gehört die Herstellung von Filmen der Sphäre der materiellen Produktion an. Dafür ist eine immer kompliziertere Maschinerie notwendig: Man braucht Bauten, die sich mit der Tonfilmproduktion in schalldichte Festungen verwandeln, und zusätzliche chemische Betriebe, um eine Ware herzustellen, deren Körperform aus einigen Rollen belichteten Zelluloids besteht. Aber das körperlose Licht bleibt die zentrale Instanz der Produktion - das Naturlicht, das elektrische Licht, mit dem schon Max Reinhardt das Theater revolutionierte - schließlich das »kathodische Licht« (Paul Virilio), das heute auf den Monitoren unserer Computer zuckt.

Hinzu kommt: der Film-Produktionsstandort wäre nichts ohne den Produktionsstandort Kino, den man gemeinhin nicht so bezeichnet, weil im Kino ja die Rezeption stattfindet. Aber der Film als immaterielle Ware »realisiert« sich erst im Kino - er realisiert sich hier im Wortsinn wie auch im ökonomischen Sinn: er »rechnet« sich erst, wenn er auf das Interesse der Massen trifft. Im Kino findet die »zweite Produktion« statt - wiederum mit Hilfe des Lichts, des Lichtstrahls, der aus dem Projektor kommt. Der »Film im Kopf des Zuschauers« ist das (vorläufige) Endprodukt aller Filmfabrikation: die Ware, für die der Zuschauer zahlt - eine körperlose Ware, immateriell, auch inkommensurabel, weil sich nur sehr schwer bestimmen läßt, was der Zuschauer mit dieser Ware anfängt und was er aus ihr macht.

Krieg und Kriegsende

Der Erste Weltkrieg weitet den Produktionsstandort Berlin dynamisch aus. Schon zu Kriegsbeginn werden die militärischen Fronten zu Drehsets. Produziert wird nicht zuletzt dort, wo gekämpft wird - wenn auch in Wirklichkeit hinter der Front: Die Kampfszenen werden in der Regel in sicherem Gelände nachgestellt und mit jenen heroischen Attitüden ausgestattet, die für die Kriegsberichterstattung in den heimischen Kinos erwünscht sind. Vier besonders tüchtige Berliner Filmfirmen erhalten von der Obersten Heeresleitung den Auftrag, Bilder von den europäischen Kriegsschauplätzen in die deutschen Kinos zu liefern. Zwischen Krieg und audiovisuellen Medien existiert eine durchaus dramatische Affinität, die vom Ersten und Zweiten Weltkrieg über Vietnam bis zum Golfkrieg neue Produktionstechniken, neue Distributions- und Rezeptionsformen hervorbringt und die Realität des Produktions-»Standorts« von einer ganz anderen Seite her in Frage stellt. Die Kriege dieses Jahrhunderts tragen mit einer Vehemenz ohnegleichen zur »Globalisierung« der Audiovision wie auch zu ihrer rasanten technischen Entwicklung bei. Der Typus der deutschen Wochenschau, der bis in die frühen 60er Jahre das Kinoerlebnis prägen wird, entwickelt sich aus jenen filmischen »Dokumenten zum Weltkrieg«, mit denen sich Oskar Messter, der potenteste und technisch avancierteste deutsche Filmproduzent zwischen 1900 und 1917, dem wilhelminischen Generalstab unentbehrlich macht; schon im Oktober 1918 läuft auf den Kinoleinwänden der Heimatfront die erste »Messter-Woche« als moderne Form der Kriegsberichterstattung mit Entertainment-Charakter: Infotainment im Geist und im Marschrhythmus der Hohenzollern-Dynastie.

Auch der Kinopark dehnt sich während des Ersten Weltkrieges erheblich aus - nicht nur, weil die Oberste Heeresleitung an den Fronten 900 Feldkinos für die kämpfende Truppe einrichtet. Auch Berlin als Kinostandort blüht: Von April 1914 bis November 1918 steigt die Zahl der Berliner Lichtspieltheater von 195 auf 312; in derselben Zeit vergrößert sich der deutsche Produktions- und Verleihsektor von 25 auf 130 überwiegend in Berlin angesiedelte Firmen. Das Kopierwerk Oskar Messters verarbeitet allein in den Jahren 1916/17 viereinhalb Millionen Meter Film - mehr als jemals zuvor ein deutsches Kopierwerk innerhalb von zwei Jahren zu bewältigen hatte. Dem gesteigerten Unterhaltungsbedürfnis der Zivilbevölkerung - gerade unter den sich rapide verschlechternden Lebensbedingungen - und den vielfachen Neigungen zur Realitätsflucht angesichts der sich abzeichnenden politischen und militärischen Niederlage ent-

spricht das Kino mit der Etablierung von Gegenwirklichkeiten, zunehmend auch in serieller Form: Die Jahre von 1914 bis 1918 sind eine Ära überaus erfolgreicher Detektivfilmserien. Mit dem Geld, das sie einspielen, gelingt einem Produzenten wie Joe May der schwierige Übergang in die Zeit nach dem Krieg - und der Berliner Filmindustrie insgesamt eine Stabilisierung ihres Standorts für ihre Offensive in den ersten Nachkriegsjahren, die vor allem durch die Inflation (und ihre das ausländische Kapital abschreckenden Auswirkungen auf den Geldmarkt) begünstigt wird.

Dem genaueren Blick zeigt sich in der deutschen Filmgeschichte - vor dem Hintergrund der realhistorischen Abläufe - eine in dieser Form wohl beispiellose Tendenz: Der Produktionsstandort blüht, wenn der politische Standort (wie im Fall des wilhelminischen Kaiserreichs gegen Ende des Ersten Weltkriegs) implodiert oder (wie im Fall des Nationalsozialismus 1945) in einer selbst herbeigeführten politisch-militärischen Katastrophe untergeht. (Die Folgen des Bombenkriegs zwingen allerdings die 1943/44 noch boomende nationalsozialistische Filmindustrie, ihren Standort von Berlin in das besetzte Prag zu verlagern: Die Barrandov-Studios werden zum Produktions-»Bunker« der letzten Kriegsjahre; noch bis in den April 1945 wird hier nahezu ununterbrochen gedreht. Als sich die Rote Armee auch diesem letzten Refugium der NS-Filmproduktion nähert, versammelt der Regisseur Hans Steinhoff sein Team zum Appell und droht jedem mit Verhaftung, der mit dem Gedanken spielt, den Standort zu verlassen.)

Nach dem Untergang herrscht erst einmal *tabula rasa* - schon 1918 brachte die alliierte Boykottpolitik gegenüber deutschen Filmen die Branche vorübergehend in Gefahr. Nach dem Ersten Weltkrieg jedoch war der Produktionsstandort noch stark genug (mit Blick auf das bei der Ufa akkumulierte Kapital, auf seine technischen Standards und sein Talentepotential), um sich im Auslandsgeschäft sehr bald wieder ins Spiel zu bringen.

Frühe Produzenten und Produktionen

Ein besonders genialer und produktiver Kriegsgewinnler unter den frühen Produzenten, in der Berliner Szene um 1918, ist Joe May. May hat einiges zu bieten. Da sind die erprobten und modernisierten Ateliers in Berlin-Weißensee; dazu kommt das ausgedehnte Außengelände in Woltersdorf, das sich so vorzüglich für den Ausbau phantastischer Dekorationen und die Vorspiegelung exotischer Geographien eignet. Da ist ein fester Stamm hervorragender, gut aufein-

ander eingespielter Mitarbeiter. Joe May hat in den improvisationsfreudigen Kriegsjahren gelernt, die Qualitäten seines künstlerischen Stabes und seines technisch-organisatorischen Apparats sinnvoll und effektiv einzusetzen; als Autor, Regisseur und Produzent ist er ein produktiver Allroundman des frühen Kinos, und als fähiger Geschäftsmann weiß er, daß der Kassenerfolg keine Hexerei, sondern - auch - eine Frage des funktionierenden Vertriebs und nicht zuletzt moderner Werbemethoden ist. Die gesunde Routine, die er sich als Regisseur und Produzent der Stuart Webbs- und Joe Deeb-Detektivserien angeeignet hatte, verschließt sich nie der Phantasie, der Inspiration zu neuen Einfällen und der Freude an der Improvisation. Joe May kann »zaubern« - eine unerläßliche Eigenschaft in jenen Jahren, in denen die Inflation des Geldes mit der Inflation der Träume wetteifert, und er hat einen ausgeprägten Sensus für Talente, so etwa für das vielversprechende Gespann Fritz Lang/ Thea von Harbou.

Joe May errichtet 1919 in Woltersdorf bei Berlin einen Produktionsstandort, wie es ihn zuvor in Deutschland noch nicht gegeben hat. Es geht dabei um sein achtteiliges Großprojekt »Die Herrin der Welt«, das er bereits mit dem Geld der Ufa - und für deren Vertrieb - realisieren kann: einen Serienfilm, der in allen fünf Erdteilen spielt und mit dem die deutsche Filmindustrie erklärtermaßen den Produktionsstandort Hollywood in die Schranken fordern will. Die Amerikaner zeigen nach dem Ersten Weltkrieg ihrerseits starkes Interesse, auf den europäischen Kinomärkten Fuß zu fassen; in Deutschland hindert sie allerdings vorerst die Inflation daran, im großen Maßstab ins Produktions- und Verleihgeschäft einzusteigen. Für deutsche Produzenten besteht andererseits gerade in der Inflation die Chance, große Filme relativ billig für eine günstige Amortisation im Ausland herzustellen. Kein anderer Standort reagiert in diesen Jahren ähnlich sensibel auf Hausse und Baisse an den internationalen Börsen und auf dem Devisenmarkt wie die Filmproduktion.

Wie sieht der Dreh-Set zu Joe Mays »Die Herrin der Welt« aus?

»Für die Außenaufnahmen (...) kaufte Joe May ein 75 Hektar großes Terrain zwischen Woltersdorf, Kalkberge und Rüdersdorf bei Berlin, mit einem See und ausgedehnten wüstenähnlichen Sandflächen und Hügeln. Dort ließ er (...) große Bauten errichten, kolossale Kulissen, und ebenso Unterkünfte für die afrikanischen und chinesischen Komparsen. Er lieh exotische Tiere aus den Zirkussen und hielt Krokodile in einem eigens angelegten und abgesicherten Teich, und nachts knatterten die Motorräder durch Woltersdorf, um die einheimischen Komparsen zu ihren Einsätzen abzuholen. May lancierte Daten und Zahlen in die Presse, lud Journalisten auf das Filmgelände ein

und hatte seine Publicity längst vor der Uraufführung. (...) May realisiert sein Projekt einer phantastischen Reise, eines Abenteuers über alle Grenzen vor den Schrebergärten von Berlin und wird mit Genugtuung als Schöpfer eines deutschen Hollywood deklariert, wo er doch nur unter der Kontrolle der seit den Kriegstagen prosperierenden Ufa den Devisenmangel zu kaschieren versucht. So bekommt der Film folgerichtig auch eine wirtschaftliche und politische Funktion in der öffentlichen Diskussion.«⁵

Die »Berliner Börsen-Zeitung« z.B. stellt mit Blick auf das Spektakel in Wolterdorf politisch-wirtschaftliche Betrachtungen an:

»Man muß in unserer deutschen Filmindustrie gewappnet sein für den nun bald mit äußerster Erbitterung entbrennenden Kampf gegen die amerikanische Filmübermacht, die Konkurrenz aller übrigen Länder brauchen wir nicht zu fürchten, aber Amerika ist uns immerhin noch um so viel überlegen, daß es uns, wenn wir nicht sehr auf der Hut sind, einfach erdrücken kann. Da müssen wir denn ebenso großzügig zu Werke gehen wie die Amerikaner, und dieses Filmwerk beweist, daß wir auf dem besten Wege dazu sind.«⁶

Stolz summiert die Zeitung die Statistik: 6 Millionen Mark Produktionskosten, allein 200 000 Mark für die Kostüme, 30 000 Mitwirkende, darunter vier fünftel aller in Deutschland lebenden Schwarzen, 100 eigens errichtete Bauten, darunter ein ganzer Stadtteil von Kanton und der sagenhafte Tempel von Ophir. Eine weitaus offensivere, ja militante Tonart schlägt das Fachblatt »Der Film« an:

»Man braucht nicht Prophet zu sein, um sagen zu können, daß »Die Herrin der Welt« den Auslandsmarkt, auch den des bisher feindlichen Auslands, erobern wird, mehr noch, daß er ein Propagandafilm für die deutsche Filmindustrie werden wird.«⁷

Eine reichlich euphorische Prognose, aber in die USA wird der Film immerhin günstig verkauft.

Mit den Pressekommentaren zu »Die Herrin der Welt«, Ende 1919, beginnt eine Standort-Debatte, die während der gesamten Lebensdauer der Weimarer Republik anhält und erst 1933, mit der neuartigen Standortpolitik der Nationalsozialisten, einen vorläufigen Abschluß findet. Der Höhepunkt dieser Debatte fällt in den Dezember des Jahres 1925, als die Ufa kurz vor dem Bankrott steht und die amerikanischen Konzerne Paramount und Metro Goldwyn mit dem Parufamet-Vertrag einen erheblichen Einfluß auf das deutsche Kino- und Verleihgeschäft gewinnen - zu 50 Prozent muß die Ufa nun ihren Kinopark für amerikanische Produktionen reservieren, um mit Krediten aus den USA weiterhin produzieren zu können.

Damit beginnt jene Periode, über die Jean-Luc Godard 50 Jahre später sagen wird, es müsse innerhalb einer »wahren Geschichte des

Kinos« eine innere Geschichte, eine »Geschichte der Verträge« geben:

»Die Amerikaner haben mit der deutschen Filmindustrie Verträge gemacht, als sie, gegen Ende der Stummfilmzeit, am Boden lag und nicht auf die Beine kommen konnte. Sie hat es geschafft auf Grund der Verträge zwischen der Paramount und der Ufa, vor Beginn der Hitlerzeit. Und wie zufällig kam Hitler zu der Zeit an die Macht, als die Paramount zwischen Paris und Berlin Filme in drei Fassungen drehte.«⁸

Inzwischen ist die Tonfilm-Zeit angebrochen, und die Paramount dreht »Versionenfilme« in englischer, französischer und deutscher Sprache - mit anderen Worten: sie ist im Begriff, den gesamten europäischen Filmmarkt endgültig für Hollywood zu erobern. Aus ihrem legitimen Geschäftsinteresse heraus betrachten die Amerikaner nicht Hollywood, Berlin, London oder Paris als feste Produktionsstandorte - sie produzieren Filme für den europäischen Markt, und sie investieren ihr Geld dort, wo es sich am schnellsten und vorteilhaftesten in Filme verwandeln läßt.

Postskriptum

Vor 1914, erst recht in den Kriegsjahren und noch nach 1918 operieren die frühen, so erfindungsreichen Filmproduzenten Berlins an den Schnittstellen zwischen Industrie und Krieg, Massenelend und Massensehnsüchten, dem erbärmlichen Hier und Jetzt und der traumhaften Ferne, die sie mit ihren Bildern evozieren. Standorte entstehen dort, wo begabte Außenseiter auf die Idee kommen, ein Gewächshaus oder das Atelier eines Fotografen in ein gläsernes Filmatelier umzubauen - oder wenn sie über genügend Kapital verfügen, um ein großes Areal in der Märkischen Heide zu kaufen: groß genug, um Monumentalszenarien aus allen fünf Erdteilen zu errichten. Joe Mays Film »Die Herrin der Welt« ist nicht zuletzt ein Großereignis der Virtualisierung - die technische Unmöglichkeit einer »virtual reality« auf »analoger« Produktionsbasis.

Über der Filmproduktion dieser Zeit steht ein seltsames Gesetz: Der Hang zur phantastisch-monumentalen Virtualisierung der Wirklichkeit hat nicht zuletzt die Virtualisierung und sehr bald das tatsächliche Verschwinden der Produktionsstandorte zur Folge. Joe Mays Produktionsfirma geht in der Ufa auf, wenngleich May selbst noch bis in die 30er Jahre um seine Unabhängigkeit als Produzent kämpfen wird. Auf dem riesigen Gelände bei Woltersdorf wächst bald wieder das Heidegras; erst zu Beginn der 90er Jahre entdeckt eine Exkursion enthusiastischer Filmhistoriker aus Hamburg diesen alten und so ruhmrei-

chen Standort wieder. Das Gesetz der Filmproduktion - Monumentales wird hergestellt, um es im Akt der Aufnahme in der lustvoll zelebrierten Katastrophe zu vernichten - ereilt auch die Standorte: Nicht nur Produktionsfirmen, auch die wunderbarsten Drehsets und ganze »Filmstädte« verschwinden in der Virtualität. Hätte sich nach 1945 in Berlin-West nicht zäh Arthur Brauners CCC gehalten (von der DEFA im Osten einmal abgesehen), wäre Berlin als einziger deutscher Filmstandort von Rang für etliche Jahrzehnte im Nichts versunken.

Der Serienfilm »Die Herrin der Welt« hat ein Vielfaches seiner Produktionskosten eingespielt. Es geht darum, die Phantasien der Deutschen, gebeutel durch den Vertrag von Versailles nach der Niederlage von 1918, zu stimulieren und wiederaufzurichten, ihre klein und eng gewordenen Sehnsüchte zu »entgrenzen«. Das ist diesem achteiligen Monumentalreise film durchaus gelungen. In den USA wird der Film, vermutlich, einer typisch amerikanischen Post-Production unterzogen. Deutsche Filme werden von den amerikanischen Verleihfirmen regelmäßig umgeschnitten - vor allem: gekürzt. Sie werden gekürzt, weil die meisten Einstellungen zu lang und schwerblütig, die Sequenzen zu bombastisch und zu umständlich erzählt, die Filme insgesamt zu steif, zu langsam, zu pathetisch, zu überladen, in einem Wort: zu deutsch und daher ziemlich unverkäuflich sind.

1933 geht Joe May, gehen viele der besten Produzenten, Regisseure, Kameraleute, Filmkomponisten, Architekten und Schauspieler ins Exil. Die Suche nach ihren Standorten dauert bis heute in der Exilgeschichtsschreibung an. Der Filmstandort Berlin wird von den Nationalsozialisten zu neuen, wenngleich vollkommen imaginären Größenordnungen aufgeblasen - aber das, was ihn drei Jahrzehnte geprägt hat, ist zerschlagen. Einige seiner Spuren verlieren sich im Weltstandort der Kinematographie, in Hollywood.

Anmerkungen

* Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 11. September 1997 in Potsdam.

¹ Ernst Bloch: *Verfremdungen II*. Frankfurt am Main 1964, S. 200.

² Zitiert nach: *Mythos Berlin* (Katalog zur Ausstellung). Berlin 1987, S. 42.

³ Guido Seeber: *Als Babelsberg entstand*. In: *Filmtechnik/Filmkunst* 1930, Nr. 3.

⁴ *Lichtbild-Bühne*, 14.6.1913.

⁵ Claudia Lenssen. In: Hans-Michael Bock und Claudia Lenssen (Hrsg.): *Joe May - Regisseur und Produzent*. München 1991, S. 32.

⁶ Ebd.

⁷ Ebd, S. 33.

⁸ Jean-Luc Godard: *Einführung in eine wahre Geschichte des Kinos*. Frankfurt am Main 1985, S. 204.

Die Debatte um die Rundfunkstandorte in der Weimarer Republik*

Die Diskussion um optimale Standorte von Rundfunksendern und Rundfunkveranstaltern ist so alt wie der Rundfunk selbst, nämlich annähernd 75 Jahre, ja diese Diskussion begann sogar bereits, bevor die einzelnen Programmbieter 1923 und 1924 auf Sendung gingen und mancherorts bevor die entsprechende Programmgesellschaft überhaupt gegründet worden war. Es spielten dabei, damals wie heute, neben politischen, programmlichen und wirtschaftlichen Gründen auch immer wieder solche des Prestiges eine Rolle. Es kamen aber auch für die Weimarer Zeit typische Erklärungs- und Rechtfertigungsmuster hinzu, die nur aus der damaligen Situation zu verstehen sind.

1923/24 gab es zwar ein föderalistisch strukturiertes Deutsches Reich, allerdings mit großen Unterschieden in der geographischen Ausdehnung und in der Einwohnerzahl: mit einem sich über mehr als die Hälfte des Reichsterritoriums erstreckenden Preußen mit etwa drei Fünftel der Reichsbevölkerung, unterschiedlich großen Mittelstaaten - Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen und die Hansestadt Hamburg, um alle Länder mit mehr als einer Million Einwohner zu erwähnen - sowie zehn aus der Kaiserzeit überkommenen Kleinstaaten, deren Einwohnerzahl zwischen knapp 700 000 im Falle von Mecklenburg-Schwerin und etwa 50 000 im Falle von Schaumburg-Lippe schwankte.¹ Diese Unterschiede wirkten sich natürlich, um es vorweg zu sagen, auch auf die Durchsetzungsfähigkeit bei Standortfragen aus. Die regionale Länderrivalität wurde allerdings überlagert von außenpolitischen Momenten, wenn es darum ging, die Rundfunkversorgung der deutschsprachigen Bevölkerung jenseits der reichsdeutschen Grenzen sicherzustellen, die durch den Versailler Vertrag von 1919 sowie einige danach durchgeführte Volksabstimmungen unter »Fremdherrschaft« geraten waren, wie es im damaligen Jargon hieß, und zu denen via Ätherwellen der »Anschluß an die Heimat« gehalten werden sollte:² um Deutsche in Elsaß-Lothringen, das nunmehr zu Frankreich, in Eupen-Malmedy, das zu Belgien, in Nordschleswig, das zu Dänemark, und um Westpreußen und Ostoberschlesien, die zu Polen gehörten. Einen Sonderfall stellte das Saargebiet dar, das vom Völkerbund verwaltet wurde, über das aber nach 15 Jahren, wie es dann auch geschah, eine Volksabstimmung stattfinden sollte.

Vorbereitungen zur Einführung des Rundfunks

Als die Deutsche Reichspost Anfang der 20er Jahre mit den Vorbereitungen zur Einführung eines Rundfunkdienstes begann, spielten Entscheidungen zugunsten eines Standorts oder gegen ihn zunächst überhaupt keine Rolle, da ihre ersten Planungen davon ausgingen, ein Zentralsender in der Reichshauptstadt oder in ihrer Nähe angesiedelt würde genügen, das gesamte Deutsche Reich mit Rundfunk versorgen zu können. Folgerichtig entschied sie sich für die posteigene Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen, von der aus bereits seit 1919 ausgewählte Zeitungsredaktionen einen Pressedienst und seit 1922 als vertrauenswürdig angesehene Banken, Handels- und Kaufhäuser sowie die Industrie- und Handelskammern einen »Eildienst« mit Wirtschaftsmeldungen empfangen konnten. Ebenso wie der sogenannte »Presse-«, aber auch der »Wirtschaftsfunk« sollte auch der für die Allgemeinheit vorgesehene »Unterhaltungsrundfunk« nicht von der Post, sondern von durch sie kontrollierte Private organisiert werden, wobei die oberste deutsche Fernmeldeverwaltung selbst für die notwendige Infrastruktur sorgen wollte. Für die Gründung der ersten deutschen Rundfunkgesellschaft boten sich der Geschäftsführer des »Eildienstes« Ernst Ludwig Voss und der Vorsitzende von deren Verwaltungsrat Ludwig Roselius an. Ihre am 22. Mai 1922 gegründete »Deutsche Stunde - Gesellschaft für drahtlose Belehrung und Unterhaltung« plante, »öffentliche Konzerte, Vorträge, belehrende, unterhaltende sowie alle weitere Kreise der Bevölkerung interessierende Darbietungen auf drahtlosem Wege unter Benutzung einer reichseigenen Sendestelle - Königs Wusterhausen - zu verbreiten und dem Publikum an öffentlichen Orten durch lautsprechende Telephone zu vermitteln.« Um Mißbrauch auszuschließen, sollten die Darbietungen dementsprechend nicht zu Hause in den eigenen vier Wänden, sondern in größeren, öffentlich zugänglichen Versammlungsräumen nach dem Vorbild von Filmtheatern gegen Eintrittsgeld durchgeführt werden. Um den Kontrollwünschen der Post entgegenzukommen, sollten ihr 50 Prozent der Gesellschaftsanteile an der »Deutschen Stunde« zugestanden werden. Interessanterweise hatte die Deutsche Reichspost einige Tage vor Voss' und Roselius' Gründung ein Konzessionsantrag der beiden Funkfirmen Lorenz und

Telefunken erreicht, die technisch weiter dachten, für die Errichtung mehrerer, gleichmäßig über das Reich verteilter Sender plädierten³ und damit unbewußt erstmals deutlich machten, daß Standortfragen virulent werden könnten.

Aber weder der Vorschlag der »Deutschen Stunde« noch derjenige des Lorenz-Telefunken-Konsortiums wurden nach den ursprünglichen Vorstellungen realisiert. Probesendungen der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen ergaben qualitativ nur mangelhafte Empfangsergebnisse, da die Industrie noch keine für größere Räume geeignete Lautsprecher anbieten konnte. So sah sich die Post gezwungen, ihren technisch undurchführbaren Plan eines »Zentralfunks« über Bord zu werfen und ab Herbst 1922 ein ganz anderes Konzept zu verfolgen: das der Dezentralisation mit mehreren Senderstandorten. In diesem Zusammenhang hatte sie sich die Frage nach den Kriterien zu stellen, die für eine sachgerechte, d.h. ökonomisch wie technisch tragfähige, Auswahl dieser Standorte zugrunde gelegt werden sollten. Die Kriterien glaubte die Post bei den auch als »Rundspruch« bezeichneten Exklusivdiensten für Presse und Wirtschaft, d.h. bei deren Akzeptanz, sowie dem Telegrammaufkommen ausgewählter größerer Städte gefunden zu haben.⁴ Schließlich wurden neun Großstädte - in alphabetischer Reihenfolge: Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln bzw. für eine Übergangszeit Münster, Königsberg, Leipzig, München und Stuttgart - als Standorte von Sendern bestimmt, die - geographisch gesehen - etwa gleich große Sendegebiete zu versorgen hatten. Doch nach wie vor galt das Konzept, von der Deutschen Stunde das Programm zusammenstellen und zentral in Berlin abspielen zu lassen, wobei die Bezirkssender als bloße Relaisstationen gedacht waren.

Doch ein weiterer Sinneswandel der postalischen Ministerialbürokratie scheint sich in den darauffolgenden Wintermonaten, vor allem im Frühjahr 1923 vollzogen zu haben, wie ein Rundschreiben des Reichspostministeriums an die Oberpostdirektionen vom 6. Juli dokumentiert. Die oberste Postbehörde machte darin ihre Mittelinstanzen mit den Ergebnissen der bisherigen Verhandlungen zwischen den beteiligten Reichsressorts, vor allem mit den Sicherheitsbedenken der Beamten des Reichsinnenministeriums gegen eine Privatgesellschaft, die auch politische Nachrichten verbreiten werde, bekannt. Und es war in diesem Rundschreiben nicht mehr allein von Vorführungen des Rundfunkprogramms gegen Eintrittsgeld die Rede, sondern auch vom Zugeständnis, die Darbietungen privat zu Hause empfangen zu können. Den Sicherheitsaspekt, dem noch immer große Bedeutung zugemessen wurde, unterstrich aber die Be-

stimmung, Empfänger dürften ohne schriftliche Genehmigung der Reichstelegraphenverwaltung nicht in Betrieb genommen werden. Zusammenfassend erläuterte das Reichspostministerium die auf die Oberpostdirektionen neu zukommenden Aufgaben, beispielsweise Überwachung der öffentlichen Vorführungen der »Deutschen Stunde«, Kontrolle privater Empfangsanlagen sowie den Herstellern von Radioempfängern.⁵ Die Mitteilung über die angestrebte Liberalisierung des Radioempfangs scheint nicht überall auf Zustimmung gestoßen zu sein. Jedenfalls hegte die Oberpostdirektion in Frankfurt am Main »insofern Bedenken, als durch die unbeschränkte Zulassung von Privatantennen die Herstellung von Reichsanlagen erheblich behindert (...) und die Auffindung geheimer Funkanlagen außerordentlich erschwert wird.« Gleichwohl versicherte der oberste Frankfurter Postvertreter, er sehe sich in der Lage, die Überwachung öffentlicher Vorführungen »durch im Funkdienst erfahrene Beamte« vornehmen zu lassen.⁶

Eine weitere, dieses Mal aber noch gravierendere, aber weniger von der Standortfrage geprägte Entscheidung stand an, als es darum ging, die nächste, im Spätsommer 1923 gewonnene Erkenntnis der Reichspost umzusetzen: nämlich, der technischen Dezentralisierung eine programmliche Regionalisierung folgen und in jedem Sendebezirk durch eine dort zu gründende Programmgesellschaft jeweils auch ein eigenes Programm ausstrahlen zu lassen. Hierfür erhielt die »Deutsche Stunde« den Auftrag, quasi als Agentin der Post finanzkräftige Kooperationspartner zu gewinnen, zumal die Post davon ausging, daß der neue Dienst, d.h. die einzurichtenden Radioprogramme, den staatlichen Etat angesichts einer galoppierenden Hyperinflation keinesfalls belasten dürfe. Und die (Vor-)Finanziers für die Programmangebote der neun Bezirkssender, bzw. der neun nunmehr zu gründenden regionalen Programmgesellschaften hoffte die »Deutsche Stunde«, notwendigerweise, an den nunmehr bekanntgewordenen Senderstandorten zu finden. Und dafür standen Unternehmer bereit, die sich bereits in anderen Branchen geschäftlich erfolgreich betätigt hatten, aber auch Kaufleute, Journalisten, Juristen, Verbandsvertreter oder Künstler, die Neues wagen wollten.

Erste Städterivalitäten: Beispiel Frankfurt am Main / Kassel

Noch vor und in der eigentlichen Gründungsphase bildeten sich vereinzelt Rivalitäten von Städten untereinander heraus, die die »Deutsche Stunde« dann ganz geschickt zu ihren Gunsten bzw. zugunsten ihres Auftraggebers, der Deutschen Reichspost, auszuspielen verstand. Dies soll am Beispiel der Städte Frankfurt am Main und Kassel gezeigt werden, da über deren frühe indirekte und direkte Auseinandersetzungen bereits intensiv geforscht worden ist und die beide zum südwestdeutschen Sendebezirk gehörten: Dieser südwestdeutsche Sendebezirk umfaßte mehrere preußische Regierungsbezirke in der Rheinprovinz und in der Provinz Hessen-Nassau, die Freistaaten Hessen und Waldeck, die zu Bayern gehörende Pfalz, die oldenburgische Exklave Birkenfeld, Nordbaden und auch das - wie bereits erwähnt - unter Aufsicht des Völkerbundes stehende Saargebiet. Motor der Rundfunkgründung in dieser Gegend des Reiches wurde der Fotoindustrielle Carl Adolf Schlußner, der als Jagdflieger während des Ersten Weltkriegs mit der drahtlosen Telegraphie in Berührung gekommen war und im Schützengraben erstmals Musik durch Kopfhörer drahtlos empfangen hatte. Schlußner befaßte sich, nachdem die Kunde von der kurz bevorstehenden Einführung des Rundfunks aus der Reichshauptstadt bis an den Main gedrungen war und er Rundfunksendungen aus London und Paris selbst empfangen hatte, sofort »mit dem Projekt, ein Unternehmen zur Herstellung von drahtlosen Telephonapparaten zu gründen«. ⁷ Später verknüpfte er diese unternehmerische Idee mit Plänen für die Organisation einer Sendegesellschaft. Da dafür aber die Fernmeldeverwaltung ihren Segen geben mußte, reiste Schlußner zu Verhandlungen mehrmals nach Berlin, von wo er Ende August 1923 guten Mutes und im festen Glauben zurückkehrte, die »nötigen Konzessionen« (sic!) zu erhalten. ⁸ Und auch in den kommenden Wochen hielt er daran fest, das Geld zur Finanzierung der Rundfunksendungen durch den Verkauf von Empfangsapparaten aufbringen zu können, und hoffte zugleich auf einen Anteil an der Rundfunkgebühr, den die Post den sendenden Gesellschaften wohl überlassen würde. ⁹

Doch die hochfliegenden Pläne Schlußners, unverblümt Kultur und Kommerz miteinander zu verbinden, gingen der Deutschen Reichspost, vor allem aber dem Reichsinnenministerium (und dem mit diesem verbundenen und für den Nachrichtendienst der Rundfunkgesellschaften vorgesehenen Drahtlosen Dienst, die mittlerweile in die Diskussion um die künftige Rundfunkstruktur

einbezogen worden war) gegen den Strich. Wie Schlußner von Behörden und kulturellen Organisationen in Frankfurt und Berlin erfuhr, mußte er mit einer ernst zu nehmenden Konkurrenz rechnen, da auch andere Frankfurter Persönlichkeiten über Kontakte in der Reichshauptstadt verfügten, die sie zum Einstieg in das künftige Rundfunkgeschäft zu nutzen gedachten. So empfahl sich ein Ingenieur Sigwart Ruppel, als er das Reichspostzentralamt um die Übersendung der Bedingungen zum Bau von Radioempfängern bat, als Vertrauensperson, die dafür sorgen könne, »daß die Bestrebung [zur Einführung des Rundfunks] bei uns in das richtige Fahrwasser kommt.« ¹⁰ Solche Frankfurter Mitbewerber, deren Identität Schlußner offenbar nicht bekannt wurde, sorgten aber dafür, Druck auf den Protagonisten der Frankfurter Rundfunkentwicklung auszuüben und ihn zu Abstrichen an seinen ursprünglichen Organisationsvorstellungen zu bewegen. Einen derartigen Druck scheint auch ein in Berlin erhaltener Hinweis ausgeübt zu haben, der Kasseler Oberbürgermeister Philipp Scheidemann lege großen Wert darauf, daß eine Sendekonzession in seine Stadt vergeben werde. ¹¹ Daraus zu folgern, das Reichsinnenministerium habe alternativ zu Frankfurt »die Sendekonzession lieber nach Kassel an einen politisch nahestehenden Interessenten, den SPD-Oberbürgermeister Philipp Scheidemann, vergeben [wollen] als an den »rechtslastig-nationalistisch[en]« Schlußner«, ¹² führt nun doch in die Irre. Mehrere Fakten sprechen gegen diese Interpretation: Sechs Wochen bevor Schlußner von Kassels Interesse an einer Sendekonzession erfahren hatte, hatten die fünf Gründerväter am 7. Dezember 1923 den entscheidenden Schritt zur Sicherung des Rundfunkstandorts Frankfurt getan und ihre Unterschrift unter den Gründungsvertrag der Südwestdeutschen Rundfunkdienst AG zur Veranstaltung von Rundfunksendungen für »Frankfurt am Main und weiterem Umkreise« gesetzt. ¹³ Aber ganz unabhängig von diesem Frankfurter Vorgang beantragte der Kasseler Magistrat am 20. Dezember 1923 beim Reichspostministerium die »Errichtung einer Sendestation für den Rundfunkverkehr« und lieferte damit der Berliner Ministerialbürokratie die willkommene Munition, um Schlußner gefügig zu machen. An ihrer Entscheidung für Frankfurt ließ die Deutsche Reichspost aber keinen Augenblick rütteln.

Der Kasseler Initiative hingegen ist zu unterstellen, daß sich die Stadt damit nicht als alternativer Standort zu Frankfurt anbieten wollte, obwohl die nordhessische Metropole, immerhin Sitz des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Hessen-Nassau, sich immer im Schatten des südhessischen Frankfurt stehen sah - ein

Phänomen, das zwar Ende 1923 möglicherweise nur unterschwellig eine Rolle spielte, ein halbes Jahr später aber voll zum Tragen kam. Ende 1923, mehr als vier Monate vor dem Programmbeginn in Frankfurt am 1. April 1924, scheint Kassel bei seinem Vorstoß in Berlin schlicht und einfach nur dem Trend der Zeit gefolgt zu sein - wie auch andere Städte, die nicht zum illustren Kreis der ersten neun Senderstandorte gehörten - beim Wettrennen um Rundfunksender Anschluß an das neue Medium zu halten. Um zu begründen, warum die nordhessische Stadt als bedeutendes Verwaltungs- und Wirtschaftszentrum sowie mit einem reichhaltigen kulturellen Angebot berücksichtigt werden müsse, ging als Anlage zum Brief des Magistrats eine zehneitige Denkschrift aus der Feder des für das Verkehrsamt zuständigen Stadtrats Martin Weber nach Berlin.¹⁴ Die Post aber hielt an ihrer Entscheidung fest, zunächst im Frühjahr in Frankfurt und an den anderen für die erste Sendergeneration vorgesehenen Standorten Sender zu errichten, ließ aber offen, ob nicht zu einem späteren Zeitpunkt auch die nordhessische Stadt zum Zuge kommen könnte.¹⁵

Flankiert wurde der Vorstoß des Kasseler Magistrats durch andere Aktivitäten, um Kassel möglichst bald zu einem Rundfunksender zu verhelfen. Als eifrigster Verfechter erwies sich ausgerechnet ein Postbeamter, der den Casseler Radioclub im Rücken, dessen Vorsitzender er war, seinem obersten Dienstherrn in Berlin, dem Reichspostminister, in einem engagierten halbseitigen Beitrag für das »Casseler Tageblatt« nachwies, daß »der Rundfunksender Cassel (...) geradezu das fehlende Glied in der Reihe der bisher geplanten Anlagen« ist. Technische Hinweise allein genühten dem Postinspektor für seine Beweisführung nicht, er ließ auch kulturpolitische Kampfstöne in seinen Zeitungsaufsatz einfließen als er polemisch fragte:

»Wollen wir in Cassel und Umgebung nur fremde Musik und fremde Vorführungen hören? Haben wir hier nicht selbst ein hochentwickeltes Musikleben und verfügen wir nicht über Künstler von Ruf, die von den Bewohnern unseres Bezirks gern gehört werden?«¹⁶

Dieser leidenschaftliche Appell blieb - wie zu erwarten - im Berliner Reichspostministerium (noch) ungehört, das sich auch nicht erweichen ließ, nachdem Frankfurt mit seinen Sendungen begonnen hatte, die aber in Kassel mit billigen Detektorapparaten kaum und mit Röhrengeräten nur in mäßiger Qualität zu empfangen waren. Deswegen wurde die Kasseler Stadtverwaltung erneut in Berlin aktiv und forderte wenigstens die Aufstellung eines Nebensenders, nachdem die Post am 10. Mai 1924 angekündigt hatte, derartige Sender zu errichten, um wenigstens die

größten Versorgungsmängel zu beheben. Diesem städtischen Verlangen schloß sich die von namhaften Persönlichkeiten Kassels gebildete »Casseler Interessengemeinschaft für den deutschen Rundfunk« an, die versuchte, das Telegraphentechnische Reichsamt von der Notwendigkeit schnellen Handelns zu überzeugen. Technische Unzulänglichkeiten, so argumentierte der Intessenverband, wie von der Straßenbahn verursachte Störgeräusche, trübten nachhaltig den Rundfunkgenuß, normaler Empfang sei nur für einen technisch geschulten Laien in einem Umkreis von höchstens 75 km um einen Rundfunksender möglich, der Sender Frankfurt sei aber mehr als 150 km von Kassel entfernt. Die Interessengemeinschaft fuhr pointiert fort: »Tatsächlich sind die Empfangsverhältnisse in den hiesigen Bezirken geradezu trostlos, und der Rundfunk ist zum allgemeinen Gespött herabgesunken.«¹⁷ Auch die Oberpostdirektion sah sich gezwungen, ein ähnliches Klagegedicht anzustimmen. Die von Frankfurt ankommende Strahlungsenergie sei so schwach, daß es nicht gelinge, »bei der Verwendung von Sekundär-Empfängern störende Geräusche auszukoppeln.« Zur Behebung der Mängel müsse in Kassel ein Nebensender errichtet werden, der vom Sender in Frankfurt zu steuern sei.¹⁸

Solchen Beschwerden vermochten sich die Postbehörden auf Dauer nicht zu entziehen, so daß das Reichspostministerium am 24. September 1924 grünes Licht für die Errichtung eines Nebensenders in Kassel, und zwar im Gebäude der Reichspostdirektion, gab. Eine von der Frankfurter Wellenlänge abweichende Betriebsfrequenz schuf die erste Voraussetzung für ein in Maßen eigenständiges Programm. Die Besprechungsstelle als zweite Voraussetzung, offenbar zunächst gar nicht vorgesehen, begann die Post erst während der Bauarbeiten am Sender in Absprache mit dem Südwestdeutschen Rundfunkdienst zu planen; geeignete Räume dafür wurden ebenfalls im Haus der Oberpostdirektion gefunden. Noch vor Inbetriebnahme des Senders am 21. Dezember 1924 kam es zu einer Absprache über die Modalitäten der Zusammenarbeit von Frankfurt und Kassel. Es hieß darin: »Grundsätzlich erfolgt die Besprechung des Casseler Senders durch den Frankfurter Sender, jedoch werden teilweise auch Casseler Programme durch den dortigen Sender gegeben werden müssen, um die lokalen Interessen zu berücksichtigen.«¹⁹ Es ließ sich durch diese Absprache also nicht vermeiden, daß die Bevölkerung in Kassel und seiner Umgebung vorwiegend weiterhin »fremde Musik und fremde Vorführungen hören« mußten, doch es kamen auch - sicher nicht allein nur zur Zufriedenheit des wackeren Postinspektors, der vor Jahresfrist die

öffentliche Kampagne zugunsten eines Senders in Kassel angeführt hatte - nunmehr auch Kasseler Künstler zu Wort.

Im Gegensatz zu anderen Regionen des Reiches gab es in derjenigen mit dem Hauptsender Berlin, d.h. dem Sendegebiet der Berliner Funkstunde, keine Diskussion um den Standort. Der Standort Berlin für den Sitz einer Rundfunkgesellschaft war nie strittig, und was hätte beispielsweise auch Potsdam, selbst wenn der Wille dazu vorhanden gewesen wäre, gegenüber dem übermächtigen Berlin als Sitz der Reichsregierung und der preußischen Regierung sowie eigenständiger Regierungsbezirk ausrichten können? Eine Rivale für Berlin war also weit und breit nicht in Sicht. Und der erste Nebensender des norddeutschen Sendebezirks, wie der Sendebereich der Berliner Funkstunde in der offiziellen Diktion der Deutschen Reichspost hieß,²⁰ der Sender Stettin ging erst 1926 in Betrieb.

Die nicht immer feinen Methoden

Wenn schon Berlin und sein weiterer Umkreis für das Thema unergiebig ist, soll der Blick auf andere Sendegebiete des Reiches uns etwas weiterbringen. Es zeigt sich dabei, daß einzelne Städte nicht immer mit den feinsten Methoden gegeneinander kämpften. Zum Paradebeispiel sollte das westdeutsche Sendegebiet werden mit seinen - von der Einwohnerzahl her gesehen - annähernd gleich großen rheinischen Metropolen Köln und Düsseldorf und etwa einem halben Dutzend Städten des Ruhrgebiets, etwa Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Oberhausen, Bochum, abgesehen von etlichen Kleinstädten und Landkreisen, die die Chancen witterten, beim Bau eines Senders berücksichtigt zu werden. Außerdem hatte dieser Bezirk noch mit einem besonderen Handikap zurecht zu kommen: der bis 1926 bzw. 1930 anhaltenden Besetzung durch alliierte Truppen und dem anfänglichen Verbot der Errichtung von Rundfunksendeanlagen und der Bereitstellung von Empfängern, die die Sache zusätzlich komplizierte: So mußte die Post notgedrungen statt des ursprünglich vorgesehenen Köln Münster als Aufstellungsort des ersten Senders in diesem Bezirk und Sitz der regionalen Rundfunkgesellschaft, der Westdeutschen Funkstunde, vorsehen. Sofort nach Sendebeginn Münsters im Oktober 1924 und der Räumung der Besatzungszone östlich des Rheins, womit auch die Sende- und Empfangsrestriktionen der Besatzer aufgehoben wurden, gingen fordernde Briefe nach einem Sender im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beim Reichspostministerium ein. So argumentierte die

Stadtverwaltung Dortmund, nicht nur die Rücksicht auf die Wünsche der Bevölkerung der bis vor wenigen Tagen besetzten Dortmunder Zone gebiete »den Bau eines Zwischensenders in Dortmund, sondern auch das finanzielle Interesse des Rundfunks selbst.«²¹ Und der Verein der Funkfreunde Iserlohn sekundierte: Der Zwischensender solle nach Dortmund, da nur dadurch Detektorempfang im Ruhrgebiet möglich sei, aber natürlich im Süden der Stadt aufgestellt werden, damit auch der Landkreis Iserlohn versorgt werde.²² Die Stadt Bochum hingegen brachte sich als »Mittelpunkt des Ruhrgebiets« ins Spiel, da ein hier errichteter Sender im Umkreis von 30 km die meisten potentiellen Hörer erreichen könne und es keine Überschneidung mit dem 30-km-Kreis um Münster gebe.²³

Nachdem die Post die Öffentlichkeit hatte wissen lassen, sie wolle künftige neue Senderbauten nicht mehr in den Zentren der Städte, sondern in weniger störanfälligen Gegenden errichten, bekamen auch kleinere Städte Oberwasser, lobten ihre Kommune in den höchsten Tönen, boten Vorleistungen an und versuchten - natürlich - die Nachteile potentieller Konkurrenten in ein möglichst ungünstiges Licht zu rücken. Ein Paradebeispiel dafür ist das Gerücht, das im Februar 1925 durch eine Zeitungsmeldung aufkam und das besagte, der zweite Sender für den westdeutschen Sendebezirk solle in Monheim, etwa auf halbem Weg zwischen Köln und Düsseldorf, errichtet werden. Der Bürgermeister der Nachbargemeinde Langenfeld nahm dies zum Anlaß an das Reichspostministerium zu schreiben:

»Die Gemeinde Monheim liegt etwa 1 Stunde von der Bahnstrecke Köln - Düsseldorf entfernt, ist nur mit der Kleinbahn, die höchstens alle Stunden (sic!) fährt, zu erreichen, liegt also denkbar abgelegen und ungünstig. Das Postamt selbst ist über 1 Stunde von Monheim entfernt. Dagegen liegt die Gemeinde Langenfeld unweit der Bahnstrecke und der Provinzial-Landstraße Köln-Düsseldorf. Um der Reichspostverwaltung entgegen zu kommen, würde ich für das beabsichtigte Unternehmen ein durchaus geeignetes Grundstück in Größe von 2 Morgen, nicht weit gelegen von Bahnhof und vom Postamt Langenfeld, unentgeltlich zur Verfügung stellen. Bauplätze für Beamtenwohnungen sind in günstigster Lage vorhanden.«²⁴

Auch die Stadt Opladen reihte sich in die Bewerberschar mit dem Angebot ein, Gelände auf einem Berg innerhalb der Stadt oder in Richtung des nördlich gelegenen Nachbarortes Bergisch-Kirchen zur Verfügung zu stellen,²⁵ während der Bürgermeister von Monheim schlicht und einfach die Zeitungsmeldung über den (angeblichen) neuen Senderstandort aufgriff und es begrüßte, daß die Station in seiner Stadt errichtet werden

sollte.²⁶ Die Spekulationen um den neuen Sender beendete die Post schließlich durch die Mitteilung, zwei neue Sender würden gebaut und zwar der eine in Dortmund und der andere in Elberfeld.²⁷ Mit dem Sender in der Hand bzw. angesiedelt in seinem Stadtgebiet wurde der Stadtbaurat von Elberfeld gegenüber dem Reichspostministerium übermütig, polemisierte gegen Münster, verwies auf die kulturellen und ökonomischen Unterschiede zum Rheinland und kündigte - ganz verwegen und bar jeder Kenntnisse über die realen Voraussetzungen - die Gründung einer »rheinischen Funkstunde« an mit dem Argument, die Stadt besitze ja bereits einen Sender.²⁸

Diese Auseinandersetzungen verblassen angesichts der Auseinandersetzungen zwischen zwei Oberbürgermeistern in der rheinischen Region, als es darum ging, ein neues Domizil für die Programmgesellschaft des westdeutschen Sendebezirks zu finden. Als Akteure traten auf: Konrad Adenauer, Oberbürgermeister von Köln, und Robert Lehr, Oberbürgermeister von Düsseldorf, unterstützt von den Interessenverbänden ihrer jeweiligen Städte. Beide begaben sich ins Rennen, als klar wurde, wann die Briten als Besatzungsmacht das nördliche Rheinland verlassen würden und ein Sender im bisher besetzten Gebiet bzw. eine Programmgesellschaft dort angesiedelt werden könnte. Stichtag war der 31. Januar 1926. Im Vorfeld bereits artikulierte die Industrie- und Handelskammer Düsseldorfs Interesse an einer »Funksendestation«.²⁹ Und die Stadtverwaltung Düsseldorfs legte nach: »Mit der Industrie- und Handelskammer ist die Stadtverwaltung Düsseldorfs überzeugt, daß einzig und allein für den Westen Düsseldorf in Frage kommen kann als Ort für die Errichtung einer Funksendestation.«³⁰ Die Stadt sei im übrigen der Mittelpunkt des »westlichen Lebens«. Als Beleg für diese Aussage fügte die Stadtverwaltung ihrer Eingabe an das Reichspostministerium eine 64seitige Broschüre hinzu, die die »Grundlagen und Triebkräfte der Wirtschaft in Düsseldorf« darlegte.³¹

Obwohl sich auch der Reichsinnenminister zugunsten Düsseldorfs einspannen ließ und den Reichspostminister um eine »freundliche Förderung [der städtischen] Wünsche« bat,³² die Stadt überdies versuchte, Bredow zu einem Vortrag über das Rundfunkwesen mit dem Angebot eines üppigen Honorars in Höhe von 400,- RM, das schon an Bestechung grenzte, nach Düsseldorf zu locken,³³ und obwohl Richard Tormin, der Aufsichtsratsvorsitzende der Westdeutschen Funkstunde sich die Sicht des Düsseldorfer Vertreters in diesem Gremium zu eigen machte, die Sendegesellschaft ginge im »Köln'schen Klüngel« unter,³⁴ hielt die Post am Standort Köln

fest. Dabei belehrte Staatssekretär Bredow den Düsseldorfer Oberbürgermeister, da

»die Rundfunksender (...) nicht nur einem bestimmten Stadtbezirk, sondern weit darüber hinaus der Bevölkerung Rundfunkdarbietungen zugänglich machen« sollen, lasse sich die Post bei der Entscheidung über den Aufstellungsort von Sendern nur von technischen Gesichtspunkten leiten und nicht von der »Rücksicht auf eine der sich um einen Rundfunksender bewerbenden Städte.«³⁵

Obwohl der Kölner Oberbürgermeister gar keine Überzeugungsarbeit zu leisten brauchte, scheint Adenauer sich seiner Sache doch nicht völlig sicher gewesen zu sein und stellte im Vorfeld des Abzugs der Besatzungstruppen die Argumente zusammen, die für Köln als Sitz der Rundfunkgesellschaft sprachen; die Stadt sei die rheinische Metropole, besitze eine gute Oper, zwei städtische Orchester, eine Universität mit vier Fakultäten, eine Hochschule für Musik, eine Industrie- und Handelskammer, Börse und Messe.³⁶ Düsseldorf bekam schließlich als Trostpflaster eine Besprechungsstelle, um wie es hieß, »eigenständig den Sender zu besprechen«.

Und dieser Sender für die nach ihrem Umzug nach Köln in Westdeutsche Rundfunk AG umbenannte seitherige Westdeutsche Funkstunde AG ging am 15. Januar 1927 mit der seinerzeit europaweit stärksten Strahlungsleistung von 15 kW in Langenberg am Südrand des Ruhrgebiets in Betrieb. Mit großen Vorschußlorbeeren bedacht, sollte, wie Bredow in seiner Eröffnungsrede kundtat, der Sender Langenberg für mehr als 50 Prozent der Hörer im Rheinland und in Westfalen mit Detektorapparaten empfangbar sein. Der Rundfunkkommissar hatte sich dabei auf die - wie sich später herausstellte - noch unzureichenden Meßmethoden der Techniker verlassen, so daß die Hörer am Sitz der Rundfunkgesellschaft, nämlich in dem vom Sender 50 km entfernten Köln das Programm des heimischen Rundfunks nur sehr schwach vernehmen konnten.³⁷ Zum Ausgleich wurde der Stadt am Rhein ein Zwischensender mit niedriger Strahlungsleistung versprochen, der 1928 in Dienst gestellt wurde.

Ausland als Argument

Hatte sich die Post bei ihren Senderneu- aber auch Erweiterungsbauten vorrangig an ihren technischen Ressourcen und an ökonomischen Erwägungen orientiert, damit sich die Investitionen rasch durch einen merklichen Anstieg neu angemeldeter Rundfunkteilnehmer amortisieren würden, tat sie sich hingegen in den Fällen schwer, wenn kein nennenswerter finanzieller

Erfolg winkte. Das war in der Regel der Fall bei den Sendern, die zur außenpolitischen Instrumentalisierung zumeist in dünn besiedelten Grenzregionen gebaut werden sollten, und zwar gegen die innere Überzeugung der Post, die damit eine unheilvolle Entwicklung heraufziehen sah, wie sie sich zwar nicht sofort, aber im Laufe der Zeit auch tatsächlich einstellte. So formulierte der Reichspostminister in einem Brief an das Preußische Staatsministerium:

»Ich würde es auch aus allgemeinpolitischen Gründen für unzulässig halten, einen internationalen Wettstreit dahingehend zu entfachen, daß an wichtigen Grenzpunkten, wie z.B. Gleiwitz, Königsberg (Pr.), Flensburg, Aachen, Trier, Kaiserslautern, Freiburg (Breisgau) und dergl[eichen] mehr Sender mit einer Leistung aufgestellt werden, die die Leistung des nächstgelegenen ausländischen Senders auf jeden Fall übertrifft. Es würde dies zur Folge haben, daß das Ausland ebenfalls Sender mit großer Leistung möglichst nahe der deutschen Grenze aufstellen würde.«³⁸

Damit hatte der Reichspostminister alle außenpolitisch neuralgischen Punkte angesprochen, um die zum Zeitpunkt seines Schreibens - September 1927 - bereits Sender mit außenpolitischer Zielsetzung errichtet worden waren bzw. in den Folgejahren noch gebaut werden sollten.

Das Feilschen begann im April 1925 mit dem Ringen um den Sender Freiburg. Als er zunächst bei der Reichspost nicht weiterkam, wandte sich der Freiburger Oberbürgermeister an den Reichstagsabgeordneten Rudolf Breitscheid, um ihn für seine Idee zu gewinnen. Als Vorwand diente der Sender Basel und seine angeblich französische Unterwanderung

»Der Baseler Sender wird bei der heutigen, stark französisch betonten Kulturstellung Basels zweifelsohne eine recht unliebsame Beeinflussung der Oberrheinischen Grenzbevölkerung bringen, der unter allen Umständen durch rasche Errichtung eines Zwischensenders in Freiburg entgegengearbeitet werden muß. Dies ist um so notwendiger, als das Bedürfnis der elsässischen Bevölkerung nach deutschen Kunst- und Literaturdarbietungen in ständig steigendem Maße zum Ausdruck kommt.«

Der Sender sei nicht so sehr von örtlichem Belang, sondern »als kulturpolitischer Grenzposten in der Südwestecke des Reiches.«³⁹ Von diesem Hinweis, daß es nicht so sehr um eigene egoistische Interessen der Stadt gehe als vielmehr um eine gesamtstaatliche Aufgabe, versprach sich der Freiburger Oberbürgermeister offenbar eine nachhaltige Wirkung, was sie - die Stadt - aber wenig später nicht davon abhielt, sich mit mehr als 12 500 RM an den Instandsetzungskosten für die vorgesehenen Räumlichkeiten des Sendebetriebs zu beteiligen und zweieinhalb Jahre auf Mieteinnahmen in gleicher Hö-

he zu verzichten. Die Stadtväter rechtfertigten den Griff in den Stadtsäckel mit Ersparnissen für die Rundfunkteilnehmer in einer geschätzten Höhe von 100 000 RM, da sie statt teurer Röhrenempfänger nur einfache Detektorapparate sich anschaffen müßten. Zudem stehe der Stadt künftig ein außergewöhnliches Werbemittel zur Verfügung, um »ihre kulturelle und wirtschaftliche Vormachtstellung im badischen Oberland und später wohl auch wieder in den Grenzgebieten zu festigen und weiter auszubauen.«⁴⁰ Im übrigen sollte die erstmals in Freiburg praktizierte finanzielle Beteiligung einer Stadt an einem Senderbau reichsweit Schule machen, konnte damit einerseits die jeweilige Stadt ihr nachdrückliches Interesse unterstreichen und andererseits Reichspost und regionale Rundfunkgesellschaft außerdem ihr eigenes finanzielles Engagement entsprechend reduzieren.

Der grenznahe Senderbau setzte sich fort in Flensburg und Gleiwitz. Für Flensburg hatte schon im Februar 1925 der Verein der Funkfreunde sowie der Verein für Handel und Industrie die Errichtung eines Senders verlangt,⁴¹ die Post sich jedoch zu einer ökonomischen und nicht politischen Lösung entschieden und im März 1926 einen Sender am Sitz des schleswig-holsteinischen Oberpräsidenten und in Kiel in Dienst gestellt. Erst in einem zweiten Anlauf kam auch die Grenzstadt Flensburg zum Zug. Aber nicht der Magistrat in Flensburg, sondern derjenige von Schleswig hatte eine neue Kampagne zugunsten eines Senders in der Nordmark entfacht, und zwar mit dem Hinweis, Dänemark plane in Kalundborg seinerseits eine Sendestation, die im deutsch gebliebenen Teil von Schleswig gut gehört werden könne. Mit einem Sender auf deutschem Boden könne hingegen »die Verbindung mit dem übrigen deutschen Vaterlande wesentlich enger geknüpft und das Deutschtum im Kampfgebiet gekräftigt werden«, begründete die Stadt Schleswig ihr Anliegen.⁴² Ihr sekundierte der in Flensburg beheimatete Landesvorstand des Schleswig-Holsteiner-Bundes, der sich auf beunruhigende Stimmen aus der Bevölkerung berief, die sich von den »deutschen Behörden in dem schweren Kampf um die Erhaltung des Deutschtums in Nordschleswig«, also nördlich der deutsch-dänischen Grenze, vernachlässigt fühlte. Der Sender in Kiel sei viel zu schwach, um eine diesbezügliche Rolle spielen zu können.⁴³

In seiner Stellungnahme zu einem neuen Sender in Schleswig-Holstein wies Rundfunkkommissar Bredow auf die Wellenknappheit und die ungünstige wirtschaftliche Lage von Post und Rundfunk hin, die geböten, nur rentable Sender zu bauen. Er regte aber wegen der »allgemein anerkannten politischen Notwendigkeit« an, den

preußischen Staat zur Mitfinanzierung zu bewegen.⁴⁴ Doch die geforderten 50 000 RM Zuschuß waren zunächst weder bei Preußen noch beim später eingeschalteten Reichsinnenministerium und auch nicht beim Auswärtigen Amt lockerzumachen.⁴⁵ Erst die Drohung des Reichspostministers, Flensburg werde keinen Sender erhalten, falls Zuschüsse ausblieben, wendete das Blatt. Schließlich steuerte der Regierungspräsident von Schleswig auf Anordnung des preußischen Innenministeriums 50 000 RM und der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung 40 000 RM bei.

Weiter ging es in Oberschlesien, wo 1925 ein Sender in Gleiwitz als Nebensender der Breslauer Schlesischen Funkstunde AG errichtet wurde, um die deutschsprachige Bevölkerung jenseits der Grenze, in Polen, zu erreichen. Und erstmals trat das ein, was die Post befürchtet hatte. Polen reagierte seinerseits mit dem Bau eines Senders in Grenznähe, was wiederum eine Koalition aus ober-schlesischem Landeshauptmann, ober-schlesischem Oberpräsident sowie Reichsinnenministerium eine Verstärkung des Gleiwitzer Senders fordern ließ - eine Forderung, die sie schließlich auch durchsetzen konnten gegen den Preußischen Ministerpräsidenten, der die kulturkämpferischen Wogen zu glätten versuchte, da er aus »allgemeinpolitischen Gründen« ein Wetttrüsten im Äther, besonders im sensiblen Grenzbereich, ablehnte und dafür plädierte, »daß ein reibungsloses Nebeneinanderarbeiten der Funkdienste aller Länder sichergestellt ist.«⁴⁶ Der Sender Gleiwitz wurde auch deswegen verstärkt, weil sich das Reichskabinett, aufgeschreckt durch den Reichspostminister, der in den für den Sender Kattowitz angekündigten deutschsprachigen Sendungen in polnischem Sinne den Anfang einer »unzulässigen polnischen Kulturpropaganda« sah, demonstrativ hinter das Konzept einer »deutschen Gegenpropaganda« stellte.⁴⁷ Der kurz bevorstehende Ätherkrieg in Oberschlesien wurde im letzten Augenblick abgewendet, da sich überraschenderweise Reichs-Rundfunk-Gesellschaft und Polskie Radio darauf verständigten, daß der Sender Kattowitz während des Betriebs von Gleiwitz seine Sendeenergie reduzierte.⁴⁸

Mit vergleichbaren nationalistisch-kämpferischen Argumenten forderten Stadtverwaltungen und Interessenverbände den Bau eines Senders in Aachen und setzten ihn schließlich auch durch, um zum einen die deutschsprachige Bevölkerung Eupen-Malmedys zu erreichen und zum anderen die Hörer in Deutschland vom Abhören von Auslandssendern, beispielsweise dem unter französischem Einfluß stehenden Radio Luxemburg, abzubringen. Kaiserslautern erhielt

einen Sender, der für die, wie sich der Saar-Radio-Club ausdrückte, »treudeutsche« Saarbevölkerung gedacht war, nachdem der zunächst erwogene Plan, über Strohmannen eine selbständige Rundfunkgesellschaft in Saarbrücken zu gründen, wieder in den Schubladen verschwunden war.⁴⁹ Man befürchtete, Gegner einer Rückkehr des Saargebiets in das Reich könnten sich bei dem zu erwartenden Referendum des Senders bemächtigen und ihn zur Stimmungsmache gegen Deutschland nutzen.

In diesem Zusammenhang ist noch erwähnenswert, daß mit dem Tag der Inbetriebnahme des Senders Kaiserslautern das Pfälzer Sendegebiet von der Frankfurter Südwestdeutschen Rundfunk AG an die Münchener Deutsche Stunde in Bayern übergang und über den neuen Sender ausschließlich das Münchener Programm ausgestrahlt wurde. Mit der zunächst erwogenen Idee, Kaiserslautern ein gemischtes aus Münchener wie Frankfurter Beiträgen bestehendes Programm ausstrahlen zu lassen, hatten sich bayerische Politiker nicht anfreunden können. Ihr Argument lautete: Für einen auf bayerischem Territorium stehenden Sender sei es unzumutbar, Programme eines auf preußischem Territorium stehenden auszustrahlen.

Standorte der Großsender

Für die nächste Generation von Sendern - die dritte also, die die Post Ende der 20er Jahre plante und die allenthalben als »Großsender« bezeichnet wurden - gab es eine internationale Absprache, mit der Antennenleistung nicht über 60 kW hinauszugehen, woran sich auch die deutsche Reichspost zu halten gedachte. Die Planung dieses Netzes von acht Großsendern für das Reich erfolgte - wie mittlerweile bei etlichen Präzedenzfällen erkennbar - in zunehmendem Maße immer mit Blick über die Grenze, d.h. mit Blick auf das, was sich dort mit neuen und verstärkten Sendern tat. Unter diesem Gesichtspunkt geriet als erstes »eine Gegend, die wohl am empfindlichsten gefährdet ist«, ins Visier, wie es das Protokoll einer »Besprechung über die Umgestaltung und den weiteren Ausbau des deutschen Rundfunksendernetzes im Reichspostministerium am 5. Juli 1929« festhält. Gemeint war damit die »Südwestecke unseres Vaterlandes, wo von Straßburg aus der neue Großsender nach Deutschland hineinwirken wird.« Deswegen sei ein Sender diesseits des Rheins vorzusehen, »der die Aufgabe hätte, als Gegengewicht gegen Straßburg zu dienen und den Großstädten in diesem Bereich einen brauchbaren Empfang« zu ermöglichen.⁵⁰ Es setzte eine Art sportlicher Wettkampf zwischen

deutschen und französischen Technikern ein, bei denen die deutschen als erste durchs Ziel gingen, als sie ihren ersten Großsender im württembergischen Mühlacker nahe der Grenze zu Baden in Betrieb setzten, trotz eines Hin und Her zwischen den Regierungen von Württemberg und Baden, die - aus Prestige Gründen - im Vorfeld darum gefeilscht hatten, auf wessen Territorium dieser Sender gebaut werden sollte.⁵¹

Auch die Wahl des Standorts für den nächsten Großsender stand ganz unter außenpolitischen Erwägungen. So kam bei einer Besprechung des Verwaltungsrats der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft Mitte November 1929 zur Sprache, daß in Ostpreußen die Sender Moskau und London besser gehört werden könnten als der Sender Königsberg, und auch um den Rundfunkempfang in Schlesien und Sachsen sei es nicht gerade gut bestellt. Die Klagen blieben nicht ungehört, so daß die Vertreter der Post versprachen, sofort nach Fertigstellung und Erprobung des südwestdeutschen Großsenders einen ebenso leistungsstarken Sender in Ostpreußen zu bauen. Schon aus politischen Gründen werde er dringend benötigt, da »der von Polen drohenden Gefahr nur mit seiner Hilfe begegnet werden könne.« Kaum war bekannt geworden, daß Ostpreußen einen Sender erhalten sollte, bewarben sich zahlreiche ostpreußische Städte darum, Aufstellungsort zu werden und setzten die Post in Zugzwang, schnell zu handeln ohne die ersten Sendungen von Mühlacker abwarten zu können. Die oberste deutsche Fernmeldebehörde entschied sich für das ermländische 8 000-Einwohner-Städtchen Heilsberg, 65 km südlich von Königsberg, als Aufstellungsort zumal nicht weit von hier das Ostpreußenkabel Königsberg-Allenstein vorbeiführte. Tief in die Tasche griffen die Stadtväter, um den Auflagen von Post und Rundfunk, z.B. die kostenlose Bereitstellung eines Bauplatzes, nachzukommen. Die Ehre, sich künftig mit einem Sender schmücken zu können, hatte ihren Preis, mußte doch die Stadtkasse von Heilsberg für den Bauplatz mehr als 10 000 RM aufwenden.⁵²

Resümee

Dieses Beispiel ist typisch für das sich herausbildende Vorgehen aller Beteiligten - meist Post und Kommune. Ich hoffe, es hat deutlich werden können, mit welchen Absichten das regional strukturierte Rundfunkwesen im Deutschen Reich der 20er Jahre aufgebaut wurde, von welchen relevanten Standortfaktoren die Post dabei ausging, unter welchen ökonomischen und politischen, vor allem außenpolitischen Zwängen sie

dabei stand. Nicht immer kam es dabei zu sachgerechten und sinnvollen Entscheidungen, doch oftmals siegte dabei der politische Einfluß und drängte andere relevante Faktoren zurück.

Anmerkungen

- * Vortrag auf der Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 19. September 1997 in Potsdam
- 1 Vgl. Staatslexikon. Erster Band. Freiburg i. Br. 1926, Sp. 1413f.
- 2 Theodor Wanner: [Ansprache auf der] Tagung der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft Berlin am 26. und 27. Februar 1926 in Stuttgart. Berlin 1926, S. 8.
- 3 Vgl. Winfried B. Lerg: Die Entstehung des Rundfunks in Deutschland. Herkunft und Entwicklung eines publizistischen Mittels. Frankfurt am Main. 2. Aufl. 1970, S. 123ff.
- 4 Vgl. Winfried B. Lerg: Über die Entstehung der deutschen Rundfunktopographie. In: Walter Först (Hrsg.): Rundfunk in der Region. Köln u.a. 1984, S. 13-49, hier S. 38ff.
- 5 Vgl. Reichspostministerium (RPM) an Oberpostdirektionen (OPD), 6.7.1923. Bundesarchiv (BA) Berlin R 48/4345.
- 6 OPD Frankfurt am Main an RPM, 18.7.1923. BA Berlin 47.01/14782.
- 7 Schließner an Zethräus, 3.8.1923. Stadtarchiv (Sta) Frankfurt am Main S 1/58.
- 8 Ebd.
- 9 Vgl. Gründung einer Radio-Gesellschaft, 28.9.1923. Ebd.
- 10 Ruppel an Telegraphentechnisches Reichsamt (TRA), 1.9.1923. Postmuseum (Postmus) Frankfurt am Main 6/ II/10.
- 11 Vgl. Schließner: Bericht Deutsche Stunde. Dr. Voß, 21.1.1924. Sta Frankfurt am Main S 1/58.
- 12 August Soppe: Rundfunk in Frankfurt am Main 1923 - 1926. München u.a. 1993, S. 28.
- 13 Gesellschaftsvertrag der Südwestdeutschen Rundfunkdienst AG (SWR), 7.12.1923. Sta Frankfurt am Main T 486.
- 14 Vgl. Magistrat Kassel an RPM, 20.12.1923. BA Berlin 47.01/ 14 788.
- 15 Vgl. RPM an Magistrat Kassel, 14.1.1924. Ebd.
- 16 W[ilhelm] Heerd: Die Vorteile eines Rundfunksenders Cassel. In: Casseler Tageblatt, 10.2.1924.
- 17 Casseler Interessengemeinschaft an Telegraphentechnisches Reichsamt (TRA), 3.5.1924 u. 6.6.1924. Postmus Frankfurt am Main 6/ II/ 13.

- 18 OPD Kassel an RPM, 24.7.1924. BA Berlin 47.01/14 810.
- 19 SWR an RPM, 24.11.1924. BA Berlin 47.01/ 14 810
- 20 Vgl. Hans Bredow: Vier Jahre deutscher Rundfunk. Berlin [1927], S. 15.
- 21 Stadtverwaltung Dortmund an RPM, 24.10.1924. BA Berlin 47.01/ 14 832.
- 22 Vgl. Verein der Funkfreunde Iserlohn an RPM, 31.10.1924. BA Berlin 47.01/ 14 832.
- 23 Vgl. Stadt Bochum an RPM, 21.1.1925. BA Berlin 47.01/ 14 832.
- 24 Bürgermeister Langenfeld an RPM, 1.2.1925. BA Berlin 47.01/14 832.
- 25 Vgl. Bürgermeister Opladen an OPD Düsseldorf, 2.2.1925. BA Berlin 47.01/14 832.
- 26 Vgl. Bürgermeister Monheim an RPM, 4.2.1925. BA Berlin 47.01/14 832.
- 27 Vgl. OPD Düsseldorf an Bürgermeister Monheim, Langenfeld sowie Opladen, 12.2.1925. BA Berlin 47.01/14 832.
- 28 Vgl. Stadtbaurat Elberfeld an RPM, 3.8.1925. BA Berlin 47.01/14 832.
- 29 IHK Düsseldorf an RPM, 6.8.1924. BA Berlin 47.01/14 832.
- 30 Stadtverwaltung Düsseldorf an RPM, 31.10.1924. BA Berlin 47.01/14 832.
- 31 IHK Düsseldorf an RPM, 6.8.1924. BA Berlin 47.01/14 832.
- 32 RMI an RPM, 3.11.1924. BA Berlin 47.01/14 832.
- 33 Vgl. Briefe Akademische Kurse in Düsseldorf an RPM (Bredow), 17.11. u. 20.11.1925. BA Berlin 47.01/14 832.
- 34 Tormin an RPM, 12.1.1926. BA Berlin 47.01/14 832.
- 35 RPM an Oberbürgermeister Düsseldorf, BA Berlin 47.01/ 14 842.
- 36 Oberbürgermeister Köln an RPM, 9.11.1925. BA Berlin 47.01/ 14 858.
- 37 Vgl. Wolf Bierbach: Rundfunk zwischen Wirtschaftsinteressen und Politik. Der Weimarer Rundfunk unter besonderer Berücksichtigung des Westdeutschen Rundfunks Münster/Köln und der alliierten Rundfunkpolitik nach dem Ersten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1986, S. 324f.
- 38 RPM an Preußisches Staatsministerium, 26.9.1927. BA Berlin 47.01/ 14 813.
- 39 Oberbürgermeister Freiburg an Breitscheidt, M.d.R., 19.5.1925. BA Berlin 47.01/ 14 841.
- 40 Verhandlungen zur Errichtung des Freiburger Rundfunksenders, 21.11.1925. Sta Freiburg XVI/ 16/ 2.
- 41 Vgl. Verein der Funkfreunde Flensburg u. Verein für Handel und Industrie Flensburg an RPM, 7.2. u. 10.2.1926. BA Berlin 47.01/ 14 814.
- 42 Magistrat Schleswig an RPM, 22.10.1926. BA Berlin 47.01/ 14 815.
- 43 Landesvorstand des Schleswig-Holsteiner-Bundes an RPM, 25.11.1926. BA Berlin 47.01/14 832.
- 44 Rundfunkkommissar an RPM, 19.11.1926. BA Berlin 47.01/14 832.
- 45 Vgl. Preußischer Ministerpräsident an RPM, 22.1.1927; RMI an RPM, 10.1.1927; AA an RPM, 12.9.1927. Ebd.
- 46 Preußischer Ministerpräsident an Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien, 13.10.1927. Geheimes StA Preußischer Kulturbesitz Berlin Ministerium für Handel und Gewerbe/ 2803.
- 47 Protokoll Sitzung Reichskabinetts, 5.12.1927. In: Akten der Reichskanzlei. Die Kabinette Marx III u. IV. Opladen 1988, S. 1142.
- 48 Vgl. Esther Schauerte: Die Oberschlesienfrage in der Schlesischen Funkstunde in Breslau 1924 - 1932. Staatsexamensarbeit. Frankfurt am Main 1995, S. 103f.
- 49 Rundfunkkommissar an RPM, 24.5.1927. BA Berlin 47.01/ 14 834.
- 50 Niederschrift der Besprechung über die Umgestaltung und den weiteren Ausbau des deutschen Rundfunksendernetzes im RPM am 5.7.1929. BA Koblenz R 48/ 4354.
- 51 Vgl. Sibylle Grube: Rundfunkpolitik in Baden und Württemberg. Berlin 1976, S. 64-67.
- 52 Vgl. Otto Prothmann: Der Ostpreußensender kommt nach Heilsberg. In: Der Deutsche Rundfunk Jg. 8 (1930), H. 5, S. 11.

Der Medienstandort Leipzig und die Universität*

Über die Medien in Leipzig in Vergangenheit, Gegenwart und vielleicht gar Zukunft zu referieren, kann nur in einem Parforceritt durch vier Jahrhunderte geschehen. Immer wieder ist zu reden von Kontinuitäten und Brüchen, von Originalität und Anpassung, von Kooperation und Isolation an einem großen Ort der medialen Produktion, der Forschung, der Ausbildung und der Rezeption.

Im Hintergrund, als Grundvoraussetzungen, spielen wichtige Rollen:

- die Kreuzung von Handels- und das heißt auch von Kommunikationswegen: Seit über 800 Jahren ist Leipzig Messe- und Handelsplatz und seit 490 Jahren ausgestattet mit dem Messeprivileg des Kaisers Maximilian (1507);¹
- die Universität als Ort der Kommunikation: die zweitälteste deutsche Universität nach Heidelberg, gegründet im Jahre 1409.²

Das Buch

Der Medienstandort Leipzig war zunächst ein Standort des ältesten Mediums, des Buchs in allen Facetten seines Entstehens: 1481 wurde hier das erste Buch gedruckt. Schon im 17. Jahrhundert siedelten sich Verlage, Buchhandlungen und Druckereien in unmittelbarer Nähe der Universität an; in der Ritterstraße, der Nikolaistraße, Am Brühl, in den Gäßchen des städtischen Kerns, um den Neumarkt herum und in der Grimmaischen Straße. Im theologischen Hörsaal des Universitäts-Paulinum wurde anderthalb Jahrhunderte später zur Ostermesse 1797 die erste »Buchhändlerbörse«, die der finanziellen Abrechnung der Buchhändler untereinander diente, eingerichtet.

Nach Gründung des Börsenvereins der deutschen Buchhändler im Jahre 1825 in Leipzig ließ die Universität die Bursa Bavarica in der Ritterstraße am Nikolaikirchhof im Jahr 1833 abreißen, um der 1836 eingeweihten, ersten vom Börsenverein gebauten Buchhändlerbörse Raum zu geben. Mit diesem im Stil der frühen Neorenaissance errichteten Haus auf universitärem Grundstück, heute Gästehaus Ritterstraße, war das Zeichen gesetzt: Leipzig ist Mittelpunkt des deutschen Buchhandels. Die Stadt verkörperte damit die These des Verlegers Friedrich Christoph Perthes vom »deutschen Buchhandel als Bedingung des Daseins einer deutschen Litera-

tur«. Und damit war auch die enge Verbundenheit mit der Universität bezeichnet.

1925 stiftete der Börsenverein der deutschen Buchhändler aus Anlaß seines hundertjährigen Bestehens eine Professur, die Gerhard Menz übernahm. Wiederum 70 Jahre später konnte zum Wintersemester 1995/96 mit Dr. Dr. Dietrich Kerlen eine Professur für Buchwissenschaft und Buchwirtschaft besetzt werden, die im Personalhaushalt der Universität verankert ist, deren Personal- und Sachetat aber für fünf Jahre in Anknüpfung an die Stiftung der Menz'schen Professur ausschließlich vom Börsenverein des deutschen Buchhandels – wie er heute heißt – getragen wird. Heute ist die historische und ökonomische Wissenschaft vom Buch in den Kontext der modernen Medien integriert, hier in Leipzig zum ersten Mal in der deutschen Universitätslandschaft in das Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft.

In der Gegenwart über Leipzig noch von der Buchstadt in Deutschland zu sprechen, wäre abwegig und falsch. Noch 65 Verlage zählt der sächsische Landesverband der Verlage in Leipzig. Um 1900 waren es einmal 848 Verlage und Buchhandlungen, 2 200 Firmen rund ums Buch insgesamt. Am Neuanfang wird gearbeitet und mit Zeichen der Hoffnung, wie sie durch die genannte Professur und durch das im März 1996 eröffnete Kulturzentrum Haus des Buches gesetzt werden. Aus diesem Ort des dritten, 1888 eingeweihten und in den Bombenangriffen 1943/44 zerstörten Buchhändlerhauses ist heute ein Ort kultureller Begegnung geworden. Hier verlieh die Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie dem Vorsteher des Börsenvereins, Gerhard Kurtze, am 11. Oktober 1996 die Ehrendoktorwürde. Über diese Zeichensetzungen und Anknüpfungen hinaus wird jetzt über das Buch substantiell gelehrt, geforscht und weitergebildet.

Ort der Medienausbildung

Anfang November 1916 überführte der seit 1892 in Leipzig lehrende Nationalökonom Karl Bücher die an seinem Staatswissenschaftlichen Seminar bestehende zeitungskundliche Abteilung in das erste Institut für Zeitungskunde an einer deutschen Universität. Ein zeitungsjournalistisch-praktizistisch orientierter Beginn mitten im Ersten Weltkrieg und zugleich in einer Zeit, die der Ver-

besserung und Fundierung der Journalisten- ausbildung förderlich war.

Seit den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts hatte eine universitäre journalistische Ausbildung »in der Luft gelegen«. Adolf Koch hatte in Heidelberg und Karl Bücher in Leipzig Journalismus unterrichtet, und zwar den eher praktisch ausgerichteten. 1899 hatte die erste private Journalistenausbildung in Berlin begonnen, Edgar Herfurth, der Verleger der Leipziger Neuesten Nachrichten, 1909 aus Anlaß der 500-Jahrfeier der Universität eine Stiftung zur Förderung der Journalistenausbildung eingerichtet. Die Zeitungsverleger waren an einer standardisierten Ausbildung für den Medienberuf Journalist interessiert. Obwohl der Erste Weltkrieg eigentlich eine Unterbrechung dieser Aktivitäten hätte bedeuten können, setzte Karl Bücher sie fort.

Die zugrundeliegenden Motive waren: erstens Professionalisierung der Ausbildung von Journalisten innerhalb eines akademischen Rahmens; zweitens sollte der gesamten journalistischen Profession die akademische Weihe gegeben werden; drittens waren sowohl die Zeitungsverleger als auch der Staat an einer gewissen Einflußnahme auf die Rekrutierung des journalistischen Nachwuchses interessiert. Dies galt im Krieg, aber besonders auch danach, um die Schmach der Niederlage in gewisser Weise medial zu kompensieren.

Karl Bücher »wollte eine auf die Zeitung bezogene, berufsqualifizierende Vorbildung für Journalisten fördern, nicht aber eine selbständige Wissenschaft von der Zeitung«, so charakterisiert Arnulf Kutsch Büchers Ansatz.³ 1921 wurde die Zeitungswissenschaft als Promotionsfach anerkannt, 1926 nach Büchers endgültigem Ausscheiden aus der Alma Mater Lipsiensis das erste zeitungskundliche Ordinariat an einer deutschen Hochschule eingerichtet.

Erich Everth, der diesen ersten Lehrstuhl bis zu seiner Ablösung im April 1933 innehatte, verfolgte in Abkehrung vom praktizistischen und ökonomischen Ansatz Büchers ein Programm der erkenntnistheoretischen und methodologischen Fundierung zur Anerkennung des Fachs als einer eigenständigen akademischen Disziplin. In diese sozusagen zweite Generation der Zeitungskundler - mit durchaus unterschiedlicher Gewichtung - gehörten neben Everth, Karl d'Ester seit 1924 in München, Hans von Eckardt seit 1927 in Heidelberg, Emil Dovifat seit 1928 in Berlin.

Der Parteigenosse Hans Amandus Münster übernahm 1934 33jährig den Leipziger Lehrstuhl. Stand zunächst die Zeitung im Zentrum der akademischen medialen Ausbildung, so suchten die im Dritten Reich von Zeitungskundlern zu Zeitungswissenschaftlern promovierten

Institutsleiter ihr Gebiet auch auf den Film und auf das Radio auszudehnen, durchaus gegen den Widerstand des Propagandaministeriums. In Leipzig unter Münster begann 1934 diese Auseinandersetzung mit dem Radio. Münster unternahm in Leipzig auch Feldstudien zu kombinierten Medieneffekten, um die Wirksamkeit nationalsozialistischer Medien zu erhöhen. Dabei wandte er sozialwissenschaftliche Methoden an, stellte bereits den One-Way-Flow of Communication in Frage und entwickelte ein differenzierteres Kommunikationsmodell.⁴

Nach der Wiedereröffnung der Universität 1946 war die Weiterentwicklung des Fachs zunächst getragen durch ein Sowohl-als-auch von Kontinuität und radikalem Neubeginn. Gerhard Menz' Professur an der Handelshochschule wurde mit dieser zusammen 1946 in die neue Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität über- und als Institut für Publizistik weitergeführt. An der durch Befehl der Sowjetischen Militäradministration neu gegründeten Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät entstand ebenfalls ein Institut für Publizistik, das Hermann Budzislowski ab September 1948 leitete. Beide Institute wurden im Zuge der Zusammenführung der Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten im Juni 1949 vereinigt.⁵

Ein gesamtdeutsches Zeichen setzen wollte die Leipziger Karl-Marx-Universität, wollte die SED im September 1954 mit der Gründung der Fakultät für Journalistik, ein Zeichen für die »großen Entwicklungsperspektiven auch dieser Wissenschaft«. Leipzig wurde zum »Zentrum der fortschrittlichen Journalistik«, aber sicher nicht »zu einem Anziehungspunkt für die Journalisten ganz Deutschlands«, wie es ursprünglich hieß.⁶ Für das Fach war mit dem Gewicht und Gesicht einer eigenen Fakultät ein Zeichen gesetzt, das auch in Westdeutschland verstanden wurde: hin zu einer praktischen, zunehmend medial differenzierten und theoretisch fundierten Ausbildung von Journalisten, vor dem Hintergrund eines sehr differenten Verständnisses von der gesellschaftlichen Aufgabe des Journalisten und selbstverständlich auf marxistisch-leninistischer Grundlage. In Westdeutschland wurde erst anderthalb Jahrzehnte später darauf mit der Einrichtung von Journalistik-Studiengängen reagiert.

Das Gewicht und das Gesicht der Fakultät, im Zuge der Hochschulreform dann Sektion Journalistik genannt, wirkt heute noch nach, wenn über das neue, das heutige Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft geschrieben und gesprochen wird. Allzu gern und so schön plakativ-simplifizierend bemühen Wissenschaftler-Kollegen, Journalisten aller Medien und andere immer wieder und immer noch das

Klischee vom »roten Kloster«. Die Veränderungen, die in der Leipziger Medienausbildung nach der Wende stattfanden, führen diese Simplifizierung ad absurdum.

Medienausbildung und -forschung nach der Wende

Der Übergang von der DDR-Journalistik zur relativ weit entfalteten Kommunikations- und Medienwissenschaft, von der Sektion Journalistik zum heutigen Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft, hat sich innerhalb von weniger als sechs Semestern vollzogen, nämlich von der Berufung des Gründungsbeauftragten Professor Dr. Karl Friedrich Reimers durch den sächsischen Staatsminister Hans-Joachim Meyer am 20. Februar 1991 bis zur Institutsgründung Anfang Dezember 1993 und zur Konstituierung der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie Anfang 1994. Das Tempo dieser Entwicklung macht jetzt noch - im Rückblick, nicht mit-tendrin - schwindlig.

Ein modifiziertes Lehrprogramm war zum Wintersemester 1990/91 noch innerhalb der alten Strukturen entwickelt worden. Studenten (hunger-)streikten vor Weihnachten 1990 gegen Absichten der am 14. Oktober 1990 gewählten sächsischen Staatsregierung, ihr Studium gänzlich abzuschaffen. Die Sektion wurde aufgelöst, der Fachbereich Kommunikations- und Medienwissenschaften i.G. unter der Leitung des neuen Gründungsdekans Reimers Stein für Stein aufgebaut.⁷ Die Verträge der Hochschullehrer liefen zum 31. März 1991 aus, der Gründungsdekan trat im April sein Amt an. Es mußten Prüfungen abgehalten, das gerade modifizierte Lehrprogramm des Sommersemesters gestaltet werden. Ein Wechselbad der Gefühle und Eindrücke - vor allem für die Studenten, die keine Unterbrechung ihres Studiums erfahren mußten.

Der Gründungskommission des Fachbereichs Kommunikations- und Medienwissenschaften gehörten neben dem Gründungsdekan zwölf Personen an, davon vier westdeutsche und zwei ostdeutsche Hochschullehrer, drei ostdeutsche Vertreter des akademischen Mittelbaus und drei Studenten. Die Kommission entwickelte den Bauplan des heutigen Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft und wirkte an seiner Umsetzung mit. Das neue sächsische Hochschulgesetz sah für Universitäten keine Fachbereiche mehr vor, so daß die Kommission schließlich die Gründung eines der größten Institute der Leipziger Universität und, neben der Freien Universität Berlin, das größte Fachinstitut in Deutschland vorbereitete.

Zentrale Aufgabe war es, »die Leipziger Journalistik (...) konsequent aus ihrer ideologischen Fixierung und politischen Instrumentalisierung [herauszulösen] und ganz neu für den schöpferischen Wissenschaftspluralismus [zu öffnen]«, wie es Reimers formulierte. Ihm lag sehr viel daran, diese grundlegende Umgestaltung »unter Würdigung der unterschiedlichen Lebensläufe« zu vollziehen. Hierfür stand er persönlich ein.

Entstanden ist ein Institut von großem Gewicht in der deutschen und deutschsprachigen Hochschullandschaft. Auf fünf Säulen ruht dieses neue Institut für Kommunikations- und Medienwissenschaft:

- I. Historische und Systematische Kommunikationswissenschaft:
2 hauptamtliche Professoren/2 Honorarprofessoren.
- II: Empirische Kommunikations- und Medienforschung:
2 hauptamtliche Professoren.
- III: Allgemeine und Spezielle Journalistik:
3 hauptamtliche Professoren.
- IV: Medienwissenschaft/Medienkultur mit Medienpädagogik/Weiterbildung und Buchwissenschaft/Buchwirtschaft:
3 hauptamtliche Professoren.
- V: PR und Öffentlichkeitsarbeit (erster Lehrstuhl in Deutschland):
1 hauptamtlicher Professor, 1 Honorarprofessor.

Zwei Studiengänge werden angeboten: Kommunikations- und Medienwissenschaft als Magisterstudium (seit Wintersemester 92/93) und Diplom-Journalistik, jeweils als Haupt- und Nebenfach. Beide sind inzwischen zugangsbeschränkt durch internen Numerus Clausus bzw. durch umfangreiche Aufnahmeprüfungen. Als Besonderheit besteht die Möglichkeit, Journalistik im Magisterstudium als zweites Hauptfach zu belegen. In ihrer Abschlußphase befinden sich die letzten Fernstudenten der Journalistik, einer ehemaligen Leipziger Spezifik. Heute studieren ca. 2 400 Ost- und Westdeutsche am Institut; jeder zehnte Studierende an der Universität Leipzig kommt aus dem Ausland.

Wer studiert in Leipzig?

Eine 1994 und 1995 von Arnulf Kutsch und Hans-Jörg Stiehler zusammen mit einer Studentengruppe durchgeführte Studentenenquete⁸ gibt Aufschluß über Motivationen und Erfahrungen der verschiedenen Studentengenerationen, auch vor dem Hintergrund östlicher bzw. westlicher Sozialisation. Mit mehr als 30 Prozent ist der Anteil westdeutscher Studierender in Leipzig gegenüber dem Universitätsdurchschnitt sehr

hoch. Diese hoffnungsvoll stimmende Mischung aus ostdeutschen und westdeutschen Studierenden ist typisch für die Leipziger Studiengänge. Mit einem Altersdurchschnitt von etwa 22 Jahren sind die Studierenden hier weit jünger als die deutsche Studentenschaft insgesamt. Ostdeutsche studieren in Leipzig vor allem aus sozialen Gründen: Nähe zum Heimatort, zu Freunden und Bekannten und aus materiellen Gründen. Ihr Monatsbudget ist um fast ein Drittel niedriger als dasjenige der Westdeutschen. Diese haben zwei grundverschiedene Motive, nach Leipzig zu kommen. Die einen kommen, weil sie sich bewußt für Ostdeutschland und für diese Stadt und diese Studiengänge - »exotisch, spannend, im Umbruch« - entschieden (die »bewußten Hochschulwechsler«), und die anderen kommen, weil sie - zum Zeitpunkt der Befragung 1994 - an Zugangsbeschränkungen an anderen westdeutschen Universitäten gescheitert waren (die »Flüchtenden«). Dieses letzte Schlupfloch ins Fach ist inzwischen durch Zugangsbeschränkungen verstopft. Erst an fünfter Stelle stehen fachspezifische Gründe für die Entscheidung zugunsten von Leipzig als Studienort. Im Vergleich mit allen Studienanfängern in Ost- und Westdeutschland sind den Leipziger Anfängern die Attraktivität, die Atmosphäre der Stadt und die Lebensbedingungen ihres Studienortes besonders wichtig. Nur sechs Prozent würden sich nicht wieder für Leipzig entscheiden.

Mit allen deutschsprachigen Studierenden medienwissenschaftlicher und journalistischer Fächer haben die Leipziger Studenten eine sehr bewußte Entscheidung für das Studium und eine relativ klare Berufs(feld)perspektive gemeinsam. Ebenso wie die meisten anderen deutschen Studenten strebt die Leipziger Mehrheit in die publizistische Praxis, wozu in erheblichem Maß auch die PR und Öffentlichkeitsarbeit zählt. Wie alle Studierenden an anderen Universitäten fanden 1994 die Leipziger das Studium noch zu stark theorieorientiert und zu wenig berufsbezogen. Da gab es aber noch nicht das UniRadio mephisto 97.6, nicht die Zeitungs-Lehrredaktion (Hochschulseite in der Leipziger Volkszeitung) und andere Praxiselemente. Die ebenfalls praxisinteressierten Studierenden im Magisterstudiengang sind an Theorie und Forschung deutlich stärker interessiert als die Diplom-Journalistiker; nur jeder fünfte (Journalistik: jeder dritte) hat damit Probleme.

Jeder zweite ostdeutsche Medienstudent hat gleich nach dem Abitur zu studieren begonnen, unter den westdeutschen ist es nur jeder dritte. Die Anzahl der Jobber ist unter den Westdeutschen doppelt so hoch wie unter den Ostdeutschen. Im Ausland war erst jeder zehnte ost-

deutsche, aber schon jeder dritte westdeutsche Student.

Die vielseitigen Leipziger Fächerkombinationsmöglichkeiten werden bewußt gesucht und angenommen. Eine Konzentration ist festzustellen für sozial-, sprach- und geisteswissenschaftliche Fächer wie auch - als Nebenfächer - Betriebswirtschafts- sowie Volkswirtschaftslehre. Studenten der Diplom-Journalistik wählen bevorzugt Soziologie, Politikwissenschaft, Kulturwissenschaft und Psychologie, gefolgt von Germanistik und den verschiedenen Kunstwissenschaften und Sprachen.

Eine Herausforderung an das fachliche Selbstverständnis des Instituts stellt unter diesen Ergebnissen vor allem die sehr deutliche Erwartung von mehr als zwei Dritteln der Studierenden dar, primär möglichst umfassende berufspraktische Kompetenzen zu erwerben. Wobei Berufspraxis sowohl journalistische Handlungskompetenz in verschiedenen Medien als auch angewandte Medienforschung bedeuten kann. Diese praktizistische Erwartung wollte - wie gezeigt - Karl Bücher zu Beginn der Fachgeschichte erfüllen. Erich Everth hatte statt der Methode eher die Methodologie und die Ausbildung eines eigenständigen Fachs im Auge. Seitdem wandelt die »Publizistik«, die »Kommunikationswissenschaft«, dann auch »Medienwissenschaft« und »Journalistik« auf dem Grat zwischen Praxisausrichtung und theoretisch fundierter Praxis bzw. »reiner« Kommunikationstheorie.

Am Leipziger Institut wird eine Balance gesucht auf diesem Grat: Vorbereitung auf die künftigen Medienberufe der Studierenden, Antizipation der Entwicklungen des Berufsfeldes, aber niemals nur Handwerksvermittlung, sondern Vermittlung von Theorie- und Forschungskompetenz. Zu warnen ist vor einer Instrumentalisierung durch bzw. Selbstinstrumentalisierung für das politische System. In der Volksgemeinschaft des nationalsozialistischen Staates wie des Arbeiter- und Bauernstaates der DDR war das evident. Aber auch in der parlamentarischen Demokratie ist die Instrumentalisierung nicht nur eine Chimäre: Gerade unter den Bedingungen sinkender Etats steigt die Gefahr der Distanzlosigkeit zu staatlichen und privaten Forschungsauftraggebern. Doch ein solcher Zustand ist (noch) nicht zu beklagen.

Der Direktor der Journalistischen Fakultät Leipzig hielt am 18. November 1965 einen Vortrag über »den Humanismus in unserer Zeit«. Zur Leipziger Dokumentarfilmwoche hatte das Kulturministerium, Hauptverwaltung Film, ein »philosophisches Streitgespräch« in Auftrag gegeben. »Es soll[te] die großen geistigen Probleme unserer Epoche in den Mittelpunkt rücken und einen überzeugenden Standpunkt zu dem

historisch-begründeten Optimismus unserer Epoche formulieren.«⁹ Und optimistisch war Professor Rödels Vortrag denn auch. Rödel behauptete, im sozialistischen Staat DDR sei »das Denken zur ersten Bürgerpflicht erklärt«. Gleichzeitig behauptete er, Macht und Geist seien in diesem Staat im humanistischen Sinne ausgesöhnt. Und: »Wäre es (...) ehrenhaft, dagegen zu sein? Publizisten und Künstler, wenn sie (...) gegen den Stachel löckten, müßten gegen die Interessen des Volkes sein, warum aber und für wen?«¹⁰ Dies und anderes diente der Vorbereitung auf das 11. Plenum des ZK der SED einen Monat später im Dezember 1965, dessen neuer Kulturdoktrin Filme, Romane und Theaterstücke zum Opfer fielen - und Persönlichkeiten: Konrad Wolf mußte ein paar Monate später fundamentale Selbstkritik üben, weil er sich für Frank Beyers »Spur der Steine« stark gemacht hatte. Auch diese hiermit exemplifizierte Selbstinstrumentalisierung gehört zur Geschichte des Leipziger Instituts - wird es aber nie mehr sein!

Medienstadt

Der Slogan von der »Medienstadt Leipzig« drückt zweifellos sehr viel Absicht und Hoffnung aus. Aber es wäre völlig falsch, den darin stekenden Anspruch lächerlich zu machen, wie es ab und zu geschieht. Der Medienstandort Leipzig lebt nicht nur von seinen Traditionen: Messe, Buch, Verlage, eine über hundertjährige Tageszeitung, einer der ersten Radiostandorte in Deutschland, erste Journalistenausbildung, eines der ersten deutschen Dokumentarfilmfestivals und so weiter. Harte Fakten untermauern die durchaus gegenwärtige und zukünftige Berechtigung dieses Slogans, auch im Vergleich mit anderen Medienstädten.

Günter Bentele und Martina Becher haben im Dezember 1996 eine Studie des Medienstandorts unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgelegt.¹¹ Daraus geht die Berechtigung des Medienstadt-Begriffs im Vergleich mit München, Köln, Nürnberg und Hamburg eindeutig hervor. An absoluter Zahl der Medienunternehmen, medialen Umsätzen und Zahl der Beschäftigten bleibt Leipzig zwar immer noch das Schlußlicht in der Rangfolge dieser Medienstädte, aber im Verhältnis zur gesamten Wirtschaftskraft der jeweiligen Stadt liegen die Leipziger Zahlen durchaus im Mittelfeld. Für Leipzig werden 982 Unternehmen der Medienwirtschaft, ein Jahresumsatz von 3,19 Mrd. DM und 33 000 im Medienbereich Beschäftigte (inklusive der Freien Mitarbeiter) hochgerechnet. Die meisten arbeiten in der Druck- und Produktionstechnik, in Kultureinrichtungen und in der Medienausbildung.

Mit 5,4 Prozent Anteil der Medienunternehmen an der gesamten Wirtschaft in der Stadt und im Landkreis liegt Leipzig hinter München mit 7,7 Prozent, aber vor Nürnberg, Hamburg und Köln. Bei den Umsätzen nimmt die Leipziger Medienwirtschaft mit 11,4 Prozent ebenfalls den zweiten Platz hinter Köln mit 13,3 Prozent im Städtevergleich ein, jeweils in Relation zum Gesamtumsatz der Wirtschaft in der jeweiligen Stadt. Jeder zehnte Beschäftigte in Leipzig ist schließlich in der Medienbranche tätig, nach etwa jedem achten in München (13 Prozent) und Köln (12 Prozent). Medienunternehmen bilden also einen sehr wichtigen Wirtschaftsfaktor in der Stadt, sie haben eine größere Bedeutung als in Hamburg oder Nürnberg.

Die umsatzstärksten Branchen in Leipzig sind (in dieser Reihenfolge): Zeitungen/Zeitschriften/Agenturen, die Druck- und Produktionstechnik, die Datenverarbeitung und die (Buch-)Verlage. Sehr jung und sehr kleinteilig strukturiert ist trotz der langen Tradition die Leipziger Medienbranche: Zwei Drittel der Unternehmen wurden erst nach der Wende gegründet, gut die Hälfte haben nicht mehr als drei Mitarbeiter. Dem Gründungsboom nach der Wende standen in den Jahren 1990 bis 1994 Entlassungen in traditionellen Branchen gegenüber. Bluten mußten hier vor allem die (Buch-)Verlage, die Kultureinrichtungen und die Betriebe der Druck- und Produktionstechnik. Nach stark rückläufiger Tendenz haben sich diese Branchen aber inzwischen wieder stabilisiert.

Die Medien im einzelnen

Presse

In Leipzig gibt es auf dem Pressesektor keine wirkliche Konkurrenz. Die hundertjährige »Leipziger Volkszeitung« (LVZ) wird herausgegeben von der Leipziger Druckerei- und Verlagsgesellschaft, die zu gleichen Teilen dem Axel Springer-Verlag (Berlin) und der Verlagsgesellschaft Madsack (Hannover) gehört. Die publizistische Führung liegt bei Madsack.

Die LVZ hat elf Lokalausgaben, außerdem werden Seiten bzw. Texte für die »Dresdner Neuesten Nachrichten« und das »Neue Torgauer Kreisblatt« zugeliefert. Im Oktober 1996 betrug die Gesamtauflage knapp 350 000. Die City-Ausgabe, die für die Stadt und den alten Landkreis Leipzig erscheint, hat täglich außer sonntags eine Auflage von 145 000 Exemplaren. 140 Redakteure gehören zur LVZ.

Buch

In Leipzig gibt es noch bzw. wieder 65 Verlage. Zurückgekehrt ins alte Domizil ist Reclam (1828 in Leipzig gegründet), allerdings im Kleinformat. Die Musikalien-Edition Peters wird hier fortgesetzt. Erich Loest ist Alleinautor im Linden-Verlag, der von seinem Sohn geleitet wird. Ein Kinderbuch- und ein neuer Schulbuchverlag gehören zu den Neugründungen. Der Forum-Verlag konnte wiederauferstehen. Und der Klett-Verlag hat sich mit einem 15-Millionen-Projekt und 60 neuen Arbeitsplätzen hier neu angesiedelt.

Rundfunk

Der Sendebetrieb des Rundfunks wurde am 2. März 1924 durch die Mitteldeutsche Rundfunk AG (Mirag) eröffnet. 1934 als Reichssender und Filiale der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft weitergeführt, entstand der Mitteldeutsche Rundfunk 1945 neu. 1952 wurde der Rundfunk in Leipzig zum Bezirksstudio des Staatlichen Rundfunk-Komitees der DDR degradiert, das nur wenige regionale Sendungen produzierte, deren Anteile in den 60er, aber besonders zu Beginn der 80er Jahre stark anstiegen.

Nach dem Beginn der Regionalisierung des Rundfunks und des Fernsehens im Zuge der Wende in der DDR im Sommer 1990 und einer kurzen, heftigen Dezentralisierungsphase durch die »Einrichtung«, die zu Sachsenradio führte, ging ein neuer Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) als Dreiländeranstalt am 1. Januar 1992 für über zehn Millionen Einwohner in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt auf Sendung. Aus Leipzig (Springerstraße) kommen heute die Hörfunkprogramme MDR Kultur, MDR Info und MDR Life sowie Zulieferungen für die Landesprogramme. Aus Dresden wird das Fernsehen bis 1999 in das Schlachthofviertel an der Leipziger Kantstraße ziehen. Zur Zeit sind einige Wissenschafts- und Kulturredaktionen des Fernsehens in der Stadt. Und natürlich befinden sich hier die Intendanz und die Verwaltung. Etwa 1 000 von insgesamt 2 150 Mitarbeitern des MDR arbeiten in Leipzig.

Erstmals an einer deutschsprachigen Universität wurde in Leipzig zur erheblichen Verbesserung der Ausbildung ein terrestrisch und über Kabel verbreitetes Radioprogramm eingerichtet: mephisto 97.6 - das UniRadio erhielt von der Sächsischen Landesmedienanstalt (SLM) eine zehnjährige Lizenz zur Veranstaltung eines werktäglich vierstündigen Vollprogramms und ging am 31. Mai 1995 auf Sendung. Mehrere Hörfunkpreise und Auszeichnungen wurden dem Programm insgesamt wie auch einzelnen studentischen Redakteuren inzwischen verliehen.

Hinsichtlich der Praxisrelevanz der Ausbildung ist dieses Projekt sicher ganz an vorderster Stelle zu nennen. Studenten und Absolventen haben eine ideale Ausgangsposition für den Berufseinstieg; regionale, überregionale und nationale Radiosender, öffentlich-rechtliche wie privat-kommerzielle, profitieren von der guten und für sie kostenlosen Nachwuchsausbildung. Ohne die sehr gute Förderung durch die Universitätsleitung und die Sächsische Landesmedienanstalt, aber nach einer Anlaufphase auch durch das Wissenschaftsministerium und die Staatsregierung wie auch durch einzelne Politiker, gäbe es dieses Programm nicht. Ohne das Programm aber gäbe es nicht den weit über Sachsen hinausreichenden Imagegewinn für Universität, Stadt Leipzig und den Freistaat Sachsen. Ohne die Studenten, die es mit Leben erfüllen, gäbe es wiederum das Programm nicht. Eine schöne Dialektik.

Film

Auch das Leipziger Dokumentar- und Animationsfilm-Festival startete in seiner Geschichte mehrmals neu: 1955, 1960 und 1990. Ende Oktober 1997 wurde es zum 40. Mal veranstaltet. Es wandelte sich von der »Kultur- und Dokumentarfilmwoche« (1955/56), über die »Internationale Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche« (1960ff.), die »Internationale Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen« (1986ff.) zur »Internationalen Leipziger Filmwoche für Dokumentar- und Animationsfilm« (1990) und schließlich zum Festival. Wurde Mitte der 50er Jahre noch eine Art gesamtdeutscher Partnerschaft der Cineasten gepflegt, so führte die Abkühlung des Kalten Kriegs in der zweiten Hälfte der 50er Jahre zu einer Unterbrechung der Kultur- und Dokumentarfilmwoche. In den 60er Jahren kamen hier die Großen des Dokumentarfilms zusammen wie John Grierson, Basil Wright, Paul Rotha, Joris Ivens, Henri Storck, Richard Leacock, Alberto Cavalcanti, die Witwe Robert Flahertys, Chris Marker, Santiago Alvarez und Michail Romm.

Die Leipziger Dokumentarfilmwoche hatte - als einziges internationales Filmfestival der DDR - eine doppelte Aufgabe: zum einen auf kulturellem Gebiet internationale Offenheit der DDR zu demonstrieren und zum anderen als politischer Agitator nach innen und vor allem außen zu wirken. Immer war das ZK der SED in geheimer Mission federführend, auch wenn das Kulturministerium, der Club der Filmschaffenden und - seit Anfang der 60er Jahre - der Deutsche Fernsehfunk offiziell als Veranstalter firmierten.¹²

Bis zu 66 000 Zuschauer pro Dokfilmwoche wurden zu DDR-Zeiten verzeichnet, zumindest

nach Angaben in den internen Berichten. Für die Menschen in und um Leipzig und darüber hinaus in der gesamten DDR hatte das Festival einmal im Jahr die Bedeutung eines Fensters zur Welt. »International« - das bedeutete für die Besucher ein Doppeltes: Internationalismus, internationale Solidarität mit den »kämpfenden Völkern« - und gegen Bundesrepublik und USA; und einen Blick auf Menschen in anderen Ländern, Begegnung mit Regisseuren und Produzenten aus diesen Ländern, auch dem nicht-sozialistischen Ausland.

Nach der Wende hat sich das Festival - auch in der Konkurrenz mit Oberhausen, Mannheim, München und Duisburg im neuen (Gesamt-) Deutschland etabliert. Eine Untersuchung ergab, daß das Festivalpublikum - inzwischen auf ca. 18 000 pro Jahr stabilisiert - sehr jung (51 Prozent bis 29 Jahre) und überdurchschnittlich gebildet ist.¹³ Mindestens vier von zehn Besuchern sind Studenten. Die Publikums-, Akzeptanz-, Image- und Medienresonanzstudie ergab kurzgefaßt folgende weitere Aussagen: Die Verbundenheit des Publikums mit dem Festival ist sehr hoch; ein Viertel der Leipziger haben das Festival schon einmal besucht. Die meisten Besucher kommen aus der Stadt und der Region, aber es gibt auch eine hohe Zahl auswärtiger, auch westdeutscher Fachbesucher. Zu drei Viertel ist es ein Publikums- und zu einem Viertel ein Fachfestival. Beim Vergleich der verschiedenen Kulturpublika ist festzustellen, daß Besucher der Programmkinos, aber erstaunlicherweise auch des Schauspielhauses, eine hohe Affinität zum Festival haben, Oper- und Gewandhausbesucher wie auch Besucher der »Capitol«-Kinos nur eine geringe. Regional, überregional und national findet das Festival inzwischen wieder eine sehr gute Medienresonanz. Das Animationsfilmprogramm wird sehr gut angenommen und sollte ausgebaut werden.

Die »Leipziger Dokfilmwoche« hat auch eine wichtige rundfunkgeschichtliche Dimension. Seit Anfang der 60er Jahre beteiligte sich das DDR-Fernsehen als Mitveranstalter und hatte bis 1989 (mit-)entscheidenden Einfluß auf die Film Auswahl, und das oft nicht zum Nutzen der dokumentarischen Qualität. In den begleitenden »offenen Foren« wurden auch Fernsehthemen behandelt. Dies, die Art der Beteiligung und des Einflusses von Fernsehverantwortlichen, u.a. Gerhard Scheumann (»Prisma«-Redakteur, Jury-Mitglied, dann zusammen mit Walter Heynowski mehrfacher Preisträger) und Karl Eduard von Schnitzler, ist noch aus den Primärquellen in Archiven näher zu untersuchen.

Anmerkungen

- * Vortrag, gehalten auf der Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 11. September 1997 in Potsdam.
- 1 Leipzig erhielt das Stadt- und Marktrecht um 1165, verliehen wahrscheinlich durch den wettinischen Markgrafen Otto den Reichen.
- 2 Am 4. Juli 1409 erste Gebäudeschenkungen, 2. Dezember 1409 Gründung, nach Prag (1348), Wien (1365), Heidelberg (1386).
- 3 Zur Leipziger Institutsgeschichte im folgenden vgl. u.a. Arnulf Kutsch: Das Fach in Leipzig - 1916 bis 1945. In: Relation Leipzig Jg. 3 (1996), H. 5, S. 8-11.
- 4 Vgl. Arnulf Kutsch: Die Rundfunkforschung an der Universität Leipzig in den Jahren 1924 bis 1945. Ein Überblick. In: Mitteilungen StRuG Jg. 20 (1994), H. 1, S. 17-29.
- 5 Vgl. Tobias Liebert: Ein deutscher Ort. Über die Gründung der Leipziger Fakultät für Journalistik 1954. In: Transparent (Leipzig) Jg. 1995, H. 2, S. 7f.; und: Tobias Liebert: Rundfunkausbildung und -forschung in Leipzig zwischen 1946 und 1963. In: Mitteilungen StRuG Jg. 20 (1994), H. 2/3, S. 89-98.
- 6 Zitiert nach Liebert: Ein deutscher (wie Anm. 5)
- 7 Vgl. Karl-Friedrich Reimers: Von der DDR-Journalistik an der Karl-Marx-Universität zur Kommunikations- und Medienwissenschaft an der heutigen Universität Leipzig. Vortrag in der Georg-August-Universität Göttingen, SS 1996, unveröffentlichtes Manuskript mit Anmerkungen und eigene Aufzeichnungen als erster Institutsleiter.
- 8 Vgl. Arnulf Kutsch/Hans-Jörg Stiehler: »... weil die Dinge hier ganz anders funktionieren«. Leipziger Studentenenquete 1994. Berlin 1996.
- 9 Wolfgang Rödel: Humanismus in unserer Zeit. Einleitung zum philosophischen Streitgespräch der VIII. Internationalen Leipziger Dokumentar- und Kurzfilmwoche am 18.11.1965. Bundesarchiv Berlin DY 30/IV A 2/9.06/134.
- 10 Ebd.
- 11 Vgl. Günter Bentele/Martina Becher: Medienstandort Leipzig. Eine Studie zur Leipziger Medienwirtschaft. Leipzig 1996.
- 12 Vgl. ZK der SED, Abt. Kultur: Leipziger Dokwoche 1963-1967. Bundesarchiv Berlin DY 30/IV A 2/9.06/135
- 13 Vgl. Rüdiger Steinmetz/Hans-Jörg Stiehler: Das Leipziger Dokfilm-Festival. Eine Studie zu Akzeptanz und Medienresonanz. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über den Zeitraum 1992 bis 1996. Leipzig 1997.

Bernd Stöver

»Liberating the Captive People«

Die Sender Radio Free Europe und Radio Liberation und die Befreiungspolitik der USA

Im September 1961 - seit dem Mauerbau war fast genau ein Monat vergangen - erschien in der US-Zeitschrift »The Reporter« ein Artikel, in dem ein CIA-Beamter sich zur Bedeutung der Rundfunkpropaganda im Kalten Krieg äußerte. »Streiks, Arbeit-langsam-Aktionen, Demonstrationen, Mauerpropaganda, Sabotage der Verkehrsmittel, einschließlich der Schifffahrt und des Flugverkehrs, Organisierung von Ausbrüchen aus ostdeutschen Gefängnissen, die Ermutigung zum Ungehorsam in breitem Ausmaße und anderen Formen der Massenaktionen - all dies hängt von einer weitreichenden Rundfunkagitation und -instruktion ab.«¹

Was der CIA-Mitarbeiter hier sagte, hatte schon etwas Bemerkenswertes. Hier wurde nicht nur freimütig eingeräumt, daß Rundfunkpropaganda aus dem Westen einen Offensivcharakter besaß, sondern gleichzeitig deutlich gemacht, daß ganz gezielt und aktiv der kommunistische Machtbereich destabilisiert werden sollte. Wirklich neu war dies 1961 zwar nicht mehr, aber es wirkte wie eine Bestätigung der vom Osten seit Jahren immer wieder veröffentlichten westlichen »Pläne« zur Beseitigung der kommunistischen Herrschaft am »Tag X«.² Die »Befreiungspolitik« war seit immerhin 14 Jahren in der politischen Diskussion gewesen. Nach den Aufständen in der DDR 1953, dann aber vor allem 1956 in Polen und in Ungarn und den von vielen Seiten vorgebrachten Vorwürfen, der Westen habe sie durch seine Propaganda provoziert, schien die Befreiungspolitik verschwunden. In den Jahren kurz vor dem Mauerbau schließlich war sie kaum noch öffentlich als Option diskutiert worden. Aufgegeben wurde sie allerdings nicht. Die amerikanische Politik gegenüber Kuba und in Vietnam zeigte in den 60er Jahren, daß sich der Schwerpunkt der Befreiungspolitik lediglich auf die Dritte Welt verlagert hatte, wo die Gefahr eines atomaren Schlagabtausches weitaus geringer als im hochgerüsteten Europa war.³

Von der Eindämmungs- zur Befreiungspolitik

Als die Befreiungspolitik 1947 in ersten Entwürfen entstand, war sie der offensive Gegenentwurf der Republikanischen Partei zur »Eindämmungspolitik«. John Foster Dulles, ihr eigentlicher »Erfinder«, war zu diesem Zeitpunkt aner-

kannter außenpolitischer Experte der Republikanischen Partei, im folgenden Jahr auch Außenministerkandidat im Präsidentschaftswahlkampf 1948. Er warf der Containment-Politik vor allem vor, sie konserviere die bestehenden Verhältnisse im kommunistischen Machtbereich, anstatt auf Veränderung zu drängen. Im Frühjahr 1948 trug er im New Yorker Bond Club die Idee der »Liberation«-Politik zum ersten Mal unter dem Titel »The Defense of Freedom« im Zusammenhang vor.⁴ Notwendig sei, zu einer umfassenden ideologischen Gegenoffensive gegenüber der UdSSR und dem Kommunismus überzugehen, um auf die »Einkreisung« der westlichen Welt zu antworten. Richtig sei nach wie vor eine Politik, die auf militärischer Stärke sowie wirtschaftlicher Hilfeleistung an Verbündete und von kommunistischer Machtübernahme bedrohte Staaten beruhe. Als Strategie schlug er vor, stärker auf »verdeckte Aktionen« durch die westlichen Geheimdienste zurückzugreifen, aber vor allem die psychologische Kriegführung, das hieß speziell auch die Radiopropaganda auszubauen. Er verwies in diesem Zusammenhang auf die bereits bestehende Radiostation »Voice of America«, die unter der Leitung der United States Information Agency (USIA) arbeitete, und forderte darüber hinaus aber auch die Einrichtung neuer Sender sowie eine verstärkte Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Sie könne einerseits das Bild Amerikas in der Welt richtigstellen und seine positiven politischen Ziele verdeutlichen, andererseits aber auch das politische Bewußtsein der Bevölkerung hinter dem »Eisernen Vorhang« erweitern. Wahrheit sei immer der stärkste Feind der Diktatur gewesen. »Truth and light are the best weapons of freedom.«⁵ Die ideologische Gegenoffensive, so regte er an, müsse von einer neuen Organisation koordiniert werden, die ähnlich wie das Verteidigungsministerium für den militärischen Bereich, ausschließlich für die nicht-militärische Verteidigung, eben für die psychologische Kriegführung, zuständig sei. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben müsse dann sein, auch die antikommunistische Emigration stärker in den Kampf gegen die Sowjetunion einzubinden.

Nach einer knapp einjährigen Diskussion wurde am 29. April 1949 unter dem Namen »National Committee for Free Europe, Inc.« (NCFE) jene von Dulles vorgeschlagene Organisation aus der Taufe gehoben, die sich aus-

schließlich mit der ideologischen Offensive gegen den Kommunismus beschäftigte. Als Sitz des als »privat« bezeichneten Komitees wurde New York gewählt, das schon während des Zweiten Weltkrieges ein wesentliches Zentrum des politischen Exils aus Europa gewesen war. In der Satzung verpflichtete sich das NCFE vor allem, den osteuropäischen Emigrationsführern in den USA zu helfen, ihre bisherige Arbeit fortzusetzen und jene Einrichtungen bereitzustellen, mit denen sie den Freiheitsgedanken in ihren Heimatländern wachhalten könnten. Bereits vier Monate später, bezeichnenderweise am Vorabend des zehnten Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges, konnte Dulles - zu diesem Zeitpunkt Senator des Staates New York - im US-Kongreß einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit des NCFE geben. Hier machte er unter anderem unmißverständlich deutlich, daß diese Organisation so lange bestehen bleiben würde, bis Osteuropa befreit sei. Dann würden diese Emigranten die Gewähr dafür bieten, daß ihre Heimatländer demokratisch umgestaltet würden. »And some day, when the iron curtain goes, and the East European peoples can again make their own lives in their own way, these exiled leaders whom we have befriended, will return more convinced than ever that the free and democratic way is best.«⁶

Im Rückblick ist deutlich, daß viele der harten Attacken der Republikaner gegen die Containment-Politik im Kalten Krieg der Wahlkampfsituation geschuldet waren. Nicht nur die Präsidentschaftswahlen 1948 und 1952, auch die Kongreßwahlen 1946 und 1950 nahmen beide Seiten zum Anlaß, medienwirksam die eigene Position darzustellen. Unzweifelhaft ist zudem, daß die für die Republikaner höchst unbefriedigend verlaufenden Kongreßwahlen ebenso wie die eskalierende außenpolitische Situation in der Berlin-Krise 1948/49 und im Korea-Krieg 1950/53 zur Verschärfung der Rhetorik gegen die Eindämmungspolitik beitrugen. Nüchtern betrachtet jedoch waren Befreiungspolitik und die »offensive Variante« der Containment-Politik, wie sie in der Berlin-Krise, dann aber vor allem im Korea-Krieg sichtbar wurde, eng miteinander verwandt. Beide zielten auf die Verhinderung einer weiteren kommunistischen Expansion und langfristig auf die Ablösung der kommunistischen Regimes. Der zentrale Streitpunkt bestand in den nächsten Jahren dann auch vor allem darin, wie offensiv man diese Ablösung öffentlich, vor allem gegenüber den betroffenen Völkern, vertreten dürfe. Im Klartext beinhaltete das insbesondere die Frage, ob man die Bevölkerung in den kommunistisch beherrschten Staaten zum Aufstand ermuntern dürfe und welche Optionen dem Westen in einem solchen Fall überhaupt offenstünden. Wich-

tigste Protagonisten dieser Diskussion waren auf der Seite der Befreiungspolitik John Foster Dulles, ab 1953 dann Außenminister der Eisenhower-Regierung, auf der anderen Seite der »Erfinder« der Containment-Politik, George F. Kennan, unter der Truman-Administration bis Ende 1949 Chef der Policy Planning Staff (PPS) im State Department.

Organisation der Sender

Die Unterschiede zwischen »Eindämmungspolitik« und »Befreiungspolitik« verwischen sich noch mehr, wenn man berücksichtigt, daß viele jener Organisationen, die die Forderung nach Befreiung vom Kommunismus praktisch umsetzen sollten, unter der Truman-Administration gegründet wurden. Wenn die »Truman-Doktrin« 1947 schon Unterstützung gegen kommunistische Infiltration angeboten hatte, so ging die Gründung eines neuen Radiosenders 1949, der dann schließlich in München etabliert wurde, einen ganz erheblichen Schritt weiter. »Radio Freies Europa« (RFE), wie der Sender programmatisch genannt wurde, war weithin sichtbar auf das neue Konzept der »Befreiung« zugeschnitten; die Sendungen wurden vor allem von Emigranten aus den osteuropäischen Staaten, zum Teil aber auch von deutschen Vertriebenen gestaltet. Daß Charles Douglas Jackson, einer der konsequentesten Vertreter des »getting tough with Russia«, als erster Präsident des NCFE berufen wurde, war daher kein Zufall. Er selbst erklärte zur Funktion der Radiostation dann auch völlig unverblümt, der Sinn des Senders sei in erster Linie, »to create conditions of turmoil in the countries our broadcasts reached«.⁷

Formal war RFE der privatrechtlichen Organisation NCFE unterstellt, »officially unofficial«,⁸ wie eine spätere treffende Umschreibung lautete. Das bedeutete, daß sich der Sender zwar auf der Grundlinie der amerikanischen Regierungspolitik bewegte, aber von offizieller Seite jede direkte politische Verantwortung abgelehnt werden konnte. Dies hatte zur Folge, daß sich RFE und auch die 1953 gegründete Schwesterstation, »Radio Liberation« (RL), weit über die Grenzen dessen wagen konnten, was offiziell als Propaganda möglich war, ohne diplomatische Verwicklungen und wirkliche Konsequenzen fürchten zu müssen. Faktisch waren sowohl RFE als auch RL, wie natürlich auch bereits anläßlich der Gründung der Sender gemutmaßt wurde, auf das engste mit der offiziellen Regierungspolitik der Truman- und Eisenhower-Administration verwoben.

Die Liste der leitenden Mitarbeiter vom NCFE las sich wie ein »Who is Who« der politischen, militärischen und finanziellen Elite der USA. Vorsitzender wurde Joseph C. Grew, ehemaliger US-Botschafter in Japan, gleichzeitig Mitglied im einflußreichen »Council on Foreign Relations«. Die Stelle des Executive Secretary, also des Geschäftsführers, nahm dessen ehemaliger Kollege aus dem Auswärtigen Dienst, der 1917 als chargé d'affaires in Moskau tätig gewesene DeWitt C. Poole, ein. Sein Nachfolger wurde 1951 der bereits erwähnte Jackson, im Krieg unter anderem Chef des Nachrichtendienstes des Alliierten Oberkommandos in Europa, nach dem Krieg Vizepräsident des »Time-Life«-Konzerns. Als Vertreter des Executive Secretary und Bearbeiter von Pressefragen fungierte Frederick R. Dolbear, Berufsdiplomat und amerikanischer Vertreter der ersten Botschaft in Warschau. Vertreter des Komitees für Europa wurde der ehemalige US-Gesandte in Bulgarien Maynard Barnes. Politischer Berater in Europa wurde ebenfalls ein Berufsdiplomat, William C. Griffith, der später auch zeitweise RFE leitete.

Den Verwaltungsrat für das NCFE stellten CIA und das Office of Policy Coordination (OPC) zusammen. Das OPC war bezeichnenderweise auch das Büro, das gleichzeitig für die »verdeckte Operationen« zum Beispiel in den kommunistischen Staaten zuständig war. Dem NCFE-Verwaltungsrat gehörten angesehene US-Industrielle und Bankiers an, aber auch andere einflußreiche Persönlichkeiten wie der ehemalige Geheimdienst-Chef (OSS) William Donovan, der Gewerkschaftsfunktionär (CIO) James B. Carey, die Bankiers und Industriellen J. Peter Grace (u.a. National City Bank) und H. J. Heinz (Mellon Bank), der Ölindustrielle George C. McGhee, Automobilfabrikant Henry Ford II und Filmproduzenten wie Cecil B. De Mille und Darryl Zanuck.⁹ Die CIA selbst vertrat Geheimdienstchef Allen Dulles, der Bruder von John Foster Dulles, persönlich. Erster Leiter von RFE wurde Robert E. Lang, auch er ehemaliger OSS-Mitarbeiter. Schatzmeister wurde der New Yorker Bankier Frank Altschul, wie Joseph Grew gleichzeitig Mitglied des einflußreichen amerikanischen »Council on Foreign Relations«.

Die institutionellen und personellen Verbindungen zwischen staatlichen Institutionen und dem »privaten« NCFE werden noch deutlicher, wenn man berücksichtigt, daß NCFE/RFE von einer Reihe kleinerer Organisationen unterstützt wurde, an deren Spitze wiederum CIA-Funktionäre saßen. So war General Walter Bedell Smith der ehemalige US-Botschafter in Moskau (1946 - 1949), später zweiter CIA-Chef (1950 - 1953) und Under Secretary of State (1953/54), 1954 unter anderem Präsident der »American Herita-

ge Foundation«, der Organisation die vor allem den sogenannten »Crusade for Freedom«, eine alljährliche Werbekampagne für das NCFE organisierte. Bedells Berufung ging wiederum auf Henry Ford II zurück, der außer im NCFE-Verwaltungsrat auch im Vorstand des »Crusade for Freedom« saß. Die Finanzierung der beiden Sender erfolgte aus einer ganzen Reihe von Quellen, was einerseits deutlich macht, daß die Einrichtung dieser Rundfunkstationen als zentral für die praktische Befreiungspolitik betrachtet wurde, andererseits die Verflechtung der Institutionen erheblich war. So ist sicher, daß die Mittel einerseits aus den »Reptilienfonds« des OPC flossen, die ursprünglich aus beschlagnahmten deutschen Guthaben stammten und bereits für die Manipulation der italienischen Wahlen 1948 benutzt worden waren.¹⁰ Für die Finanzierung waren jedoch die »Fund Raising«-Organisationen ausschlaggebend. NCFE finanzierte RFE und das »American Committee for the Liberation of the Peoples of Russia« (AMCOMLIB) RL.

Neben der Station RFE wurden eine ganze Reihe anderer Sender neu gegründet oder stärker in das Programm der Liberation-Politik eingebunden. Dazu gehörten die »Voice of America« (VOA) und das 1945 gegründete »Radio in the American Sector« (RIAS) in Berlin. RIAS war im übrigen auch das direkte Vorbild für RFE gewesen.¹¹ Ab 1953 kam das bereits erwähnte »Radio Liberation« hinzu, das 1955 ebenfalls in München auf Sendung ging. Jedem dieser Sender war ein spezielles Operationsgebiet zugeordnet. RFE arbeitete mit der Haupttrichtung auf die Satellitenstaaten, RIAS sendete vorwiegend für die SBZ/DDR, Radio Liberation, später Radio Liberty, war für die russischsprechenden Gebiete Osteuropas und die Sowjetunion verantwortlich. VOA arbeitete weltweit.

Die Arbeit des NCFE und damit auch bei RFE bestehe zuvörderst darin, schrieb Robert P. Joyce, Mitarbeiter des State Department, bereits im Oktober 1950,

»to maintain the morale of the captured peoples of Eastern Europe and to permit political exiles from that part of the world to engage in activities to prepare the ground for the liberation of their (...) countries«.¹²

1950 hatte man die offizielle Zielrichtung von NCFE noch stärker in Richtung Befreiung zugespitzt, indem man sprachlich stärker die begrenzte Dauer der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa betonte. Ziele der Organisation seien, so das NCFE-»Certificate of Change of Purposes« vom 7. September 1950,

»(a) to help non-Fascist and non-Communist exiles and refugees to maintain themselves in useful occupations during their absence from their homelands [...]; to assist these exiles and refugees in maintaining

contact with their fellow citizens in other countries by radio and other means and in keeping alive among them the ideals of individual and national freedom; to make available facilities whereby these exiles and refugees can contribute to the cause of maintenance of freedom under law;

(b) to promote aid and assist the cause of individual and national freedom in Europe and elsewhere, to initiate, assist and conduct, directly or indirectly, investigations and studies relating to such cause; and to obtain, collect, analyze, publish, broadcast, disseminate and distribute, through any media of communication, information relating thereto,

(c) to solicit and receive funds for the objects and purposes.«¹³

Ziele der Sendungen

Auch das politische Selbstverständnis und die Mentalität der Mitarbeiter des NCFE und der Sender RFE und RL war klar durch die Befreiungspolitik geprägt. Das erwähnte offensive Bekenntnis zur Befreiung des Ostens, wie es bei Jackson zu finden ist, stand bei weitem nicht allein. Das bundesdeutsche Auswärtige Amt zitierte in einem internen Bericht über RFE einen seiner Leiter, William Griffith, 1952 mit der Aussage, man werde »so lange arbeiten, bis die osteuropäischen Völker befreit sind«.¹⁴ Und man war radikal. James Carey, Mitglied des NCFE-Verwaltungsrates sagte 1950 gegenüber der »New York Harold Tribune«, man werde sich jetzt mit den Faschisten genauso zusammentun, um den Kommunismus zu besiegen, wie man sich im letzten Weltkrieg mit den Kommunisten zusammengetan habe, um die Faschisten zu besiegen.¹⁵ Auch General Lucius D. Clay, Vorsitzender der genannten RFE-Fund-Raising-Organisation »Crusade for Freedom« hatte deutlich gemacht, daß RFE in erster Linie Hilfe leisten solle, an jene »trapped behind the curtain to prepare for the day of liberation«.¹⁶ Aber auch die offiziell von RFE vertriebenen Selbstdarstellungen wurden, insbesondere nach dem Regierungswechsel 1953, als John Foster Dulles Außenminister wurde, immer expliziter. Radio Freies Europa will »einen Keil zwischen die versklavten Völker und ihre Beherrscher (...) treiben und den sowjetischen, wie den landeseigenen kommunistischen Einfluß in den Ländern hinter dem Eisernen Vorhang mit allen verfügbaren Mitteln (...) unterminieren«.¹⁷ Es gehe darum, »den Geist der Befreiung unter den Völkern hinter dem Eisernen Vorhang zu pflügen«.

Radio Freies Europa begann seine erste Übertragung am amerikanischen Unabhängigkeitstag 1950 über einen kleinen Kurzwellensender in der Nähe von Frankfurt am Main. Bis Ende 1951 wurde dann verschiedene Relaisstationen

in München, Biblis und Portugal gebaut, die ein 24-Stunden-Kurzwellenprogramm in jedes Land Osteuropas ermöglichte. Die Programme wurden zunächst in New York vorbereitet und nur von Deutschland aus ausgestrahlt, später stellte das Hauptquartier von RFE in München die Sendungen komplett her. 1957 arbeiteten 1 300 Mitarbeiter bei RFE, darunter 700 Deutsche, 500 »Ostemigranten« und 200 US-Bürger.¹⁸ Entsprechend den Zielländern wurden spezielle »Desks« eingerichtet: für die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. Ziel war, daß Emigranten für ihr Land die Sendungen erstellen.

Die Schwesterstation, Radio Liberation, wurde als Sender des am 18. Januar 1951 lizenzierten »American Committee for the Liberation of the People of Russia, Inc.« gegründet.¹⁹ Das Komitee hatte seinen Sitz wie zunächst auch das NCFE in New York, das europäische Hauptquartier von RL befand sich ebenfalls in München. Mitglieder des AMCOMLIB waren unter anderem die Generäle John R. Deane und G. F. M. Mentz und Admiral Leslie C. Stevens, ehemaliger US-Marineattaché in Moskau. Den Vorsitz hatte Eugene Lyons, Herausgeber des »Readers Digest«, später war der frühere US-Botschafter in der Sowjetunion Admiral Alan G. Kirk Präsident, Europäischer Direktor Forrest McCluney.²⁰ Die Ziele entsprachen jenen von RFE, waren aber eindeutig auf die UdSSR zugeschnitten. Sie lägen darin

»to aid the worldwide Russian and Nationalities Emigration in its efforts to sustain the spirit of liberty among the Peoples of the USSR and its work for the establishment of human liberties [...] to preserve and sustain historic cultures of Russia and the Nationalities« und »to aid the united Emigration in seeking to extend understanding of the West within the USSR«.²¹

Bemühungen um Verschleierung

Noch häufiger als bei RFE wurde bei RL der Name der Dachorganisation gewechselt²², ein Zeichen für die Bemühungen um Verschleierung. Das genannte »American Committee for the Liberation of the Peoples of Russia« war am 10. Oktober 1951 bereits eine Nachfolgegründung des »American Institute for the Study of the USSR« und des »Institute for the Study of History and Culture of the Soviet Union«. Beide Institute waren russische Sammlungsorganisationen des Exils mit Sitz in München. Das »American Committee« war bereits am 8. Februar 1951 erstmalig in New York angemeldet worden. Am 16. Oktober 1952 hatte man dann auf einem Kongreß in München eine neue Sammlungsbe-

wegung geschaffen, das »Coordination Center of Anti-Bolshevist Struggle«.²³ 1953 wurde der Name dann in »American Committee for Liberation from Bolshevism« (AMCOMLIB) umbenannt. Unter dieser Bezeichnung blieb die Gesellschaft bis 1963 tätig, dann wurde sie in »Radio Liberty Committee« umbenannt. 1976 schließlich erfolgte die Verschmelzung mit RFE zu »RFE/RL, Inc.«. Der Radiosender des Komitees erfuhr eine ähnliche Vielfalt an Namensänderungen. Am 1. März 1953 begann der Sendebetrieb unter dem Namen »Radio Station of the Coordination Center of Anti-Bolshevik Struggle«, noch im selben Jahr wurde er in »Radio Liberation from Bolshevism« umbenannt, 1956 bis 1963 arbeitete er unter dem Namen »Radio Liberation«, dann bis 1976 als »Radio Liberty«.

1952 waren 64 Personen bei RL beschäftigt, die Sollstärke war auf 180 Mitarbeiter ausgelegt.²⁴ Die aktiven Mitarbeiter rekrutierten sich bei RL vor allem aus russischen Emigranten, die teilweise aus den USA stammten, aber auch aus der »alten« russischen Emigration. Die politische Orientierung war höchst heterogen, sie reichte von linksliberal bis eindeutig großrussisch.

RFE und RL waren konzeptionell auf Mitarbeiter aus Osteuropa, d.h. den Zielländern der Sendungen, angewiesen. Dabei wurde zweifellos nicht in jedem Fall direkt und ausschließlich nach früheren Kollaborateuren mit dem Dritten Reich gesucht, wie manche Arbeiten versuchen zu insinuieren.²⁵ Teilweise bemühte man sich sogar, gerade nicht die radikalen Antikommunisten zu bevorzugen. Im Bereich des tschechoslowakischen RFE-»Desks« wurde immer mehr der eher linksorientierte Tschechoslowakische Rat unter Peter Zenkl gegenüber dem eindeutig rechtsextremen an Tiso orientierten Slowakischen Befreiungskomitee unter Ferdinand Durcansky bevorzugt. Beide setzten allerdings ihre Hoffnungen auf das Konzept der Befreiungspolitik. Letztendlich waren es jedoch vor allem die rechten und rechtskonservativen und weniger die linken oder linksliberalen Gruppen, die tatsächlich in den ausgehenden 40ern und in den 50er Jahren massiven Einfluß auf die offizielle US-Politik gegenüber Osteuropa gewannen und vor allem durch ihre Rezeption der Befreiungspolitik auch die Außensicht auf das Konzept bestimmten.

Flugblattpropaganda

Die Praxis der Befreiungspolitik beinhaltete von Anfang an nicht nur die Sammlung von Emigranten oder die Produktion von Radioprogrammen. Eine der wichtigsten Aufgaben war der massenhafte Versand von Flugblättern mittels Ballons

über die Grenzen nach Osteuropa und die Sowjetunion. Personell und finanziell kam diesen Aktionen sogar höchste Priorität zu. Beispielhaft war die Flugblattaktion »Operation Prospero« gegen die Tschechoslowakei im Juli 1953, die ausführlich auch in den Quellen behandelt wird, nicht zuletzt, weil es zu erheblichen Protesten der Sowjetunion und der tschechoslowakischen Regierung kam.

Der Zeitpunkt für »Prospero« war bewußt gewählt, und gerade dies macht sichtbar, wie deutlich die Befreiungspolitik auf die Provokation von inneren Unruhen in osteuropäischen Staaten angelegt war, die wiederum nach Einschätzung amerikanischen Stellen geeignet waren, eine größere Revolution oder zumindest einen erheblichen Druck auf die dortige Regierung auszulösen. Kurz zuvor hatte es mit Schwerpunkt in Pilsen Demonstrationen in der Tschechoslowakei gegeben. Der Hintergrund der Unruhen war eine drastische Abwertung der Währung gewesen. Bei diesen offiziell abgesegneten Aktionen spielte dann auch der »private« Charakter von RFE eine entscheidende Rolle. Die Verantwortung wurde von der US-Regierung erwartungsgemäß bestritten, bzw. man erklärte sich mit dem Hinweis auf den privaten Charakter von RFE für nicht zuständig. Aus den Akten insbesondere des State Departments ist jedoch zweifelsfrei zu erkennen, daß eine rege Korrespondenz über die Aktion geführt wurde und vor allem die Ergebnisse in der US-Regierung mit höchster Aufmerksamkeit aufgenommen wurden. Die Aktion war auch im Vergleich zu bisherigen Maßnahmen dieser Art beispiellos. Über zwölf Millionen Flugblätter schwebten mittels Ballons über die Grenze und regneten dort ab. Aussagen wie »the regime is weaker than you think« oder »power lies with the people« oder explizit auf die nationalen Probleme des Vielvölkerstaates ausgerichtete Parolen machen sichtbar, daß man hier auf innenpolitische Eskalation zielte.²⁶ Eine ähnliche Großaktion in Richtung Osteuropa war die »Operation Veto«, als zwischen April und Herbst 1954 rund 50 Millionen Flugblätter wiederum über der Tschechoslowakei unter der Leitung des NCFE abgeworfen wurden.²⁷

Ausführlich wurde die Reaktion der dortigen Bevölkerung unter anderem durch Flüchtlingsbefragungen registriert. Die klarste Antwort auf die Frage jedoch, inwiefern die gesamte Propagandatätigkeit der Befreiungssender wirksam war, bot die offizielle Reaktion der Zielländer. Sowohl RFE als auch RL waren fast von Beginn an durch massive Störsender behindert. Es wurde versucht, Ballons mit Abfangjägern abzuschießen, teilweise wurden Militäreinheiten eingesetzt, um das abgeworfene Material aufzusam-

meln, bevor es von der Bevölkerung gelesen werden konnte. Im Zusammenhang mit den Ballonaktionen gab es zudem massive diplomatische Proteste auf höchster Ebene. Alles dies war zweifellos ein Hinweis darauf, daß man die westliche Propaganda durchaus als Gefährdung des Staates betrachtete.

Vier Thesen

Versucht man die Bedeutung von RFE und RL innerhalb der Befreiungspolitik zu bestimmen, so sind vier Thesen möglich:

1. Die Befreiungspolitik richtete sich auf eine tatsächliche Herauslösung einzelner Staaten aus dem Ostblock, wobei das Vorbild der »Defection« Jugoslawiens als Maßstab galt. Die Grundlinie fast aller Sendungen von RFE/RL zielte auf die Unzufriedenheit in der Zivilbevölkerung und hier insbesondere auf die ökonomische Situation, aber auch etwa auf schwelende Nationalitätenprobleme.

2. Der offensiv-aggressive Charakter der RFE/RL-Sendungen, der von Anfang an gegeben war, verbunden mit Flugblattaktionen etc. verfestigte in den Satellitenstaaten die Vorstellung, wie aus Befragungen deutlich ermittelt werden kann, der Westen werde Aufstandsbebewegungen unterstützen. Dies zeigte sich insbesondere während des Aufstandes am 17. Juni 1953 in der DDR.

3. Der von der offiziellen US-Politik nach dem Aufstand von 1953 vollzogene Schwenk zu einer Deeskalation, wurde von der privaten Organisation RFE, aber auch anderen semi-offiziellen oder privaten Organisationen nicht mitgetragen. Nicht zuletzt deswegen wurden deren Aktionen nach dem Ungarnaufstand 1956 zum Teil abgebrochen, zum Teil einer scharfen Kontrolle unterstellt.

4. Zusammengefaßt kann man RFE als ein Instrument einer ernsthaft verfolgten Richtung der US-Außenpolitik betrachten, die auf die »Befreiung« von Ostblockstaaten gerichtet war. Sie geriet aber auf der Ebene der privaten oder halbprivaten Organisationen schon früh »außer Kontrolle«. Daß RFE dennoch weitgehend unbeeindruckt nach altem Muster weitersendete, lag an einer Vielzahl einzelner Gründe, wobei der wichtigste darin zu sehen ist, daß ein immer stärker werdender »rechter Flügel« in den USA daran interessiert war.

Anmerkungen

- 1 The Reporter, 14.9.1961. Zitiert nach: Karl-Heinz Roth, Psychologische Kampfführung, Invasionsziel: DDR, Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik, Hamburg 1971, S. 152.
- 2 Zusammenfassend aus östlicher Sicht: Julius Mader: Die subversive Rolle des »Radio Freies Europa«. In: Deutsche Außenpolitik, Jg. 13 (1968), H. 5, S. 561 - 568.
- 3 Zur amerikanischen »Befreiungspolitik«, ihrer Entstehung, Entwicklung und ihren Wirkungen in Osteuropa befindet sich die Habilitationsschrift des Verfassers in Arbeit. Vgl. dazu Bernd Stöver: Containment - Rollback - Liberation. Die DDR und Osteuropa in der amerikanischen Außenpolitik während der Truman- und Eisenhower-Administration 1945 - 1961. In: Geschichte als Argument. 41. Deutscher Historikertag in München, Berichtsband. München 1997, S. 297-300.
- 4 Seeley J. Mudd Library, Princeton (MLP). John Foster Dulles Papers (JFD-P). Speeches, Statements, Press Conferences (SSP), Box 295, Folder: »The Defense of America«, S. 9ff. Zur Genesis der Befreiungspolitik auch: Manfred Görtemaker: John Foster Dulles und die »Neuorientierung« der amerikanischen Deutschland- und Europapolitik 1952/53. In: Amerikastudien Jg. 39 (1994), S. 111-136.
- 5 The Defense os Freedom... Box 295, Folder: The Defense of America, S. 10.
- 6 Vgl. Progress of the National Committee for Free Europe, Inc., 31.8.1949, o.S.; MLP, JFD-P, SSP, Box 195, Folder: »The Defense of America«.
- 7 Bennett Kovrig: The Myth of Liberation. Baltimore 1973, S. 94.
- 8 Robert T. Holt: Radio Free Europe. Minneapolis 1958, S. 5.
- 9 Vgl. Christopher Simpson: Der amerikanische Bumerang. NS-Kriegsverbrecher im Sold der USA. Wien 1988, S. 159.
- 10 Ebd., S. 159 u. Sig Mickelson: America's Other Voice: The Story of Radio Free Europe and Radio Liberty. New York 1983, S. 14ff.
- 11 Mickelson (wie Anm. 10), S. 25f.
- 12 Memorandum Robert P. Joyce (PPS), 19.10.1950, S. 2; National Archives Washington, D.C. (NAW), RG 59, PPS, 1947 - 53, Lot 64 D 563, Box 11a, Folder: o.Bez.
- 13 Certificate of Change of Purposes of National Committee for a Free Europe, Inc., 7.9.1950, S. 2f. Auswärtiges Amt, Politisches Archiv (AA-PA), Bonn, Abt. 2/Mappe 1909.
- 14 Bericht über die Arbeit von Radio Freies Europa, 18.9.1952, S. 2. AA-PA, Abt. 2/Mappe 1908.
- 15 Zitiert nach Simpson: Bumerang (wie Anm. 9), S. 159.

-
- 16 New York Times, 3.5.1951, zitiert nach Kovrig (wie Anm. 6), S. 94.
 - 17 »Wissenwertes über Radio Freies Europa«, 27.2.1953, S. 1f.; AA-PA, Abt. 2/Mappe 1909.
 - 18 Vgl. H. Weber, Richtstrahler aus dem Osten, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.8.1957 (AA-PA, Abt. 7/Mappe 386)
 - 19 Vgl. Lizenzierungsantrag für den Betrieb einer Rundfunkanlage v. 10.3.1952; AA-PA, Abt. 2/Mappe 1910.
 - 20 Vgl. Aufzeichnung AA, 11.3.1951; AA-PA, Abt. 2/Mappe 1910.
 - 21 Nature, Aim and Purpose of the American Committee for the Liberation of the Peoples of Russia, Inc., [o.D.], S. 1; AA-PA, Abt. 2/Mappe 1909.
 - 22 Zum folgenden vgl. ebd., passim u. Simpson, Bumerang, S. 381, Anm. 6.
 - 23 Auf die Exilorganisationen die bereits 1953 am »Coordination Center« beteiligt waren vgl. »Nature, Aim and Purpose of The American Committee for the Liberation of the Peoples of Russia, Inc.«; AA-PA, Abt. 2/Mappe 1909.
 - 24 Vgl. Aufzeichnung Kossmann, AA, 29.11.1952; AA-PA, Abt. 2/Mappe 1910.
 - 25 Vgl. Klaus Eichner u.a.: Headquarters Germany. Die USA-Geheimdienste in Deutschland. Berlin 1997, S. 148ff.
 - 26 James David Marchio: Rhetoric and reality: The Eisenhower Administration and unrest in Eastern Europe, 1953 - 1959. Dissertation American University, 1990, S. 128.
 - 27 Vgl. William E. Daugherty: A Psychological Warfare Casebook, published for the Operations Research Office. Baltimore, Md. 1958, S. 332ff.

Irmgard Wilharm

AV-Überlieferung und Geschichtswissenschaft

Der Quellenwert von Hörfunk-, Fernseh- und Filmdokumenten*

Der Wert jeder historischen Quelle - sei dies nun ein Text, ein Gebäude, ein Bild, ein Stadtgrundriß, ein Film- oder Tondokument - ist nur bestimmbar in Hinsicht auf die jeweilige Fragestellung, es gibt keinen Quellenwert »an sich«. Das ändert nichts an der seit Johann Gustav Droysen und Ernst Bernheim in der Geschichtswissenschaft etablierten Unterscheidung von Quellen als »Überrest« und »Tradition«: Überrest ist alles, was sozusagen übrig geblieben ist; Tradition meint Material, das absichtlich zum Zwecke historischer Unterrichtung geschaffen worden ist. In diesem Sinn sind Überreste die ergiebigeren Quellen. Da es sich bei Rundfunk- und Fernsehdokumenten um absichtliche Produktionen für eine angenommene Öffentlichkeit handelt, wird man diese Quellen zunächst als Traditionsquellen bezeichnen. Aber die gleichen Quellen können bei entsprechender Fragestellung zum Überrest werden, wenn man sie »gegen den Strich«, gegen ihre offensichtliche Intention interpretiert. Die Abhängigkeit des Quellenwerts von der Fragestellung führt auf ein zweites wichtiges Problem: Solange bestimmte Fragestellungen noch gar nicht im Denkhorizont einer Gesellschaft und damit auch ihrer Historiker sind, werden die dafür relevanten Quellen auch nicht als solche wahrgenommen. Vielmehr besteht ein Wechselverhältnis zwischen den fragenden Historikern und den potentiellen Quellen, die je nach Verlauf des Prozesses zu relevanten Quellen werden. Ein Beispiel: ein aus dem frühen 19. Jahrhundert in England überlieferter Überfall der Bevölkerung auf einen Lebkuchenverkäufer erscheint zunächst als historisch unbedeutend. In dem Maße, in dem Brotunruhen als kollektives Phänomen sozialer Proteste bewußt werden, verändert sich der isolierte Überfall und wird Teil eines sozialen Prozesses, der Kurzbericht wird zur historischen Quelle.

Überträgt man diesen Gedankengang auf die Entwicklung von Fragestellungen in der Zeitgeschichte, so lassen sich daraus einige Überlegungen zum historischen Quellenwert von AV-Medien gewinnen. Die frühe zeitgeschichtliche Forschung in der BRD konzentrierte sich in methodisch konservativer Form auf die archivalische Erforschung des NS-Herrschaftsapparates. Abgesehen von dem tatsächlich bestehenden Nachholbedarf lag das »Beruhigende« dieser Forschungen in der Feststellung eindeutiger Brüche auf der Ebene von politischen Institutio-

nen, Konzepten und Parteien. Soziale, kulturelle und wirtschaftliche Prozesse kamen erst in den späten 60er Jahren in den Blick und waren vorher allein eine Domäne der historisch arbeitenden Sozialwissenschaften. Auch die Erforschung der frühen Bundesrepublik begann unter ähnlichen Prämissen, erweitert um die dominierende Rahmenbedingung der deutschen Teilung und der damit gegebenen Gewichtung der Außenpolitik, d.h. vor allem Würdigung der Westintegration in der Politik der 50er Jahre. Im Zuge der sukzessiv fortschreitenden Archivöffnung (generell gilt die Regelung der 30jährigen Sperrfrist, Ausnahmeregelungen sind möglich) ist bis heute die politische Geschichte der BRD bis Ende der 50er Jahre ziemlich gut erforscht, während die 60er Jahre noch wenig bearbeitet sind.¹ Derzeit gilt das größte Interesse der Geschichte der ehemaligen DDR. Zugenommen haben - entsprechend der theoretischen Auseinandersetzung nicht nur in der deutschen Geschichtswissenschaft - Fragestellungen einer weit verstandenen Kulturgeschichte, gemeint als eine Geschichte von Mentalitäten, von kollektiven Wahrnehmungen und Deutungen, von allmählichen Veränderungen von Bewußtsein und Verhalten, aber auch von langfristigen stabilen, wenn auch meist verdeckten Kontinuitäten. Für diesen Zusammenhang haben Produkte der Massenmedien, damit auch die audiovisuelle Überlieferung, hohen Quellenwert und werden inzwischen auch genutzt. Am weitesten fortgeschritten ist wohl die Erforschung von Filmen als historische Quellen, während die Geschichtswissenschaft den Rundfunk als lange Zeit zentrales Informations- und Kommunikationsmedium erst allmählich entdeckt.²

Skepsis der Wissenschaft gegenüber AV-Medien

Die Gründe für die langanhaltende Skepsis der Geschichtswissenschaft in der BRD gegenüber AV-Medien als Quellen dürften auf verschiedenen Ebenen liegen:

Zum ersten geht es um die Relevanz der Massenmedien für historische Fragestellungen. Noch 1970 führte Günther Moltmann vier dem damaligen Diskussionsstand entsprechende Argumente zum Aussagewert von Dokumentarfilmen und -tonaufnahmen an:

a) Für Nicht-Zeitgenossen wird Atmosphäre vermittelt;

b) im biographischen Bereich seien Bild und Ton wichtige Ergänzungen etwa zu Redetexten;

c) am Beispiel des Nationalsozialismus könne Einsicht in historische Strukturen gewonnen werden (Volksgerichtshof oder Hitlers 50. Geburtstag als Filmstreifen).

d) Die »Regie der öffentlichen Erscheinung des Dritten Reiches« sei selbst Teil des »staatlich-öffentlichen Daseins« gewesen und müsse als solche studiert werden. Unter pädagogischen Aspekten sei zwar Illustration nützlich, aber: »Die Forschung hingegen braucht neue Aufschlüsse, Erkenntnisse, die anders nicht ebenso leicht oder gar leichter gewonnen werden könnten. Quellen, die vorwiegend illustrativen Wert haben, sind weniger belangvoll.«³ Erst mit den Fragen nach individuellen Erfahrungen, kollektiver Wahrnehmung und Deutung, angeregt vor allem durch Oral History Projekte (so vor allem von Lutz Niethammer⁴), wurden Massenmedien unter dem Aspekt von Öffentlichkeit und Kommunikation zu interessanten Quellen. Die Verknüpfung von Zeit- und Mediengeschichte, wie das Grimme-Institut sie mit den beiden Teilen des Projektes »Unsere Medien, unsere Republik« versucht hat, ist Ausdruck der sich ändernden Forschungsfragen.

Zweitens dauerte es relativ lange, bis die Historiker zu einer anderen Einschätzung der Massenmedien gelangten: Solange Radio und Film unter dem Eindruck der Erfahrungen in der Ära des Nationalsozialismus' nur als Manipulationsinstrumente gesehen wurden, wie dies noch Moltmann/Reimers 1970 darstellten, lag die Frage nach den Rezipienten und deren Wahrnehmung noch kaum im Denkhorizont der Historiker. Zu den einflußreichen Texten, die auch in der Bundesrepublik zu neuen Fragen führten, gehört Umberto Eco's Aufsatzsammlung »Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur«, in Italien 1964, hier 20 Jahre später erschienen.⁵ Eco zeigt an verschiedenen Fällen, daß es eine homogene Masse, die von Massenkultur beeinflussbar sei, so nicht gab und gibt, daß vielmehr die Reaktion der Rezipienten durchaus differenziert sei. Zur Debatte steht also die Aneignung von Massenmedien durch das Publikum. Die Rekonstruktion der Rezeption ist schwierig, aber Voraussetzung für die Entwicklung einer Mediengeschichte zur Sozial- und Kulturgeschichte.

Drittens hatten die Historiker Schwierigkeiten mit der Einordnung der Medien in ihren jeweiligen Kontext. Für alle historischen Quellen gilt, daß sie zur Interpretation der Kenntnis ihrer Entstehung und ihres ganzen Umfeldes bedürfen. Für AV-Medien gilt diese Grundforderung in

gleichem oder sogar höherem Maße, weil die Montierung von Bildern und Tönen, anders als bei Textquellen, selten durch Nachweise der Bild- bzw. Tonzitate kenntlich gemacht wird und für den Laien nicht einfach erkennbar ist. Ein bekanntes Beispiel solcher Bild- und Tonmanipulation findet sich in dem Film zum Mauerbau (»Das Gesicht an der Grenze«, 1961), in dem eine Sequenz aus der Rede von Ernst Reuter aus dem Jahr 1948 anlässlich der Berlinblockade (»Völker der Welt, schaut auf diese Stadt.«) eingearbeitet ist. Auf solchen und ähnlichen Fällen beruht die Skepsis von Historikern selbst gegenüber Dokumentaraufnahmen.

Viertens erfordert die Arbeit mit AV-Medien als Quellen in Forschung und Lehre eine entsprechende Ausstattung. Technischer Aufwand bzw. nicht allorts vorhandene entsprechende Geräte, mangelhafte Kenntnisse über die Besonderheiten dieser Quellen sowie der höhere Zeitaufwand als bei der traditionellen Arbeit mit Texten tun ein übriges zur beobachteten Zurückhaltung der Historiker gegenüber der AV-Überlieferung.

AV-Medien als Quellen zur Erforschung der Gesellschaft

Der zögerliche Umgang der Historiker mit den audiovisuellen Materialien ändert nichts daran, daß AV-Medien die wichtigsten Quellen zur Erforschung der inneren Verfaßtheit einer Gesellschaft sind, sieht man der »Oral History« und ihren Bemühungen um den Zusammenhang von »Lebenserfahrung und kollektivem Gedächtnis«⁶ ab. Die benachbarten Sozialwissenschaften haben übrigens die zentrale Kategorie von »Öffentlichkeit« bzw. der Veränderungen, denen sie unterlag, viel eher wahrgenommen.⁷ Allerdings verblieben diese Überlegungen mehr auf einer eher allgemein - theoretischen Ebene, empirische Forschungen fehlten.

Der Rundfunk hat als Primärmedium bis zur Verbreitung des Fernsehens in der BRD in den 50er Jahren eine zentrale Funktion für Information und Unterhaltung. Historischen Quellenwert haben nicht nur die Tondokumente, die als »veröffentlichte Meinung« in Gestalt von Forumsveranstaltungen, Diskussionssendungen mit Publikumsbeteiligung, Vortrag mit Kommentar seitens der Radiostationen u.a. unmittelbare Rückschlüsse auf die jeweilige Öffentlichkeit bzw. Teilöffentlichkeit der Gesellschaft ermöglichen. Wichtige Tondokumente sind auch Übertragungen von Staatsakten, Trauerfeierlichkeiten (z.B. das Trauerzeremoniell für Konrad Adenauer im April 1967) u.a., weil die Selbstinszenierung der Gesellschaft in diesen Fällen das Selbstver-

ständnis der jeweiligen gesellschaftlichen Führung verrät. Wünsche und Sehnsüchte der vielen »kleinen Leute« sind dagegen eher erschließbar aus Unterhaltungssendungen mit Quiz, aus den Schlagern der jeweiligen Dekade usw. Die Korrelation zwischen den Auswanderungswünschen der jungen Generation in der unmittelbaren Nachkriegszeit und den Traumländern der populären Schlager dürfte ziemlich hoch sein. Ratesendungen lassen Rückschlüsse auf das jeweils für aktuell und abrufbar gehaltene Wissen einer breiten Öffentlichkeit zu. Blicke noch hinzuweisen auf die Sendungen für bestimmte Adressatengruppen (z.B. Frauen, Kinder, Jugendliche usw.), die Annahmen über die Rolle dieser Gruppen in der Gesellschaft enthalten. Für alle diese und weitere Fragestellungen gilt, daß man ihnen nicht mit jeweils einem Dokument und seiner Analyse gerecht werden kann; erst der Vergleich von mehreren und die Überprüfung mit anderen Quellenarten ermöglicht einigermaßen gesicherte Aussagen über Typisches oder Besonderes der herausgegriffenen Fälle. Das gilt zwar für alle historische Quellenarbeit, auch natürlich bei Texten, nur ist die Arbeit mit Medien (Ton und Bild) zeitaufwendiger und meist organisatorisch komplizierter.

Allerdings sind audiovisuelle Quellen auch für bestimmte Fragestellungen ergiebiger als andere. Das gilt besonders für Fragen nach kollektiven Mentalitäten in einer Gesellschaft, nach den verbreiteten »Bildern im Kopf«. Ich will im folgenden versuchen, den hier gemeinten Quellenwert an drei unterschiedlichen Dokumenten zu konkretisieren: einer Rundfunksendung, einer Dokumentarfilmsequenz und einer Spielfilmsequenz.

Fallbeispiele

Rundfunksendung

Mein erster Fall ist ein öffentliches Forum des Süddeutschen Rundfunks zum Thema »Justiz und öffentliche Meinung« vom 7. August 1949 anlässlich der Angriffe des Justizministeriums des Landes Württemberg-Hohenzollern auf die Berichterstattung von Gerhart Herrmann Mostar über den Grafeneckprozeß.

Einige Bemerkungen sind notwendig zum historischen Zusammenhang, der aus dem Tondokument nicht erschließbar ist. Schloß Grafeneck auf der Schwäbischen Alb bei Münsingen war eine der ersten und wichtigsten Tötungsanstalten im NS-Euthanasieverfahren, das im Sommer 1939 geplant wurde (obwohl es schon vorher Fälle gab) und dessen Grundlage Hitlers Erlass von Ende Oktober 1939 war. Offiziell wur-

de wegen öffentlicher Proteste (so vom Münsteraner Bischof Galen u.a.) die Euthanasie 1941 abgebrochen, sie ging aber tatsächlich weiter.⁸ Im sogenannten Grafeneckprozeß vor einem Tübinger Schwurgericht, einem von etwa 50 Euthanasieverfahren, waren acht Menschen angeklagt wegen der etwa 10 000 vergasten Kranken. Nach dreiwöchigem Verfahren wurden am 5. Juli 1949 die Urteile gesprochen: Wegen Beihilfe zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit wurden Obermedizinalrat Dr. Mauthe zu fünf Jahren, Dr. Steegmann zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, Frau Dr. Fauser wegen Einzeleuthanasie in drei Fällen zu eineinhalb Jahren Gefängnis. Die Untersuchungs- bzw. Internierungshaft wurde angerechnet. Die übrigen fünf Angeklagten (ein ehemaliger Landesjugendarzt, zwei Krankenpfleger, zwei Kriminalbeamte) wurden freigesprochen. Das milde Urteil entsprach der in der zweiten Phase nach 1947/48 weitgehenden Exkulpation der Euthanasietäter. Schuldaußschließungsgründe, die beim Nürnberger Ärzteprozeß und unmittelbar danach nicht akzeptiert worden waren, wurden seit 1947/48 angenommen (z.B. Befehlsnotstand, fehlendes subjektives Unrechtsbewußtsein u.a.).⁹ Die öffentliche Resonanz auf die Euthanasieprozesse war gering, die »Frankfurter Rundschau« konstatierte leere Bänke im Grafeneckprozeß. Presse und Rundfunk hatten nach der von der Militärregierung erzwungenen Berichterstattung über den Nürnberger Ärzteprozeß kein Interesse mehr an der Thematik. Weder der »Spiegel« noch die »Frankfurter Hefte« noch »Keesings Archiv der Gegenwart« brachten etwas zum Grafeneckprozeß. Nach der Dokumentation von Alexander Mitscherlich¹⁰ erschienen zu dem Tabuthema lange Zeit überhaupt keine Veröffentlichungen, auch nicht von Zeithistorikern.¹¹

Mostars Berichte zum Prozeß kurz vor der Urteilsverkündung, zunächst bei Radio Stuttgart bzw. im Süddeutschen Rundfunk und dann auch abgedruckt in der »Stuttgarter Zeitung«, sind also eine Besonderheit und untypisch für das, was damals die Öffentlichkeit beschäftigte. Entsprechend war die politische Reaktion. Im Landtag von Württemberg-Hohenzollern in Bebenhausen bei Tübingen ging eine Anfrage von CDU und FDP/DVP zu Mostars Prozeßberichten ein, die als Einflußnahme auf das Schwurgericht bezeichnet wurde. In der Landtagsdebatte dachte der Innenminister Viktor Renner (SPD) über die Gefahren der Pressefreiheit und ein Gesetz zu ihrer Einschränkung nach. Mostar stellte daraufhin, wie schon in seinen Prozeßberichten, die Frage, die das Problem von den Anstaltsmorden auf die Kontinuitäten der Justiz verschiebt:

»Ist es richtig, daß Staatsanwälte, die im Dritten Reich Strafanträge gegen Gegner dieses Dritten Rei-

ches stellten, heute als Ankläger gegen Männer aufstehen, die ebenso wehrlose oder noch wehrlosere Opfer des Terrors waren wie sie? Und wenn das richtig ist: was gedenkt das Parlament zu tun, um die Wiederholung solcher Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern?¹²

In einer Forumsveranstaltung des Rundfunks deren Mitschnitt erhalten ist,¹³ wurden die Vorwürfe diskutiert. Teilnehmer der »Justiz und öffentliche Meinung« überschriebenen Diskussion, die den Grafeneckprozeß selbst nicht betraf, waren: Generalstaatsanwalt Dr. Richard Schmid, Ministerialrat Dr. von Wächter, Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Schwamberger, Dr. Helmut Cron vom Journalistenverband Württemberg-Baden und Redakteur der Stuttgarter »Wirtschaftszeitung«, Kurt Wessel von der »Stuttgarter Zeitung«. Es gab mit Mostars Schlußwort sechs Diskussionsbeiträge von jeweils etwa zehn Minuten Dauer. Unter den Beiträgen aus dem Publikum fand - nach Dauer und Lautstärke - den meisten Beifall ein Herr Fink, der sich als Stimme des »kleinen Mannes« bezeichnete und den Gesichtspunkt des Opferstatus, der auch bei Mostar selbst angesprochen wird, thematisierte: die »kleinen Leute« waren alle Opfer.

Ich greife die kontroversen Beiträge des Ministerialrats Dr. von Wächter und des Rechtsanwalts Dr. Schwamberger heraus. Von Wächter als Vertreter der Richter stellte die eher rhetorische Frage, ob die Justiz nach der öffentlichen Meinung urteilen solle, die es als einheitliche gar nicht gebe. Als abschreckendes Beispiel eines solchen Versuchs führte er die Abrechnung in Frankreich mit den Kollaborateuren an, über die die französische Öffentlichkeit inzwischen ganz anders denke, weil die Zusammenarbeit mit den Deutschen nämlich Blutvergießen in Frankreich verhindern sollte. Über die tatsächlichen Vorgänge in Frankreich weiß man heute mehr, als von Wächter damals wissen konnte, aber darum geht es auch nicht. Vielmehr ging es von Wächter für die Kontinuitäten in der Justiz um deren Rechtfertigung und um einen »harmonischen Dreiklang zwischen Recht, Richter und öffentlicher Meinung« mit Hilfe einer entsprechenden Vereinbarung.

Eine der Gegenpositionen vertrat Rechtsanwalt Dr. Schwamberger. Seine Argumentation wurde häufig von starkem Beifall unterbrochen. Er machte deutlich, daß es sich bei dem Streit über die Grenzen des Rechts zu freier Meinungsäußerung um keinen Einzelfall im Nachkriegsdeutschland handele. Vielmehr lägen die strukturellen Ursachen in der fehlenden funktionsfähigen Opposition und der notwendigen Aufklärungsfunktion der Medien. Die mehrfache Berufung in den Podiumsbeiträgen auf englische Institutionen, um die man die Engländer nur be-

neiden könne, helfe nicht weiter, weil die Rahmenbedingungen wegen der in Deutschland fehlenden starken Opposition nicht vergleichbar seien.

Es gibt mehrere Ebenen der Interpretation, die ich kurz benennen will:

1. Der Stellenwert der inhaltlichen Aussage: Die Thematisierung der öffentlichen Meinung und die Ängste vor der unkontrollierten und verantwortungslosen Presse und dem Rundfunk auf seiten der Etablierten sind ein zentrales Thema in der Bundesrepublik auch noch in den 50er Jahren, und zwar durchaus für eine breitere Öffentlichkeit. Die beim Publikum erfolgreichen Pressefilme (z. B. »Der Mann, der sich verkaufte«, 1959) hatten in den 50er Jahren genau den Tenor des verantwortungslosen Journalismus aus Ehrgeiz und Eitelkeit, der Existenzen zerstört. Die Unsicherheit in der verordneten Demokratie wird deutlich in den wiederholten Bemühungen, sich auf englische Verhältnisse zu berufen, und das von den unterschiedlichsten Positionen aus.

2. Die sprachliche Ebene: Wortwahl und Sprachduktus, konventionelle Rede und Verwendung von Ironie charakterisieren die Sprecher und ermöglichen ihre Zuordnung zu unterschiedlichen Konventionen. Der »Blutkreislauf zwischen Justiz und Volk«, der »verantwortungslose« Journalismus, von dem der Generalstaatsanwalt spricht, die Einschränkung der Kritik auf die Sachkompetenz des Kenners bei von Wächter sind leicht einzuordnen. Konkretheit und Sarkasmus bei Anwalt Dr. Schwamberger und dem Journalisten Wessel zeigen die Distanz und den ohnmächtigen Zorn der nächsten Generation gegenüber den alten und neuen Etablierten. Die Stimme des »kleinen Mannes« Fink aus dem Publikum benennt einen der häufigsten Schuldausschließungsgründe der Zeit, den Befehlsnotstand, in der Terminologie des autoritären Staates seit der Kaiserzeit geläufig: bestraft werden dürfe nicht der »kleine Mann«, der »an einen Platz gestellt war«. Der Sprache des Militärs entspricht die Vorstellung des Gehorsams.

3. Ambivalenzen der Kritik: Für die frühe Nachkriegsgeschichte hat sich Mitscherlichs »Unfähigkeit zu trauern« und die Annahme der Verdrängung bei den Nachkriegsdeutschen weitgehend etabliert. Aus den Positionen des Forums wird deutlich, daß die kritischen Vorbehalte gegenüber den Kontinuitäten in der Justiz zusammen gehen mit einer Exkulpation, Entlastung von NS-Tätern und der Bereitschaft, viele als Mittläufer und letztlich Opfer zu behandeln. Die bemerkenswerten kritischen Positionen stützen die Tendenzen zur verbreiteten Selbststilisierung als Opfer. Der anhaltende Beifall für den »kleinen Mann« Fink ist nicht zufällig. Zusam-

menfassend läßt sich zum Quellenwert dieser gut einstündigen Sendung sagen: Auch wenn die Texte gedruckt vorlägen, was meines Wissens nur in knappen Inhaltsangaben und Auszügen - ohne die Publikumsbeiträge - in der »Stuttgarter Zeitung« der Fall war, sind hier stimmlicher Ausdruck, hörbare Unsicherheit oder Selbstsicherheit, Publikumsbeifall und -ablehnung so aussagekräftig, daß der Ton keinesfalls im Sinn von Moltmann/Reimers »auf das Milieu« zurückgeführt werden kann. Wenn hier der Milieubegriff verwendet wird, wäre er im Sinn Bourdieus zu fassen, damit soziale Zuordnungen der Sprecher und eine Differenzierung und Veränderung bisher vorliegender Interpretationen möglich werden.¹⁴

Dokumentarfilmsequenz

Mein zweites Beispiel ist ein Ausschnitt aus einem Dokumentarfilm über Flüchtlinge. Die britische Militärregierung hatte 1947 einen Flüchtlingsfilm in Auftrag gegeben, den Rudolf W. Kipp bis zum Jahreswechsel 1948/49 im wesentlichen fertigstellte. Die Aufnahmen entstanden in der zweiten Jahreshälfte 1948. Der Film unter dem Titel »Report on the Refugee Situation Jan. 1949« wurde von der britischen Endzensur abgenommen und mit einem englischen Vorspanntext versehen. Im Laufe des Jahres 1949 erhielt der Film den zusätzlichen deutschen Titel »Asylrecht« und wurde 1949 offiziellen Vertretern in Deutschland gezeigt, fand aber kein Interesse beim breiteren Publikum. Der Film sollte aus britischer Sicht auch außerhalb Deutschlands, vor allem in Großbritannien, Verständnis für die außerordentlichen Probleme bei der Flüchtlingsaufnahme schaffen.

Zum Entstehungszusammenhang des Films und zu den beiden späteren Fassungen des Bildmaterials (»Flüchtlingsnot an der Zonengrenze 1948«, 9 Min., stumm, 1959; »Flüchtlingsnot an der Zonengrenze 1948«, 21 Min., mit sparsamem deutschen Kommentar, 1960) hat Peter Stettner eine ausführliche Untersuchung vorgelegt.¹⁵ Aus dem Vergleich der Filmfassungen von unterschiedlicher Länge zeigt er, daß auch Dokumentarfilme Produkte ihrer Zeit sind und wie der Kalte Krieg in Auslassungen und Schnitten in der Fassung von 1959 deutlich wird. Die hier benutzte Fassung ist eine leicht gekürzte Fernsehfassung aus der Reihe »Vor vierzig Jahren«. Gegenüber der ursprünglichen Fassung von 1949 fällt auf, daß der englische Vorspanntext fehlt, der die massenhaften Bevölkerungsbewegungen als Folgen der deutschen Bevölkerungspolitik im Krieg einordnet:

»But before the war the Germans would not now be faced with the problem of refugees from their eastern

territories. During the war the Germans employed the technique of creating immense mass movements of populations without regard to human considerations. These mass movements of populations unfortunately continue today as a tragic aftermath of the war and this film shows us what this actually means to individual men and women.«¹⁶

Nach diesem Vorspann ist klar, daß der Film die Opferstilisierung der Flüchtlinge nicht vollzog, die erst ein Produkt der 50er Jahre Westdeutschlands war. Vielmehr fällt die ruhige und sensible Kameraführung auf, ebenso wie der unpathetische sparsame Kommentar. Gezeigt werden Flüchtlinge, die bei Nacht und am Tage in die britische Zone zu kommen versuchen: Man sieht Notunterkünfte und Auffanglager, die Tätigkeit der Flüchtlingsverwaltung, die Weiterleitung von Flüchtlingen oder auch ihre Rückverweisung in die sowjetische Besatzungszone: Der Film zeigt auch, wie sich britische und sowjetische Grenzsoldaten über die Aufnahme oder Rückverweisung von Flüchtlingen einigen.

Auffallend ist, daß trotz Kaltem Krieg und Berlinblockade die sowjetisch-englische Zusammenarbeit als »normal« dargestellt wird. Dies ist vermutlich aus dem auch offiziellen Charakter des Films zu erklären, in dem weder vor deutschem noch ausländischem Publikum Gegensätze zwischen den Alliierten thematisiert wurden. Der Film hat hinsichtlich der damaligen Probleme der Flüchtlingsverwaltung einen hohen Quellenwert, auch wenn natürlich zu berücksichtigen ist, daß es keine Abbildung von Realität gibt, sondern nur Auswahl und Interpretation mittels der Kamera. Besonders aufschlußreich ist der Film für die britische Sicht und Einordnung des deutschen Flüchtlingsproblems.

Spielfilmsequenz

Mein letztes Beispiel ist ein Ausschnitt aus dem Spielfilm »Grün ist die Heide«, in dem es ebenfalls um Flüchtlinge geht, aber auf ganz andere Weise. Auch in den Lizenzfilmen der unmittelbaren Nachkriegszeit tauchen Flüchtlinge und der Verlust von Heimat auf, aber nicht als beherrschendes Thema, sondern als ein Aspekt der in Bewegung befindlichen Nachkriegsgesellschaft. Aus den in diesem Kontext noch differenzierenden Geschichten von Alten und Jungen, Städtern und Landbevölkerung, Wohlhabenden und ganz Verarmten wird im Heimatfilm der 50er Jahre ein ausgeformter Stereotyp. Der Heimatfilm war mit 24 Prozent der westdeutschen Gesamtproduktion zwischen 1949 und 1964 das erfolgreichste Genre (Kriegsfilme hatten einen Anteil von 7 Prozent).¹⁷ Was waren die Gründe für diese Attraktivität?

Der langjährige Dramaturg des »Gloria - Verleihs«, der die Heimatfilmwelle aus ökonomi-

schen Gründen forcierte, sah die Publikums-wünsche im Nachhinein so:

- »- Keine Trümmer mehr, keine zerbombten Städte, sondern eine heile Welt.
- Irgendetwas Gutes, an das man wieder glauben kann.
- Werte, die man nicht für Geld oder durch Beziehungen sich beschaffen kann. Also: Liebe, Treue, Güte.
- Solche Gefühle zeigen und genießen, die in den vergangenen Jahren, in denen nur Haltung, Mut und Verzicht gefragt waren, nicht zur Schau gestellt werden durften: Sentimentalität, Schwäche, Albernheit zum Beispiel.«¹⁸

Die letztgenannte Vorstellung stimmt zwar nicht im Hinblick auf den Unterhaltungsfilm des Nationalsozialismus, aber die Publikums-wünsche der Mehrheit in Westdeutschland - Minderheiten können sich im Massenmedium Film seltener artikulieren - sind vermutlich richtig erkannt. Der Drehbuchautor Bobby E. Lühge erinnert sich:

»Das war schon mal 1932 ein großer Erfolg. Damals hatten wir »Grün ist die Heide« im Atelier gedreht. Der Wald war künstlich, man sah es auch. Diesmal wollten wir es richtig machen (...) Früher war alles so langgezogen. Jetzt muß mehr drin sein. Ich kam auf den Gedanken einen Zirkus einzubauen. Ich setzte Flüchtlinge ein. Zum Beispiel eine Frau, die als einziges Hab und Gut nur noch ein Pferd besitzt und damit zum Zirkus geht. Die Flüchtlings-sache war mit Grund ein Riesenerfolg. Ich brachte dann noch, weil ich Schlesier bin, das Lied vom Riesengebirge mit hinein. Und von hundert Menschen im Kino haben neunzig geheult (...) Jeden sprach das an, denn so viele waren ja Flüchtlinge und konnten das da oben mitempfinden.«¹⁹

Die Intention ist damit klar. Das Publikum sollte auf seiner Erfahrungsebene angesprochen werden. Die Geschichte selbst ist schnell erzählt. War im Film von 1932 der Gutsbesitzer überschuldet und wurde besitzlos zum Wilderer, so hat nun der schlesische Gutsbesitzer Lüder Lüdersen seinen Besitz, vor allem seine Jagd, verloren und ist mit Tochter Helga zum Gutsherrn und Vetter Gottfried Lüdersen in dessen Wasserschloß in der Heide gekommen. Lüder Lüdersen kann den Verlust seines Waldes nicht ertragen und wird zum Wilderer. Der alte Förster hat Unterstützung durch einen jüngeren bekommen, der den Wilderer aufspüren will. Er verliebt sich in Tochter Helga. Die bewegt ihren Vater, aus Angst vor der Entdeckung der Wilderei - entgegen ihren eigenen Wünschen - mit ihr in die Stadt zu ziehen. Nach diesem gefaßten Beschluß gerät der Vater sogar unter Mordverdacht und wird selbst schwer verwundet, weil ein fremder Wilderer aus dem durchreisenden Zirkus aus Angst vor Entdeckung schießt. Die Verwicklungen lösen sich glücklich auf: der wirklich böse Fremde wird bestraft, der irregeleitete

Lüdersen und die anderen Guten einschließlich der in schlesischer Tracht auftretenden Flüchtlinge bleiben unter sich.

Das Grundmuster der Flüchtlingsintegration bleibt in den nachfolgenden Heimatfilmen immer gleich. Verarmte, ehemals Angehörige sozialer Oberschichten, kommen in eine ländliche Gemeinschaft in der Heide, den Bergen oder im Schwarzwald. Eine kriminelle Verwicklung, mindestens ein Verdacht und eine oder mehrere Liebesgeschichten bilden die Handlung. Die Konfliktlösung besteht im Happy-End der Liebesgeschichte(n) und in der Aufklärung der kriminellen Verwicklung, bei der der Täter außerhalb der intakten Gemeinschaft bleibt. Die Integration der Flüchtlinge vollzieht sich über die Kindergeneration, über die Flüchtlingstöchter, die z. B. nach Bewährung in der Landwirtschaft und nach Familienkonflikten den Hoferben heiraten oder - wie hier - den wohl-situierten jungen Förster. Flüchtlingssöhne passen nicht in dieses Modell, sie wurden auch in der Realität keine Hoferben. Nach diesem Muster inszenierte Hans Deppe bis zum Ende der Heimatfilmwelle 14, sein österreichisches Gegenstück Harald Reinl elf Filme.

Die Hauptfigur der Geschichte, der ehemalige schlesische Gutsbesitzer, ist schwach, als Vater und im Umgang mit seiner Verlust-erfahrung. Auf die realistischen Einwände der Tochter, daß es ihnen doch gut gehe und Onkel und Tante alles für sie täten, bricht es aus dem Vater hervor:

»Natürlich tun sie, was sie können. Warum darf man kein Mensch mehr sein, nur weil man alles verloren hat? Nur wenn ich draußen bin im Wald, in der Natur, dann vergesse ich wenigstens alles Elend. Dann habe ich das Gefühl, es ist mein Wald, es sind meine Tiere. Es ist nicht nur das Jagdfieber, glaube mir, Helga, aber - ach, das verstehst du nicht.«

Eine einigermaßen befremdliche Äußerung angesichts der ziemlich günstigen Lebenslage nicht nur im Vergleich zu anderen, hier nicht gezeigten Flüchtlingen.

Die Schlüsselsequenz von »Grün ist die Heide«, etwa vier Minuten Darstellung des Schützenfestes gegen Filmende, legt eine bestimmte Interpretation nahe. Lüdersen und Tochter haben den Beschluß gefaßt, die Heide zu verlassen und in die Stadt zu gehen. Wir sehen Lüdersen mit den Dorfhonoratioren, Tochter Helga, die sich von dem jungen Förster verabschieden will, Lüdersens Dankes- und Abschiedsrede und die schlesischen Flüchtlinge in Tracht, die dem Lied vom Riesengebirge lauschen und es schließlich mitsingen.

Lüdersen ist - stellvertretend für andere Flüchtlinge - nur leidendes Opfer, der klagende Sprachduktus und die unterlegte Musik lassen daran keinen Zweifel. Wenn er sich etwas hat

zuschulden kommen lassen, so daß er und die anderen nicht immer so waren, »wie wir hätten sein sollen« - eine vage Umschreibung der schwierigen Anpassungsleistung. Daß es Gründe für den Heimatverlust gab, bleibt im Dunkeln, ebenso wie die Macht im Osten, die im Kalten Krieg bei schlesischen oder anderen Flüchtlingssymbolen assoziiert wird. Die Geschichtslosigkeit, die die Gründe für Flucht und Verlust ausläßt, entspricht dem Heimatfilm. Denn die ländliche Idylle ist, weil sie heil, ohne menschliche Eingriffe in die Natur gezeigt wird, der Zeit enthoben. Der Wald vermittelt das Gefühl der Einheit mit sich selbst, wirkt entlastend. Lüdersens Dankrede vermittelt den Einheimischen, selbstlose Hilfe geleistet zu haben, und damit die Möglichkeit, sich mit den Opfern zu identifizieren, deren Opferbewußtsein zu teilen.

Die offensichtliche Diskrepanz zwischen der demonstrativen Hilfsbereitschaft im Film und den tatsächlichen Konflikten zwischen Einheimischen und Flüchtlingen heißt nicht, daß es gar keinen Zusammenhang zwischen beiden Ebenen gegeben hätte. Der bestand vielmehr in der psychisch stabilisierenden Funktion des Erfolgsfilms für die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre. Die reinliche Trennung zwischen Opfern, denen man sich zurechnete, und nicht näher untersuchten Tätern war entlastend und behinderte die Beschäftigung mit den wirklichen Opfern, auch den realen Flüchtlingen, und die Einsicht in den Zusammenhang Täter - Opfer. Es ist deshalb nicht zufällig, daß der Heidefilm außer dem nicht eben repräsentativen Gutsbesitzer, seiner Tochter und deren Freundin die anderen Schlesier nur als Staffage zeigt.

Für die drei ganz unterschiedlichen Beispiele gilt, daß sie ohne Kenntnis des Kontextes, der Entstehung und der Rezeption nichts aussagen und zu grotesken Fehlinterpretationen führen können, was aber für jede historische Quelleninterpretation gilt. Aber bei entsprechender Einarbeitung sind AV-Medien in ihrem Quellenwert für kollektive Mentalitäten kaum zu übertreffen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Funktion der verschiedenen Medien sich seit den 50er Jahren verändert hat und daß außerdem unsere Wahrnehmung über unsere Sinne historischen Veränderungen unterliegt. Damit wird der Versuch, den Umgang der jeweiligen Rezipienten mit ihren Medien einigermaßen zu rekonstruieren, leider nicht leichter.

Anmerkungen

- * Vortrag, gehalten auf der Fachgruppensitzung Archive und Dokumentation anlässlich der Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte in Potsdam am 18. September 1997.
- 1 Einen nützlichen Forschungsbericht im Sinn meines Versuchs einer Einordnung gibt Lutz Niethammer: *Stufen der historischen Selbsterfahrung der Bundesrepublik Deutschland. Ein Forschungssessay.* In: *Fernstudium Geschichte: Nachkriegsjahre und Bundesrepublik Deutschland.* Studienbrief des Deutschen Instituts für Fernstudien (DIFF), Tübingen 1986; Anselm Döring-Manteuffel: *Deutsche Zeitgeschichte nach 1945. Entwicklung und Problemlagen der historischen Forschung zur Nachkriegszeit.* In: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* Jg. 41 (1993), H. 1, S. 1-29.
- 2 Zur Mediengeschichte vgl. Axel Schildt: *Zur Historisierung der massenmedialen Revolution. Neue Literatur über Massenkommunikation, Film und Fernsehen.* In: *Archiv für Sozialgeschichte*, Jg. 38 (1996), S. 443-458. Im Juni 1997 fand in der Werner-Reimers-Stiftung unter Leitung von Adelheid von Saldern und Inge Marßolek, finanziert von der Stiftung Volkswagenwerk, eine Konferenz statt zum Thema »Massenmedien im Kontext von Herrschaft, Alltag und Gesellschaft. Eine Herausforderung an die Geschichtsschreibung?« Grundlage war ein von der VW-Stiftung geförderdes Projekt zum Rundfunk in der NS-Zeit und in der DDR, vgl. Inge Marßolek / Adelheid von Saldern (Hrsg.): *Radio im Nationalsozialismus. Zwischen Lenkung und Ablenkung. Zuhören und Gehörtwerden.* Bd. 1. Tübingen 1998 sowie Adelheid von Saldern / Inge Marßolek: *Radio in der DDR der fünfziger Jahre. Zwischen Lenkung und Ablenkung. Zuhören und Gehörtwerden.* Bd. 2. Tübingen 1998. Zu unterschiedlichen Bildern als Quellen siehe u.a.: Irmgard Wilharm (Hrsg.): *Geschichte in Bildern. Von der Miniatur bis zum Film als historische Quelle.* Pfaffenweiler 1995.
- 3 Günther Moltmann / Karl Friedrich Reimers (Hrsg.): *Zeitgeschichte im Film- und Tondokument.* Göttingen/Zürich/Frankfurt 1970, S. 17-23, hier: S. 20.
- 4 Lutz Niethammer: *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der »Oral History«.* Frankfurt am Main 1984.
- 5 Umberto Eco: *Apokalyptiker und Integrierte. Zur kritischen Kritik der Massenkultur.* Frankfurt am Main 1994.
- 6 Vgl. Niethammer: *Lebenserfahrung* (wie Anm. 4).
- 7 Jürgen Habermas: *Strukturwandel der Öffentlichkeit.* Neuwied 1962; Oskar Negt / Alexander Kluge: *Öffentlichkeit und Erfahrung.* Frankfurt am Main 1972; Alexander und Margarete Mitscherlich: *Die Unfähigkeit zu trauern.* München 1968.
- 8 Einen Überblick zu den Euthanasieverfahren bei Ernst Klee: *»Euthanasie« im NS-Staat.* Die

- »Vernichtung lebensunwerten Lebens«. Frankfurt am Main 1983; ders. (Hrsg.): Dokumente zur »Euthanasie«. Frankfurt 1985; Fridolf Kudlen: Ärzte im Nationalsozialismus. Köln 1985.
- ⁹ Susanne Benzler: Justiz und Anstaltsmord nach 1945. In: Kritische Justiz Jg. 21 (1988), H. 2, S. 137-158.
- ¹⁰ Alexander Mitscherlich: Medizin ohne Menschlichkeit. Frankfurt am Main 1949.
- ¹¹ Vgl. Medizin im Nationalsozialismus. München 1988.
- ¹² Stuttgarter Zeitung, 3.8.1949.
- ¹³ SDR-Hörfunkarchiv 60/12202.
- ¹⁴ Pierre Bourdieu: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main 1982.
- ¹⁵ Peter Stettner: Flüchtlingsbilder im Dokumentarfilm: Geschichte und Geschichten 1948-1980. In: Wilharm (wie Anm. 2), S. 129-155.
- ¹⁶ Ebd., S. 143.
- ¹⁷ Zahlen nach Martin Osterland: Gesellschaftsbilder in Filmen. Eine soziologische Untersuchung des Filmangebots der Jahre 1949-1964. Stuttgart 1970. Vgl. auch Willi Höfig: Der deutsche Heimatfilm 1947-1960. Stuttgart 1973, und: Projektgruppe deutscher Heimatfilm (Leitung Wolfgang Kaschuba): Der deutsche Heimatfilm. Bildwelten und Weltbilder. Tübingen 1989.
- ¹⁸ Manfred Barthel: So war es wirklich. Der deutsche Nachkriegsfilm. Berlin 1986, S. 89.
- ¹⁹ Otto Riess: Ilse Kubaschewski - Star der Stars. In: Revue Nr. 40, 4.10.58, S. 60ff., hier: S. 60f.

Haben Sie Auslandssender gehört?

Eine amerikanische Hörerbefragung am Ende des Zweiten Weltkriegs

1945 kamen die Amerikaner als Besatzungsmacht nicht nur mit Kanonen, Granaten und Fliegerbomben in das besiegte Deutschland, sondern auch mit der festen Absicht, die mehr als zwölf Jahre lang durch die nationalsozialistische Propaganda irreführende Bevölkerung im demokratischen Sinne umzuerziehen. Und dafür glaubten sie Basismaterial zu benötigen, das durch Befragungen zu gewinnen sei. In diesem Zusammenhang interessierte sie aber nicht allein der Gemütszustand der besiegten Deutschen nach der Kapitulation der Wehrmacht, sondern auch deren Verhaltensweisen während der zurückliegenden Jahre in der nationalsozialistischen Diktatur.

Vor diesem Hintergrund entstanden - was bisher unbekannt geblieben ist - Befragungen über die Nutzung ausländischer Sender vor und während des Zweiten Weltkriegs. Er sollte dabei ermittelt werden, ob sich vor allem die amerikanischen Rundfunksendungen in Richtung Drittes Reich finanziell gerechnet hatten oder nicht. So führten die Amerikaner bereits Ende April/Anfang Mai 1945 in drei nordhessischen Mittelstädten eine Befragung durch, die durchaus repräsentativen Charakter beanspruchen kann. Verantwortlich für die Auswertung der Befragung waren Max Ralis und F. W. Williams¹, deren Bericht „Listening to Allied Radio Broadcasts by German Civilians under the Nazis“ auf den 5. Juni 1945 datiert ist.² Und Max Ralis veröffentlichte die Befragungsergebnisse acht Jahre danach fast wortgleich in seiner Kölner und von dem renommierten Soziologen René König 1953 angenommenen Dissertation »Über einige Erfahrungen aus der Praxis der Sozialforschung. Kommunikationsverhalten«, die bisher in der rundfunkhistorischen Forschung nicht rezipierte Ergebnisse der Hörerforschung enthält.

Um auf die erstaunlichen Ergebnisse der Erhebungen aufmerksam zu machen, die bisher liebgeordnete Klischees über die Effektivität des Verbots vom 1. September 1939, ausländische Sender abzuhören, relativieren, werden nachfolgend Auszüge aus der Dissertation publiziert. Auch auf die Gefahr hin, daß die Antworten nur ungenau das tatsächliche Verhalten dokumentieren und eher das widerspiegeln, was die Fragenden nach Meinung der Befragten gerne hören wollten, werden die Passagen abgedruckt.

Der Autor der Dissertation weist im übrigen eine interessante Vita auf: 1916 in Moskau als Sohn eines führenden menschwissenschaftlichen Politikers geboren, ging er mit seinen Eltern 1923 auf der Flucht vor den Bolschewisten nach Deutsch-

land und verbrachte seine Kindheit und Jugend in Berlin. Nach Hitlers Machtantritt siedelte er 1933 nach Paris über, war für Zeitungen tätig und schrieb sich als Gasthörer für Psychologie an der Sorbonne ein, bevor er von 1937 bis 1940 in der französischen Armee seinen Militärdienst absolvierte. Von 1940 bis 1943 hielt er sich in New York auf, arbeitete in der Rundfunkforschung und besuchte an der Columbia University als Gasthörer Vorlesungen in Sozialstatistik und Kommunikationswissenschaft. Während seines 1943 beginnenden Militärdienstes in der US-Army war er mit sozialwissenschaftlichen Aufgaben betraut und arbeitete von 1947 bis 1949 als Berater für Meinungsforschung bei der amerikanischen Militärregierung in Deutschland und kehrte danach zeitweise in die Vereinigten Staaten zurück, wo er in New York als Universitätsassistent arbeitete. Von der Rockefeller-Stiftung mit einem Forschungsauftrag ausgestattet, kam er nach Europa zurück, und pendelte zwischen Köln, Paris und München, um Studium, wissenschaftliche Forschungsaufträge und anderen Broterwerb, u.a. vorübergehend im Exportgeschäft, in Einklang zu bringen. Am 27. Juli 1953 fand die mündliche Prüfung seiner Promotion statt. Danach ist seine Spur leider nicht mehr so präzise zu verfolgen. In den Hochzeiten des Kalten Krieges war er Chef der Abteilung Hörerbefragung bei Radio Liberty in München und damit für die Sowjetunion zuständig. Nach Informationen des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit soll er sich auch als Oberst des CIA mit Spezialprojekten für die Sowjetunion befaßt haben und damit auch für den illegalen Vertrieb von Literatur dorthin verantwortlich gewesen sein.³

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

- 1 Max Ralis: Über einige Erfahrungen aus der Praxis der Sozialforschung »Kommunikationsverhalten«. Diss. Rer. pol. Köln 1953, S. 13. Carola Tischler, Berlin, hat mich auf diese Dissertation aufmerksam gemacht.
- 2 Vgl. National Archives and Records Administration Record Group 226, Entry 16, Box 1536. Petra Galle, Berlin, hat den Bericht in den National Archives entdeckt.
- 3 Die Angaben stützen sich im wesentlichen auf den Lebenslauf in der Dissertation, außerdem auf Klaus Eichner/Andreas Dobbert: Headquarters Germany. Die USA-Geheimdienste in Deutschland. Berlin 1997, S. 162. Weitere Angaben verdanke ich Harold Hurwitz, Berlin, und Bernd Stöver, Potsdam.

Dokument

A. Erhebung über Anhören Alliiertes Rundfunksendungen von deutschen Zivilisten während der Naziherrschaft

1. Einleitung

Noch im April 1945 stellten sich verantwortliche alliierte Persönlichkeiten folgende Fragen: Wir haben große Anstrengungen gemacht, um die öffentliche Meinung in Deutschland zu beeinflussen. Viele Millionen Dollars sind in die Rundfunkprogramme für die deutsche Bevölkerung hineingesteckt worden. Ist es nun für einen bescheidenen Teil der deutschen Einwohnerschaft unter dem Gestaporegime überhaupt möglich gewesen, unsere Stimmen zu hören? Welche Wirkungen hatten unsere Sendungen: Wie reagierten die verschiedenen Schichten der Bevölkerung darauf, machten sich unsere Sendungen bezahlt? Wie müssen sie evtl. verbessert werden, um den Nutzeffekt zu erhöhen?

Die Anregungen zu diesen Fragen kamen zum Teil von einem Stab Sozialforschern, von denen sich zwei dann Mitte April 1945 in die besetzten Gebiete links der Elbe begaben, um an Ort und Stelle über die Methoden zur Durchführung der Untersuchung zu entscheiden. Es war noch Krieg, und schnelles Handeln notwendig, um auf systematischer Grundlage eine sinnvolle Antwort auf die obigen Fragen zu erzielen.

Die Technik der unpersönlichen Verteilung von Fragebogen an mittlere und größere Gruppen (ca. 50 bis 300 Personen) hatte sich schon in den vorhergehenden Jahren experimentell als ergiebig erwiesen. Das Verfahren besteht darin, eine Gruppe von Personen, die sich wahrscheinlich gegenseitig nicht kennen, zur gleichen Zeit in einem Raum zusammenzubringen und zu veranlassen, schriftlich an sie ausgeteilte Fragebogen zu beantworten. Sozialpsychologisch gesehen war es jedoch bis dahin noch nicht bekannt, welche Faktoren und in welchem Ausmaß die gleichzeitige Verwendung von schriftlichen auszufüllenden Fragebogen an größere Gruppen von Personen erleichtern.

Im gegebenen Fall handelte es sich um Versuchspersonen, die unter dem Schock des unvermutet verlorenen Krieges - im Gegensatz zu den optimistischen Versprechungen der Naziführer - und unter dem Eindruck des politischen Aufhörens der Bombardierung standen und allgemein unter einem Gefühl der Unsicherheit litten, das auf die Störung der öffentlichen Ordnung durch die Besetzung zurückzuführen war. Es wurde nun unter Berücksichtigung dieser Situation und auf Grund theoretischer Überlegungen auf eine verhältnismäßig geringe Bereitschaft dieser Personen geschlossen, auf spontane Weise bestimmte Fragen zu beantworten. Die methodologischen Voraussetzungen der Untersuchung enthielten also ein Risiko, das im Kauf zu nehmen war. Es war nämlich keineswegs ausgeschlossen worden, daß die verwendete Art des Verfahrens mit einem Mißerfolg enden konnte. Sorgfältig unternommene Vortests ermöglichten jedoch die Ausarbeitung eines ange-

messenen Fragebogens und deuteten gewisse Möglichkeiten an, trotzdem eine Mitarbeit seitens der Versuchsperson zu erreichen.

Samplemäßig betrachtet schien die in den ausgewählten Ortschaften angetroffene Lage verheerend, da keine statistischen Unterlagen über die Zusammensetzung der Bevölkerung vorlagen. Teile der Einwohnerschaften waren geflüchtet und Flüchtlinge aus anderen Teilen des Landes waren zugeströmt; die Polizeimeldekarteen waren darum unbrauchbar. Ferner waren viele als kriegsfähig angesehen Männer in den Volkssturm eingezogen worden. Die Aufgabe bestand also darin, unter den gegebenen Bedingungen ein einigermaßen adäquates Sample herzustellen.

Es mußten neue Wege beschritten werden. Die Möglichkeiten, die der Militärregierung während dieser letzten Wochen des Kriegs zur Verfügung standen, wurden zu diesem Zwecke ausgenutzt, indem eine Proklamation an allen öffentlichen Aushängeflächen angeschlagen und gleichzeitig von durch die Stadt fahrenden Lautsprecherwagen angekündigt wurde; in ihr wurden alle Deutschen einer bestimmten Altersgruppe und deren Familienname mit dem Buchstaben »B« begann, aufgefordert, sich an einem gegebenen Ort und zu einer bestimmten Zeit für einige Stunden einzufinden. Unter der Annahme, daß sich wirklich ungefähr alle durch die Proklamation angesprochenen Personen meldeten, wäre ein wirklicher Querschnitt der Einwohnerschaft erfaßt worden und zwar proportional zu ihrer Verteilung nach den verschiedensten Gruppen: Männer wie Frauen, Arme und Reiche, Junge und Alte, vom Stadtrand und von Stadtmitte, von allen vorherrschenden Berufen, sowie Hausfrauen, Rentner und Studenten, Einheimische und Zugezogene, usw. Auf diese Weise wäre also ein Wahrscheinlichkeitssample erzielt worden, das statistisch voll repräsentativ sein konnte. Es war klar, daß am Ende des Krieges und in den ersten Wochen der militärischen Besetzung die Bevölkerung in den betreffenden Ortschaften nicht - wie zu Friedenszeiten - vollzählig vorzufinden sein würde. Es wurde auch kein Versuch unternommen, die Ergebnisse aus den drei untersuchten Städten auf andere Gebiete zu erstrecken, denn das kleine Forschungsteam war sich der durch Zeit und Umstände begrenzten Möglichkeiten durchaus bewußt.

Immerhin scheint der folgende Bericht unter drei Gesichtspunkten von Interesse zu sein. Einmal handelte es sich um den ersten Versuch einer wissenschaftlichen Arbeit dieser Art in Deutschland - obgleich man diesen Versuch gewissermaßen als Schnellforschung bezeichnen könnte. Dann hieß es, experimentell den Beweis zu führen, daß eine systematische Arbeit dieser Art selbst unter kritischen Verhältnissen wie Krieg, militärische Besetzung, Polizeistunde usw. durchgeführt werden könnte. Schließlich war auch das Thema der Untersuchung von großem Interesse. So wurde unter höchst ungewöhnlichen Bedingungen die Probe unternommen, Fragen über das Durchdringen fremder Rundfunksendungen und ihre Wirkung auf verschieden Bevölkerungsgruppen zu beantworten.

2. Die Untersuchung

Die vorliegende Arbeit beschreibt den ersten direkten Versuch in Deutschland, an Hand eines konkreten Beispiels des Abhörens alliierter Rundfunksendungen, die deutsche Einstellung zu diesen Sendungen und die erreichte Wirkung quantitativ zu messen.

Die Methode

Zu diesem Zweck wurde ein Fragebogen einer Reihe von Deutschen vorgelegt, die so ausgewählt worden waren, daß sie eine repräsentative Auswahl der drei Städte innerhalb einer festgesetzten Altersgrenze, auf die sich die Untersuchung beschränkte, darstellen. Die Versuchspersonen wurden mit Hilfe einer Proklamation der Militärregierungsbehörde gefunden, die an alle deutschen Zivilisten der Stadt im Alter von 18 bis 55 Jahren, deren Familienname mit einem bestimmten Buchstaben begann, die Aufforderung richtete, zu einer bestimmten Stunde in einem Gebäude des Ortes zu erscheinen. Diese Technik schließt die Notwendigkeit aus, im voraus die sozialen Merkmale der Bevölkerung festzulegen und auf dieser Basis das Sample aufzubauen. Auf diese Art ist auch eine maximale Zufallsstreuung gesichert und jede soziale Schicht ist proportional vertreten. Daß die Anweisung seitens der Zivilbevölkerung wirklich befolgt wurde, wird übrigens auch durch die Tatsache bestätigt, daß mehrere Personen auf Krücken oder in Begleitung von Krankenschwestern erschienen, und das mit dem Hinweis, sie hätten sich vom Krankenbett erhoben, um der Aufforderung nachzukommen. Es ist in Erwähnung zu ziehen, daß Ausfälle nicht schaden können, solange sie in alle Bevölkerungsgruppen gleichmäßig erfolgen; denn dann wäre trotz gewisser Ausfälle die relative Repräsentativität der Auswahl gesichert.

Um die Reaktionen des politisch wichtigsten Teiles der Bevölkerung in Erfahrung zu bringen, war die Altersspanne auf 18 bis 55 Jahre begrenzt worden; somit waren die zu jungen wie auch die zu alten ausgeschaltet.

Der Ort

Die drei Städte (Marburg, Hersfeld und Eschwege), in denen der Fragebogen verwendet wurde, waren so ausgewählt, daß sie außerhalb des katholischen und eher anti-nationalsozialistisch eingestellten Rheinlandes und außerhalb des eigentlichen Preußen lagen, wo starke pro-nazistische Tendenzen zu erwarten waren. Die Einwohnerzahl der Ortschaften schwankte zwischen 15 und 30 Tausend, was sowohl typisch für das Gebiet und wie auch nicht so hoch war, daß sie die Durchführung der Untersuchungstechnik unnötig erschwert hätte. Ferner waren die Städte danach ausgewählt, ob sich dort Vertreter der Militärregierung befanden und eine Halle vorhanden war, in der das Sample der Bevölkerung versammelt werden konnte. Alle drei Ortschaften befanden sich in Hessen-Nassau.

Marburg an der Lahn mit einer Einwohnerschaft von fast 30 Tausend ist hauptsächlich eine Universitätsstadt mit wenig Industrie. Es war zudem wenig bombardiert worden und ein Zustrom von Menschen aus anderen Ortschaften hatte sich daher dahin ge-

wandt. Hersfeld an der Fulda mit ungefähr 15 Tausend Einwohnern ist ein Eisenbahnknotenpunkt und ein Textilzentrum mitten in einer landwirtschaftlichen Gegend. In Eschwege an der Werra mit ungefähr 16 Tausend Einwohnern und einer wichtigen Eisenbahnlinie befindet sich eine synthetische Woll- und eine große Tuchfabrik. Ein Flugplatz am Stadtrand war stark bombardiert, die Stadt selber jedoch wenig beschädigt worden. In jeder der drei Städte wurden Samples nach dem oben beschriebenen Verfahren aufgestellt. In einer kurzen Einführung wurden die Leute, die sich gemäß der Aufforderung versammelt hatten, darauf hingewiesen, daß die Summe ihrer Antworten für die Planung kommender deutscher Kommunikationsmittel von Wert sein würde. Daraufhin wurden die Fragebogen (siehe Anhang) verteilt. Die Untersuchung fand in Marburg am 25. April 1945, in Hersfeld am 27. April und in Eschwege am 1. Mai des gleichen Jahres statt. Marburg lieferte 315 Fälle, Hersfeld 163 und Eschwege 188; insgesamt wurden 666 Fragebogen ausgefüllt.

Das allgemeine Verhalten der Zivilisten ließ darauf schließen, daß sie die Untersuchung mit Ernst betrachteten und die Fragen mit Aufrichtigkeit beantworteten. Bei vielen Gelegenheiten - wenn Versuchspersonen um Erläuterungen baten, entstanden oft kurze Dialoge zwischen ihnen und den Mitarbeitern der Untersuchungsstelle, die deren ganze Konzentration auf das Thema zeigten; oder bei Gesprächen, die sich nach Abgabe der Fragebogen auslösten; und schließlich bei einigen einen Tag nach der Probe stattgefundenen Unterhaltungen mit einzelnen Versuchspersonen, die den Zweck eines unverbindlichen Nach-Interviews verfolgten - wurden verschiedene Kontrollfragen gestellt, deren Beantwortung diesen Eindruck bestätigte.

Die Resultate

Wieviele und wer waren die Schwarz Hörer?

Ein bezeichnendes Ergebnis zeigte sich schon darin, daß angesichts der Bemühungen und des Terrors der Nationalsozialisten, solche Tätigkeiten zu verhindern, 51 Prozent der Bevölkerung im Rahmen der Untersuchung erklärten, alliierte Sendungen schwarz gehört zu haben. Fast identische Resultate ergaben sich unabhängig voneinander in den drei Städten: In Hersfeld waren es 52 Prozent Schwarz Hörer, in Marburg 51 Prozent und in Eschwege 50 Prozent.¹ 37 Prozent der Bevölkerung hörten nur deutsche Sendungen, während 12 Prozent entweder überhaupt keine Sendungen hörten oder keine Antwort auf die Frage gaben. Ungefähr die Hälfte der Schwarz Hörer war in der Lage, detaillierte Angaben über die eingestellten Stationen zu machen. Weiterhin wurde festgestellt, daß eine große Verwirrung in Bezug auf die Angabe der Wellenlänge bestand.

Die Auswertung der Schwarz Hörer nach sozialen Merkmalen weist darauf hin, daß der Grad der Schulbildung dabei eine bedeutende Rolle spielt. Es gab nämlich mehr Schwarz Hörer unter den höher Gebildeten als unter den anderen, mehr unter Männern als unter den Frauen, und etwas mehr unter den Katholiken als unter den Protestanten. Eine Auf-

schlüsselung nach den Berufen bestätigte, was die vorhergehenden Resultate schon anzeigten: freie Berufe und Studenten waren mit größerer Wahrscheinlichkeit unter den Schwarzhörern zu finden als etwa Hausfrauen. Scheinbar waren auch politische Sympathien und Interessen von Bedeutung; denn eine Aufgliederung gemäß der Parteisymphathien deutete darauf hin, daß, wie erwartet, Personen, die sich offen zu den Nationalsozialisten bekannten, nicht unter die Schwarz Hörer fielen. Die Auswertung der Sympathie-Erklärungen zu den vor 1933 existierenden politischen Parteien zeigte dagegen eine größere Anzahl von Radiohörern unter den früheren Anhängern von Linksparteien, während die paar Nationalsozialisten unter den Versuchspersonen angaben, keine Radiohörern zu sein.

Der Beginn des Schwarzhörens

Überraschenderweise hatten, gemäß ihren Angaben, 43 Prozent der Befragten unter den Schwarzhörern schon vor Kriegsbeginn schwarz gehört; weitere 23 Prozent begannen nach Stalingrad; 19 Prozent seit der Landung in der Normandie und die restlichen 15 Prozent erst 1945. Wiederum zeigte die Aufschlüsselung, daß die Personen mit höherer Schulbildung mit größerer Wahrscheinlichkeit unter den frühen Hörern zu finden waren, während die verhältnismäßig unpolitischen Hausfrauen sich unter den späten Hörern befanden.

Umstände, unter denen schwarz gehört wurde

Eine große Mehrheit gab an, daß sie nur zu Hause schwarz hörten. Zweifellos stellten sie sich vor, daß bei der Anwesenheit von nur wenigen Personen auch die Gefahr geringer sei. Jedoch erklärten recht beträchtliche Gruppen zu Hause mit Freunden oder in den Heimen von Freunden schwarz gehört zu haben. Eine kleine Anzahl gab weiterhin zu, zusammen mit Fremdarbeitern schwarz gehört zu haben. Obgleich die Vergleichszahlen klein waren, zeigte sich eine gewisse Tendenz, vor allem bei den Frauen, zusammen mit Fremdarbeitern schwarz zu hören. Romantische Erklärungen für dieses Phänomen dürfen nicht ganz ausgeschlossen werden. Wie erwartet, hatten Einzelpersonen oft mit Freunden zusammen schwarzgehört. Studenten hatten vielfach zusammen mit deutschen Soldaten schwarz gehört, wahrscheinlich mit ungefähr gleichaltrigen Freunden.

Die abgehörten Sender

Radio Luxemburg stellte sich als die populärste alliierte Station dar; es wurde von 48 Prozent der Schwarzhörern erwähnt. Der britische BBC kam mit 31 Prozent an zweiter Stelle. Jedoch ist vielleicht die Wirkung der BBC viel bedeutender gewesen, da weitere 15 Prozent unidentifizierte englische Stationen vermerkten. Der Soldatensender West nahm mit 23 Prozent die dritte Stelle ein. Während der schweizer Sender Beromünster von 5 Prozent erwähnt wurde, gaben nur 4 Prozent Radio Moskau an. Natürlich sollte bei dieser Aufzählung nicht unbeachtet bleiben, daß jeder Radiohörer dazu neigt, zuerst die leichter erreichbaren Stationen einzustellen, wie unter dem Punkt »Sendestärke« nachher besprochen werden

wird. Der Empfang eines Senders in einer bestimmten Gegend hängt ja, wie bekannt ist, ebenso von geographischen Verhältnissen wie von der Sendestärke ab.

Programmvorlieben und diesbezügliche Einstellung einiger Untergruppen

Im allgemeinen waren deutsche Zivilisten vor allem auf der Suche nach Nachrichten, wenn sie alliierte Sendungen einschalteten. Das populärste Programm war Lindley Fraser; Peter Arnold nahm den zweiten, Hugh Carlton Green den dritten Platz ein. Weniger oft genannt wurden Kurt und Willi vom BBC, Charles Richardson und die Stunde der Kriegsgefangenen. Weiterhin fand Professor von Salis vom neutralen schweizer Sender Beromünster Erwähnung. Ältere Personen bevorzugten Lindley Fraser, während die jüngere Generation eher für Peter Arnold stimmte. Ebenso schien Hugh Carlton Green von den Jüngeren bevorzugt zu sein.

Gründe für die Beliebtheit einiger Programme

Die hauptsächliche Ursache für die Beliebtheit und die Anziehungskraft der schwarz gehörten Programme war die einfache Tatsache, daß sie die Wahrheit brachten. Ein 34jähriger Lokomotivführer mit 8 Jahren Schulbildung begründete es so: »Da sie die Wahrheit klar und unverblümt aussprachen und ich daher erkannte, daß der Krieg für uns verloren war.« Andere Gesichtspunkte erwähnte eine 31jährige Hausfrau mit der folgenden Feststellung: »Diese Sender berichteten die Ereignisse viele Tage vor den unsrigen. Sie beschuldigten fast immer die Nazis und das deutsche Volk, und die Bemühungen des deutschen Soldaten wurden anerkannt.« Hier spielte neben dem Faktor der Zuverlässigkeit auch die Schnelligkeit eine Rolle, ferner die Frage der Verantwortung für die Schuld und die Anerkennung militärischer Pflichterfüllung.

Ein anderer Grund, warum gewisse Programme vorgezogen wurden, bestand in der Auffassung, daß sie eine gute Analyse der Lage ermöglichten. Ferner wurde ebenso oft erwähnt, daß alliierte Sendungen eine Vergleichsbasis für deutsche Nachrichten ergaben und daß auf Grund beidseitiger Darstellungen eine Schätzung der gegenwärtigen Ereignisse erfolgen konnte. Nur eine geringe Minderheit hörte die Programme der Unterhaltung wegen an. Einige Personen bemerkten auch, daß durch das Zuhören ihre Neugierde über die Tätigkeiten von Naziführern befriedigt wurde.

Unbeliebtheit von Programmen und diesbezügliche Begründungen

Die Nachrichten des Radio Moskau wurden mehr als andere als unbeliebt bezeichnet. Offensichtlich war die deutsche, auf Rußland gezielte Gegenpropaganda von Erfolg, wie es durch die Aussage einer 30jährigen Hausfrau bekräftigt wurde: »Sie erwähnten die russischen Schandtaten nicht.« Mit Bezug auf amerikanische und englische Programme war einer der stärksten Einwände die Verwendung von Jazzmusik, die einige Versuchspersonen als geschmacklos und »wider den deutschen Geist« empfanden. Die Hauptkritik wandte sich jedoch gegen die scheinbare

»Unzuverlässigkeit«, die sich aus einem Vergleich mit den deutschen Sendungen ergab, an die viele Leute offenbar noch glaubten. Von sechs Personen wurde spezifisch und stark kritisiert, daß das deutsche Volk mit den Nationalsozialisten identifiziert wurde. Die Anzahl der Befragten, die über genug Ausdrucksvermögen verfügte und daran interessiert war, diese und ähnliche Fragen zu beantworten, war übrigens nicht sehr groß, so daß die Ergebnisse nicht überschätzt werden dürfen.

Einige spezifische Einwände gegen alliierte Programmpunkte

Auf die Frage, ob sie sich auf Fälle besinnen könnten, in denen alliierte Sendungen die Unwahrheit gesagt hatten, antworteten 4 Prozent der Befragten mit »Ja«, 61 Prozent mit »Nein«, der Rest gab keine Antwort. Die angeblichen Lügen wurden selten genau genannt. Eine Person beschwerte sich, daß deutsche Erfolge, vor allem das Abschließen alliierter Flugzeuge, unterschätzt würden. Eine andere stellte fest, daß die Alliierten behaupteten, nur Eisenbahnen und Fabriken zu bombardieren, während Wohngebieten ebenso mit Bomben belegt wurden. Weiterhin wurde eingewendet, daß die Alliierten ihre Rückzüge nicht zugaben.

Abhören der Aufrufe des Alliierten Oberbefehlshabers.

Von den Schwarzhörern hatten 48 Prozent einen oder mehrere Aufrufe General Eisenhowers aufgefangen. Diese wurden zum größten Teil während der letzten Monate des Krieges gehört. Die meisten Stimmen erklärten, die Aufrufe richteten sich an die Zivilbevölkerung bestimmter Städte oder Gegenden im Hinblick auf das Anrücken alliierter Streitkräfte. Nur wenige unternahmen allerdings auf Grund des Abhörens solcher Aufrufe besondere Aktionen, die - falls vorhanden - zum größten Teil in der Verschickung der Familienmitglieder aufs Land bestanden. Die Neigung herrschte vor, die in den Aufrufen enthaltenen Nachrichten weiterzuleiten und vertrauenswürdige Personen zu warnen. Ein 53jähriger Witwer, der eine Reparaturwerkstatt für musikalische Instrumente unterhielt, antwortete: »Ich begann mich vor dem Volkssturm zu verstecken.« Ein 20jähriger Student sagte aus, daß er die »Berichte weiterleitete und eine Organisation zu gründen versuchte, aber aus Furcht vor der Gestapo daran gehindert« wurde.

Verbreitung alliierter Sendematerials

Von den Schwarzhörern gaben 48 Prozent an, zu anderen Zivilisten über die Sendungen gesprochen zu haben, während 49 Prozent vorgaben, von anderen deswegen angesprochen worden zu sein. 23 Prozent sagten aus, sich mit Soldaten, und 11 Prozent, sich mit Fremdarbeitern darüber unterhalten zu haben.

Das Sendematerial, das auf diese Weise unter die Bevölkerung verbreitet wurde, bestand meistens aus Nachrichten. Einige bedienten sich extremer Ausdrücke und nannten es »Nazi-Lügen mit alliierter Wahrheit abstecken«. Es ist bemerkenswert, daß sich das Thema der Unterhaltung, wenn sie mit deutschen Soldaten oder Fremdarbeitern stattfand, des öfteren

darum drehte, daß Deutschland den Krieg nicht gewinnen könnte. Nicht in allen Fällen waren jedoch die Gespräche zu Gunsten der Alliierten, da ab und zu abfällige Bemerkungen über die Zuverlässigkeit ihrer Nachrichten gemacht wurden.

Die besten Nachrichtenquellen über den Stand des Krieges

Von hervorstechender Bedeutung erscheint die Tatsache, daß alliierte Sender ungefähr den gleichen Status wie deutsche Sender als Quelle von Kriegsnachrichten einnahmen. Das ergab sich aus den Antworten auf eine Frage, die nach bevorzugten Nachrichten-Sendern forschte. Auch hier blieb die Reihenfolge der alliierten Sender die gleiche wie beim allgemeinen Radiohören, mit Luxemburg an erster, BBC an zweiter und Soldatensender West an dritter Stelle. Die Vorliebe für deutsche Sender stieg übrigens bei Lokalnachrichten.

Die Sendestärke

Eine zweidimensionale Tabulierung des besten Empfangs und der meistgehörten Sender nach Angaben der Befragten ergab, daß die Sendestärke von großer Wichtigkeit ist. Von den Schwarzhörern behaupteten 35 Prozent Radio Luxemburg besser als jeden anderen Sender (alliierten oder deutschen) empfangen zu haben, während unter den Nicht-Schwarzhörern nur 6 Prozent den besten Empfang für Radio Luxemburg feststellten. Doppelt so viele Nicht-Schwarzhörer wie Schwarzhörer erklärten den Deutschlandsender am besten gehört zu haben. Diese Feststellung ist von großer Bedeutung, weist sie doch darauf hin, daß eine erfolgreiche Propaganda vor allem von einem machtvollen Sender auszugehen hat.

Schlußzusammenfassung

Schwarzhören war weitverbreitet. Das Verbot der nationalsozialistischen Machthaber erwies sich als nicht sehr wirkungsvoll. Es stellt sich heraus, daß nicht nur viele Deutsche ihre Gewohnheit aus der Vorkriegszeit, nämlich Sender aus dem Ausland einzuschalten, beibehielten, sondern auch, daß über die Hälfte der Schwarzhörer die Gewohnheit seit 1943 angenommen hatten. Das Verlangen, die Stimme aus dem anderen Lager zu hören, wuchs mit dem Grad der Bildung. Man wollte wissen, wo die Wahrheit gesagt wurde man wollte die Nachrichten von hier und da vergleichen können. Aufrufe des Oberkommandierenden der alliierten Streitkräfte wurden von der Hälfte der Schwarzhörer identifiziert und von vielen weiterverbreitet. Schwarzhören fand oft in Gesellschaft von Deutschen Soldaten oder sogar von Fremdarbeitern statt. Von Nachrichten von jenseits der Fronten wurde zu Vertrauenspersonen gesprochen. Schwarzhören bildete zweifelsohne einen bedeutenden Faktor für die Moral der Bevölkerung.

¹ Da die Resultate in den drei Städten durchgehend gleich ausfielen, sind sie in der nachfolgenden Auswertung zusammengelegt worden, um so eher eine regionale Übersicht der Ergebnisse zu gestalten.

Fragebogen

Dieser Fragebogen gibt Ihnen Gelegenheit Ihre Meinung frei zum Ausdruck zu bringen. Zur Gewährleistung dieser Freiheit fragen wir nicht nach Ihrem Namen, sondern nur nach Folgendem:

Alter
Geschlecht
Religion
Wie lange wohnen Sie hier?
Beruf
Anzahl der Schuljahre

Machen Sie ein Kreuz hinter diejenige vordruckte Antwort, die Ihnen richtig erscheint. Antworten Sie in Ihren eigenen Worten, wo nur Linien vordruckt sind.

1. Welche Reichssender haben Sie vor der alliierten Besatzung gehört?

	ja	nein
--	----	------
2. Haben Sie je schwarz gehört?

	ja	nein
--	----	------
3. Welche verbotenen Sender haben Sie regelmäßig eingestellt?
4. Welche verbotenen Sender haben Sie gelegentlich eingestellt?
5. Wann haben Sie zum ersten Mal verbotene Sender gehört?

a. vor Kriegsbeginn	ja	nein
b. nach Stalingrad	ja	nein
c. nach der alliierten Landung in Frankreich	ja	nein
d. seit Beginn dieses Jahres	ja	nein
6. Unter welchen Umständen haben Sie zugehört?

allein zu hause	ja	nein
zu Hause mit Bekannten	ja	nein
im Hause von Bekannten	ja	nein
mit Fremdarbeitern	ja	nein
mit deutschen Soldaten	ja	nein
7. Im Falle, dass Sie keinen verbotenen Sender gehört haben, waren Sie von Schwarzhörern auf dem Laufenden gehalten?

	ja	nein
--	----	------
8. Auf welcher Welle haben Sie solche Sendungen gehört?

Kurzwelle
Mittelwelle
- 9a. Welche Programme und welche Berichtersteller der verbotenen Sender gefielen Ihnen am besten?
- b. Warum?
- 10a. Welche Programme und welche Berichtersteller der verbotenen Sender fanden Sie am schlechtesten?
- b. Warum?
11. Können Sie sich an Fälle erinnern in denen, als Sie schwarzhörten, die Sendung die Unwahrheit sprach?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, wann und was war der Fall?
12. Haben Sie jemals Sendungen gehört, in welchen die Aufrufe des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte, General Eisenhower, bekannt gegeben wurden?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, wann?
Was wurde bekanntgegeben?
13. Hat Sie ein Aufruf zu irgendeiner bestimmten Handlung veranlasst?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, was haben Sie getan?
14. Haben Sie jemals zu deutschen Zivilisten über verbotene Rundfunksendungen gesprochen?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, was haben Sie gesagt?
15. Haben deutsche Zivilisten, die verbotene Rundfunksendungen gehört haben, jemals zu Ihnen über solche Sendungen gesprochen?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, was haben sie gesagt?
16. Haben Sie jemals über verbotene Sendungen mit Fremdarbeitern gesprochen?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, was wurde gesagt?
17. Haben Sie jemals über verbotene Sendungen mit deutschen Soldaten gesprochen?

	ja	nein
--	----	------

Falls ja, was wurde gesagt?
18. Welchen Sender in Ihrem Empfangsbereich betrachteten Sie für den besten in Bezug auf

Kriegsberichte
Nachrichten von der Heimatfront
Politische Nachrichten
19. Welchen deutschen oder verbotenen Sender in Ihrem Hörbereich konnten Sie am besten empfangen?
20. Mit welcher von den politischen Parteien, die vor 1933 bestanden, würden Sie heute am meisten sympathisieren?

Tabellen zur ersten Untersuchung

[Frage 1:] Personalangaben

	Schwarz Hörer		Andere		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Alter						
18-20	13	32	28	68	41	100
21-30	87	57	67	43	154	100
31-40	90	51	87	49	177	100
41-50	108	47	120	53	228	100
51-55	38	59	26	41	64	100
keine Antwort	1	-	1	-	2	100
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100
Geschlecht						
männlich	108	63	63	37	171	100
weiblich	228	47	262	53	490	100
keine Antwort	1	-	4	-	5	-
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100
Religion						
Protestantisch	268	49	275	51	544	100
Katholisch	53	62	33	38	86	100
andere, keine Antwort	16	-	20	-	36	-
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100
Familienstand						
verheiratet	231	51	225	49	457	100
ledig	78	53	70	47	148	100
andere, keine Antwort	28	-	33	-	61	-
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100
Dauer des Aufenthaltes						
Bis zu 1 Jahr	44	57	33	43	77	100
1 - 4 Jahre	50	52	47	48	97	100
5 - 10 Jahre	50	53	44	47	94	100
über 10 Jahre	188	49	199	51	387	100
keine Antwort	5	-	6	-	11	-
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100
Beruf						
Freie Berufe	19	68	9	32	28	100
Angestellte, Beamte	104	58	75	42	179	100
Arbeiter	64	57	48	43	112	100
Hausfrauen	111	41	162	59	273	100
Studenten	19	73	7	27	26	100
Keine Antwort	20	-	28	-	48	100
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100

Frage 2: »Haben Sie je schwarz gehört?«

	Anzahl	%
Ja	337	51
Nein	329	49
Insgesamt	666	100

Frage 3: »Welche verbotenen Sender haben Sie regelmäßig eingestellt?«

	Anzahl	%
Luxembourg	79	48
London	51	31
Soldatensender	37	23
England allgemein	24	15
Schweiz allgemein	13	8
Beromünster (Schweiz)	9	5
Moskau	6	4
Amerika allgemein	6	4
Französischer Sender	2	1
Anzahl der antwortenden Versuchspersonen	164	100

Frage 5: »Wann haben Sie zum ersten Mal verbotene Sender gehört?«

	Anzahl	%
Vor Kriegsbeginn	125	43
Nach Stalingrad	69	23
Nach der alliierten Landung in Frankreich	57	19
Seit Beginn dieses Jahres	45	15
Anzahl der antwortenden Versuchspersonen	297	100

Frage 6: »Unter welchen Umständen haben Sie zugehört?«

	Anzahl	%
Allein zu Hause	250	81
Zu Hause mit Bekannten	91	28
Im Hause von Bekannten	66	21
Mit Fremdarbeitern	36	11
Mit deutschen Soldaten	16	5
Insgesamt	337	100

Frage 7: »Im Falle, dass Sie keinen verbotenen Sender gehört haben, waren Sie von Schwarzhörern auf dem Laufenden gehalten?«

	Anzahl	%
Ja	21	6
Nein	225	69
Keine Antwort	85	23
Insgesamt	329	100

Frage 9a: »Welche Programme und welche Berichtersteller der verbotenen Sender gefielen Ihnen am besten?«

	Anzahl	%
Nachrichten	138	86
Gespräche	16	10
Musik	12	7
Stunde für Kriegsgefangene	11	7
Anderes	5	3
Anzahl der antwortenden Versuchspersonen	161	100

Frage 9b: »Warum?«	Anzahl	%
Da wahrheitsgetreu	60	41
Gute Analyse	35	24
Da gute Vergleichsmöglichkeit	33	22
Unterhaltsam	8	5
Berichteten Neues über Naziführer	6	4
Anderes	6	4
Anzahl der antwortenden Versuchspersonen	148	100

Frage 10a: »Welche Programme und welche Berichtersteller der verbotenen Sender fanden Sie am schlechtesten?«

	Schwarzhörere	Anzahl	%
Nachrichten (Moskau)		14	
(London)		5	
(Luxembourg)		5	
Musik		10	
Anderes		10	
Anzahl der gegebenen Antworten		44	

Frage 10b: »Warum?«

Unverlässliche Nachrichten, nicht überzeugend	16	
Jazzmusik unbeliebt	7	
Identifizierung des deutschen Volkes mit den Nazis	6	
Verschiedene Gründe	6	
Anzahl der gegebenen Antworten	35	

Frage 11: »Können Sie sich an Fälle erinnern in denen, als Sie schwarzhörten, die Sendung die Unwahrheit sprach?«

	Anzahl	%
Ja	15	4
Nein	204	61
Keine Antwort	118	35
Insgesamt	337	100

Frage 12: »Haben Sie jemals Sendungen gehört, in welchen die Aufrufe des Oberbefehlshabers der alliierten Streitkräfte, General Eisenhower, bekanntgegeben wurden?«

	Anzahl	%
Ja	160	48
Nein	106	31
Keine Antwort	71	21
Insgesamt	337	100

»Wann haben Sie zugehört?«

	Schwarzhörere	Anzahl	%
Während des Normandiefeldzuges		16	10
Sept. bis Dezemb. 1944		13	8
Jan., Feb. 1945		14	9
März, April 1945		35	22
Keine Antwort		82	51
Anzahl der antwortenden Versuchspersonen		160	100

Frage 13: »Hat Sie ein Aufruf zu irgendeiner bestimmten Handlung veranlasst?«	Anzahl	%
Ja	37	26
Nein	78	49
Keine Antwort	45	28
Anzahl der antwortenden Versuchspersonen	160	100

Frage 14: »Haben Sie jemals zu deutschen Zivilisten über verbotene Rundfunksendungen gesprochen?«	Anzahl	%
Ja	163	48
Nein	115	34
Keine Antwort	59	18
Insgesamt	337	100

Frage 15: »Haben deutsche Zivilisten, die verbotene Rundfunksendungen gehört haben, jemals zu Ihnen über solche Sendungen gesprochen?«

	Schwarzhörere	andere	Anzahl	%
Ja	165	49	46	14
Nein	106	31	158	48
Keine Antwort	66	20	125	38
Insgesamt	337	100	329	100

Frage 16: »Haben Sie jemals über verbotene Sendungen mit Fremdarbeitern gesprochen?«	Anzahl	%
Ja	37	11
Nein	224	66
Keine Antwort	76	23
Insgesamt	337	100

Frage 17: »Haben Sie jemals über verbotene Sendungen mit deutschen Soldaten gesprochen?«	Anzahl	%
Ja	79	23
Nein	184	55
Keine Antwort	74	22
Insgesamt	337	100

Frage 18: »Welchen Sender in Ihrem Empfangsbereich betrachteten Sie für den besten in Bezug auf Kriegsberichte?«	Anzahl	%
Luxembourg	59	40
London	29	19
Soldatensender	20	13
Beromünster	7	5
Deutschlandsender	22	15
Leipzig	5	3
Frankfurt a/M	4	3
Köln	2	1
Anderer	2	1
Anzahl der gegebenen Antworten	150	100

Frage 19: »Welchen deutschen oder verbotenen Sender in Ihrem Hörbereich konnten Sie am besten empfangen?«

	Schwarzhörere		Andere	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Luxembourg	118	31	12	6
London	46	12	-	-
Soldatensender	21	5	2	1
Moskau	2	1	-	-
Beromünster	4	1	-	-
Deutschlandsender	104	27	120	64
Frankfurt a/M	36	9	29	16
Leipzig	20	5	2	1
Köln	18	5	2	1
Stuttgart	7	2	2	1
Andere	9	2	18	10
Anzahl der gegebenen Antworten	385 ¹	100	187	100
Gesamtzahl der Versuchspersonen	(337)		(329)	

¹ Offensichtlich erteilten einige Versuchspersonen mehr als eine Antwort.

Frage 20: »Mit welcher von den politischen Parteien, die vor 1933 bestanden, würden Sie heute am meisten sympathisieren?«

	Schwarzhörere		Andere		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
NSDAP	-	-	3	-	3	-
DNVP	10	66	5	33	15	100
DVP	21	75	7	25	28	100
Zentrum	19	59	13	41	32	100
»Demokratische«	44	65	24	35	68	100
SPD	69	66	36	34	105	100
KPD	6	-	2	-	8	-
Keine politische Meinung zum Ausdruck gebracht	27	40	51	60	78	100
Zu jung, um es zu beurteilen	11	37	19	63	30	100
Keine Antwort	125	42	169	58	294	100
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100

Untersuchungsort im Vergleich zum »Schwarzhören« (Fr. 2)

Untersuchungsort	Schwarzhörere		Andere		Insgesamt	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Hersfeld	84	52	79	48	163	100
Marburg	159	51	156	49	315	100
Eschwege	94	50	94	50	188	100
Gesamtzahl der Versuchspersonen	337	51	329	49	666	100

Nachbemerkung:

Ralis geht in dem mit »Zur Methodik der Untersuchung« überschriebenen Kapitel seiner Dissertation auch darauf ein, daß die Fragen vier und acht zwar gestellt wurden, aber ohne Antwort blieben:

So erwiesen sich (...) die Fragen Nr. 4 und Nr. 8 als unzulänglich. Vor allem sind es die einzigartigen zeitlichen und technischen Umstände der betreffenden Untersuchung, die eine Erklärung dafür geben, daß die erwünschten Vorinterviews nicht durchgeführt werden konnten. Es muß also zugestanden werden, daß die Frage nach den Sendern, die gelegentlich eingestellt waren, und nach der Wellenlänge der Sender Versuchsballons darstellten, die verloren gingen. Bei dieser Gelegenheit kann hinzugefügt werden, daß das beste Kriterium zur Beurteilung von Fragen eines Fragebogens natürlich die Fruchtbarkeit der erhaltenen Resultate ist. Die Erfahrungen aus anderen Untersuchungen konnten im vorliegenden Falle höchstens als Hinweis dienen. So mußten bei diesem Unternehmen, das fast als eine Ausnahme bezeichnet werden kann, die Vorinterviews fast 1 000 Kilometer von den Untersuchungsstellen entfernt stattfinden, und die Kriegsgefangenen, an denen die rohe experimentelle Fragenvorlage ausprobiert wurde, repräsentierten auch nur sehr ungefähr die später tatsächlich untersuchte Bevölkerung. Als verlorengegangene Versuchsballons können vor allem solche Fragen bezeichnet werden, auf die vorwiegend mit »weiß nicht«, »keine Antwort« geantwortet wird, so daß sie für die Auswertung bedeutungslos werden.

Die tragbare Proportion der nicht sinnvoll beantworteten Fragen richtet sich natürlich nach der Bedeutung der Frage im Gesamtzusammenhang der Untersuchung und ist insofern eine relative Größe. Es läßt sich aber sagen, daß - ungewöhnliche Umstände ausgenommen - ein Verhältnis von 30 Prozent die betreffende Frage wertlos macht, ganz gleich ob es sich nun um faktische Angaben oder um Meinungsfragen handelt. (...) Eine naheliegende Folgerung aus den negativen Ergebnissen bei den erwähnten Fragen (...) scheint darin zu liegen, daß sich die Mehrzahl der Rundfunkhörer der Identität der Sender, die sie gelegentlich hörten, nicht bewußt waren und daß sie nur in wenigen Fällen die Wellenlänge der regelmäßig empfangenen Sender kannten oder wiedererkannten. Diese Annahme kann als Hypothese für Hörerermittlungen bestimmter Bevölkerungen bei künftigen Forschungen benutzt werden. (S. 68f.)

Miszellen

Werner Höfer (1913 - 1997)

Zur Erinnerung an den Journalisten Werner Höfer, der am 26. November 1997 im Alter von 84 Jahren gestorben ist, veröffentlicht »Rundfunk und Geschichte« einen Nachruf, in den Teile eines dreistündigen Interviews Eingang gefunden haben. Das Interview, das im Rahmen des an der Universität Osnabrück angesiedelten Forschungsprojekts »Zeitzeugen-Erinnerungen«¹ am 9. März 1994 stattfand, haben Prof. Dr. Wolfgang Becker und Christina Schulte geführt. Das Gespräch war von Horst Königstein vermittelt worden, obwohl Werner Höfer eigentlich keine Interviews mehr geben wollte.

RuG

»Guten Tag, meine sehr verehrten Damen und Herren. Hier ist wieder der »Internationale Frühschoppen« mit sechs Journalisten aus fünf Ländern«. Wenn diese Worte des Ansagers Egon Hoegen am Sonntagmittag aus den Lautsprechern bundesdeutscher Fernseher erklangen, hatten sich die Familien meist schon um den Esstisch versammelt, um sich zum Sonntagsbraten auch die internationale Politik mundgerecht servieren zu lassen, gefällig angerichtet vom Kölner Gastgeber Werner Höfer. Im lockeren Plauderton des Conférenciers und mit dem unverzichtbaren Requisit, dem Weinglas, in der Hand präsierte er Woche für Woche der von ihm zusammengerufenen Runde von in- und ausländischen Journalisten, die den aktuellen Themen des Weltgeschehens für die Zuschauer ein persönliches Antlitz gaben.

Doch nicht nur durch diese von ihm entwickelte und über Jahrzehnte nahezu unverändert bewahrte Sendeform, die bis heute im »Presseclub« ihre Fortsetzung findet, hat Werner Höfer Fernsehgeschichte geschrieben. Wie kaum ein anderer Fernseherschaffender war er von Grund auf »Programmacher«, sozusagen ein »ewiger Anfänger«, wie er sich selbst einmal bezeichnet hat,² der die großen Freiräume, die das sich entwickelnde neue Medium Fernsehen bot, kreativ zu füllen wußte und dies als Herausforderung genoß.

Ich war der Allround-Journalist mit Ausnahme von Musik. Sie müssen sich das so vorstellen, daß man wirklich alles machen mußte, aber auch alles machen durfte, und mit allem reinfallen konnte, aber auch reüssieren konnte. Es war wunderbar, wie wirklich im Laufschrift die Zuschauerzahl stieg und die Zahl der Hörer.

Als Urheber von oder Mitwirkender an zahlreichen Sendungen, aber ebenso auch als Talentsucher mit einem Gespür für vielversprechende junge Journalisten war er somit sicherlich einer der interessantesten Zeitzeugen zu den Aufbaujahren des Fernsehens in Westdeutschland. Um so bedauerlicher waren die Beschränkungen, denen das Gespräch mit ihm unterworfen war: Da Höfer von vornherein Fragen nach seiner journalistischen Tätigkeit in der Zeit des Nationalsozialismus ausschloß und die Gesprächszeit auf zwei Stunden beschränkte, erschien es sinnvoll, sich bei der Befragung nicht, wie bei den anderen Interviews üblich, auf die Biographie, sondern vor allem auf die Entstehung des »Internationalen Frühschoppens« zu konzentrieren. Jedoch machten sich bereits nach einer Stunde sein hohes Alter und seine gesundheitlichen Probleme zunehmend bemerkbar, so daß der Gesprächsfluß sich immer mehr in unzusammenhängenden Erinnerungen und unbeantworteten Fragen verlor. So blieben unter anderem mehrere Versuche, Details über die Zusammenarbeit mit früheren Kollegen zu erfahren, erfolglos.

Wenn sich deshalb auch wenig spezifisch rundfunkhistorische Erkenntnisse ergeben haben, so vermittelt das Gespräch doch eine Ahnung von Höfers journalistischem Selbstverständnis. Allerdings dürfte das im Gesprächsverlauf immer wieder auffallende Bedürfnis nach Selbstrechtfertigung und das Hervorheben der eigenen Meriten vor allem eine Folge der auch nach Jahren offenbar unverarbeiteten Krise vom Dezember 1987 gewesen sein, die zum unrühmlichen Ende der Zusammenarbeit Höfers mit »seinem« WDR geführt hatte. In früheren Interviews hatte Höfer sich eher betont bescheiden gegeben, geradezu mit der Rolle des im Grunde noch immer ländlich denkenden Dorfjungen aus dem kleinen Eifelort Kaiseresch kokettiert. Dieses Grundmotiv klang nun auch in diesem Gespräch wieder an, etwa wenn Höfer in seiner noch immer plastischen, oft szenisch erinnernden Erzählung die Namen der Großstädte, in denen er gearbeitet hat, beschwörend flüsternd wiederholte, um sein damaliges Staunen faßlich zu machen. Aus dem Gefühl heraus, von seinem Sender, dessen Intendant er noch wenige Jahre vor der »Spiegel«-Veröffentlichung hatte werden wollen, kurzerhand fallengelassen worden zu sein, trat nun aber offensichtlich noch der Wunsch hinzu, wenigstens selbst auf die eigene Leistung hinzuweisen, damit sie nicht in Vergessenheit gerate.

»Na Junge, nu' mach mal!«

Diese beiden Grundzüge wurden gleich zu Beginn des Gespräches deutlich, als Höfer auf die Frage nach seinem journalistischen Werdegang nach 1945 mit einer Erinnerung an seine erste Begegnung mit dem NWDR, bei der auch der Kölner Pressechef Hans Schmitt-Rost und Gustav Zerres vom Berliner »Tagesspiegel« dabei gewesen waren, antwortete.

Auch der Krieg, der jener Krieg war, ging ja mal zu Ende, und als er dann zu Ende ging, habe ich mich von den Engländern, in deren Gefangenschaft ich war, und zwar auf belgischem Boden, (...) habe ich mich nach Köln begeben, wo ich meine Familie, die damals sehr klein war, vorfand. Und auf der Quartiersuche gelangte, natürlich nicht der Vater, sondern die Mutter, so etwas leisten immer nur Mütter, in ein unterirdisches Quartier, und von diesem Quartier aus - in doppeltem Sinne - machte ich so meine Spaziergänge durch das arg lädierte Köln. Und siehe da, es begegnete mir ein Kollege aus älteren Zeiten, der wiederum mit dem »Rheinischen Merkur« - mir nicht übermäßig bekannt, obwohl diese Gegend meine Heimat ist - zu tun hatte. Und ganz schnell übernahm ich, sagen wir mal arrogant großzügig, die Bonner Redaktion des »Rheinischen Merkur«. (...) Ich bekam also den Auftrag, nach Düsseldorf, Düsseldorf auf ein Schiff, ein Schiff, zu fahren. Und auf diesem Schiff werde eine Pressekonferenz stattfinden, eine Pressekonferenz. Thema: Ja, jetzt gibt es in Köln Radio, Fernsehen, und ich sollte darüber schreiben für den »Rheinischen Merkur«. Auf diesem Schiff waren, wie es sich gehört, Leute anzutreffen, die mit der Seefahrt, auch im kleinsten Maße, vertraut waren, im Gegensatz zu mir. Der eine Kollege war aus Berlin, Berlin, und der andere war aus Hamburg, was nicht so toll war, aber sehr wichtig, oder aus Frankfurt. Und es ergab sich sehr schnell, daß bei den Kollegen, die da saßen, sich die Einheimischen von den Zugereisten absonderten. Interessant und für die Zukunft sehr wichtig war, daß auf der Bank Persönlichkeiten saßen. Bei einer, wie sich später zeigte, hatte ich allen Grund, das zu sagen. Und die redeten dann sehr munter, nicht sehr aufregend oder gar anregend, und wollten klarmachen, wie und wo und wann sich dieses Doppelinstitut, also Radio und Fernsehen, in Köln denn nun darbieten werde. Nun saß aber am Rande dieser Tafel jemand, getrennt von den andern, und der winkte schon mal, und damals hatte ich noch so gute Augen, um zu erkennen, was die jüngeren Leute da von sich gaben. Und wir, die Snobs, die Zugereisten, ich glaube, es sind fast alle tot, wir faßten nicht, was da teilweise an Unsinn gesagt wurde. Und weil ich damals der Älteste war oder zu sein schien und ziemlich keck - wir machten ein Mienenspiel, das eigentlich für sich selber reden sollte, aber mit einem Mienenspiel allein kann man ja keine Sendung machen -, da beschlossen zwei oder drei Leute: »Höfer, Sie müssen jetzt ran und dürfen sich diesen Unsinn nicht gefallen lassen.« Ich sagte: »Wenn's denn sein soll.« Nun war das also ein Schiff, so ein Dampfer für Köln und Düsseldorf, und ich hatte eine Frau, die Tänzerin war, da muß ich das wohl gelernt haben. Ich

hielt mich auf in diesem Viereck, in dem sonst das Publikum sich aufhalten darf, ich allein, und machte da Wind. Mein Thema war, wie ich mir Radio und Fernsehen jetzt vorstelle, deren Thema, aber das hat uns überhaupt nicht inspiriert, und ich hatte ja auch an sich keine Ahnung zu haben, aber eine Vorstellung, eine Vision. Meine Kumpane applaudierten, bei den andern gab es sehr betretene Mienen, und dann war das eigentlich zu Ende. Aber nur eigentlich. Dann geschah etwas, was viel interessanter war, und wir waren alle versöhnt, denn es war ja eigentlich noch Krieg, und es herrschte Armut. Auf dem Schiff zeigte sich ein Engländer in Zivil, er ist leider tot, und der sagte in allerbestem Deutsch: »Meine Damen und Herren, machen Sie es sich bequem, es gibt Wein und ...« Und das ließen wir uns nicht zweimal sagen, und es gab vor allen Dingen etwas zu rauchen. Herr Höfer rauchte damals noch. Nachdem etwas getrunken, gegessen und geraucht war, kam dieser Einzelgänger, der da gesessen hatte, auf mich zu und sagte: »Können wir vielleicht mal ein paar Augenblicke zur Seite gehen?« Ich sagte: »Nee, warum soll ich?« Da sagt er: »Ja, vielleicht habe ich Ihnen etwas Interessantes zu sagen.« Dann gingen wir zur Seite, und der trug ein Homespun-Jackett, sehr englisch, er sprach aber sehr ruhrgebietlerisch. Er sagte: »Sie dürfen das, was ich Ihnen jetzt sage, unter keinen Umständen weitersagen. Ich werde nach einer gewissen Zeit mit großer Wahrscheinlichkeit den Westdeutschen Rundfunk in Köln aufbauen helfen. Das hat mir sehr gefallen, was Sie da gesagt haben und wie Sie es gesagt haben. Bitte lassen Sie Ihre Adresse hier. Sie werden von mir hören.« Ich sage: »Wie heißen Sie denn?« »Mein Name ist Hanns Hartmann.« - Erster Akt.

Zweiter Akt: Der Hanns Hartmann rührte sich nicht. Na, denke ich, man muß ja nicht allen gleich auf den ersten Blick vertrauen. Vielleicht macht er sich noch bemerkbar. Ich brauchte ja den Westdeutschen Rundfunk nicht, denn ich hatte ja den »Rheinischen Merkur«. Die Tage vergingen, und die Familie Höfer wurde immer größer, merkwürdigerweise. Eines Tages klingelt es im Keller, und da steht ein Schnösel. Und weil es sehr heiß war, durfte der da in allerlegstem Dress auftauchen. »Ha'm Sie 'n Fahrrad?« Ich sage: »Wie fragen Sie mich? Nein, ich hatte nie eins und ich werde auch nie eins haben.« »Ja, dann steigen Sie auf.« Ich sage: »Was ist, wollen Sie mich verhaften?« »Nein, der Chef ist da und Hanns Hartmann ist da.« Der Chef, das waren die Engländer, Hugh Carleton Greene. Dann fuhren wir los in das damals noch sehr karge, aber gar nicht mal ungeeignete Gebilde, das da für den WDR bereitgestellt war. Und da saß mein Mann aus dem Ruhrgebiet, der aber in Berlin tätig war und der sehr aufpaßte, daß die Russen ihn nicht kriegten, denn, wie ich später herausgekriegt habe, waren die Russen hinter ihm her. Ich wußte nicht, daß der Engländer Sir Hugh Carleton Greene war, und ich weiß auch nicht, ob ich mit dem Namen schon etwas verband. Ich wurde nun gebeten, dem Engländer zu wiederholen, was ich da auf dem Schiff gesagt hatte. Ich fragte: »Muß ich Englisch sprechen?« »Nein, nein.« Da habe ich ihm das erzählt und dann guckten die sich so an, und dann wurde mir angeboten, sofort beim Westdeutschen

Rundfunk anzufangen, der damals noch nicht so hieß. Dann habe ich gesagt, was mir niemand glauben wird, das ist das Unglaubliche an dem Snob: ›Ich will aber keine feste Anstellung.‹ - ›Warum nicht?‹ - ›Ich habe von den Engländern gelernt, Sir, daß es sich empfiehlt, wenn man wichtige Positionen antritt, sich nicht gleich auf die Ewigkeit festzulegen. Das ist für niemanden gut.‹ Dann wurde ich engagiert. Ich bin erst mehr oder weniger gezwungen worden und habe mich mehr oder weniger aus wohlwollenden Gründen, geschäftlichen Gründen, auch dann zwingen lassen, von einem gewissen Herrn Mende. Inzwischen gab es beim WDR die Organe, und da hatte der Herr Mende eine wichtige Position. Der sagte, gewiß mit Noblesse, das ist nicht zu bestreiten, in einer Sitzung des Rundfunkrats zu mir: ›Sie bringen sich und uns in Schwierigkeiten, wenn Sie bei Ihrer Bedingung bleiben, nicht angestellt zu werden. Das können wir nicht durchhalten. Dann kam der Hartmann, der ja da saß, und der hatte eine Formel: Junge, mach mal. Und der sagte dann zu mir: ›Na Junge, nu' mach mal!‹ Und der guckte mich so wunderbar an, da habe ich gesagt: ›Na, machen wir's halt.‹ Von da an war ich also fest angestellt.

Bedauerlich war, daß Höfer sich nicht mehr an den Inhalt der Vorschläge, die Hartmann so beeindruckt hatten, erinnern konnte. - Die Schwierigkeiten, deretwegen Höfer fest angestellt werden sollte, waren wohl vor allem finanziellen Ursprungs: Als findiger Kopf mit zahlreichen Ideen wirkte er bald an einer Vielzahl von Sendungen mit, so daß sein Gehalt als freier Mitarbeiter schließlich das eines fest angestellten Redakteurs weit übertraf. Dies führte dazu, daß die Generaldirektion des NWDR eine Regelung erfand, die es ermöglichte, die freien Einkünfte eines Mitarbeiters nach oben zu begrenzen und die bald »Lex Höfer« getauft wurde.³

»Das kann was werden, nur weiter so, Donnerwetter! Adenauer.«

Der neue WDR-Mitarbeiter brachte schon aus der Zeit vor seiner Tätigkeit beim »Rheinischen Merkur« profunde journalistische Erfahrungen mit: Werner Höfer, am 21. März 1913 geboren, hatte 1932 nach dem Abitur ein Studium der Theater- und Zeitungswissenschaften an der Universität Köln und gleichzeitig ein Volontariat im Kölner Pressehaus begonnen. Ab 1938 hatte er als Redakteur für das Feuilleton der Kölner Zeitung »Der Neue Tag« gearbeitet und während des Krieges neben seinem Dienst als Berichtersteller in der Organisation Todt in den Boulevardzeitungen »12-Uhr-Blatt« und »BZ am Mittag«, die zu dem unter nationalsozialistischer Leitung stehenden »Deutschen Verlag« gehörten, vor allem Film- und Theaterkritiken veröffentlicht – jene Texte, die ihn nach mehr als vier Jahrzehnten wieder einholen sollten. Nach seiner Rückkehr aus der amerikanischen Kriegsge-

fangenschaft unternahm er darüber hinaus erste Versuche im Rundfunk: Für Radio Koblenz, einen Vorläufer des französisch kontrollierten späteren Südwestfunks Baden-Baden führte er die »Gespräche über den Schlagbaum«, die schon 1946 die Keimzelle für den späteren »Frühschoppen« bildeten.⁴ Höfer brachte für diese Sendung je einen Journalisten aus jeder Besatzungszone am Mikrofon zusammen, mit dem doppelten Ziel, den Deutschen die rigorose Abgrenzung zwischen den Zonen bewußt zu machen und diese gleichzeitig durch die gegenseitige Verständigung etwas zu lockern.⁵

In einem früheren Interview hat Höfer die Einstellung der Deutschen in der unmittelbaren Nachkriegszeit einmal so beschrieben: »Wenn man damals jemanden gefragt hätte: Was ist Demokratie?, hätte er die nicht einmal falsche Antwort gegeben: permanente Diskussion. Und es wurde auch immer diskutiert, an allen Ecken und Enden. Deutschland war in Trümmern, aber es war ein einziges Hydepark Corner.«⁶ Aus dieser Perspektive heraus entwickelte er schon früh die Vorstellung, eine Talkshow einzuführen. So entstand ein weiterer Vorläufer des »Frühschoppens«, und zwar das »Rhein-Ruhr-Clübchen«, das eines der ersten Experimente Höfers im Fernsehen war. Im ersten Kölner Fernsehstudio, im Souterrain der alten Universität in der Claudiusstraße gelegen, plauderte er mit prominenten Gästen – wenn auch noch nicht beim Wein, so doch beim Kölsch.⁷ Obwohl diese Sendung nur wenige Male ausgestrahlt wurde, war es dann doch für Höfer offenbar nur ein kleiner Schritt zum »Frühschöppner«, wenn auch der lakonische Stil seiner Erzählung auf eine bewußte Untertreibung seines persönlichen Verdienstes hinweist. Daß er seine Leistung selbst aber durchaus als bedeutend einschätzte, zeigte die innere Rührung, die ihn bei der Erinnerung an das Vertrauen, das Hartmann in ihn setzte, überkam.

Es gibt sehr viele Leute, die sehr nett zu mir sind, die sehr dankbar sind. Leute, die sich jetzt noch bemerkbar machen und schon in der zweiten Generation. Das hat schon ein bißchen mit dem Frühschoppen zu tun. Von denen wurde mir abverlangt, daß innerhalb sehr kurzer Zeit, kürzer als ein Jahr (...) In dieser Zeit haben wir doch buchstäblich das alles, was der Herr Höfer da auf dem Schiff gesagt hatte, Wirklichkeit werden lassen. Und Sendungen von damals, die gibt es jetzt noch, Tag für Tag. Das lief also hervorragend. Und wenn ein Betrieb klein anfängt und Erfolg hat, dann muß der sich ja ausdehnen. Dann sagt der Hanns Hartmann: ›Junge, denk mal nach. Wir müssen noch bißchen was tun für die Firma.‹ Dann sagte ich: ›Chef, ich fahre jetzt erst mal bißchen nach Kampen.‹ Dort war es wieder einer dieser schlimmen Tage mit Regen. Wir hatten da 'ne kleine Wohnung. Da nahm ich einen Bierdeckel, und dann kritzelte ich et-

was auf diesen Bierdeckel, und den Bierdeckel nahm ich mit.

Und wenn der Hanns Hartmann nachdachte und es ganz ernst meinte, dann lag auf seinem Schreibtisch irgend etwas, wo man so drauf kritzeln konnte, in meinem Fall war es ein Kreuzworträtsel. Als ich davor saß, sagte er: »Na Junge, haste denn was mitgebracht aus den Ferien?« Ich sagte: »Ich hab da was.« »Ja, dann fang mal an.« Und dann kam er, und ich trug etwas vor. Sie können ahnen, was. Dann hob er den Kopf und sagte: »Junge, mach mal.« Jetzt kommt eine Stelle, die mich sehr ergreift, verdammt noch mal. Ich war also beauftragt, diese Idee sofort in die Tat umzusetzen. Und dann habe ich also den »Internationalen Frühschoppen mit sechs Journalisten aus fünf Ländern« gemacht.

Höfer beschrieb nochmals ausdrücklich die Idee für die Konzeption der Sendung.

Mir begegnen immer wieder Leute mit Zitaten, die ich natürlich längst vergessen habe. Es ist nicht die Vaterschaft des Fernsehens, das wäre absurd. Aber es ist die Vaterschaft vergleichbarer Darbietungen, das kann man nicht bestreiten. Der Witz ist doch beim »Frühschoppen« erst einmal der saubere Titel: »Mit sechs Journalisten aus fünf Ländern«. Warum? Da war ein Krieg, nicht gewonnen, Folgen und so weiter. Der Prozeß der Annäherung zwischen den besiegten Deutschen und den Siegern von draußen ist durch dieses Stück Sendung, und das ist nicht von mir, wesentlich genährt worden. Mein fast schon bössartiger Trick - mein Englisch ist leidlich, mein Französisch ist leidlich, aber beides ist nicht vollkommen. Mir war doch klar: Dieses besiegte Land wird nur leben, wenn es mit den Siegern in jeder nur denkbaren Weise zusammenlebt und -arbeitet. Also muß man mit der Sprache umgehen können. Daß meine Tochter fünf Sprachen lernt, hat beispielsweise damit zu tun. Und ich habe nach dem Krieg außerhalb Deutschlands, die Wahrheit und nichts als die Wahrheit, nur englischen und französischen Boden, aber nicht für sehr lange, betreten. Darüber kann man spotten, aber es ist auch ein Pfiff dabei. Die Leute, die dazugehört haben, die waren in einer ähnlichen Lage wie ich. Ich glaube, ich bin nicht dabei zu ertappen, daß ich einmal mit großem Pathos gesagt habe: Jetzt müssen wir aber etwas tun, damit die Versöhnung mit dem »Erbfeind«... und so weiter. Das muß sich halt ergeben. (...) Ich habe nicht morgens gebetet, wir müßten etwas tun für die Annäherung. Das hat sich aus dem Konzept »sechs Journalisten aus fünf Ländern« ergeben.

Wie sehr er seine Arbeit als eine Reaktion auf die Erfordernisse der Zeit begriffen hat, zeigt auch die Antwort auf die Frage, ob es Vorbilder für die neue Sendung gegeben habe.

Nein, aber Bedarf im wahrsten Sinne des Wortes. Es ist noch längst nicht gesagt, daß, wenn ich 30 Jahre jünger wäre, damals nicht ein anderer gekommen wäre mit der Idee.

Interessant erscheint, daß es Höfer dabei nicht nur um die Verständigung durch Vermittlung politischer Ansichten ging, sondern daß als zweite

Komponente - die, wie manche Höfer-Kritiker immer wieder behaupteten, fast noch wichtiger war - eine spezifische, gemütlich-gesellige Gesprächsatmosphäre hinzutreten sollte. Mit der deutschen Sonntagstradition des politischen Kneipengesprächs zwischen Kirchengang und Mittagsmahl, in der er selbst aufgewachsen war, wollte er sowohl die in Deutschland arbeitenden Kollegen vertraut machen als auch die Hörer und später Zuschauer für sich gewinnen. Zum Vorgespräch, bei dem die Teilnehmer inmitten von Puderpinsel und Haarbürste auf die Sendung eingestimmt wurden, aber auf keinen Fall Diskussionsstoff vorwegnehmen sollten, wurden noch Kaffee, Cognac und Zigarren gereicht. Während der Diskussion gab es dann ausschließlich Wein, nach Höfers Ansicht quasi eine Manifestation des belebenden Geistes und ein in den Augen ausländischer Gäste positiv herausragender Bestandteil deutscher Lebensart. Auf diese Eigenart seiner Sendung war er bis zuletzt stolz.

Es war in Bonn - ach, das ist eine Geschichte, jetzt lobe ich mich leider selber, das erste Mal, wo ich mich selber lobe. Ich bestand darauf, daß es etwas zu trinken gibt für die sechs Leute, und das sollte sich abspielen in einem ganz unverfänglichen Rahmen. Ich fuhr mit dem Auto von Köln, wo ich zwar nicht mehr unter der Erde wohnte, aber auch nicht viel besser, morgens dahin und hatte zur Bedingung gemacht: Es gibt Wein. Der Hartmann und ich haben in der Kölner Kneipe »Walfisch« beschlossen: Diese Sendung bekommt einen Wein, den der Intendant und sein leitender Mitarbeiter ausgesucht haben, und der wird Sonntag für Sonntag serviert. Ich sage noch nicht, wo der Wein herkam. Und es gab überhaupt keine Gelegenheit bei dieser Veranstaltung, - ich schwöre beim Leben meiner Kinder - daß ein einziger Knülle gewesen wäre. Das hatte symbolischen Charakter. Es gab ein einziges Mal, daß der Vertreter eines wichtigen, wunderbaren, für Deutschland und die Welt sehr wichtigen Landes, nämlich ein Amerikaner, ein fabelhafter Kerl, ankam und sagte: »Ich bin das leid, diesen Wein hier genießen zu müssen. Gibt es denn da nichts Besseres?«

Nach der ersten Sitzung gab es nach zwei oder drei Tagen einen Brief von Adenauer, dem neuen Nachbarn, der wohnte nämlich da oben auf dem Berg. Der Brief ist leider nicht in einem Museum, er ist verlorengegangen. Der Sinn war: Das kann was werden, nur weiter so, Donnerwetter! Adenauer.

Zurück zu der Geschichte mit dem Wein. Wir haben das also gemacht und gemacht und gemacht, und eines Tages steht in den einschlägigen Blättern, daß der bekannte Weinerzeuger an der Ahr verhört und wenig später verurteilt worden ist. Ich habe bei der Gelegenheit gleichzeitig erfahren, daß eine entfernte Verwandte aus dem Ruhrgebiet, deren Familie außergewöhnlich verwöhnt war in allen Speisen und in jeglichem Trank, daß die diesen Wein auch im Hause hatten. Die Tochter des Hauses, ein bißchen älter als ich, pflegte für ihren Vater, meinen Onkel,

diesen Wein zu kaufen, und aus diesem Kaufen wurde eine Ehe. Also, diese Verwandte, deren Wein ich angeboten habe, gehörte praktisch zu meiner Familie. Das war eine fürchterliche Sache, aber das wurde ja sehr bald beendet.

»Wie das Fernsehen zu mir kam«

Der erste »Frühschoppen« wurde am 6. Januar 1952 aus Bonn im Hörfunk übertragen. Zu diesem Medium hatte Höfer bis zuletzt eine besondere Beziehung: Obwohl er sich immer wieder dafür ausgesprochen hatte, die Grenzen zwischen den Medien Fernsehen, Radio und Zeitung/Zeitschrift durchlässiger zu machen und sich darum bemühte, die Berührungsgänge der Journalisten vor dem jeweils anderen Medium zu verringern, war ihm der Hörfunk das liebste von allen, obwohl er auch diesen als eine eigentlich unnötige kulturelle Errungenschaft ansah.

Das Medium, das ich liebe und das ich in jedem Betracht für menschenwürdig halte, ist das Radio. Von morgens bis abends laufen bei mir die Radiogeräte, und die sind auch so gut geworden. Die jüngeren Mitarbeiter und die fabelhaften Frauen, die wahrnehmen, was ist und in der absolut schnellsten Weise weitergeben, was ist und dann auch noch dafür sorgen, daß es mir erklärt wird. Es gibt nichts vollkommeneres. (...) Es dürfte auch eigentlich Radio nicht geben. Der Mensch ist zum Denken da und sich denkend mitzuteilen, und die durchaus ausreichende Methode, sich mitzuteilen, sind der sprechende Mensch und der Mensch mit der Zeichensprache, also der schreibende Mensch.

So blieb er dem Hörfunk neben seiner Arbeit fürs Fernsehen auch weiterhin beruflich verbunden, als er 1957 die Leitung der Abteilung »Aktuelles« in der Hauptabteilung Politik des WDR übernahm. In dieser Funktion war er unter anderem verantwortlich für die Sendereihen »Zwischen Rhein und Weser« und den Kölner Anteil am »Echo des Tages«, an deren Entwicklung er bei der Einführung des UKW-Programms maßgeblich beteiligt gewesen war. Obwohl er auch im Regionalprogramm des WDR-Fernsehens Aufbauarbeit leistete und unter anderem die Sendung »Hier und Heute« konzipierte, hat Höfer immer wieder betont, daß er in dieser Anfangszeit die Tätigkeit fürs Fernsehen eher als Strafe angesehen habe⁸. Verstanden und in dieser Meinung unterstützt fühlte er sich vom Intendanten Hanns Hartmann.

Hartmann hat, das wird er verzeihen, sich sehr bemüht, daß die Einführung des Fernsehens möglichst lange hinausgeschoben wird. Aus zwei Gründen: Einmal, weil er, ähnlich wie ich, das Radio liebte, zum anderen aber, er war ja Theaterintendant gewesen, weil er meinte, man sollte dieses neue Gerät, von dem er wußte, daß es nicht zu verhindern sei, möglichst lange gären lassen. Und die erste selbständige Sendung des WDR, ich meine jetzt eine Bildersens-

dung, nicht Aktualitäten oder Sport, war diese Serie »So weit die Füße tragen«. Damit kam er stolz raus, und da hieß es in den Zeitungen: »Ja, so kann Fernsehen sein, so ist es möglich.«

Aus dieser skeptischen Haltung heraus gelangte Höfer zu einer fundamentalen Fehleinschätzung: Fest überzeugt davon, daß ein solcher »Kopfsalat«⁹ wie der »Frühschoppen« nicht zur bildschirmfüllenden Sendung taugte, hatte er durchgesetzt, daß bei der ersten Ausstrahlung im Fernsehen am 30. August 1953 von der Funkausstellung in Düsseldorf nur die Stimmen der Gesprächsteilnehmer zu hören sein und dazu Bilder vom Rhein, der Landschaft und den Ausstellungsbesuchern gezeigt werden sollten. Doch mußte er sich schließlich dem Willen der Zuschauer beugen, die bemängelten, daß sie lieber die Sprecher selbst sehen wollten.¹⁰ Seine Annäherung an das Fernsehen fand also nur langsam und auf Umwegen statt, auch wenn der Kommentar des Hamburger Fernsehintendanten Werner Pleister zur ersten Sendung, den Höfer betont beiläufig erinnert, bereits weit in die Zukunft weist.

Aber jetzt kommt die wunderbare, historische, weltgeschichtliche Tat mit dem Fernsehen. Walter Erasmus war der erste Mensch, der mir gezeigt hat, was das ist und wie das geht. Weil ich der Chef war, sagte er zu mir, ich sollte mir das doch einmal ansehen. Ich sagte: »Junge, laß mich in Ruhe.« Ich wollte mit Fernsehen überhaupt nichts am Hut haben. Eines Tages sagte er: »Ja, aber Sie sind doch immer für Aktualitäten, für das Allerneueste und so. Wollen Sie denn nicht mal sehen wie das jetzt in England bei der Krönung ist?« Und da war ich sehr unsicher, und schließlich habe ich nachgegeben. Diese Geschichte in England hat, glaube ich, zwei oder drei Tage gedauert. Ich habe mir jedenfalls sehr viel davon angesehen. Und dann kamen so Leute wie der Ernst usw., die Veteranen, und die eine Richtung sagte: Wir wollen kein Fernsehen; die andere Richtung: erst recht, und Erasmus war pro. Also da, in der Wohnung von Erasmus, habe ich zum ersten Mal ferngesehen. Der hat mich dazu immer eingeladen.

Und jetzt wie das Fernsehen zu mir kam. Es kam ein kecker Junge, ein Berliner: »Ich habe gehört, Sie machen hier irgendsoeine Sache jeden Sonntag, und das Ding ist duftig, habe ich gehört. Kommen Sie doch mal mit zur Funkausstellung nach Düsseldorf.« Ich sagte: »Wer sind Sie? Wie kommen Sie mir vor? Was soll ich da?« Der Chef der Zweiten Deutschen Funk- und Fernseh Ausstellung hatte gesagt, er solle mich dafür engagieren. Und da habe ich aus zwei Gründen, einmal um loyal zu sein, zum andern um nicht zaghaft zu sein - Angst habe ich nie gehabt, aber ich dachte, das ist doch ein Ding, schließlich wußte ich ja gar nicht, wie das geht usw. - da habe ich selbstverständlich den Hartmann gefragt, und da sagte er wieder: »Junge, mach mal.« Und dann fuhren wir mit so komischen kleinen Autos nach Düsseldorf. Jetzt müssen Sie sich vorstellen: der erste deutsche Mensch im Fernsehen. Da ist das Haus, wo die

Messe war, da war, wie es sich gehört, eine Straße, und hinter der Straße war ein Restaurant, die »Rheinterrasse«. Und da sollte ich mich um 11.00 Uhr spätestens mit diesen Leuten, die das machen sollten, einfinden. Dann kamen wir tropfenweise da an, und ich gehe da zaghaft rein, da kommt mir ein Mensch entgegen, groß und stattlich. »Wer sind Sie?« Ich sage: »Ich soll hier was für's Fernsehen machen bei der Funkausstellung ...« »Ach, Sie sind das. Setzen Sie sich mal, bißchen dünn die Haare, da kann man nachhelfen ...« Das war die erste Bearbeitung, der wurde später ein Mitarbeiter von mir. Dann gingen wir da rein, und hinter Glas saßen die sechs Jungs, und draußen vor der Tür, es war ja eine Messe, sah man wanderndes Volk. Und dann war das zu Ende und ich fragte: »Haben das denn überhaupt Leute gesehen?« Da sagte der Mann: »Doch, das war ein Knüller. Die meisten sind stehengeblieben.« Ich sage: »Was heißt das denn?« Da sagt er: »Die meisten gehen vorbei.« Das ist doch schon was. Als ich zum Auto gehen wollte, blieb der Pleister stehen und sagte: »Herr Höfer, das machen wir am nächsten Sonntag noch mal.« Ich sage: »Warum das denn?« Da sagt er: »Das war die Geburt eines Fernsehstars.« Mitten auf der Straße. Ich sage: »Nein, das kann ich nicht, ich bin ja nur abgeordnet, das hier zu machen.« Er hatte schon mit Hartmann gesprochen, und dabei blieb's dann. Das ist es.

»Ich bin der Provokateur«

In den Jahrzehnten seines Bestehens ist viel über den typischen Verlauf des »Frühschoppens« und die Rolle seines Leiters geschrieben worden. Während die linke bundesdeutsche Presse meist bemängelte, Höfer gebe sich allwissend, lasse aber in seinen bevormundenden Fragen große Wissenslücken und simplifizierendes Denken erkennen,¹¹ wurde er in den sozialistischen Medien der DDR eher als Sprachrohr des Normalbürgers gesehen.¹² Letzteres trifft offenbar eher das Verständnis, das Höfer, der sich selbst oft als »total halbgebildet« bezeichnet hat, von sich und von seiner Arbeit hatte.

Und dann habe ich eine Eigenschaft, die ich einem Mitarbeiter von mir eigentlich nicht erlaubt hätte. Ich war auf keinem dieser Gebiete, die jeweils fällig waren, perfekt. Aber das ging ja auch gar nicht. Aber, und das ist wichtig: Ich wollte es wissen. Und zwar so: noch mal, noch mal, noch mal... Ich kann nicht sagen, daß ich des kleinen Fritzchens Sprachrohr war, aber in der Richtung bewegte es sich. Und auch den Mut zu haben, noch mal nachzufragen: Was ist denn das? Wer war denn das? Wie kann denn das? Und dann, was bei allen Nachfolgern bisher nicht wahrzunehmen war: Der Mut, auch aus ganz entlegenen Ländern Journalisten einzuladen und Frauen, exotische Frauen... Die Neugier, das ist doch der Beruf des Journalisten, alles andere hat er doch links liegenzulassen.

Auf diese schlichte Grundformel will er die Sendung und ihren jahrzehntelangen Erfolg reduziert wissen. Deshalb habe es auch keine konzeptio-

nellen Änderungen gegeben, die sein ausgeprägtes Arbeitsethos hätten in Frage stellen können.

Nein, allerhöchstens Nuancen im Zuge der Entwicklung des Fernsehens... Menschenskind, reizt mich nicht. Ich schwöre beim Leben meiner Kinder, daß es vor mir liegend nie ein Stück Papier gegeben hat, nirgendwo auf dem Tisch. Denn ich will das wissen, was ich nicht weiß, und die Weisheit kommt von dem (zeigt auf ein fiktives Gegenüber). Ich bin der Provokateur. Das haben mir die Leute nicht geglaubt. Ich habe ja auch eine Zeitlang gezögert und gedacht, so etwas würde ich nicht machen können. Aber dann dachte ich als mittelmäßiger Leute Kind: Das will ich doch mal sehen, und es ging ja dann auch. Ich bin nie neugierig gewesen auf Leute, es sei denn, die Sache will es. Dann aber ran. Vernünftig sein, die Kirche im Dorf lassen und eine ganz simple Geschichte: Man muß einfach fleißig sein. Ich war von morgens bis abends dran. Man wurde ja auch gut bezahlt und gut behandelt.

Daß auch an dieser Stelle die Bescheidenheit Höfers eher eine stilistische Figur war, zeigte sich im selben Zusammenhang, als er berichtete, wie er seine Teilnehmerrunden zusammensetzte. An dieser Stelle des Gesprächsverlaufs beteiligte sich auch seine Frau, um dem Gesagten noch mehr Nachdruck zu verleihen:

Frage: Wie kamen Sie damals eigentlich an die Leute heran?

Höfer: Das ist die Frage, die ich eigentlich unterdrücken wollte, aber darf ich sagen: Persönlichkeit?

Frau Höfer: Es gab ja die Liste der Auslandskorrespondenten, und unter den Kollegen war es so eine Art Ehrung, eingeladen zu werden.

Frage: Gab es dafür bestimmte Kriterien?

Selbstverständlich. Die Sache will es, das Thema. Das hat mir schon mal Ärger eingetragen. Es gab Sendungen, wo ich die Besetzung am Samstag noch geändert habe, weil sich die Weltgeschichte geändert hatte.

Frage: Es war damals doch eine wichtige Entscheidung, neben westlichen Journalisten auch Leute aus osteuropäischen Ländern einzuladen. Erinnern Sie sich noch daran?

Aber selbstverständlich. Im Grunde genommen waren die ja damals interessanter als heute.

Frau Höfer: Nur die aus der ehemaligen DDR bekamen bis zum Schluß keine Genehmigung, da haben wir Gott weiß was versucht.

Einige meiner Kollegen, die das jetzt machen, laden nur Deutsche ein, das ist so eine Sache. Aber ich glaube, daß Leute, die nicht gerade aus Ländern wie der Schweiz oder Österreich kommen, nach wie vor den Reiz des Exotischen haben für die sogenannten einfachen Leute.

Höfers Selbstverständnis als Provokateur erweist sich jedoch als problematisch. Zwar be-

handelte er regelmäßig die großen Krisen und Probleme der innerdeutschen wie der internationalen Politik, so unter anderem die Ungarnkrise 1956 oder den Mauerbau 1961, und kann insofern sicherlich als jemand gelten, der zu diesen Themen die Meinung der Fachjournalisten gründlich erfragt hat. Jedoch verfiel er einerseits hin und wieder darauf, bestimmte politische Linien oder Ereignisse, die den Heimatländern der Gäste zuzuordnen waren, an diesen Journalisten zu personalisieren und sah sich als Diskussionsleiter auch in der Schiedsrichterpflicht, den Teilnehmern das Wort zuzuweisen und nach seinem Sinn für Ausgewogenheit zu verteilen. Auch dies trug dazu bei, daß seine Gesprächsführung in der Presse immer wieder kritisiert und er sogar als »Mr. Germany«,¹³ der sich als Stellvertreter des deutschen Gewissens fühle, bezeichnet wurde.

Andererseits konnte er ebenfalls sehr beherzt eingreifen und, entgegen seiner sonstigen Gepflogenheit, seinem Gegenüber regelrecht den Mund verbieten, wenn deutsche Themen angesprochen wurden, die ihm zu heikel erschienen. Beispielhaft war dies 1968 nachzuvollziehen, als er, veranlaßt durch die Krise um Aktivitäten des damaligen Bundespräsidenten Lübke während der Zeit des Nationalsozialismus, den publizistischen Umgang mit Staatsoberhäuptern zum Thema der Sendung erkor. Als jedoch der Bundesregierung bekannt wurde, daß auch Henri Nannen zu den geladenen Gästen zählte, der kurz zuvor herbe Kritik am Bundespräsidenten geäußert hatte, gerieten Höfer und der WDR-Intendant Klaus von Bismarck unter heftigen politischen Druck aus der Nachbarstadt Bonn. Da eine Themenänderung ebenso unmöglich war wie ein Ausladen des riskant gewordenen Gesprächspartners, blieb dem Gastgeber nur noch der Versuch, die Gäste in seinem Sinne zu beeinflussen und notfalls mit dem Abbruch der Sendung zu drohen – das Stichwort dazu war mit dem Regisseur schon abgesprochen. Doch nachdem Nannen zu Beginn der Sendung diese Androhung auch dem Fernsehpublikum bekanntgemacht hatte, beschränkte sich Höfer darauf, dem unbequemen Journalisten mehrfach ins Wort zu fallen und ihn inmitten seiner Ausführungen zu bremsen.¹⁴

»Ich bin ein Showman«

Die Bedeutung, die der Moderatorenposten beim »Frühschoppen« für Werner Höfer gehabt haben muß, läßt sich schon angesichts der ungeheuren Kontinuität seiner Arbeit erahnen: Zwischen 1952 und 1987, also in 35 Jahren oder, anders ausgedrückt, über 1 800 Sendungen, hat er nur dreimal wegen Krankheit gefehlt.¹⁵ Der Kolle-

genklatsch kolportierte immer wieder, er reise deshalb im Urlaub nur höchstens bis Sylt, damit er sonntags wieder vor der Kamera das Glas erheben könne. Diese Vermutung traf offenbar auch den Kern der Dinge, wie an Höfers Antwort auf die Frage deutlich wird, ob er jemals in den USA gewesen sei.

Nein, aber ich bilde mir ein, Amerika besser zu kennen als tausend andere. Das lag aber auch daran, daß keine Zeit war, den die Zeit zwischen zwei Sonntagen ist ja auch schnell vorüber.

Unvergessen wird auch die Sendung vom 4. Januar 1976 bleiben: Wegen einer Sturmflut konnte Höfer Sylt nicht verlassen. Dennoch ließ er es sich nicht nehmen, wenigstens telefonisch an der Sendung teilzunehmen, für deren Leitung im Studio Rudolf Augstein eingesprungen war. Offenbar entsprachen die allwöchentliche Präsenz in den deutschen Wohnzimmern und das Bewußtsein, eine Institution zu sein, zu sehr seinem latent wohl stets vorhandenen Bedürfnis nach Selbstdarstellung, das schon seinen Berufswunsch beeinflusst hatte.

Frage: Wären Sie gerne Schauspieler geworden?

Wissen Sie, warum ich es nicht geworden bin? Weil ich mir nicht zugetraut habe, an körperlicher Wirkung das zu bringen, was man da braucht. Welch ein Irrtum. Inzwischen habe ich ja gelernt, daß man einen Buckel haben kann, Werner Kraus war einer der größten, die wir hatten. Das hätte ich ganz gerne gemacht. Ich war ja auch mit einer aus dieser Zunft verheiratet. Das war zwar Ballett, aber immerhin.

Frage: Haben Sie vielleicht versucht, sich diesen Wunsch - natürlich in sehr reduzierter Form - in Ihrer Moderatorentätigkeit zu erfüllen? Ist es richtig, daß Sie einmal von sich gesagt haben: »Ich bin ein Showman«?

Es ist leider nicht falsch. Ich habe eine Eigenschaft, deren ich mich aber nicht schäme: Es muß ein bißchen klingen und Farbe haben. (...) Ich weiß, daß das nach Eitelkeit klingt, aber was soll's.

So blieb Werner Höfer bei allen beruflichen Wechsellern seiner Sonntagsstunde treu: Als er 1961 die Bildredaktion der »Neuen Illustrierten« übernahm, setzte er den »Frühschoppen« auf Honorarbasis fort, und auch als er 1964 Direktor des Dritten Fernsehprogramms, von 1971 bis 1977 Fernsehdirektor des WDR und danach »diplomatischer Korrespondent« im Bonner Büro des »Stern« wurde, trat er nach wie vor selbst vor die Kamera. Aufhören wollte er erst dann, wenn er »das Hand- und Mundwerkliche« nicht mehr beherrscht hätte. Auch hierin zeigt sich die immense Bedeutung, die das Festhalten an »seiner« Sendung für ihn gehabt hat.

Also, die ganze Wahrheit ist: Ich wäre am liebsten damit gestorben... Also da habe ich etwas gesagt,

das habe ich noch nie in meinem Leben gesagt. Ich würde Sie bitten, das so zu schreiben.

Doch hier trog ihn seine Erinnerung. Tatsächlich hatte er mit zunehmendem Alter immer häufiger diesen Gedanken geäußert und ihn sogar weiter ausgeschmückt, es müsse sofort die Schwarzblende gezogen werden. Zwar hatte er 1983 schon prophezeit: »aber das Glück wird mir nicht beschieden sein«,¹⁶ doch wird er dabei wohl kaum an einen so unrühmlichen Abgang gedacht haben, wie er ihm noch bevorstehen sollte.

»Die einfache Formel ist:
Man muß die Menschen lieben«

Diesen Abschied und seine Hintergründe und damit auch die ganze Person Werner Höfers abschließend zu bewerten, ist schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Zu erdrückend waren die Belege, die der »Spiegel« zu seinem journalistischen Wirken im nationalsozialistischen Deutschland veröffentlicht hatte, zu lang sein Schweigen darüber, zu unglaublich seine Entschuldigung, man habe ihm die dem Mord an dem jungen Pianisten Karlobert Kreiten zustimmende Passage »hineinredigiert«.

Doch darf darüber auch nicht die über 40 Jahre dauernde Arbeit für den Aufbau einer neuen, demokratischen Medienlandschaft in der Bundesrepublik vergessen werden. In seinen leitenden Positionen tat er alles dafür, aus dem WDR einen liberalen, offenen und flexiblen Sender zu machen, und scheute auch vor problematischen Inhalten nicht zurück. Als im November 1976 Wolf Biermann nach einem Auftritt in Köln, bei dem er in politischen Liedern unverhohlene Kritik an seinem Staat geäußert hatte, ausgebürgert wurde, beschloß Höfer spontan, diesen Auftritt zu zeigen, und warf dafür kurzfristig den gesamten Programmablauf um. Und wie stark er gerade auch mit dem »Frühschoppen« bei seinen Zuschauern den Eindruck politischer Integrität hinterlassen hatte, zeigten auch die vielen privaten Leserbriefschreiber, die sich nach den »Spiegel«-Enthüllungen zu seinen Apologeten machten.

Höfer selbst wies jedoch jeden Versuch, die beiden Seiten seiner Tätigkeit vor und nach 1945 als die Schalen einer Waage anzusehen, weit von sich. Er habe sich einfach »um Demokratie und Toleranz bemüht« und die »Entmystifizierung der Politik« betreiben wollen.¹⁷ Dazu paßt auch sein Credo, der Leitspruch, den er über sein ganzes Medienschaffen gestellt hatte:

»Man muß die Menschen lieben, die Sache und die Menschen, aber der Mensch ist noch ein bißchen wichtiger.«

Eva-Maria Marzok, Osnabrück

- 1 Vgl. Wolfgang Becker: Zeitzeugen-Erinnerungen. Der Beitrag der Medien zur Westorientierung der Bundesrepublik Deutschland in den 50er und 60er Jahren. In: RuG Jg. 23 (1997), H. 1, S. 41-44.
- 2 »Der ewige Anfänger« lautet auch die Überschrift des von Heinz-Josef Hubert geführten Interviews. In: WDR print Jg. 1983, Nr. 83, S. 7.
- 3 Werner-Höfer-Schau. In: DER SPIEGEL Jg. 13 (1959), Nr. 50, S. 52.
- 4 Wo ist das bessere Fernsehen? In: epd Kirche und Rundfunk Jg. 1983, Nr. 20, S. 2.
- 5 Werner Höfer, befragt von Eva-Maria Freiburg und Wolf Bierbach: Wenn ich mich erinnere. In: Walter Först (Hrsg.): Aus Köln in die Welt. Köln/Berlin 1974, S. 105-140, hier S. 110.
- 6 Ebd., S. 137.
- 7 Werner Höfer: Bin ich ›lmi‹, bin ich Kölner? In: Köln Jg. 22 (1976), H. 4, S. 10.
- 8 Höfer (wie Anm. 5), S. 122.
- 9 Ebd., S. 139.
- 10 Wo ist das bessere Fernsehen? (wie Anm. 4)
- 11 Werner-Höfer-Schau (wie Anm. 3), S. 57.
- 12 Vgl. Uwe Becker: Die manipulative Gesprächsführung Werner Höfers. In: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus Jg. 1978, H. 6, S. 24; ähnlich vgl. Christian Deutschmann: Der ›Internationale Frühschoppen‹ und das ›Sonntagsgespräch‹. In: Sprache im technischen Zeitalter Jg. 2, H. 33 - 36, S. 221.
- 13 Werner-Höfer-Schau (wie Anm. 3), S. 53.
- 14 Diese Episode ist nachzulesen unter dem Titel »Öfter so«. In: DER SPIEGEL Jg. 22 (1968), Nr. 11, S. 36 - 39.
- 15 Ein Mann wird 75. Filmportrait über Werner Höfer von Klaus Ripp, WDR 3, 21.3.1988.
- 16 Der ewige Anfänger (wie Anm. 2).
- 17 Ein Mann wird 75 (wie Anm. 15).

Das Historische Archiv des Westdeutschen Rundfunks Köln

Geschichte

Das Historische Archiv des Westdeutschen Rundfunks (WDR) wurde am 1. Januar 1964 gegründet. Mit der Einrichtung des Archivs folgte der WDR einer Entschließung der Historischen Kommission der ARD, die am 15. Januar 1963 die Gründung von Schriftgutarchiven in den einzelnen ARD-Rundfunkanstalten zur Sicherung rundfunkgeschichtlich relevanten Archivgutes angeregt hatte. Zwar verfügten die Rundfunk-

anstellen, so auch der WDR, über funktions-tüchtige Archive für Tondokumente, Film und Presse, doch sollte auch die Überlieferung von Korrespondenz, Sendelaufplänen, Programmfahnen oder Sendemanuskripten sichergestellt werden.

Bei seiner Gründung verfügte das Historische Archiv zunächst nur über eine Planstelle und war bei der Sendeleitung des Hörfunks angesiedelt. Diese organisatorische Anbindung erklärt sich möglicherweise aus dem besonderen Engagement des damaligen Sendeleiters Dr. Franz Bernhard Zons (1905-1987), der den WDR in der Historischen Kommission der ARD vertrat. Nach der Pensionierung der ersten Leiterin des Historischen Archivs, Dr. Rosemarein Rossbach, am 31. Oktober 1973 wurde das Archiv zum 1. Januar 1974 der Abteilung Bibliothek und Archive des WDR als eigenständiges Ressort angegliedert. Die Planstelle des Historischen Archivs verblieb jedoch bei der Sendeleitung, so daß Frau Rossbach die Geschäfte für die folgenden zweieinhalb Jahre interimistisch weiterführte. Zum 3. Mai 1976 wechselte die Chefsekretärin des vormaligen Intendanten Klaus von Bismarck, Eleonore Fuhr, mit einer Planstelle aus der Intendanz in die Abteilung Bibliothek und Archive, so daß die kontinuierliche Betreuung des Historischen Archivs gesichert war. Seit dem 1. August 1990 verfügt das Historische Archiv über eine zweite Planstelle für eine Wirtschaftsarchivarin.

Im Zuge einer Umstrukturierung der WDR-Archive wurde das Historische Archiv im Februar 1996 dem Ressort Bibliothek/Pressearchive/Datendienst angegliedert und übernahm am 1. Oktober 1996 das Altaktenarchiv/Zwischenarchiv, das zuvor von der Abteilung Innere Dienste mit einer halben Planstelle verwaltet wurde. Zum 1. Januar 1997 erhielt dieser neu geschaffene Archivbereich die Bezeichnung Printarchiv. Weitere Umstrukturierungen erfolgten durch die Zusammenfassungen der Ressorts Bild- und Filmarchiv zum Bild- und Videoarchiv sowie des Notenarchivs und des Schallarchivs zu einer Organisationseinheit. Die drei neustrukturierten Bereiche lösen die alte Archivstruktur der Abteilung Bibliothek und Archive mit vormaligen eigenständigen sieben Ressorts ab. Ebenfalls zum 1. Januar 1997 wurde die neustrukturierte Abteilung in Dokumentation und Archive umbenannt; sie verfügt derzeit über 137 Planstellen.

Aufgaben

Das Historische Archiv des WDR nimmt innerhalb seiner Trägerinstitution die folgenden drei Funktionen wahr:

- als klassisches Endarchiv für Schriftgut des WDR mit alleiniger Entscheidungsbefugnis zur Daueraufbewahrung,
- als Informations- und Dokumentationsstelle zur Geschichte des WDR und seiner Vorgänger (seit 1924),
- als Altaktenarchiv (oder sogenanntes »Zwischenarchiv«) zur Verwaltung der im Haus produzierten Akten, Belege und sonstigen Unterlagen gemäß gesetzlich und intern geregelten Aufbewahrungsfristen.

Als klassisches Archiv ist das Historische Archiv des WDR zuständig für die Begutachtung, die Übernahme bzw. Kassation sowie die formale und inhaltliche Erschließung der aus sämtlichen Organisationseinheiten des Hauses erwachsenden Akten. Als Informations- und Dokumentations(luD)-Stelle zur Geschichte des WDR und seiner Vorgänger hält das Historische Archiv Informationen zu Personen (Intendanten, Direktoren, Redakteure, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus den Bereichen Literatur, Kunst und Musik, sofern ein Bezug zum WDR gegeben ist, etc.), Daten und Ereignissen (Erstsendedaten, Bau und Einweihung von WDR-Gebäuden oder Studios etc.) bereit.

Bestände

Das Historische Archiv verwahrt und/oder archiviert aus dem Geschäftsgang ausgesondertes Schriftgut der Organisationseinheiten des WDR, z.B. Intendanz, Pressestelle, Öffentlichkeitsarbeit, Medienreferat, Direktionen (Hörfunk, Fernsehen, Produktion, Technik, Verwaltung), Sozialwerk, Studios, Redakteurausschuß und partiell auch Gremien. Innerhalb der Hörfunk- und Fernsehdirektion fallen beispielsweise Akten aus den einzelnen Programmbereichen, Ressorts und Redaktionen wie interne und externe Korrespondenz, Hörer- und Zuschauerpost, Sendelaufpläne, Original- und Sendemanuskripte, Protokolle, Statistiken, Presseinformationen und -reaktionen, Produktionsunterlagen etc. an. Während ein großer Teil dieser Akten als archivwürdig angesehen wird und zur Daueraufbewahrung gelangt, werden einzelne Aktentypen lediglich gemäß Dienstanweisung verwahrt und nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist kassiert. Dabei handelt es sich vor allen Dingen um Beschaffungsunterlagen (Angebote, Rechnungen, Reklamationen), Honorare, Unterlagen aus dem Kfz-Wesen (Fahrtenschreiber, Wagenanforderungen), etc. Der überlieferte Bestand ist von unterschiedlicher Dichte und Güte.

Aufgrund der starken Beschädigung des vormaligen Funkhauses in der Dagobertstraße durch die Bombardierung Kölns während des Zweiten Weltkrieges - das heutige WDR-Funk-

haus am Wallrafplatz wurde erst im Jahre 1952 bezugsfertig - verfügt das Historische Archiv über keinen gewachsenen Aktenbestand aus der Zeit vor 1945. Der Bestand der ersten Nachkriegsjahre ist unterschiedlich dicht: Während beispielsweise nur einzelne Akten aus dem Hörfunkressort »Musikalische Unterhaltung« überliefert sind, ist das Ressort »Sinfonie und Oper«, u.a. mit der Dokumentation der frühesten Konzerte des Kölner Rundfunk-Sinfonie-Orchesters erstaunlich gut vertreten.

Eine historische Fotosammlung wurde an das Bildarchiv abgegeben. Auch in Akten enthaltene audiovisuelle Datenträger (Dias, Fotos, Musikassetten etc.) werden an die zuständigen Archive innerhalb der Abteilung weitergegeben.

Aktenbestand

Derzeit sind knapp 9 000 Akten in Flachablage gebracht, formal und inhaltlich erschlossen sowie retrievelfähig (Stand: 31.10.1997). Der jährliche Zuwachs beträgt zur Zeit im Durchschnitt ca. 100 lfm (ca. 1 200 Akten) pro Jahr.

Zu den wichtigsten verzeichneten Beständen zählen:

- Intendant Hanns Hartmann (1947-1960), 361 Faszikel, hierin u.a. externe Korrespondenz (1953-1960), 67 Faszikel, z.B. externe Korrespondenz mit Bernd Alois Zimmermann, Peter von Zahn, Heinrich Böll, Luigi Nono, Pierre Boulez, u.v.a.;
- Hörfunkdirektor Fritz Brühl (1959-1972), 588 Faszikel;
- Sendeleitung Hörfunk mit Sendemanuskripten aus verschiedenen Hörfunksparten (1953-1984), 201 Faszikel;
- Hörfunkressorts »Neue Musik« (1968-1982), »Elektronisches Studio« (1968-1979), »Sinfonie und Oper« (1951-1983), 32 Faszikel Korrespondenz, 191 Faszikel Korrespondenz und Produktionsunterlagen
- Politik Hörfunk (1949-1991), 1395 Faszikel, darunter u.a.

Werner Höfer (1952-1983), 184 Faszikel mit Korrespondenz, Hörerpost, Manuskripten, betr. u.a. die Sendereihe »Internationaler Frühschoppen«;

Carola Stern (1975-1986), 161 Faszikel, Korrespondenz, Original- und Sendemanuskripte, Hörerpost;

Sendereihe »Der Hörer hat das Wort« (1949-1959), 102 Faszikel Hörerpost mit einem Querschnitt durch alle in den 50er Jahren kontrovers diskutierten Themen;¹

Regionalmagazin »Zwischen Rhein und Weser« (1953-1990), 250 Faszikel, Moderatoren u.a.: Werner Höfer, Christian von Chmielewski, Walter Erasmj, Peter von Zahn, Gerd Ruge etc.;

Landfunk (1953-1993), 116 Faszikel mit Sendemanuskripten;

- Reporter Dr. Bernhard Ernst (1946-1957), 16 Faszikel;

- Kirchenfunk (1951-1973), 214 Faszikel, Original- und Sendemanuskripte, Korrespondenz;

- Schulfunk (1950-1969), 190 Faszikel mit Originalmanuskripten sowie Begleitheften des Schulfunks;

- Kinder- und Jugendprogramm (1968-1988), 71 Faszikel, z.B. »Der Spatz vom Wallrafplatz«, »Der Hase Cäsar« / »Spaß am Montag/Dienstag«, ca. 80 Faszikel, »Rockpalast« (1977-1985), 12 Faszikel Zuschauerpost;

- Fernseh-Unterhaltung, z.B. »Spiel ohne Grenzen« (1965-1971), 40 Faszikel; Fernsehspiel (1960-1990), 75 Faszikel (Produktionsunterlagen/Zuschauerpost zu »Holocaust«, »Rote Erde«, »Berlin Alexanderplatz«, »Tatort«, »Acht Stunden sind kein Tag«, »Ein Herz und eine Seele«);

- Fernsehredaktion »Monitor« (1965-1976), 74 Faszikel, Original- und Sendemanuskripte, Produktionsunterlagen, Korrespondenz.

Im Altaktenarchiv befinden sich derzeit ca. 50 000 Akteneinheiten. Zu diesem Bestand zählen sowohl Akten, die nach den in der Dienstanweisung genannten Aufbewahrungsfristen kassiert werden, als auch solche, die nach Ablauf dieser Fristen zur Verzeichnung und damit in die Daueraufbewahrung gelangen. Zu den Akten, die ihrer Verzeichnung harren, gehören u.a. die Bestände

Intendant Klaus von Bismarck (1961-1976),
Intendant Friedrich Wilhelm Freiherr von Sell (1976-1985),

Intendant Friedrich Nowotny (1985-1995);
Direktionen (Fernsehen, Hörfunk, Produktion, Technik und Verwaltung),

Öffentlichkeitsarbeit,
Justitiar, Verwaltungs- und Finanzdirektor Hans Brack (1956-1970).

Sammlung und Dokumentation, Rara

Als das Historische Archiv im Jahre 1964 gegründet wurde, verfügte es, wie bereits erwähnt, weder über einen gewachsenen Aktenbestand aus der Frühzeit des Hauses, noch war es mit endarchivischer Kompetenz ausgestattet. Deshalb wurde zunächst der Versuch unternommen, möglichst viel Material aus den 20er bis 50er Jahren aus verschiedenen Quellen zusammenzutragen. Entsprechend heterogen ist das, was sich hinter dem Begriff »Sammlung« verbirgt: Es reicht von Personendossiers, über kopierte Artikel aus Rundfunkzeitschriften der 20er Jahre, Hausausweisen, Blankobriefpapier, einer Partitur

und Dienstanweisungen bis hin zu dem Nachlaß des Hörspielregisseurs Josef Kandner. Erwähnenswert sind insbesondere die Zeitzeugenberichte von »Rundfunkpionieren«, die dem Historischen Archiv Kopien aus ihren Privatsammlungen überließen. Eine derartige Bestandsergänzung wird derzeit mangels Zeit und Personal nicht weiterverfolgt.

In der Dokumentation werden Informationen über Personen, Daten und Fakten bereitgehalten. Beispiele für dieses Material sind etwa Konzertprogramme, Broschüren, Personendossiers, Veranstaltungshinweise und Informationen über Umstrukturierungen von Organisationseinheiten oder ähnliches Material, das das Archiv per Verteiler hausintern erhält.

Zu den wertvollen Unikaten des Historischen Archivs gehören die Gründungsakten der Westdeutschen Funkstunde AG (WEFAG) in Münster aus dem Jahre 1924 oder die handschriftliche Korrespondenz des Intendanten Ernst Hardt (1926-1933) mit dem Arbeiterschriftsteller Karl August Düppengießer aus den Jahren von 1928 bis 1946. Darüber hinaus sind drei repräsentative ledergebundene Gästebücher der WEFAG, der Westdeutschen Rundfunk AG (WERAG) bzw. des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR)/WDR Köln mit handschriftlichen Einträgen (und/oder Autogrammkarten) von Prominenten zu nennen, die von 1924 bis in die 70er Jahre Gäste im Kölner Funkhaus waren, u.a. vor 1945 Hans Bredow, Heinz Rühmann, Hans Albers, Marianne Hoppe, Franz Lehár, Gerhart Hauptmann, Leni Riefenstahl und nach 1945 Rudolf Amelunxen, Hugh Carleton Greene, Max Planck, Gustaf Gründgens, Caterina Valente, Hannelore Elsner, Peter Alexander, Roy Black und Heino.

Plakate

Derzeit (Stand: 31.10.1997) verfügt das Historische Archiv über eine Sammlung von 2 418 Plakaten des WDR. Es handelt sich um Unikate zu diversen Aktivitäten des Westdeutschen Rundfunks wie Konzerte, Diskussionsveranstaltungen, Werbekampagnen für Sendereihen und das Unternehmen WDR (1953-1997). Diese werden plan liegend in säurefreien Archivmappen aufbewahrt. Sie werden von Pressestelle und Öffentlichkeitsarbeit per Verteiler zugeliefert. Nicht nachgewiesene Unikate, vor allen Dingen aus den 50er Jahren, konnten - leider geknickt und gelocht (!!!) - aus Aktenbeständen entnommen und dem Plakatbestand zugeführt werden. Die Plakate sind grob formal erschlossen und indiziert sowie mittels EDV recherchierbar. Eine motivische oder inhaltliche Erschließung erfolgt augenblicklich jedoch aufgrund knapper Personal-

ressourcen bei gleichzeitig geringer Nutzungsquote nicht.

Objektdokumentation

Als Ergänzung zum Schrift- und Sammlungsgut bemüht sich das Historische Archiv seit 1996 um eine Auswahldokumentation von Objekten. An die Etablierung eines musealen Zweiges, etwa für technisches Gerät, ist dabei allerdings nicht gedacht. Es geht vielmehr um die Bereithaltung von Werbeträgern und -Merchandisingprodukten, Grafik-Inserts und Requisiten, Logos etc. Die Ausstellung »Der Traum vom Sehen« im Gasometer in Oberhausen hat jedoch deutlich gemacht, daß die Rundfunkanstalten über eine Vielzahl unentdeckter und ungenutzter Schätze jenseits der Überlieferung von audiovisuellen Quellen und Schriftgut verfügen, z.B. über handgezeichnete Pausenbilder, Miniaturen von Studioausstattungen, Filmrequisiten etc. Heute wäre das Historische Archiv froh, wenn es Kugelschreiber oder Schreibblöcke mit dem NWDR-Logo aus den 50er Jahren hätte, die sich als Ausstellungsexponate bestens eignen. Zur Zeit verfügt das Historische Archiv jedoch lediglich über eine kleine Sammlung von Karnevalsorden, Stickern und Aufklebern, die mehr oder weniger zufällig in das Archiv gelangten. Diese Objekte sollten nicht der Grauzone der zufälligen Überlieferung überlassen bleiben, sondern müssen zeitgerecht, sachgerecht und dauerhaft archiviert werden. Nicht anders als in der Privatwirtschaft, in der eine starke emotionale Bindung zu den den Alltag der »Kunden« begleitenden Produkten besteht und gezielt als Identifikationsmoment mit einer Firma genutzt wird, verhält es sich z.B. mit der »Maus«, dem »Internationalen Frühshoppen« oder der »Tagesschau«.

Nachweissysteme

Das Historische Archiv verfügt sowohl über konventionelle als auch über elektronische Nachweissysteme, die parallel zueinander benutzt werden. Im klassischen Archivzweig existieren Bestands- und Provenienzübersichten, Konkordanzen, historische und aktuelle Aktenpläne sowie Bestandsbeschreibungen für die wichtigsten bearbeiteten Bestände.

An Karteien stehen zur Verfügung:

a) eine Stich-/Schlagwortkartei mit Hinweisen zu Sendereihen (Erstsendedaten, Jubiläen), Programmschemata des Hörfunks und des Fernsehens, Studios (Landes-, Regional- und Auslandsstudios), Gebäuden und Sendern, Preisen (vom WDR verliehene und von WDR-Mitarbeitern erhaltene), öffentlichen Veranstaltungen (Konzertreihen, Galas etc.) des WDR und allen wichtigen Vorgängen innerhalb des Hauses

(technische Neuerungen, organisatorische Umstrukturierungen, Regionalisierung, Frauenförderung, ARD-Betreffe etc.);

b) eine chronologische Kartei (1923-1990);

c) eine Personenkartei zu WDR-relevanten Personen (feste und freie Mitarbeiter, Autoren, Komponisten etc.).

Diese Karteien wurden bis etwa 1989/90 gepflegt. 1990 erfolgte die Einführung des elektronischen Dokumentenretrievalsystems SCOXDOC auf der Basis eines SCO-UNIX-Betriebssystems mit drei Pools für die Aktenverzeichnung, die Dokumentation mitsamt dem historischen Sammlungsgut sowie den Plakatbestand. Während der verzeichnete Akten- und Plakatbestand vollständig retrievalfähig ist, muß bei der Dokumentation noch zweigleisig recherchiert werden: bis 1945 mittels EDV, ab 1945 mittels Kartei bzw. Erfassungsbögen.

Da sie das komplette gesendete Hörfunkprogramm (Wort und Musik) widerspiegeln und in vielen Fällen auch die Sendemanuskripte enthalten, sind Programmfahnen und Sendelaufpläne des Hörfunks eine besonders wertvolle Quelle für interne und externe Nutzer. Das Historische Archiv verfügt über nahezu lückenlose mikroverfilmte Programmfahnen und Sendelaufpläne der Sendeleitung Hörfunk ab September 1945 bis Februar 1997 (Lücken für die Jahre 1947/48). Auch Manuskripte und Drehbücher von Sendereihen und Fernsehspielproduktionen (»Kritische Chronik«, »Lindenstraße«, »Tatort«, »Das Halstuch« etc.) hält das Historische Archiv auf Mikrofilm archiviert (Die Sendelaufpläne des Fernsehens sind im Bild- und Videoarchiv vorhanden). Darüber hinaus steht ein Handapparat mit den üblichen Nachschlagewerken und wissenschaftlicher Sekundärliteratur ebenso bereit wie hausinterne Informationsquellen. Zu ihnen zählen Telefonbücher, Mitarbeiterlisten, Kostenstellenverzeichnisse, Organigramme, Informationen der Pressestelle, Unternehmensbroschüren, Konzertprogramme sowie die Jahrbücher und Jahresberichte der Intendanz.

Im Altaktenarchiv werden ausschließlich konventionelle Nachweissysteme eingesetzt. Die eingehenden Altaktenaussonderungslisten werden mit dem Standort der Akten versehen und sowohl nach der abgebenden Organisationseinheit als auch nach dem frühesten Kassationsjahr (sofern nicht für eine Daueraufbewahrung vorgesehen) abgelegt. Darüber hinaus gibt es ein alphabetisches Register zur Ablage der mit den abgebenden Organisationseinheiten ergänzend zur Dienstanweisung getroffenen Vereinbarungen.

Benutzungsmodalitäten

Die Benutzungsmodalitäten des Historischen Archivs regelt die Dienstanweisung für die Benutzung der Bibliothek und der Dokumentationsstellen des WDR, die sogenannte Archivordnung, in der Fassung vom 28. Mai 1990 (publiziert in der Vorschriftensammlung des WDR, 8.5.7.). Hierzu heißt es:

»7.1. Archivgut des Historischen Archivs kann nach Ablauf der Sperrfristen gem. Ziffer 7.2. nutzen, wer ein berechtigtes Interesse an der Nutzung glaubhaft macht. Ein berechtigtes Interesse an der Nutzung ist insbesondere gegeben, wenn die Nutzung zu dienstlichen Zwecken des WDR, zu wissenschaftlichen und publizistischen Zwecken oder zur Wahrung von persönlichen Belangen begehrt wird.

7.2. Archivgut des Historischen Archivs darf frühestens nach Ablauf von 30 Jahren seit Entstehung der Unterlagen genutzt werden. Bezieht Archivgut sich nach seiner Zweckbestimmung oder nach seinem wesentlichen Inhalt auf eine natürliche Person, so darf es frühestens 10 Jahre nach deren Tod genutzt werden; ist der Todestag dem Historischen Archiv nicht bekannt, endet die Sperrfrist 90 Jahre nach der Geburt. Die vorgenannten Sperrfristen gelten nicht für solche Unterlagen, die bereits bei ihrer Entstehung zur Veröffentlichung bestimmt waren.

Die Organisationseinheit, aus deren Bereich Archivgut in das Historische Archiv überführt worden ist, hat das Recht, dieses Archivgut jederzeit zu nutzen.

7.3. Die Sperrfristen nach Ziffer 7.2. können verkürzt werden, im Falle von Ziffer 7.2. Satz 2 jedoch nur, wenn

a) die Betroffenen, im Falle ihres Todes deren Rechtsnachfolger, in die Nutzung eingewilligt haben oder

b) das Archivgut zu benannten wissenschaftlichen Zwecken genutzt wird und dann durch geeignete Maßnahmen sichergestellt wird, daß schutzwürdige Belange Betroffener nicht beeinträchtigt werden. Über eine Verkürzung der Sperrfristen entscheidet der Intendant, bei Archivgut der Gremien des WDR, des Personalrats und der Redakteurverwaltung der jeweilige Vorsitzende.«

Die Nutzung kann ferner eingeschränkt oder versagt werden, wenn Grund zu der Annahme besteht, daß gegen Bestimmungen des Datenschutzes oder die Geheimhaltungspflicht verstoßen wird bzw. wenn der physische Zustand des Materials eine Nutzung ausschließt. Ein Recht auf Nutzung des Historischen Archivs besteht nicht. Auch im Falle eines ungerechtfertigt hohen Verwaltungsaufwandes kann die Nutzung eingeschränkt oder versagt werden. Eine Ausleihe von Archivmaterial ist ausgeschlossen.

Für das Altaktenarchiv gelten gesonderte Benutzungsmodalitäten: Während der nach Dienstanweisung geregelten Aufbewahrungsfristen ist der Zugang zu Beständen ausschließlich den sie abgebenden Organisationseinheiten vorbehalten. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfristen sind

die zur Daueraufbewahrung vorgesehenen und noch nicht verzeichneten Bestände im Altaktenarchiv mit Zustimmung des Historischen Archivs unter Maßgabe der Beachtung der entsprechenden Sperrfristen einsehbar.

Ausbildung

Seit mehreren Jahren beteiligt sich das Historische Archiv an der Ausbildung von Bibliotheksinspektoranwärtern (angehende Dokumentare und Bibliothekare des Gehobenen Dienstes) des Fachbereichs für das Bibliothekswesen und Informationswissenschaft der Fachhochschule Köln. Diese erhalten die Möglichkeit, im Ausbildungsplan vorgesehene elf- bzw. dreimonatige Berufspraktika im Historischen Archiv zu absolvieren. Hausintern unterstützt das Historische Archiv die Ausbildung wissenschaftlicher Dokumentare, sofern das Archiv als Wahlarchiv neben dem in der Ausbildung federführenden Archiv gewünscht wird. Darüber hinaus werden je nach persönlicher Terminabsprache ein- bis dreimonatige Praktika für fortgeschrittene Studenten geisteswissenschaftlicher Disziplinen bzw. Hochschulabsolventen oder Doktoranden angeboten. So konnte das Historische Archiv in den vergangenen Jahren interessierten Historikern, Politologen oder Musikwissenschaftlern Einblicke in die Arbeit eines ABD-Bereiches bieten.

Öffentlichkeitsarbeit

Um das Historische Archiv, seine Bestände und Aufgaben Mitarbeitern des Hauses, Fachkollegen und einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen, führt das Historische Archiv Führungen und Informationsveranstaltungen durch. Hierzu zählen u.a. auch Vorträge, Fachveranstaltungen oder die Teilnahme an Tagen der offenen Tür. Eine eigene Internet-Seite ist in Planung. Diverse Publikationen und Ausstellungen zu Themen aus dem Archiv lenken ebenfalls die Aufmerksamkeit auf das Historische Archiv und seine Bestände. So stellte sich das Historische Archiv der Fachöffentlichkeit in der Zeitschrift »Der Archivar« vor.² Eine Ausstellung zu Fritz Lewy, Leiter der Öffentlichkeitsarbeit und Grafikdesigner der WERAG, wurde vom 16. April bis 11. Mai 1997 im Funkhaus Wallrafplatz gezeigt.³ Eigenständige historische Forschung seitens der Mitarbeiter des Historischen Archivs ist aufgrund der knappen personellen Ausstattung aber leider nur in stark beschränktem Umfang möglich.

Probleme

Wie zu erwarten, sind manche der Probleme des Historischen Archivs in seiner chronischen Unterbesetzung begründet, da beispielsweise viele Bestände in den Kellern des Altaktenarchivs ihrer Verzeichnung harren und damit Regalfläche für den Neuzugang von Akten verstellen. Der Zustand der Akten ist zwar im großen und ganzen befriedigend, doch abgesehen von den in den Akten enthaltenen nicht archivwürdigen Materialien (Plastikhüllen, Heftklammern etc.) stellen gerade Fotokopien aus den 60er Jahren, die selbst ohne Lichteinwirkung bis zur Unkenntlichkeit verblassen, ein konservatorisches Problem dar. Plakate insbesondere der 50er Jahre sind aufgrund ihrer schlechten Papierqualität in ihrem Erhaltungszustand gefährdet. Um die Originale zu schonen, hilft nur eine Digitalisierung oder Verfilmung der wertvollen Unikate.

Eine weitere Schwierigkeit liegt in der vorhandenen EDV-Ausstattung des Historischen Archivs. Das sogenannte Dokumentenretrievalsystem SCO-XDOC eignet sich zum Wiederfinden von Stichwörtern aus dem Bereich der Büroverwaltung. Die Software ist jedoch für die Bedürfnisse einer IuD-Stelle und eines Archivs absolut unzulänglich, da z.B. Cross-Recherchen über die drei vorhandenen Datenpools genauso wenig wie ein Phrasenretrieval möglich sind. Auch ein Ausdruck der Erfassungsbelege in Form eines Findbuches ist nur unter großem Aufwand, d.h. durch eine Konversion und Retrokonversion in eine Textverarbeitungssoftware möglich; eine Datenbankpflegesoftware fehlt: Bei einem Bestand von knapp 13 000 Dateneinheiten (DE) (in der Aktenverzeichnung beinhaltet eine DE z.T. bis zu 40 Manuskripte, d.h. hinter der Zahl von 13 000 DE verbirgt sich ein Vielfaches an Information) stößt die tägliche Arbeit mittlerweile an ihre Grenzen. Bleibt zu hoffen, daß das EDV-Problem durch die in Arbeit befindliche Erstellung einer einheitlichen EDV-Plattform für alle WDR-Archive obsolet wird. Im Altaktenarchiv erweist sich das konventionelle Verwalten der Altakten zunehmend als mühsam. Hier wäre die Verwendung eines elektronischen Verwaltungssystems zu diskutieren.

Ein generelles Problem des Historischen Archivs ist das offensichtlich herrschende Informationsdefizit über die Tatsache, daß es ein Historisches Archiv/Altaktenarchiv im WDR gibt. Dieser Umstand und die darüber hinaus existierenden, z.T. diffusen Vorstellungen über die Arbeitsweise des Historischen Archivs als Firmenarchiv des WDR (typische Irrläufer wären z.B. die Fragen: »Wieviele Einwohner hatte Regensburg im Mittelalter?«, »Wann gab es die erste Pommesbude in Deutschland?«, »Haben Sie

Stahlstiche zum Sklavenhandel in Papua-Neuguinea?«) können nur ausgeräumt werden durch vermehrte, stetige Information und Nutzerforschung, die insbesondere bei »Nichtnutzern« erfolgen sollte.

Ausblick

Nachdem der Umzug des Historischen Archivs in den Neubau WDR-Arkaden, die Übernahme des Zwischenarchivs sowie zeitaufwendige Arbeiten bei Kellerauflösungen und Magazinumzügen abgeschlossen sind, haben die Verzeichnung von Intendanten- und Direktorenbeständen, die Einführung der Objektdokumentation sowie die Konvertierung des EDV-Programms hohe Priorität. Bezüglich des Altaktenarchivs muß über die Einführung eines elektronischen Verwaltungssystems für Zugänge und Kassation von Altakten nachgedacht werden.

Birgit Bernard / Ulrike Nüchel, Köln

- 1 Vgl. Daniela Schumacher-Immel: »Der Hörer hat das Wort«. Eine Sendereihe des NWDR/WDR Köln (1949-1958). In: RuG Jg. 22 (1996), H. 2/3, S. 156-160.
- 2 Vgl. Birgit Bernard: Das Historische Archiv des Westdeutschen Rundfunks. In: Der Archivar Jg. 50 (1997), Sp. 81-88.
- 3 Vgl. auch Birgit Bernard/Winrich Meiszies: Fritz Lewy. Chefgrafiker der Werag und Bühnenbildner. In: RuG Jg. 21 (1995), H. 4, S. 244-247.

Tagung mit »Fernsehpionieren« in Wien

Auf unerwartet großes Interesse stieß die erste öffentliche Veranstaltung der Österreich-Sektion des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, die am 14. und 15. November 1997 hoch über den Dächern Wiens im Sitzungssaal des Kuratoriums im Zentrum des Österreichischen Rundfunks (ORF) stattfand. Zum Thema »Fernsehpioniere« hatten der Leiter der ORF-Hauptabteilung Dokumentation und Archive, Peter Dusek, und die Medienhistoriker vom Institut für Publizistik an der Universität Wien, Fritz Hausjell und Wolfgang Duchkowitsch, sowie Thomas Steinmaurer vom Institut für Publizistik der Universität Salzburg, eingeladen; hinzu kamen neun Personen als Zeitzeugen, die den Beginn des Fernsehens in Österreich ermöglicht hatten. Sie stellten sich rund 150 Zuhörern - vorwiegend Publizistikstudenten aus Wien, aber auch Teilnehmern eines Lehrgangs für audiovisuelle Quellenkunde am Institut für österreichische Geschichtsforschung.

Vor dieser großen Zuhörerschaft kam es zu einem fruchtbaren Dialog zwischen Theoretikern

und ehemaligen Praktikern, wobei neben Grundsatzreferaten von Fritz Hausjell und Wolfgang Duchkowitsch (der auch Leiter des Ludwig Boltzmann Instituts für Neue Österreichische Kommunikationsgeschichte in Wien ist) vor allem die Forschungen von Wolfgang Pensold und Edith Dörfler für Aufsehen sorgten. Die sehr anschaulich vorgetragenen Zwischenergebnisse eines Forschungsprojekts über die Gründung des öffentlich-rechtlichen Fernsehens vor mehr als 40 Jahren bildeten einen idealen Kontrast zu den Darstellungen der Fernsehpioniere, die sich aus früheren Technikern (Kurt Koprolin, Walter Fitz, Alfred Petrovsky, Harald Vostrovsky, Josef Burgstaller), Mitarbeitern der Verwaltung (Erika Spanniger) und des Programms (Walter Davy, Wolf Neuber, Alexander Vodopivec) zusammensetzten. Sehr zur Auflockerung der Veranstaltung trug auch ein Video bei, das vom Wiener Institut für Publizistik (Walter Langer) produziert wurde: »Der Einbruch des Fernsehens in das Alltagsleben der Menschen der Fünfziger- und Sechzigerjahre - Augenzeugen erinnern sich«.

Die ausführliche Darstellung der Ergebnisse dieser Tagung wird in einer eigenen Nummer der Zeitschrift »Medien und Zeit« noch 1998 publiziert werden. Im November 1998 soll es wieder zu einer öffentlichen Veranstaltung im ORF-Zentrum kommen.

PD

Dritte Tagung zu »Buch, Buchhandel und Rundfunk« in Marbach

Am 5./6. November 1998 findet im Deutschen Literaturarchiv in Marbach/N. die dritte Tagung der beiden Historischen Kommissionen des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels und der ARD sowie des Deutschen Rundfunkarchivs zu »Buch, Buchhandel und Rundfunk« statt. Im Rahmen der Jahresausstellung des Deutschen Literaturarchivs »Literatur im Jahr 1968« wird sich die Tagung ebenfalls mit 1968 und seinen Folgen für die beiden Medien befassen. Vorgeesehen sind Vorträge zur Sozial- und Ideengeschichte der 60er Jahre, zur medientheoretischen Debatte im Vor- und Umfeld der Studentenbewegung sowie Einzeldarstellungen zu deren Auswirkungen auf die beiden Mediensysteme: Es wird um Redaktionsstatute und Ansätze zu Tabubrüchen in Büchern und Fernsehsendungen gehen; die Raubdrucke und die Hochblüte dokumentarischer Gattungen in Literatur und Rundfunk werden ebenso thematisiert wie die Entwicklung einer spezifischen Jugendkultur.

**»Medienrezeption seit 1945«
Tagungsdokumentation erschienen**

Die Dokumentation zu der von der Abteilung Medienforschung des Südwestfunks in Kooperation u.a. mit dem Studienkreis Rundfunk und Geschichte, der Historischen Kommission der ARD und der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin veranstalteten Fachtagung »Medienrezeption seit 1945« ist als Buch in der Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden erschienen. Ziel der Veranstaltung, an der über 100 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem deutschsprachigen Raum am 24. und 25. Oktober 1997 in Baden-Baden teilnahmen, war es, vorliegende Forschungsergebnisse und -ansätze zur Mediennutzung im Wandel der Zeit vorzutragen und zu diskutieren. In Übersichtsbeiträgen wurden die globalen Trends im Publikumsverhalten vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute aus verschiedenen Blickwinkeln der Wissenschaft nachgezeichnet. Hinzu kamen vertiefende Betrachtungen zum Umgang mit einzelnen Medien (Bücher, Tageszeitungen, Hörfunk- und Fernsehangebote) in Ost- wie in Westdeutschland. Kritisch wurde auch nach dem Forschungsbedarf und den Perspektiven der Rezeptionsforschung gefragt.

Walter Klingler u.a. (Hrsg.): Medienrezeption seit 1945 - Forschungsbilanz und Forschungsperspektiven. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft 1998, 240 S. ISBN: 3-7890-5155-1.

**43. Jahrestagung der Deutschen
Gesellschaft für Publizistik- und
Kommunikationswissenschaft
im Mai 1998 in Mainz**

Vom 20. bis 22. Mai 1998 findet die 43. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Mainz beim Zweiten Deutschen Fernsehen (Konferenzzone) statt. Rechtzeitig im voraus, aus Anlaß des 50sten Jahrestages der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im Mai 1949 befaßt sich die Tagung mit dem Thema »Massenmedien und Zeitgeschichte«. Schwerpunkt der Vorträge wird die Zeit nach 1945 und zwar die Entwicklung in beiden deutschen Staaten sein. Neben einführenden Referaten, die sich dem Tagungsthema aus der Sicht der Publizistikwissenschaft sowie aus derjenigen der Geschichtswissenschaft annähern, werden Teilthemen in zahlreichen »Fenstern« behandelt. So gibt es beispielsweise Sektionen zu »Massenmedien und sozialer Wandel«, »Medien und Journalismus in

der DDR«, »PR als zeitgeschichtlicher Faktor«, »Medien im Prozeß der deutschen Vereinigung« und »Zeitgeschichte und Journalismus«.

Anmeldungen zur Tagung sind zu richten an: Herrn Prof. Dr. Jürgen Wilke, Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 55099 Mainz.

Neue Reihe »Media Studien« in Leipzig

»Media Studien« ist die neue kleine wissenschaftliche Buchreihe betitelt, die Rüdiger Steinmetz seit 1997 im Leipziger Universitätsverlag herausgibt. Hier erscheinen vor allem kleinere medienwissenschaftliche und mediengeschichtliche Untersuchungen, die in Anthologien zu spät und in zu weitem Kontext herauskommen würden. Ergebnisse aus Forschungsseminaren werden hier ebenso publiziert wie die Essenzen herausragender und aktueller Abschlußarbeiten, die sonst im Institutsarchiv abgelagert werden würden.

In der Reihe sind bisher erschienen:

Tilo Prase: Das Lokale im Privatradio. Zur publizistischen Leistung von Radio »Energy« und »Radio Leipzig«. 1997.

Rüdiger Steinmetz / Hans-Jörg Stiehler: Das Leipziger Dokfilm-Festival und sein Publikum. Eine Studie zu Image, Akzeptanz und Resonanz 1993 bis 1996. 1997.

Tilo Prase u.a.: Lokal-TV und Ballungsraum-Fernsehen in Sachsen. Eine Untersuchung der Anbieter und ihrer Programme. 1998.

Johannes-Michael Noack: »Schindlers Liste« - Authentizität und Fiktion in Spielbergs Film. Eine Analyse. 1998.

RS

Rezensionen

Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik

Hrsg. von Joachim-Felix Leonhard mit Beiträgen von Susanna Großmann-Vendrey, Horst O. Halefeldt, Renate Schumacher, Ludwig Stoffels und Theresia Wittenbrink. 2 Bde.
München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1997,
1298 Seiten.

Als 1980 die fünfbandige Publikation »Rundfunk in Deutschland« erschien, stand man vor der Situation, daß damit über die Geschichte der Institution Rundfunk viele Materialien erschlossen waren, daß man aber über das, was diese Institution produziert, nämlich Rundfunkprogramme, vergleichsweise wenig wußte. Dieses Defizit griffen Mitarbeiter des Deutschen Rundfunkarchivs - der damalige Leiter Harald Heckmann, Trude Pfeiffer, die Leiterin des Historischen Archivs, sowie Ansgar Diller und Horst O. Halefeldt - auf und planten, die Programmgeschichte des Hörfunks in der Weimarer Republik zu erschließen. Die Ergebnisse liegen nunmehr vor und zwar in zwei umfangreichen Bänden.

Vorangegangen waren jahrelange umfangreiche Recherchen und Dokumentationen, vor allem die Erfassung von mehr als 200 repräsentativen Programmwochen. Renate Schumacher erläutert in den methodischen Hinweisen das Kategorienschema für die Programmauswertung: »Es enthält zum einen Datenelemente, welche die Merkmale der jeweiligen Sendung wie Inhalt, Material, Form, beteiligte Personen etc. einzeln abfragen. Zum anderen arbeitet es mit Strukturbegriffen, die auf einer Zusammenfassung mehrerer Einzelmerkmale zu einer Programmkategorie beruhen. Der (...) Kernbereich des Kategorienschemas umfaßt folgende drei Unterscheidungsebenen:

- die Grobstruktur des Programms, d.h. die Unterscheidung in Wort-, Musik- und Wort-Musik-Sendungen sowie Werbung und Auftragsendungen;
- die Ebene der Programmbereiche, auf der nach den Merkmalen Form, Inhalt/Material, Funktion und Zielgruppe acht Programmkategorien unterscheidbar sind, nämlich Vortragswesen, Zeitfunk, Servicesendungen, Zielgruppensendungen, Literarische Bildung, Musikalische Bildung, Anspruchsvolle und Leichte Unterhaltung;
- schließlich die Ebene der Sparten, auf der die vier wesentlich der Information und Belehrung dienenden Programmbereiche sowie die verschiedenen Zielgruppensendungen nochmals unterteilt werden.« (S. 340)

Angesichts einer solchen Datenerfassung kann man sagen: Was vom »Tummelplatz der Weltgeräusche«, wie Kracauer das Radio einst genannt hat, gesichtet und erfaßt werden konnte, ist auch tatsächlich erfaßt worden, und viele Titel und Daten haben Eingang gefunden in die zwölf Kapitel der beiden Bände.

In einem ersten (kurzen) Kapitel trägt Horst O. Halefeldt unter der Überschrift »Radio als neues Medium« allgemeine Erwartungen an das neue Medium,

wie sie sich heute noch rekonstruieren lassen, zusammen. Zentral in den Debatten um den Rundfunk war eine auch heute noch bekannte Kontroverse: Der Rundfunk sollte als »Kulturfaktor« etabliert werden, und zugleich war er ein Massenmedium, das die Wünsche seiner Hörer bedienen muß. Beide Ziele, Kulturfaktor zu sein und die Wünsche der Hörer zu bedienen, konnten nicht erreicht werden, solange unter Kultur quasi automatisch Hochkultur verstanden wurde. Renate Schumacher wird in ihrem Resümee am Ende die Dichotomie zwischen Bildung und Unterhaltung als die Kernproblematik für die Programmgeschichte des Rundfunks der Weimarer Zeit bestimmen, und der Leser, der sich durch die vielen Seiten durchgearbeitet hat, wird ihr darin zustimmen müssen. Es geht, nahezu bei allen Genres, die in den Rundfunk eingehen, die von ihm adaptiert oder genuin für ihn entwickelt werden, immer auch um die Frage, wie sie sich zu dieser, für die deutsche Tradition so markanten Dichotomie von Bildung versus Unterhaltung verhalten.

Leo Löwenthal hat in seiner Geschichte der Massenkultur darauf verwiesen, daß der Streit, ob es ein Recht des Menschen auf Zerstreung gebe oder ob es zu den Pflichten der Verantwortlichen gehöre, die Menschen genau davor zu schützen, ein solches Bedürfnis zu befriedigen, zu den grundlegenden Auseinandersetzungen über Massenkultur gehöre. Gewiß hat die Dichotomie immer wieder neue Semantiken erhalten, aber es ist das dichotomische Denken, das erhalten geblieben ist, und zwar bis nahezu ans Ende des 20. Jahrhunderts. Für Schumacher wird der Gegensatz von Bildung und Unterhaltung »überlagert von dem Streit zwischen Tradition und Moderne.« (S. 1200) Die Traditionalisten konnten sich angesichts des Massenmediums Rundfunk nicht darauf versteifen, nur Bildung zu fordern; denn mit einer solchen Forderung hätte man sie nicht weiter ernst nehmen müssen. Sie konzentrierten sich im Verlauf der Debatten immer stärker auf die Forderung, die Sphären zu separieren, fein säuberlich zu trennen zwischen der »Bildung in unverfälschter tradierter Form« und der Unterhaltung als der notwendigen »Konzession an den Massengeschmack«. Das Schlimme waren in ihren Augen Berührungen zwischen beiden Bereichen, jene Sendungen, mit denen es gelingen konnte, genau den Unterschied zwischen Bildung und Unterhaltung zu unterminieren. Es gehört zu den wichtigen Einsichten mancher Programmacher der Weimarer Zeit, daß sie genau daran gearbeitet und dafür ihre kreativen Kräfte eingesetzt haben, daß es zu Programmformen kommt, die sich jener überkommenen Unterscheidung nicht ohne weiteres einfügen lassen.

Eingeschlossen zwischen dem ersten knappen Einblick in die doppelte Erwartung an das neue Medium und dem Resümee am Ende sind jene Kapitel, die das erschlossene Material entfalten und darstellen.

In einem ausführlichen Kapitel von über 300 Seiten stellt Horst O. Halefeldt die institutionelle Entwicklung der einzelnen Sendegesellschaften und der

Rundfunkordnungen in der Weimarer Zeit dar. Der Leser, dessen Erwartungen auf die Darstellung der Programmgeschichte ausgerichtet sind, muß sich eine ganze Weile in Geduld üben, denn auch das nächste von Renate Schumacher geschriebene Kapitel führt noch nicht zur konkreten Programmgeschichte, sondern bleibt mit seinem Überblick über »Programmstruktur und Tagesablauf der Hörer« insgesamt recht abstrakt.

Erst ab dem vierten Kapitel wird Programmgeschichte beschrieben. Dargestellt werden Wort- und Musikprogramme aus den Bereichen Information, Bildung und Unterhaltung. Unter der Überschrift »Radio als Medium und Faktor des aktuellen Geschehens« schildert Renate Schumacher die Entwicklung auf dem Gebiet der Nachrichten und aktuelle Sendungen. Fast von Beginn an brachten die Sendegesellschaften aktuelle Meldungen. In der Anfangszeit beschafften sich die Programmacher diese Meldungen auf denkbar einfache Weise: Sie gingen nämlich zum nächsten Kiosk, kauften sich die Zeitung und formulierten daraus ihre Rundfunknachrichten. Mit der Etablierung der »Dradag«, die sich zur zentralen Nachrichtenredaktion aller Sendegesellschaften entwickelte, wurde die Beschaffung von Nachrichten professionalisiert, die Probleme des Rundfunks als eines Informationsmediums allerdings nicht gelöst. Schumacher beschreibt breit und an vielen Beispielen die enormen Schwierigkeiten, die mit dem aktuellen Nachrichtenwesen in der Weimarer Zeit verbunden waren. Aktuelle Sendungen, besonders wenn es um politische Berichterstattung ging, wurden immer wieder zum Anlaß für politische Auseinandersetzungen um den Rundfunk und weckten die Begehrlichkeiten vieler Politiker.

Zu den aktuellen Sendungen gehörte schon ab Mitte 1924 die Sportberichterstattung. Früh entwickelte sich das bis heute gültige Grundmuster für Sportübertragungen: der mündlich formulierte Bericht über das Ereignis und eventuelle Interviews in den Pausen des Geschehens. Und bald begannen auch schon die Auseinandersetzungen um die Übertragungsrechte für Sportereignisse. Am Beispiel des Leistungssports und seiner Entwicklung manifestierte sich ein Zusammenspiel zwischen Rundfunk und Freizeitaktivitäten, das in dieser Deutlichkeit vielleicht nur im Sport auftrat, auf vermittelten Wegen aber für viele Bereiche, und auch nicht nur für den der Freizeit, vermutet werden kann. Die Verbindung von Rundfunk und Sport förderte einen »ungeahnten Aufschwung des Leistungssports«. Wechselseitig stachelten sie sich an »zu immer größeren Leistungen, immer höherer Geschwindigkeit, kurz: zur spektakulären Sensation.« (S. 466)

Vorreiterfunktion für aktuelle Sendereihen hatten die »Weltpolitischen Monatsberichte« des rechtskonservativen Geopolitikers Karl Haushofer, die ab 1925 im Münchener Programm gesendet wurden. Zu einer regelmäßigen Einrichtung wurden die aktuellen Sendereihen über wirtschaftliche, welt- oder sozialpolitische Fragen erst ab 1927 - ein Indikator dafür, daß man im Rundfunk nicht an erster Stelle ein Informationsmedium sah und zugleich ein weiterer Indikator für die Schwierigkeiten, die die politische Berichterstattung bereitete. Zugleich wurden die Forderungen, das Rundfunkprogramm zu aktualisieren, ab 1927

immer lauter. Diese Forderung war allerdings bei den bestehenden Kontrollinstanzen, den Kultur- und Überwachungsausschüssen, nicht leicht einzulösen. Am Beispiel der bekanntesten politischen Sendereihe des Weimarer Rundfunks - den »Gedanken zur Zeit«, die als »Stunde der Politik« konzipiert wurden - läßt sich exemplarisch zeigen, wie am Ende der 20er und zu Beginn der 30er Jahre einige Programmveranstalter versuchten, den Rundfunk als eine »Schule der Demokratie« zu gestalten. In Streitgesprächen wurden die Themen diskutiert, die die Gesellschaft der Weimarer Republik beherrschten: z.B. Sozialismus und Nationalismus, die deutsche Wehrmacht, der Young-Plan, der Paragraph 218, Arbeitslosigkeit oder Antisemitismus. Schumacher kommentiert treffend: Die »Gedanken zur Zeit« »wurden gewissermaßen abgelöst von der Stunde der Reichsregierung, einem Forum für Minister und Ministerialbeamte zur Verkündung und Begründung ihrer politischen Maßnahmen.« (S. 506)

In drei jeweils kürzeren Kapiteln stellt Ludwig Stoffels erstens die Kontroversen über den Rundfunk als Kulturfaktor und als Unterhaltungsrundfunk dar, zweitens skizziert er die Sendeplätze für Kunst und Unterhaltung und drittens verhandelt er unter der Überschrift »Kunst und Technik« Fragen nach der Studioproduktion als dem Potential für eine Eigenkunst des Rundfunks, und er beschäftigt sich mit Problemen der Übertragungs- und Aufzeichnungstechniken. Solche Doubletten sind schier unvermeidbar, wenn verschiedene Autoren von verschiedenen Perspektiven aus Programmgeschichte rekonstruieren. Sie sind auch nicht störend, wenn man diese Bände als Nachschlagewerke nutzt und diese Kapitel liest, um sich über die wichtige Stellung der Technik in bezug auf die Rundfunkentwicklung sachkundig zu machen. Daß eine funktionierende Rundfunktechnik nicht nur die *conditio sine qua non* des Programms war, sondern auch ideologische Funktionen erfüllte, machen diese Kapitel auf einschlägige Weise deutlich. »Der Fetisch Technik verhiß im gedemütigtstolzen Deutschen Reich der 20er Jahre einen Königsweg nationalen Aufschwungs.« (S. 685)

Im achten Kapitel beschreibt Susanne Großmann-Vendrey das Verhältnis von Rundfunk und etabliertem Musikleben. Sie stellt dar, wie der Rundfunk zum Teil des Musiklebens wurde und zwar nicht nur, da er Konzerte übertrug, sondern auch, da er selbst Veranstalter von Musik wurde. Der Rundfunk wurde zum potentiellen Arbeitgeber für Musiker.

Zu den Säulen des Musikprogramms gehörte bereits in den 20er Jahren das bis heute bestehende klassische Sinfoniekonzert, das in den Jahren 1930/31 einen ersten Höhepunkte erreichte. Neben einigen Sendereihen, die für das Musikprogramm entwickelt wurden, nennt Großmann-Vendrey als die »geglücktesten Sendereihen« jene, die sich im Grenzgebiet zwischen Literatur und Musik bewegten und die Verbindung beider unter den verschiedensten Aspekten ausloteten. Großmann-Vendrey sieht sie als »mediale Nachkommen der musikalisch-literarischen Abende in reichen Bürgerhäusern«, die jedoch »ihre Vorbilder bei weitem an Umfang und Formenvielfalt« übertrafen. (S. 748) Verdienste erworben hat sich auf dem Gebiet der Entwicklung medienspezifischer Sendeformen in besonderem Maße Hans Flesch, der zu-

nächst künstlerischer Leiter des Frankfurter Senders war und später als Intendant der Berliner Funk-Stunde eine der wichtigsten Personen des Weimarer Rundfunks war.

Die Kapitel über das Musikprogramm im Rundfunk zeigen auf sinnfällige Weise, daß das Musikleben, seit es den Rundfunk gibt, nicht mehr beschrieben werden kann, ohne daß man das Musikprogramm des Rundfunks als einen wichtigen Faktor berücksichtigt. Musikprogramm und Musikleben sind aufeinander angewiesen und durchdringen sich gegenseitig.

Wie stark der Rundfunk seinerseits auch versucht hat, Musik nicht nur zu reproduzieren, sondern durch eigene Kompositionsaufträge eine genuin auf rundfunkspezifische (und das hieß vor allem technikspezifische) Bedingungen abgestimmte Musik zu generieren, zeigt Ludwig Stoffels in seinem Kapitel über den »Rundfunk als Erneuerer und Förderer«. Einen Höhepunkt an Einfallsreichtum und Innovationskraft fanden diese Bemühungen in den Jahren 1929/30. 1929 brachte einen »Durchbruch des musikalischen Hörspiels, und zwar erstens mit dem »Lindberghflug« von Brecht, Hindemith und Weill, ein Stück, das während der Baden-Badener Musiktage aufgeführt wurde, und zweitens mit der Breslauer Auftragsproduktion »Leben in dieser Zeit« von Erich Kästner und Edmund Nick, einer »Symphonie der Alltäglichkeit«.

In einem eigenen Kapitel widmet sich Ludwig Stoffels der sogenannten Unterhaltungsmusik. Es gelingt das, was der Leser allzu häufig vermißt, nämlich das Programm des Rundfunks als »Zeichen der Zeit« darzustellen und damit den kulturgeschichtlichen, mentalen Kontext des neuen Mediums aufzuhehlen. Es geht um Jazz und um Schlager, um Revuen und den Walzer und wie sie sich im Programm des neuen Mediums präsentieren konnten. Und bei der Darstellung dieses Teils der Programmgeschichte erhält dann auch das »bemerkenswert widersprüchliche Lebensgefühl«, das die Weimarer Zeit prägte, sein rundfunkspezifisches Profil: »auf der einen Seite eine hemmungslose Bejahung der schnellen, technisierten, urbanen Gegenwart vor allem in der Unterhaltungssphäre und in der Adaption des »Amerikanischen« (...), auf der anderen die gefühlsselige Affirmation eines alten, gemütvollen Deutschlands, etwa bei den zahlreichen neukomponierten Rhein-Liedern, die (...) an das Nationalgefühl appellieren, ohne sich explizit politisch zu geben.« (S. 987)

In zwei Kapiteln stellt Theresia Wittenbrink dar, wie der Rundfunk mit der literarischen Tradition umging und wie mit den zeitgenössischen Schriftstellern. Auch hier wieder zeigt sich, wie bei der Untersuchung der Musikprogramme, daß der Rundfunk nahezu von Beginn an keineswegs nur ein reproduzierendes Medium war, sondern daß er nachhaltig auf dem Gebiet der Kunstproduktion - sei es Musik, Literatur oder rundfunkspezifische Formen wie Hörspiele - gewirkt hat. Er wurde zugleich, in einer Phase ökonomischer Misere, zum Mäzen für manchen Musiker und Schriftsteller.

Das Kapitel über den Rundfunk und die literarische Tradition macht deutlich, wie der Rundfunk in den 20er Jahren zur Kanonbildung beigetragen und zugleich aus dem Kanon ausgeschlossen hat, so insbesondere die Avantgarde der Jahrhundertwende.

Wittenbrink schildert die verschiedenen Formen, in denen Literatur im Rundfunk präsentiert wurde - als Lesefunk und literarisches Rätsel, in bunten Abenden und Adaptionen. In dem Kapitel über Schriftsteller im Rundfunk schildert sie, welche Dichter und Dichtkunst - von der Heimatkunst bis zur Industriedichtung - im Rundfunk zu Wort kamen, und zeigt, daß die nationalen Dichter, die in den 30er Jahren immer stärker die Mikrophone besetzten, zu »Vorboten« des Nationalsozialismus' wurden. In den Partien, in denen es um das Hörspiel der Weimarer Zeit geht, wiederholt sie keineswegs bereits vorliegende Forschungsergebnisse, sondern konzentriert sich auf jene Aspekte, die bislang weniger bekannt waren: auf die Umwege und auch Fehlschläge, die die Rundfunkgesellschaften auf ihrer Suche nach Hörspielautoren haben einstecken müssen, bis der Rundfunk sich von der »philologisch anmutenden Bildungshuberei« zur Hörfolge »als große[r] Errungenschaft des Literaturprogramms« vorgearbeitet hatte. (S. 1033)

Angesichts der Materialfülle ist es nachvollziehbar, daß sich Wittenbrink, wie alle anderen Beiträge in aller Regel auch, ganz auf das Programm des Rundfunks konzentriert. Es muß somit noch jenes Buch geschrieben werden, in dem der Rundfunk als ein integraler Bestandteil und zugleich als ein Mitinitiator der Kultur der Weimarer Republik dargestellt wird.

Die Bände dokumentieren einen ungeheuren Fleiß und eine große Ausdauer, was die Sichtung und Auswertung von Quellenmaterialien unterschiedlicher Art betrifft. Die beiden Bände werden das Standardwerk für die Programmgeschichte des Rundfunks der Weimarer Zeit werden; und jeder Historiker, egal ob er sich mit Politik- oder Kulturgeschichte, Literatur- oder Musikgeschichte befaßt, wird in Zukunft gut daran tun, in dieser Programmgeschichte nachzuschlagen, bevor er seinen Text abschließt. Die Register am Ende sind hierfür überaus hilfreich. Die beiden Bände sollte man allerdings nicht unbedingt, wie man dies als Rezensentin notgedrungen tut, komplett und hintereinander lesen. Bei einer solchen Lektüre verliert man angesichts der Fülle der Sendetitel und Daten jene Perspektive aus dem Auge, die diese Titel und Daten überhaupt erst interessant machen: Welche Rolle haben all diese unterschiedlichen Programme für die Alltagskultur der Weimarer Republik gespielt? Inwiefern haben sie die Gespräche, die Vorstellungen und Meinungen der Menschen geprägt, zu Widerspruch oder Zustimmung aufgefordert? Inwiefern spiegelt sich im Programm des Radios die Gesellschaft der Weimarer Zeit, und - ebenso wichtig - inwiefern hält das Programm dieser Gesellschaft ihr eigenes Spiegelbild auch immer wieder vor? Inwiefern ist das Programm ein Faktor, der die Diskurse der Gesellschaft nicht nur in sich aufnimmt, sondern eben auch prägt und bildet? Für all diese Fragen finden sich viele Materialien, aber all diese Fragen werden nur hin und wieder angesprochen. Und wenn dies geschieht, so greift der Leser begierig den Kontext auf, in den damit das Ganze gerückt wird. Über viele Seiten hin muß er allerdings auf solche Querweisse verzichten und sich - abgeschottet vom Lärm draußen - gewissermaßen mit den Sendeplänen des Tages befassen.

Reinhard Ricker / Peter Schiwy
Rundfunkverfassungsrecht.

München: C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung
 1997, 524 Seiten.

Wie sehr die Entwicklung des Rundfunks einer kaum noch nachvollziehbaren Dynamik unterliegt, zeigt nichts deutlicher als die in immer schnellerer Folge erfolgenden Fortschreibungen bzw. Aktualisierungen des 1992 abgeschlossenen »Staatsvertrags [der Länder] über den Rundfunk im vereinten Deutschland«, der den 1987 in Kraft gesetzten »Staatsvertrag [der Länder] zur Neuordnung des Rundfunkwesens« abgelöst hatte. Zum 1. Januar 1997 trat der dritte Rundfunkänderungsstaatsvertrag in Kraft, der Bestimmungen zur Sicherung der Meinungsvielfalt im privatwirtschaftlichen Fernsehen enthielt und außerdem die rechtlichen Voraussetzungen für Fernsehspartenprogramme von ARD und ZDF schuf. Um Aktualität zu demonstrieren, hat der Verlag das Buch »Rundfunkverfassungsrecht« eigens mit einem zweiten kleinformatigen, etwa das untere Drittel bedeckenden Zusatzumschlag mit dem Aufdruck »Unter Berücksichtigung des 3. Rundfunkänderungsstaatsvertrags« ausgestattet. Und Mitte Januar 1998 wurde bekannt, daß bereits der Entwurf des vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrags vorliege, der beispielsweise die Online-Aktivitäten der ARD-Rundfunkanstalten und des ZDF regeln sowie sich mit Werbebeschränkungen, alternativ aber auch mit Werbeausweitungen nach 20.00 Uhr der genannten Programmanbieter befassen solle.

In ihrem Vorwort des in acht Kapitel gegliederten Buches erinnern die Autoren daran, daß das Grundrecht der Rundfunkfreiheit sich erheblich von den anderen verfassungsrechtlichen Verbürgungen unterscheidet. Und sie nennen in diesem Zusammenhang das Bundesverfassungsgericht, das wegen der Bedeutung dieses Grundrechts für die Willensbildung des einzelnen wie der Gesellschaft seinen Inhalt und Umfang in einer besonderen Weise beschrieben habe, um es von anderen Grundrechtspositionen abzuheben. Ziel des Buches ist es, die Rundfunkstruktur, wie sie sich vor allem durch die höchstrichterlichen Urteile entwickelt hat, im systematischen Zusammenhang darzustellen.

Das Werk ist nicht nur eine Fundgrube für Juristen, sondern auch eine für Historiker, landeten doch gerade in den 80er Jahren besonders viele zwischen den Politikern strittige Fragen um die Weiterentwicklung des Mediums vor den Schranken der Gerichte, die erst hier endgültig entschieden wurden. In seiner Vorbemerkung zur historischen Einführung macht Peter Schiwy zu Recht darauf aufmerksam, daß beinahe am ersten Tag seiner Existenz die bis heute anhaltende Debatte um Einfluß und Zugriff auf den Rundfunk begann. Die Machtfrage ist also der rote Faden, der die Entwicklung durchzieht: In der Weimarer Republik ging es in einem »gouvernementalen System« (Hans Bausch) vor allem um die Verteilung des Einflusses, der auf die jeweiligen Regierungen des Reiches und der Länder entfiel. In der Zeit des Nationalsozialismus zur alleinigen Reichsangelegenheit erklärt, wurde der Rundfunk nach 1945 durch ein Verdikt der westlichen Besatzungsmächte zu einer öffentlichen Aufgabe unter gesellschaftlicher Kontrol-

le auf Länderebene organisiert, was die Bundesregierung nicht von dem Versuch abhielt, sich einen adäquaten Einfluß zu sichern. Der handfeste Streit der 50er Jahre endete bekanntermaßen vor dem Bundesverfassungsgericht, das Adenauers Fernsehgründung, gedacht zur Kanalisierung privater Rundfunkambitionen und Vehikel zur Einflußnahme auf das Medium, 1961 als verfassungswidrig einstufte. Danach ergingen bis 1995 weitere acht Urteile des obersten Gerichts, das Passagen neuer Rundfunk- und bzw. Mediengesetze, von innerdeutschen Staatsverträgen, aber auch internationalen Abkommen darauf hin zu beurteilen hatte, ob sie der Verfassung entsprochen.

Den Autoren des »Rundfunkverfassungsrechts« stand also genügend authentisches Quellenmaterial, d.h. Selbstäußerungen der Karlsruher Verfassungshüter, zur Verfügung, um die Entwicklung der Rundfunkfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland zu verfolgen und den derzeitigen Stand darzulegen. Entsprechend zahlreich sind auch die Verweise auf und Zitate aus der Sammlung der »Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts«. Ausführlich gewürdigt wird der Artikel 5, Absatz 1, des Grundgesetzes, der sieben Grundrechtsbestimmungen, die sogenannten Kommunikationsfreiheiten umfassen: die Freiheit der Meinungsäußerung und der Meinungsverbreitung sowie die Informationsfreiheit; ferner die Pressefreiheit, die Rundfunkfreiheit und die Filmfreiheit sowie das Verbot der Zensur. Erinnert wird in diesem Zusammenhang auch an die Debatte im Grundsatzausschuß des Parlamentarischen Rats über den Begriff der »Rundfunkfreiheit« 1948, der ursprüngliche Vorschlag des Ausschußvorsitzenden Hermann von Mangoldt, zur Sicherung dieser Freiheit als Träger der Sendeanlagen selbständige Anstalten des öffentlichen Rechts vorzuschreiben, wird aber nicht erwähnt.¹ Das Buch befaßt sich auch mit den Grenzen der Rundfunkfreiheit, dem Verhältnis zu anderen Grundrechten und den Kompetenzen, die kraft Grundgesetzes dem Bund noch verbleiben. Es wird außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß dem Gesetzgeber es überlassen bleibt, welchen Organisationsmodellen für den Rundfunk er den Vorzug gibt, vorausgesetzt, sie sichern Staatsfreiheit und Pluralismus im Programm, dem allerdings durch die Legislative einige Beschränkungen auferlegt wurden.

Zwei kürzere Abschnitte thematisieren zum Schluß die technische Dimension der Rundfunkverbreitung und die europarechtlichen Aspekte der Rundfunkverfassung. Interessant ist in diesem Zusammenhang die abschließende Bemerkung, daß die Regelungen der Europäischen Gemeinschaft für den Rundfunk dem föderalen Kompetenzverteilungsschema der Bundesrepublik ähnele, es aber eine Tendenz gebe, der Zentrale mehr zuzugestehen als in Deutschland.

Mit dem »Ricker/Schiwy« liegt ein präziser Überblick über das derzeit gültige Rundfunkverfassungsrecht vor, das anders aufgebaut ist als der »Herrmann« (Rundfunkrecht), diesen aber ergänzt und um wesentliche Punkte aktualisiert.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

¹ Vgl. Hans Bausch: Rundfunkpolitik nach 1945. Erster Teil: 1945 - 1962. München 1980, S. 311f.

Olaf Jubin

**Bibliographie zur deutschen
Privatfunk-Entwicklung.**

Literatur-Nachweise aus fünfundzwanzig Jahren,
1970 - 1995 (= Bochumer Studien zur Publizistik-
und Kommunikationswissenschaft, Bd. 88).

Bochum: Universitätsverlag Dr. N. Brockmeyer 1997,
267 Seiten.

Ein viertel Jahrhundert Diskussion im Vorfeld der Einführung des privaten Hörfunks und des privaten Fernsehens und nach deren Start 1984 in Deutschland haben eine Fülle schriftlich fixierter Vorschläge, Stellungnahmen, tageskritischer Kommentare und wissenschaftlicher Analysen in Tages- und Wochenzeitungen, Fachkorrespondenzen und -zeitschriften, Sammelbänden und Monographien hervorgebracht, die dringend einer systematischen bibliographischen Aufarbeitung bedurften. Olaf Jubin hat sich in seiner von RTL-Geschäftsführer Helmut Thoma angeregten und von RTL mit einem Druckkostenzuschuß bedachten Bibliographie dieser Aufgabe gestellt und genau 3 598 einschlägige Beiträge erfaßt. In 13 äußerst unterschiedlich umfangreiche Kapitel ist die Bibliographie unterteilt: »Gesetzes-Grundlagen«, »Übertragungs-Modalitäten«, »Medienrechtliche Grundsätze«, »Das Mediensystem in der Diskussion«, »Kabelprojekte«, »Lokale/Regionale Anbieter«, »Private TV-Sender«, »Das Duale System«, »Werbung und Marketing«, »Berufsmarkt - Aus- und Weiterbildung«, »Finanzierungs- und Kostenaspekte«, »Technikfragen«, »Nachschlagewerke«. Der im Inhaltsverzeichnis angekündigte »Index« entpuppt sich bei der Benutzung allerdings schlicht als ein Verfasserregister.

Der Bearbeiter hat recht daran getan, trotz seines Buchtitels, der suggeriert, Literatur zur »Privatfunk-Entwicklung« zusammengetragen zu haben, auch solche zur politischen, technischen und programmlichen Entwicklung der elektronischen Medien insgesamt nachzuweisen. Aber das hätte Konsequenzen haben müssen, die der Bibliograph aber offenbar nicht zog. Gewiß sind bei einem derart ambitionierten Unternehmen Lücken unausweichlich, doch daß im Abschnitt »Medienlandschaft BRD / Übersichten / Chroniken« des Kapitels »Nachschlagewerke« weder Hans Bauschs »Rundfunkpolitik nach 1945. Teil II: 1963 - 1980«, München 1980, genannt wird noch Gerd G. Koppers medienpolitische Chronik »Medien- und Kommunikationspolitik der Bundesrepublik Deutschland«, München 1992, oder das Buch von Herbert Heinrich »Deutsche Medienpolitik«, Bad Nauheim 1991, noch die vergleichenden Untersuchungen von Johannes Georg Müller »Staats- und Parteieneinfluß auf die Rundfunkanstalten in Frankreich und Deutschland«, Frankfurt am Main 1987, bzw. von Hans-Peter Reiter »Die Struktur des britischen Rundfunks. Folgerungen für die Medienlandschaft der Bundesrepublik Deutschland«, Pfaffenweiler 1986, und Winand Gellner »Ordnungspolitik im Fernsehwesen: Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien«, Frankfurt am Main 1990, hätte vermieden werden müssen. Auch hätten in die Rubriken »Lexika / Handbücher« und »Bibliographien« die Hörfunk- und Fernsehjahrbücher gehört, die Jahrbücher von ARD, ZDF und der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten, das »Internationale Hand-

buch für Rundfunk und Fernsehen« sowie der von der Bibliothek des WDR erarbeitete Aufsatznachweis »Hörfunk und Fernsehen«, von der auch die »Zeitschriftenlese« von »Rundfunk und Geschichte« seit Jahren profitiert; der Hinweis in den »einleitende[n] Bemerkungen«, unter anderem seien »diverse Aufsatznachweise« ausgewertet worden, ist da doch etwas zu dürftig geraten. Und warum wird zwar Günter Herrmanns Lehrbuch »Rundfunkrecht«, München 1994, bibliographiert, nicht aber seine Monographie »Fernsehen und Hörfunk in der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland«, Tübingen 1975?

Doch trotz einiger unverzeihlicher Lücken, bietet die Bibliographie dem Wissenshungrigen und Literatur Suchenden doch einen ersten Einstieg in eine differenzierte und verzwickte Materie.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Oliver Hahn

ARTE.

Der Europäische Kulturkanal.

Eine Fernsehsprache in vielen Sprachen.

München: Verlag Reinhard Fischer 1997, 567 Seiten.

Die Entstehungsgeschichte des Europäischen Fernseh-Kulturkanals ARTE hat Inge Gräßle in einer Studie von 1995 umfassend dargestellt und analysiert.¹ Sie kam zu dem Schluß, ARTE werde von nationalen politischen und Medieninteressen dominiert. Die Einbindung des Projekts in die jeweilige nationale Medienlandschaft und die geringe Bedeutung gemeinsamer Arbeit verhinderten, daß ARTE seinen Platz als grenzüberschreitendes Programm mit neuen Formen und Inhalten ausfüllen könne.

Bei den Inhalten und Formen des ARTE-Programms, bei den Aufgaben, den Funktionen, dem Selbstverständnis und den Schwierigkeiten eines grenzüberschreitenden Journalismus setzt die Arbeit von Oliver Hahn an. Der Untertitel »Eine Fernsehsprache in vielen Sprachen« macht deutlich, worum es dem Autor geht. Er untersucht, wie weit die für ARTE tätigen Programmacher und Fernsehjournalisten eine »gemeinsame Fernsehsprache« beherrschen. Diese versteht er als »anzustrebende Chiffre«, nicht etwa rein linguistisch.

Hahn spricht in diesem Zusammenhang von »Euro-Journalismus«. Gleichartige Probleme der Kulturvermittlung an Zuschauer aus anderen Kulturbereichen ergeben sich freilich nicht nur in Europa. Der Autor geht jedoch offensichtlich davon aus, daß sich die in unserem Erdteil grenzüberschreitend tätigen Journalisten von einer »paneuropäischen Orientierung« leiten lassen, auftragsgemäß oder aus eigenem Antrieb.

Inge Gräßle hatte daran erinnert, daß die ursprüngliche, noch in den ersten Vertragsentwürfen enthaltene Vision, ARTE solle »geistiges Zentrum der Kulturschaffenden Europas« werden, später gestrichen wurde. Das politische Ziel des Kulturkanals und sein eigentlicher Erfolg sei schließlich nur noch sein Zustandekommen gewesen. Konzeptuell sei ARTE »weitgehend eine binationale Programmcollage«.

Hahn sieht ARTE als Träger eines umfassenden interkulturellen paneuropäischen Auftrags: Nicht mehr zeitgemäße nationale und regionale Fernsehge-

wohnheiten sollen überwunden werden mittels neuer interkultureller Berichterstattungsformen. Ferner soll »ein alternatives Modell der Medienkommunikation zur Sicherung der kulturellen Vielfalt und Verschiedenheit angeboten werden, das sich gegen den Konsumtrend in einer international zunehmend ökonomisch und technisch homogenisierten ›one-world-culture« (vorwiegend unter US-amerikanischen und japanischen Auspizien) richtet«. Ziel soll ein besseres wechselseitiges Verständnis »innerhalb einer mental zu konstruierenden Europäischen Kultur-Union« sein.

Der Autor kommt zu dem Schluß, ARTE beherrsche die »gemeinsame Fernsehsprache«, die das bessere wechselseitige Verständnis bei den Zuschauern herbeiführen soll, »ansatzweise«. Zwar hätten in der Entstehungsgeschichte und bei der Programmierung nationaler Egoismen von deutscher und französischer Seite zu Ungunsten von ARTES paneuropäischem Anspruch gewirkt. »Dennoch ist zu attestieren, daß beim Europäischen Fernseh-Kulturkanal ARTE die integrativen Programmformate und Strategien des interkulturell und multilingual operierenden paneuropäischen Fernsehjournalismus innovativ sind. Hervorzuheben sind die Strategien des ›regard croisé infos interculturelles« und der ›présentation multilingue«.

Damit sind vor allem jene Sendungen gemeint, die versuchen, unterschiedliche Sichtweisen zu ein und demselben Sachverhalt anzubieten, nicht nur den Blick aus französischer und deutscher Richtung. In diesem Zusammenhang ist die Nachrichtensendung »8 ½« ebenso zu erwähnen wie das Informationsmagazin »7 ½«, das Kulturmagazin »Metropolis«, die Dokumentationsreihe mit alten Wochenschauen »Die Woche vor 50 Jahren / Histoire parallèle« und natürlich das große Markenzeichen, die Themenabende, die klassische »contre-programmation« gegen die Schnipselei der Fast-Food-Programme. Als innovativ im Bereich der Mehrsprachigkeit wertet Hahn auch die inzwischen abgesetzte Sendereihe »Confetti«, die spielerisch-unterhaltsam, auch sprachspielerisch, Eindrücke von der bunten Vielfalt des Alltags in Europa vermitteln wollte.

Wenn freilich aus ARTE wirklich »ein europäisches Fernsehexperiment, -atelier und -labor« werden sollte, das mit Modellcharakter als visueller Pionier neue Trends setze, dann sei ein größeres finanzielles Engagement der beteiligten nationalen Stellen geboten. Außerdem seien neue effizientere Strukturen und Organisationsabläufe im Gesamtkonstrukt von ARTE samt seiner nationalen Pole sowie mehr Handlungskompetenz der gemeinsamen Straßburger ARTE-Zentrale dringend erforderlich. Hahn empfiehlt eine Reihe zusätzlicher integrativer Programmformate: Spät- bzw. Nachtnachrichten, ein Medien-, ein Literatur- und ein Reisemagazin (das sich besonders für den »regard vice-versa« eigne), sowie eine Dokumentationsreihe mit jugend- und popkulturellen Inhalten. Besonderen Wert legt er auf weitere Versuche »mit wirklich multilingual moderierten Sendungen«.

Dabei erweist sich, daß Hahn für ARTE im sprachlichen Bereich besonders hohe Anforderungen stellt. Er plädiert dafür, daß paneuropäische Sender wie ARTE bei Zuschauern unterschiedlicher (sprach-)kultureller Herkunft eine »interkulturelle und multilin-

guale Medien- bzw. Kommunikationskompetenz« herausbilden. Anzustreben sei eine »massenmedial flankierte Polyglossie in Europa«. Sie »ermöglicht jedem Interaktanten, sich in seiner jeweiligen Muttersprache zu äußern, unter der Bedingung, möglichst viele Fremdsprachen seiner (potentiellen) Interaktionspartner zu verstehen«. Deutsch-französisch-englische passive Polyglossie besteht unter ARTE-Mitarbeitern. Als durch Fernsehen erreichbares europäisches Ziel ist sie (vielleicht: noch) nicht realistisch.

Hahns fast 600 Seiten umfassende Arbeit gliedert sich in vier große Abschnitte: in je einen über Theorieansätze der massenmedialen Interkulturalität und der Multikulturalität, einen über die praktische Anwendung auf das ARTE-Programm und einen Ausblick auf andere paneuropäische Rundfunkprojekte. Eine sorgfältig recherchierte, außerordentlich faktenreiche Untersuchung, nicht frei von einem Übermaß an Wissenschaftlichkeitsjargon und einer Theoriefracht, die etwas stärker sortierend hätte durchgesehen werden können.

Dietrich Schwarzkopf, Starnberg

¹ Vgl. Rezension in RuG Jg. 21 (1995), H. 4, S. 280f.

Michael Kuhlmann

Fernsehen in der DDR.

(= Massenmedien und Kommunikation [MuK], Nr. 116/117).

Siegen 1997, 112 Seiten.

Es gibt Bücher, da fragt man sich, warum sie geschrieben und dann auch noch veröffentlicht wurden. Nicht daß es in ihnen von Fehlern wimmeln müßte oder sie sonstwie Ärger erregen würden. Ganz im Gegenteil: Man kann sie lesen, ohne Anstoß zu nehmen, und muß sich am Ende doch fragen, warum man sie gelesen hat. Denn was darin geschrieben stand, weiß man insgesamt schon längst, und auch im Detail fehlt jeder Hinweis auf eine Frage oder ein Problem, wodurch der Autor zu seiner Arbeit bewegt worden sein könnte. Das schmale Bändchen von Michael Kuhlmann gehört zu dieser sonderbaren Gattung einfach nur redundanter Texte.

Kuhlmann analysiert die zentralen Aspekte des »Fernsehen neuen Typs« in vier Kapiteln: Im ersten skizziert er die ideologische Aufgabenbestimmung und ihre institutionelle Fundierung; noch knapper ist das zweite, den technischen Rahmenbedingungen gewidmete. Etwas ausführlicher wird daraufhin die Programmgestaltung mit den wichtigsten Eigenproduktionen besprochen: der politischen Publizistik, der Fernsehunterhaltung, dem Schulfernsehen und den Ratgeberprogrammen. Als letztes gibt es schließlich einige Bemerkungen zum Fernsehpublikum.

All dies wird von Kuhlmann auf der Basis der vorliegenden Literatur abgehandelt, ohne daß in irgendeiner Form ungedruckte Quellen zurate gezogen worden wären. Noch vor zehn Jahren wäre dies nicht weiter begründungsbedürftig gewesen. Nun ist es aber schlichtweg ein Ärgernis, wenn etwa hinsichtlich der konkreten Rezeption des DDR-Fernsehens in der DDR bloß auf die im Deutschen Rundfunkarchiv in Berlin-Adlershof lagernden Berge früher sorgfältig

unter Verschluss gehaltener empirischer DDR-Forschung hingewiesen und ansonsten ältere Literatur zitiert wird.

Eine andere Lücke wäre sogar noch leichter zu schließen gewesen: Beim Thema Programmgestaltung bleibt der gewichtige Sektor der Fremdproduktionen - allem voran das ausländische Spielfilmangebot - völlig unerwähnt. Eine Vorstellung vom Gesamtangebot des DDR-Fernsehens ist deshalb auf der Basis von Kuhlmanns Darstellung kaum zu gewinnen.

Mit diesen Einschränkungen gibt Kuhlmann einen knappen, weil kaum über Aufsatzumfang hinausgehenden (auf 110 Seiten ist er nämlich nur aufgrund extrem großzügigen Layouts gekommen), aber so weit brauchbaren Überblick über die Geschichte des DDR-Fernsehens. Aber fehlte es an einem solchen Überblick? Immerhin mutet es seltsam an, daß in Kuhlmanns Literaturverzeichnis die einzige wirklich nennenswerte Alternative nicht aufgeführt wird, der fast gleichlange Abriß Peter Hoffs zu »Organisation und Programmentwicklung des DDR-Fernsehens« im ersten, von Knut Hickethier herausgegebenen Band der großen »Geschichte des Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland« von 1993. Kaum glaublich, daß diese Sieger Veröffentlichung in Siegen unbekannt sein sollte.

Am Ende scheint nur das ökonomische Argument zu bleiben. Für 6,00 DM ist Kuhlmanns Bändchen von einem derart konkurrenzlosen Preis, daß sich kaum das Kopieren von Hoffs Artikel lohnt. Vielleicht muß man Buchproduktion auch einmal unter diesem Aspekt sehen.

Konrad Dussel, Forst

Karl Hoche

In diesem unserem Lande.

Eine Geschichte der Bundesrepublik in ihren Bildern.

Düsseldorf / Zürich: Artemis und Winkler 1997, 292 Seiten.

Audiovisuelle Quellen, also Stand- und Bewegtbild sowie Originaltöne, gehören zur archivalischen Überlieferung des 20. Jahrhunderts. Dennoch machen Historiker nur selten davon Gebrauch, stützen sich meistens ausschließlich auf die konventionelle schriftliche Hinterlassenschaft der von ihnen untersuchten Epochen. Dabei können die hör- und sehbar zeitgenössischen Erzeugnisse viel mehr vom Geist der Zeit vermitteln als auf Papier geschriebene Buchstaben. Gegen Manipulationen, d. h. Fälschungen, ist bei allen Überlieferungsarten kein Kraut gewachsen. Zu erinnern ist in diesem Zusammenhang an ein Foto, das die Führenden des Prager Frühlings von 1968 zeigt - allerdings ohne den wegretuschierten Alexander Dubcek, dessen Füße zu beseitigen der Retuscheur allerdings vergaß.

Aus diesem Grund wäre ein Buch zu begrüßen, das Fotoquellen in den Mittelpunkt stellt, wenn es nicht mit gravierenden Mängeln behaftet wäre. Denn keinesfalls erzählt das hier anzuzeigende Buch eine »Geschichte der Bundesrepublik in ihren Bildern«. Dafür hat der Autor 50 Fotos ausgesucht und um diese Fotos zwei- bis vierseitige Texte gruppiert. Den Auftakt jedes der 50 Beiträge bildet eine jeweils auf

einer rechten Buchseite gedruckte Titelseite, die in Kurzfassung das im Bild festgehaltene Ereignis ankündigt und dazu ein Kurzzitat bringt. Es folgen die erste Seite Text, danach - wiederum - auf einer rechten Seite das Foto und anschließend weitere Textpassagen. So sehr ein derart konsequent durchgehaltenes Layoutprinzip auch zu begrüßen ist, es sollte aber auch auf dessen negative Seiten aufmerksam gemacht werden. Das Prinzip produziert überflüssigerweise Leerseiten, die das Buch unnötig aufblasen. Grund dafür scheint zu sein, daß der Autor drauflos schrieb und sich erst danach der (die) Buchgestalterin(nen) ans Werk machte(n). Abhilfe hätte natürlich der (die) LektorIn durch intensive Zusammenarbeit mit dem Autor schaffen können. Aber gab es dieses Lektorat überhaupt?

Zweifel sind erlaubt, und die stellen sich bereits beim Betrachten des ersten und des letzten Fotos in dieser Sammlung ein, die immerhin als eine Klammer anzusehen sind. Die erste (nachgestellte) Aufnahme zeigt triumphierende Soldaten der Roten Armee in Kampfanzügen mit der Flagge der Sowjetunion auf dem zerstörten Gebäude des Berliner Reichstags. Das letzte Foto läßt russische Soldaten in Paradeuniform mit geschulterten Regimentsfahnen erkennen, die Deutschland verlassen. Zwischen beiden Ereignissen - 1945 und 1994 - liegen annähernd fünf Jahrzehnte Geschichte des westlichen und auch des östlichen Deutschlands. Der östliche Teil aber wird vom Autor erklärtermaßen mit der merkwürdigen Begründung vernachlässigt, kein Westdeutscher könne es wagen, »das imaginäre Museum in den Köpfen der Ex-DDR-Bürger zu archivieren, dazu bedürfte es zumindest der Mitarbeit eines visuellen Psycho-Gauck.« (S. 13) Die Geschichte Ostdeutschlands wird aber dennoch gelegentlich mit behandelt, wenn es sich gar nicht vermeiden ließ. So ist beispielsweise im Zusammenhang mit den beiden erwähnten Abbildungen zu fragen, wo die Sowjetarmee, zunächst als Besatzungsmacht, später als Teil der Streitkräfte des Warschauer Paktes, denn stationiert war - im Westen oder im Osten? Die beiden Fotos, die Ausgangs- und Zwischenpunkt einer Geschichte der Bundesrepublik in Bildern illustrieren will, eignen sich dafür also in keiner Weise.

Ebenso fragwürdig sind, zwar nicht generell, aber doch für einige Ereignisse die für die Auswahl ausschlaggebenden Kriterien. In diesem Zusammenhang teilt der Verfasser nur mit, daß er kulturelle Ereignisse unberücksichtigt gelassen hat. Wie allerdings die etwa ein halbes Dutzend auf das Fernsehen bezogenen »Bilder«, u. a. die »erste ›Tagesschau‹«, »Werner Höfers ›Internationaler Frühschoppen‹«, »Schwarzwalddenkmal« und »Lindenstraße«, einzuordnen sind, bleibt im dunkeln - Fernsehen als Kultur, als Teil der politischen Kultur, als nicht der (Hoch-)Kultur zuzuordnende Unterhaltung?

Die anderen hervorgehobenen Ereignisse, beispielsweise »Nürnberger Prozesse« (gesamtdeutsch), »Trümmerfrauen« (gesamtdeutsch), »17. Juni 1953« (gesamtdeutsch oder »nur« ostdeutsch), »Die SPIEGEL-Affäre« (westdeutsch) »Willy Brandts Kniefall in Warschau« (gesamtdeutsch?) kennzeichnen unzweifelhaft wichtige Abschnitte deutscher Geschichte nach 1945. Dem Autor sei auch das Recht auf eine subjektive Auswahl zugestanden.

Dennoch soll erlaubt sein, danach zu fragen, warum zwar die »Währungsreform«, nicht aber der Marshallplan, warum die »Luftbrücke«, nicht aber die Verabschiedung des Grundgesetzes (der freiheitlichsten Verfassung in der Geschichte Deutschlands), warum die »Entführung von Peter Lorenz«, nicht aber die Entführung und Ermordung von Hanns-Martin Schleyer, warum der »Staatsbesuch Honeckers in der BRD«, nicht aber der Besuch von Helmut Schmidt am Werbellinsee thematisiert werden. Kurzum: Das Buch erzählt nicht »eine Geschichte der Bundesrepublik in ihren Bildern«, sondern 50 verschiedene Geschichten zur gesamtdeutschen Nachkriegsentwicklung ab 1945.

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

Norbert Gabriel

Kulturwissenschaften und Neue Medien.

Wissensvermittlung im digitalen Zeitalter.

Darmstadt: Primus Verlag 1997, 258 Seiten.

Einleitend weist der Bonner Germanist Norbert Gabriel darauf hin, daß sich der Computer in seinem Gebrauch nicht allein auf Zwecke der Textverarbeitung beschränken läßt, sondern nach und nach zum wichtigsten Medium in den (Kultur-)Wissenschaften - und nicht nur hier - avanciert. Treffend stellt er fest: »Da das Medium Buch von keinem Wandel berührt zu sein scheint, wehren sie [die Kulturwissenschaftler(innen)] sich, den Wechsel der Informationsträger auch nur wahrzunehmen oder in ihm gar eine fortschrittliche Tendenz zu erblicken« (S. 4). Dem Verfasser geht es vor allem darum zu zeigen, daß die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien neue Strukturen der wissenschaftlichen Arbeit befördern.

Zunächst gibt Gabriel eine Übersicht über Ursprünge, Wandlungen, Voraussetzungen und Einsatzmöglichkeiten des Computers. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Darstellung verbreiteter und leistungsstarker Formen der Textgestaltung (wie Desk Top Publishing-Programme und Shared Editing-Systeme) und des -managements (wie Text-Retrieval, Datenbank-Management und automatische Formatierung).

Sodann erörtert der Verfasser Idee, Geschichte, Bedingungen und Anwendungen von Hypertext-Systemen. Als Arbeitsdefinition dient ihm: »Wenn man computergespeicherte Informationen miteinander verknüpft und dies an der Benutzeroberfläche kenntlich macht, erhält man einen Hypertext« (S. 56). Diese Bestimmung wird durch die Erläuterung von Elementen, Logiken und Prozessen in Hypertexten ergänzt. Die aus literarischen Handlungszusammenhängen entnommenen Begriffe »Leser«, »Autor« und »Text« prüft Gabriel hinsichtlich ihrer Anwendung auf Hypertext-Umgebungen. Dabei dienen Systemintegrationen von Bild-, Sound- und Videodokumenten als Beispiel für Einsatzmöglichkeiten von Hypertext.

Daraufhin beschreibt der Verfasser Ansätze, Entwicklungen, Voraussetzungen und Adaptionen von Intranet/Internet. Er verdeutlicht, daß Einrichtungen wie (Hoch-)Schulen, Bibliotheken, Archive sowie Verlage aufgrund der sich rasant wandelnden Informati-

onstechniken (wie WAIS, Gopher und WWW) angehalten sind, sich auf neue Formen der Zusammenarbeit einzulassen. Gabriel läßt Übersicht walten, indem er auf Mängel bei der Durchsetzung länderüberschreitender technischer, soziopolitischer, ökonomischer sowie rechtlicher Standards verweist. Hinsichtlich des Forschungs- und Vermittlungsbetriebs hebt er ausdrücklich hervor: »Es werden also gemeinsam neue Wege gesucht werden müssen, die elektronischen Informationssysteme für die wissenschaftliche Kommunikation zu nutzen« (S. 137).

Ferner beschäftigt sich der Verfasser mit allgemeinen Veränderungen der Gesellschaft im digitalen Zeitalter sowie mit besonderen Entwicklungen in den Bereichen des Wissens und Lernens. Drei Gesichtspunkte erweisen sich hier als wesentlich: »Individualisierung von Lernprozessen, Interaktivität und (unbegrenzte) Information und Kommunikation« (S. 152). Hinsichtlich der Schwierigkeiten, Folgen und Konsequenzen, die aus dem Umgang mit neuen Medien erfolgen, nennt Gabriel die Gesichtspunkte:

- »- Angebot und Zugang zu den Neuen Medien;
- organisatorische Strukturen in Schule und Hochschule;
- die integrative Funktion der Kulturwissenschaften;
- Chancen der Neuen Medien in Schulen und Hochschulen: politische Implikationen« (S. 184).

Abschließend erörtert Gabriel der Frage, ob das Buch in der Welt der Informationstechnologie noch gegenwärtig sein wird. Er äußert die Vermutung, daß sowohl dieses traditionelle Medium als »psychische[s] Produkt« als auch die lineare Form des Lesens sowie die literarische Welterfassung fortbestehen werden. Jedoch gilt zu beachten: »man wird das, was gut am Alten ist, nicht aufgeben müssen, wenn man die Chancen wahrnimmt, das Neue zu nutzen« (S. 209).

Die Darstellung zeichnet sich aus durch die Berücksichtigung einer technikversierten Literatur- bzw. Kulturwissenschaft, einer allgemeinen (technischen) Systemtheorie sowie einer konstruktivistischen Auffassung von Lehr- und Lernprozessen. Zu Recht verzichtet Gabriel auf eine detaillierte Bestandsaufnahme von Hard- und Software, die in der Regel nach kurzer Zeit ohnehin als überholt gelten. Mithin vermag der Verfasser, über seine erste Zielsetzung, die Herausforderung einer eingehenden Auseinandersetzung mit netzwerkgestützten Medien in den Kulturwissenschaften zu begründen, hinaus eine zweite zu verwirklichen: nämlich ansatzweise den »pragmatisch« sowie den »methodologisch« ausgerichteten Begriff der Kulturwissenschaft mit medienwissenschaftlichen Fragestellungen zu verbinden. Der umfangliche Anhang mit Hinweisen, Angaben und Anschriften zur Online-/Offline-Kommunikation nimmt sich als hilfreich für die eigenständige Vertiefung des Gegenstandes aus. Kurzum: Das Buch ermöglicht eine konstruktive - dabei aber nicht unkritische - fachspezifische Wissensaneignung hinsichtlich Medienkompetenz in den Kulturwissenschaften.

Christian Filk, Köln

Peter Ludes und Andreas Werner (Hrsg.)

Multimedia-Kommunikation.

Theorien, Trends und Praxis.

Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, 244 Seiten.

Nicht ohne Grund erklärte die »Gesellschaft für deutsche Sprache« den Fachausdruck »Multimedia« 1995 zum »Wort des Jahres«, wird doch damit eine tiefgreifende soziomediale Zäsur der Gegenwartsgeschichte angedeutet. Ein Blick auf die sich in ersten Zügen abzeichnenden Gesellschaftsveränderungen zeitigt weitreichende Problemfelder. Eine vorbehaltlose Auseinandersetzungen aus allen und in alle Richtungen ist dringlichst geboten. Vor diesem Hintergrund muß ein jedweder seriös - und nicht maniert - vortragener Erklärungsversuch, so begrenzt dessen konzeptionelle Reichweite aufgrund der dynamischen und komplexen informationstechnischen Entwicklungsschübe auch sei, grundsätzlich als willkommen gelten.

Der von dem Soziologen Peter Ludes und dem Wirtschaftswissenschaftler Andreas Werner als Herausgeber zu verantwortende Sammelband »Multimedia-Kommunikation« ist als ein solches Unternehmen zu betrachten. Die 13 zumeist medien- und kommunikationswissenschaftlichen Beiträge möchten selbstredend die Anschlußfähigkeit an andere Forschungsfelder ermöglichen. Dabei wird - expressis verbis - nicht der Anspruch verfochten, den Stand der Forschung zum Objektbereich »Multimedia« in Gänze zu erfassen, sondern der Wissenschaft sollen einige als »relevant« apostrophierte Ansätze und Befunde als Diskussionsofferten unterbreitet werden.

Der erste Teil sondiert Theorien und Trends. Eingangs entfaltet Werner Faulstich auf der Grundlage einer medien(kultur-)historischen Phasengliederung - angefangen von verbalen und szenischen Medien über Druckmedien bis hin zu elektronischen Medien - die These, daß mit Durchsetzung, Umgang und Betrachtung jeweils neuer Medien »Kulturschocks«, welche im Prinzip »Medienschocks« (S. 14, 31) sind, einhergehen. In ihrem Beitrag skizzieren Peter Ludes und Georg Schütte nachhaltige Veränderungen in der Produktion, Präsentation und Rezeption von Nachrichten durch den Wechsel von Fernsehprogrammen zu Multimediaangeboten; dabei konstatieren sie »eine neue Kluft zwischen dem größeren Ausmaß an Informationen, die zur Verfügung stehen, und einer niedrigeren, allgemein verbreiteten Kompetenz, ihre Zuverlässigkeit zu bewerten« (S. 62). Anhand von sieben Thesen diskutiert Margot Berghaus wechselseitige Zusammenhänge von Mensch und Multimedia; angesichts grundsätzlicher Umbrüche durch die Emergenz der Informationstechnologie fordert sie eine multimediale »Alphabetisierung/AlphaBITisierung der Gesellschaft« (S. 82) ein. Ausgehend von der terminologischen beziehungsweise theoretischen Gemengelage im medienwissenschaftlichen Diskurs geben Andreas Werner und Axel Becker in einer merkmalsdifferenzierenden Übersicht den Kenntnisstand zu Techniken, Inhalten sowie Anwendungen von Multimedia wieder. Aus funktionalistischer Sicht untersuchen Raoul Dobal und Andreas Werner das World Wide Web (WWW) - ein leistungsstarker Multimediadienst im Internet -; sie kommen zu dem Resultat, daß von den vorherrschenden Medienwir-

kungstheorien lediglich der »Use and Gratifications«-Ansatz für eine - wenn auch nur bedingte - Anwendung auf die neuen selektiven Medien taugt. Schließlich erörtert Andreas Werner vielfach geäußerte Auffassungen zu Multimedia hinsichtlich ihrer Stichhaltigkeit und stellt Überlegungen zur künftigen Multimediaentwicklung an.

Der zweite Teil reflektiert auf empirische Resultate und praktische Probleme von Multimediaadaptionen. Stefan Weiler rekonstruiert die Genese des Umgangs von Jugendlichen mit Computer und Internet von Beginn der 80er bis Ende der 90er Jahre; aufgrund seiner Untersuchung verweist er auf die Notwendigkeit des Erwerbs von Medienkompetenz insbesondere unter Kindern, Eltern und Erziehenden. Die dem Praxisfeld »Multimedia« entstammenden Beiträge von Gerhard Semar, Doris Gutting und Andreas Werner thematisieren vordringliche Fragen der Umstellung von Print- auf Offline-/Online-Medien. Ein besonderes Augenmerk gilt den Folgen und Konsequenzen für Presseverlage sowie Medienberufe. Anhand der Aspekte Funktionalität, Praktikabilität und Akzeptanz evaluiert Werner Degenhardt die oftmals unterschätzte Bedeutung des Screendesigns; als Anschauungsbeispiel dient ihm hierzu das WWW. Gestützt auf eine Umfrage von Betrieben der Medien- und Kommunikationswirtschaft im Rhein-Neckar-Raum analysiert Andreas Werner Bedingungen, Entwicklungen und Aussichten unterschiedlich ausgerichteter Unternehmen hinsichtlich ihrer Multimediaaktivitäten in den kommenden Jahren. Unter Berücksichtigung sich zum Teil widersprechender Arbeitsmarktprognosen konturiert Lutz Michel Anforderungs- respektive Ausbildungsprofile für die Multimediabranche.

Das Gros der Beiträge vermag dem - im »Vorwort« reklamierten - »kritischen« Impetus Rechnung zu tragen; wobei »kritisch« bedeutet, eben nicht, wie so oft, »Multimedia« sui generis in Frage zu stellen, sondern die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien in ihren spezifischen Kontexten zu erkennen, zu untersuchen und zu bewerten. Damit schaffen die Autorinnen und Autoren eine notwendige Voraussetzung, Desiderata in Forschung und Vermittlung, Theorie und Praxis benennen und beheben zu können.

Das inhaltliche Spektrum der Beiträge ist breit angelegt: Außer einer Thematisierung ökonomischer Tendenzen sowie technischen Basiswissens leisten die Autorinnen und Autoren einen bedeutsamen Informationstransfer im Bereich von Multimedia hinsichtlich historischer, kultureller, perzeptiver und pädagogischer Charakteristika. Fehlt dem Sammelband in mancher Hinsicht eine gewisse Tiefschürfigkeit, so macht er diesen widrigen Umstand durch eine thematische Vielfalt wett. Doch insgesamt kann die Aufsatzsammlung als ein hilfreiches Propädeutikum zur jüngsten Diskussion in Theorie und Praxis um das Problem »Multimedia« angesehen werden, wobei es - mehr denn je - darum gehen muß, die Bedingungen der Gestaltung einer soziokulturell verträglichen Installation multimedialer Technik zu erkennen - und schließlich umzusetzen.

Christian Filk, Köln

Jürgen E. Müller Intermedialität.

Formen moderner kultureller Kommunikation
(= Film und Medien in der Diskussion, Bd. 8).
Münster: Nodus Publikationen 1996,
335 Seiten.

In der weitläufigen Literatur werden mit der Metapher des »Inter« - in Nomenklaturen der »Intermedialität«, »Interaktivität« sowie »Interkulturalität« - Relationen zwischen Kommunikation und Medium, Mensch und Maschine, Kunst und Technologie thematisiert. Diesen, von der Anlage her transdisziplinären Wissenschaftskontexten werden in den 90er Jahren eine gesteigerte Aufmerksamkeit durch Medien- und Kommunikationsforschung zuteil.

So nimmt es nicht wunder, daß solchermaßen projektierte Studien auch der akademischen (Weiter-)Qualifizierung dienen. Selbiger Umstand trifft auf die im Winter 1995/1996 von der Universität Mannheim angenommene - offensichtlich romanistische - Habilitationsschrift »Intermedialität: Formen moderner kultureller Kommunikation« des (Medien-)Philologen Jürgen E. Müller (Instituut voor Film- en Televisiewetenschap der Universiteit van Amsterdam) zu.

Eingangs konturiert der Verfasser seine Forschungsperspektive. Er konstatiert, daß das Kommunikationszeitalter fortwährend (inter-)mediale Konfigurationen hervorbringt, die in medialen Transformationen mannigfaltigen Wandlungen in Neues und Anderes ausgesetzt sind. Vor diesem Hintergrund favorisiert Müller eine deskriptive Rekonstruktion der Intermedialisierung in verschiedenen Medienkonstellationen. Vornehmlich geht es ihm darum, »Aufschlüsse über die Art und Qualität medialer und intermedialer Prozesse in audiovisuellen Produkten sowie über deren mögliche Funktionen [zu] gewinnen« (S. 18).

Anschließend formuliert Müller »Prolegomena zu einer Theorie der Intermedialität«. Er zeichnet die Wurzeln in der Geschichte der Intermedialität nach und stellt die historische Relevanz und Funktion intermedialer Prozesse mit Blick auf Sprache, Schrift und Druck sowie auf Fotografie, Film, Radio, Fernsehen und Video heraus. Dabei kommt er zu dem Zwischenergebnis: Intermedialität sedimentiert sich in der Mediengeschichte auf drei Ebenen: »a) die Ebene der Einbettung von Medien(->Texten) in spezifische multi- und intermediale kommunikative Handlungszusammenhänge, b) die Ebene der intermedialen technischen Gegebenheiten von Dispositiven und c) die Ebene der Integration und Transformation von medialen Strukturen eines oder mehrerer Medien in den Kontext eines anderen Mediums« (S. 71). Eine Untersuchung der terminologischen und poetologischen Ursprünge der »Intermedialität« verweist konzeptuell, so der Verfasser, auf die Poetiken der Antike und Renaissance. In Auseinandersetzung mit pragmatischen, (kognitions-)psychologischen, semiotischen, ästhetischen sowie (medien-)historiografischen Positionen akzentuiert er die Bedeutung intermedial versierter Forschung. Nachhaltig plädiert Müller für eine Überwindung traditioneller Ansätze durch eine Theorie der Intermedialität, »indem sie deren Grenzen negiert und überschreitet, neue und andersartige Grenzziehungen (...) und interdisziplinäre Zusammenarbeit fordert« (S. 92).

Sodann reflektiert der Verfasser auf das grundlegende Problem (inter-)medialer Synthetisierungs- und Transformationsregeln. Mit Anleihen bei der Semiotik, der Intertextualität sowie dem Begriff »créances« skizziert er eine Phänomenologie und Alltagshermeneutik der »Situation«, um somit zu Unterscheidungen und Bestimmungen des intertextuellen und intermedialen Moments mit Situationen und »situativen créances« in literarischen und audiovisuellen Texten zu gewinnen. Situative créances bilden eine zweifache Prämisse für Produktion und Rezeption von Medientexten: »Zum einen konstituieren sie den Rahmen der literarischen Kommunikationssituation, zum anderen werden sie in Medientexte integriert und bilden dort einen stock [sic!] situativer Wissens-elemente, der sich aufgrund von gattungs- und medienspezifischen Gegebenheiten und Strukturen von Text zu Text unterscheidet« (S. 128f.).

Darauffin folgen (inter-)mediale Produktanalysen. Im Vorfeld führt Müller aus, »daß wir nur im einzelnen medialen Produkt auf die Spurensuche nach den jeweils anderen Medien gehen können« (S. 130). Die Fallstudien haben Exempla des 20. Jahrhunderts (d.h. Film, Radio/Hörspiel und Video-Art) zum Gegenstand. Der Verfasser intendiert, Prozesse des jeweils anderen Mediums im entsprechenden Basis-Medium zu analysieren. Das Medium Film nimmt sich hier als ein Schwerpunkt des produktanalytischen Prozederes aus. Müller analysiert intermediale Relationen zwischen Spielfilm und Literatur, Film und Video sowie Dokumentarfilm, Text und Fotografie.

Mit seinen historischen Analysen kann Müller die These stützen, daß Formen von Intermedialität in allen Phasen der neueren Mediengeschichte auszumachen sind. In Abstraktion davon resümiert er: »Die Historiographie »einzelner« audiovisueller Medien kann nur noch als eine intermediale Historiographie, als eine »integrierte Mediengeschichte« verfaßt werden, die den intermedialen kommunikativen Handlungszusammenhängen, den intermedialen Gegebenheiten der Dispositive und den intermedialen Transformationen medialer Konzepte Rechnung trägt« (S. 275f.). Abschließend diskutiert Müller Leitthesen einer historischen Medienpragmatik, die sich in erster Linie auf Funktionsbestimmungen und -zuschreibungen von medialen Handlungsweisen in spezifisch historischen Kontexten konzentriert.

Vom Thema her gesehen rangiert Müller mit seiner Arbeit zur Intermedialität in der vorderen Reihe der interdisziplinär versierten Medienwissenschaftler. Ihm ist in seinem Anliegen, Medientheorie und -geschichte von reduktionistischen Tendenzen auf Monomedialitäten zu befreien, unumschränkt beizupflichten. Nur die Wegmarken, wie eine solche Theorie der Intermedialität auszusehen hat, erweisen sich nach wie vor als strittig, beschreitet der Verfasser doch weithin (noch) konventionelle Pfade mit den bekannten (geisteswissenschaftlich-hermeneutischen) Dilemmata.

Dies wiegt umso schwerer, zumal er zu Beginn seiner Abhandlung (trotz besseren Wissens?!) konzedieren muß: »Bei allem Verständnis für den wissenschaftlichen Nutzen der Entwicklung einer Typologie intermedialer Wechselbeziehungen, möchte ich dieses Ziel nicht [sic!] in meiner Schrift verfolgen« (S. 23f.). Mithin gereicht ihm der Sachverhalt, daß er in

seinem Forschungsgang zum einen singuläre Phänomene und Produkte präferiert - so bedeutsam dies im Detail auch sein mag - sowie zum anderen die soziotechnischen und dispositiven Medienstrukturen marginalisiert, zu einem gleichsam strategischen wie konzeptionellen Nachteil. Denn er bringt sich somit, vom Studiendesign her betrachtet, um die Möglichkeit intermediale Taxonomien - gerade in funktionshistorischer Adaption - elaborieren zu können.

Hinsichtlich des Intermedialitätsdiskurses konstatiert der Verfasser zu Recht zwei Perspektivierungen: die eine sondiert Vorher/Nachher-Beziehungen durch Medienwechsel, die andere eruiert Verschmelzungen traditioneller und/oder neuer Kommunikationstechnologien im Medienwechsel. Der Terminus Intermedialität markiert dabei, so ließe sich ergänzen, die referentielle Schnittstelle der unterschiedlichsten medialen Ausdrucksformen.

Am Ende bleibt ein ambivalenter Eindruck zurück: Einerseits hat Jürgen E. Müller - will man seiner Argumentation folgen - einige beispielhafte Intermedialitätsbeziehungen erörtert; andererseits vermag er mit einer singularen Kasuistik nicht, die nächste qualitative Hürde der Intermedialitätsforschung zu nehmen, nämlich die Analyse der Konkurrenz-, Substitutions- und Innovationsprozesse der Medien.

Christian Filk, Köln

Georg Ruhrmann / Jörg-Uwe Nieland Interaktives Fernsehen.

Entwicklung, Dimensionen, Fragen, Thesen.
Opladen: Westdeutscher Verlag 1997, 309 Seiten.

Seit einigen Jahren hegen die Fernsehzuschauer die Hoffnung auf eine Entwicklung, die den passiven Rezipienten in den Rang eines aktiven Medienhandelnden heben soll, durch das interaktive Fernsehen. Im Jahre 1995 wollte auch der Deutsche Bundestag wissen, welche Formen von Interaktivität und Zuschauerpartizipation das Fernsehen der Zukunft erwarten läßt. Er gab deshalb bei seinem Büro für Technikfolgenabschätzung ein Gutachten in Auftrag, das den Stand der technischen Entwicklung und die Möglichkeiten zur Implementierung des interaktiven TV prüfen sollte.

Die Verfasser des damaligen Gutachtens, der Medienwissenschaftler Georg Ruhrmann und der Sozialwissenschaftler Jörg-Uwe Nieland, haben ihren Bericht nunmehr einer breiten Öffentlichkeit verfügbar gemacht, ergänzt durch einführende »medienwissenschaftliche Überlegungen zur Evolution der Medien, zur Informationsgesellschaft und den daraus resultierenden Konsequenzen für den Medienbegriff und die Medienkompetenz« (S. 19).

Diese Aspekte bilden einen Schwerpunkt des Bandes. Ruhrmann und Nieland stellen leicht nachvollziehbare Thesen zur Mediengesellschaft und Digitalisierung auf, der Stand der Diskussion zur Mediensoziologie, -evolution und -kompetenz wird kurz zusammengefaßt. Dem Konzept des Rückkanals wird ein gesonderter Exkurs gewidmet, der die wechselvolle Geschichte der Auseinandersetzung um jene Technologie aufzeigt: von den ersten Experimenten mit den »Zwei-Wege-Fernsehen« in den 70er Jahren bis hin zur Instrumentalisierung der Leitvokabel des

Rückkanals »für die Einführung des privat-kommerziellen Fernsehens« (S. 57) in den 80er Jahren. Viel Platz wird zudem den Techniken eingeräumt: Sendestandards, Digitalisierung, Datenreduktion, Vernetzung etc. werden eingeführt und in Beziehung zum interaktiven Fernsehen gesetzt.

Sodann stellen die Verfasser das interaktive Fernsehen als solches in das Zentrum der Betrachtung. Sie gehen der Frage nach, was meint eigentlich »Interaktivität«?, und stellen eine breite Palette von (Pilot-)Projekten aus den USA und der Bundesrepublik vor. Eine kritische Erörterung bereits durchgeführter Vorhaben beschließt diese Ausführungen.

Daraufhin erläutern Ruhrmann und Nieland Rahmenbedingungen der Implementierung, vor allem medienrechtliche und -politische Perspektiven sowie ökonomische und technische Probleme. Fragen wie die nach der Anpassung des Rundfunkrechts an die Bedingungen der Dienstleistungs- und Mediengesellschaft, nach »Deregulierung des gesamten Informations- und Kommunikationssektors« (S. 122) oder nach der Globalisierung des Medienmarktes werden ebenso gestellt, wie nach Möglichkeiten der Netzarchitektur und des Decoder-Systems.

Außerdem wird die »Integrationsleistung von Massenmedien, insbesondere des Fernsehens« (S. 207) untersucht. Kann interaktives Fernsehen zur Segmentierung gesellschaftlicher Kommunikation und damit zu Desintegrationsprozessen führen? Löst Interaktivität das bisherige (massen-)mediale Reproduktionskriterium »Aktualität« ab? Wie ändern sich Nutzungsprofile von Fernsehkonsumenten? Diese Fragen müssen, so die Verfasser, in eine öffentliche Debatte über Risiken und Chancen der neuen Technologien münden.

Abschließend geben Ruhrmann und Nieland auf der Basis von Erfahrungen in den Vereinigten Staaten mit der Einführung interaktiver Medien Empfehlungen für die Implementation. Strategien, Adaptionen und Regelungen (mit Blick auf Zulassung, Cross-Ownership, Jugenschutz usw.) werden in einem Katalog medienpolitischer Anregungen zum Ausdruck gebracht. Darüber hinaus werden - an die Adresse der Forschung gerichtet - Grundlagenstudien zu »medientechnischen, -ökonomischen, -rechtlichen und -pädagogischen Fragen digitalen Fernsehens« (S. 251) angemahnt.

In ihrem Band greifen die Verfasser eine Vielzahl von vordringlichen Problemerkissen auf. Das gut zu lesende Werk versucht in weiten Teilen treffend, Verbindungen zwischen kommunikationswissenschaftlichen Betrachtungen, medienpädagogischen Überlegungen, medientechnischen Anforderungen und medienpolitischen Hemmnissen in Bezug auf das interaktive Fernsehen herauszustellen. Dabei können allerdings etliche Themen nur andiskutiert, erschöpfende Ausführungen müssen häufig hintangestellt werden.

Für den Leser jedoch, der einen ersten Eindruck von der Problematik des interaktiven Fernsehens gewinnen möchte, stellt der Band solides Grundlagenwissen zur Verfügung. Ein ausführliches Glossar und ein guter Überblick über laufende sowie abgeschlossene Projekte zum interaktiven Fernsehen trägt, wie auch die gelungene thesenhafte Zusammenfassung,

menfassung der Essentials, zu einem vertiefenden Einblick in die Materie bei.

Letztlich bleibt jedoch die spannende Frage, ob und inwieweit die Entwicklung des Internet das (interaktive) Fernsehen nur noch zu einem Content-Provider unter Tausenden anderer werden läßt, - auch prospektiv - unbeantwortet. Sicherlich wird die Verschmelzung des Internet und des Fernsehens zu einem globalen interaktiven (Informations-)Medium uns weiterhin beschäftigen müssen. Der vorliegende Band ist ein erster notwendiger Schritt zu der von den Verfassern geforderten öffentlichen und vorbehaltlosen Diskussion.

Arndt Gerhard Bubenzer, Freiburg im Breisgau
Christian Filk, Köln

Georg Seeßlen

Thriller.

Kino der Angst (= Grundlagen des populären Films).
Marburg: Schüren Presseverlag 1995, 300 Seiten.

Unter der Genrebezeichnung ›Thriller‹ werden gemeinhin Romane, Filme, Hör- und Fernsehspiele verstanden, die auf reißerische Spannungs- und Schauereffekte abzielen. Mit einem erläuternden Verweis auf den ›Suspense‹ augenfälliger Paradebeispiele wie Fritz Langs »Dr. Mabuse, der Spieler« (1922), Carol Reeds »The Third Man« (1953) oder Alfred Hitchcocks »Psycho« (1960) scheinen bereits, so eine häufige vorschnelle Feststellung, die besonderen strukturellen Merkmale dieser fiktionalen Mediengattung benannt zu sein. Daß dem mitnichten so ist, stellt der Medienwissenschaftler und -journalist Georg Seeßlen, Mitherausgeber und Autor der Buchreihe »Grundlagen des populären Films«, eindrucksvoll unter Beweis. In seiner gleichsam anregenden wie tiefeschürfenden Arbeit »Thriller: Kino der Angst«, die nun überarbeitet und auf den neuesten Stand gebracht vorliegt, untersucht er Historie, Pragmatik und Ästhetik dieses Genres.

Gemäß der Gattungskonvention, führt Seeßlen aus, baut sich das Plot eines Thrillers um das Abenteuer eines geeigneten Protagonisten, in das sich das Movers der Handlung, die Angst, schrittweise entfalten kann. Der Handlungsstrang nimmt sich als eine Sequenz von Momenten aus, in denen sich die Angst manifestiert: Je mehr sich die Angst zum zentralen Motiv verdichtet, desto mehr tritt auch die in ihr angelegte Sehnsucht, mithin Lust, hervor - bis sie sich in einer gefährlichen Transformation selbst aufhebt. Das Konstitutivum des Genres, die Angst, zielt auf eine Katharsis, eine psychisch-emotionale Läuterung durch Erschütterung, ab, weshalb gerade der Thriller ein Filmgenre ist, das die Erfüllung von verborgenen, unbewußten Wünschen in der Phantasie ermöglicht.

Die formale Handlungsstruktur eines Thrillers läßt sich nach Ausführungen des Verfassers allgemein charakterisieren: Ein Protagonist mit unausgesprochenen Sehnsüchten ist angehalten, sich nicht nur mit seiner Angst zu befassen, sondern zudem gezwungen, sie überwinden zu müssen. Dies geschieht auf die Art und Weise, daß der Held entweder durch schicksalhafte oder durch zufällige Begebenheiten um seine Zufluchtsstätte, seine sichere Position in der Gesellschaft, gebracht wird. Mitunter sieht er sich ge-

nötigt, den Part eines »Schuldigen« zu übernehmen, ja sogar einen Anteil an jener Schuld(igkeit) zu akzeptieren, um sich falscher Verdächtigungen zu erwehren. In einem zu sich selbst kommenden Akt der Schuldannahme gelangt der Protagonist des Thrillers schließlich zu der Erkenntnis dessen, was ihn wirklich bedroht. Nachdrücklich weist Seeßlen darauf hin, daß die Handlung eines Thrillers nicht allein als reine Reflexion psychischer und emotionaler Prozesse zu bestimmen ist, sondern als unbewußte, jedoch zielgerichtete Suche nach anderen, lustvollen Lebensauffassungen.

Aus einer Sichtweise heraus, die sich nicht selten in deutlicher Opposition zu gängigen Auffassungen der Filmgeschichtsschreibung befindet, untersucht Seeßlen detailliert und kompetent die faszinierenden anthropologischen, mythologischen und psychologischen Grundannahmen des Genres, wobei insbesondere psychoanalytische Interpretationsansätze wichtige Ausgangs- und Zielpunkte seiner Überlegungen sind. Mit Hilfe eines differenzierten Modells des Thriller-Genres (samt entsprechender Subtypologie) zeichnet er phasenweise die Filmgeschichte nach. Er vermag eine beeindruckende Anzahl von sowohl bekannten als auch von eher vergessenen Werken akribisch zu analysieren und soziohistorisch bzw. -ästhetisch einzuordnen, angefangen von den Vorläufern des Thrillers in den 20er, 30er und der Schwarzen Serie in den 40er Jahren über den New Realism, die Big-Caper-Movies und das »Psycho«-Syndrom in den 50er, 60er und 70er Jahren bis hin zur »Zeit der Unübersichtlichkeit« in den 80er und 90er Jahren. Das große Verdienst Seeßlens ist zu zeigen, daß im Thriller-Abenteuer das »Modell einer persönlichen Revolution« eingeschrieben ist, das der Befreiung von einer Obsession gleichkommt, die das Schicksal oder der Zufall vorgeben. Bleibt, ein Fazit zu ziehen: Die Arbeit Georg Seeßlens dürfte vor allem für diejenigen Leser(innen) eine gewinn- und lustbringende Lektüre darstellen, die sich - möglichst unbeeindruckt von Filmgeschichte und -kritik - an der Pragmatik und Ästhetik der Medienprodukte selbst orientieren wollen.

Christian Filk, Köln

Pascal Ihle

Die journalistische Landesverteidigung im Zweiten Weltkrieg.

Eine kommunikationshistorische Studie.
Die Auslandsberichterstattung der vier Zürcher Tageszeitungen »Neue Zürcher Nachrichten«, »Neue Zürcher Zeitung«, »Tages-Anzeiger« und »Volksrecht« unter dem Pressenotrecht.
Zürich: Verlag der Neuen Zürcher Zeitung 1997, 236 Seiten.

Vom nationalsozialistischen Deutschen Reich im Norden und vom faschistischen Italien im Süden, die sich beide zur sogenannten »Achse« verbünden sollten, in den 30er Jahren in die Zange genommen, entwickelte die Schweiz eine eigene Strategie des politischen Überlebens. Nach anfänglicher Unsicherheit, wie sie sich insbesondere dem totalitären nördlichen Nachbarn gegenüber verhalten sollte, rang sich die Eidgenossenschaft zu einem politischen Neutralitätskurs durch, um dem Land die Unabhängigkeit und

Freiheit zu erhalten. Das mächtige Dritte Reich verlangte aber mehr, nämlich eine Gesinnungsneutralität, die den Massenmedien des kleinen Landes einen Maulkorb umhängen sollte. Sich mit einem derartigen Ansinnen anzufreunden, fiel den Schweizer Politikern schon wegen der in der Verfassung des Landes, eines der weltweit ältesten Demokratien, verankerten Pressefreiheit nicht leicht. Deutscher Druck aber bewirkte bereits im Frühjahr 1934, daß der Bundesrat Verbotsmaßnahmen gegen die Zeitungen ankündigte, »die durch besonders schwere Ausschreitungen die guten Beziehungen der Schweiz zu anderen Staaten gefährden.«

Diese Drohung, wiewohl allein in wenigen Ausnahmefällen umgesetzt, sollte eigentlich nur für eine Übergangszeit gelten, sie blieb aber wegen anhaltender Spannungen zwischen der Schweiz und dem Deutschen Reich, die nicht zuletzt auf die Berichterstattung eidgenössischer Zeitungen zurückzuführen waren, in Kraft. Diese Kontrolle der Presse ging zu Beginn des Zweiten Weltkriegs nahtlos in das in drei Schritten eingeführte Pressenotrecht über. Dabei erhielt das Armeekommando bzw. dessen Abteilung für Presse und Funkspruch den Auftrag, »zur Wahrung der (...) Sicherheit des Landes« alle privaten und öffentlichen Kommunikations- und Publikationsmittel, so auch Presse und Rundfunk, zu überwachen, und das Recht, Redaktionen zu verwarnen oder ihre Publikationsorgane für eine Zeit lang auch zu verbieten.

Daß während der Jahre des Zweiten Weltkriegs die journalistischen Medien der Schweiz nicht unabhängig und unkontrolliert über die Zeitereignisse berichten und sie kommentieren konnten, ist erstaunlicherweise wenig bekannt. Dabei gibt es einige Untersuchungen, die diesen Tatbestand erhellen haben, deren Ergebnisse aber offenbar nur unter Insidern die Runde machten. Zuletzt hat Ruth Halter-Schmidt in ihrer, Anfang der 80er Jahre als Buch erschienenen Dissertation über die Geschichte des Rundfunks in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs dies erneut herausgearbeitet.¹ Nunmehr liegt eine Publikation vor, die sich mit vier Zürcher Zeitungen und deren Auslandsberichterstattung jener Jahre unter dem Zeichen von Zensur und Selbstzensur befaßt.

Der Autor hat erklärtermaßen keine Geschichte einzelner Medienorgane schreiben wollen, sondern er will den Wandel des Kommunikationsprozesses während des Zweiten Weltkriegs aufzeigen. Es geht ihm auch nicht um die Auslandsbilder, die die untersuchten Zeitungen ihren Lesern vermittelt haben, sondern, wie sich Nachrichtenstruktur und die Struktur der Nachrichtenselektion verändert haben. Um möglichst prägnant die Unterschiede der Medienrealität im Zeichen unterschiedlicher politischer und juristischer Voraussetzungen herausarbeiten zu können, beschränkt er sich entgegen der Ankündigung des Buchtitels aber nicht auf die Zeit des Zweiten Weltkriegs. Vielmehr setzt er bereits 1933 mit dem Jahr der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland ein, als noch keine presserechtlichen Einschränkungen existierten, und vergleicht dieses mit der ersten Hälfte 1939, da bereits seit längerem Restriktionen in Kraft waren. Es schließen sich Vergleiche der Kriegsjahre 1941, 1943 und 1945 an, die unter strikter (Nach-)Zensur standen.

Nach einer Einführung in die Theorie der Kommunikationsgeschichte und Überlegungen zum »schweizerischen Pressenotrecht als Geschichte einer Institution(alisierung)« befaßt sich Ihle detailliert mit dem Pressenotrecht, das wegen der Pressionen des übermächtigen deutschen Nachbarn entwickelt wurde, das aber auch die Schweizer Zeitungen auf das Gebot der »geistigen Landesverteidigung«, d.h. der Verteidigung einer eigenen Schweizer Identität ein schwor. In einem knappen Exkurs streift er auch den Rundfunk von 1939 bis 1945, der stärker als die Printmedien zensiert wurde und der, mehr im Schatten der Presse stehend als in Konkurrenz zu ihr, trotz einer Vermehrung der Nachrichtentermine in diesen Jahren nicht zu einem politischen Faktor hat werden können.

Seinen Hauptteil widmet der Verfasser den vier Zürcher Tageszeitungen, auf die er sich deswegen konzentriert, da sie in der größten Stadt der Schweiz erschienen, die auch von Deutschland aus als kulturelles und geistiges Zentrum zumindest der Deutschschweiz wahrgenommen wurde. Außerdem standen ihm mit den »Neuen Zürcher Nachrichten« ein Blatt des konservativ-katholischen und mit der »Neuen Zürcher Zeitung« eines des freisinnigen (liberalen) Bürgertums zur Verfügung. Der »Tagesanzeiger«, einem Generalanzeiger nicht unähnlich, betrachtete sich als unabhängig, während das »Volksrecht« als Organ der Sozialdemokratie fungierte. Diese vier Zeitungen, durchaus als exemplarisch für die Schweizer Parteien- und Presselandschaft anzusehen, werden mit quantitativen Methoden, die sich in zahlreichen Grafiken und tabellarischen Übersichten niederschlagen, sezziert. Als materielle Grundlagen dienen dem Autor sogenannte »künstliche Wochen«, d.h. in jedem untersuchten Jahr interessieren ihn der erste Montag im Januar, der erste Dienstag im Februar, der erste Mittwoch im ... usw.. So befaßt er sich mit der Anzahl der Beiträge außenpolitischen Inhalts und deren prozentualen Anteil am Gesamtumfang der Zeitungen (steigend), der journalistischen Stilform (im Durchschnitt aller Jahre zu 90 Prozent nicht wertend), der thematischen Struktur (Anstieg des Militärischen von zwei Prozent im Jahr 1933 auf 54 Prozent im Jahr 1943), den Ländern, über die berichtet wird, den Herkunftsorten der Nachrichten oder den Handlungsträgern in der Berichterstattung.

Zusammenfassend hält Ihle fest, daß die Zeitungen, die in den 30er Jahren jeweils noch ein eigenes außenpolitisches Profil aufwiesen, in den Kriegsjahren sich in ihrer Berichterstattung doch sehr annäherten. Ob dies allerdings in starkem Maße dem Regime des Pressenotrechts oder vielmehr den unwirtlichen Zeiten, die von sich aus die Themen vorgaben, geschuldet ist, bleibt leider offen. Resignierend gibt der Autor zu: »Gerade in der Medienrealität fällt es am schwersten, die Auswirkung des Pressenotrechts auf die Selektionskriterien der Journalisten nachzuweisen« (S. 204).

Ansgar Diller, Frankfurt am Main

¹ Vgl. Ruth Halter-Schmidt: Schweizer Radio 1939 - 1945. Ein Beitrag zur Mediengeschichte. Bern / Stuttgart 1980. Vgl. Rezension in: Mitteilungen StRuG Jg. 7 (1981), H. 4, S. 260.

Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte.

Zeitschrift herausgegeben von Nikolaus Lobkowicz, Leonid Luks und Donal O'Sullivan vom Zentralinstitut für Mittel- und Osteuropastudien (ZIMOS) der Universität Eichstätt.

Jg. 1 (1997), H. 1, Köln u.a.: Böhlau 1997, 288 Seiten.

Vieles hat sich gewandelt seit den politischen Veränderungen in den Staaten Ostmittel- und Osteuropas. Diejenigen, die vom Westen aus den Blick nach Osten richteten, konnten den Ereignissen gar nicht so schnell folgen, geschweige denn sie verarbeiten, wie sich die Verhältnisse änderten. Denn mit den politischen Umbrüchen wechselten auch die Medien, die über die politischen Umbrüche informierten. Vor allem änderten sich die Namen der Publikationsorgane parallel zu den neu benannten Untersuchungsgegenständen. Dabei war nicht immer sofort zu erkennen, ob eine Zeitschrift im Strudel gänzlich untergegangen oder mit neuem Namen aufgetaucht war. Mittlerweile hat sich die Zeitschriftenlandschaft wieder konsolidiert, und siehe da, es gibt neben einigen betauernswerten Abgängen auch zu begrüßende Geburten. Eine davon ist die hier vorzustellende Zeitschrift, deren Profil sich im Titel ausdrückt: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte.

In der als Einstimmung genannten Vorrede des Mitherausgebers Nikolaus Lobkowicz befremdet ein wenig der theologische Ton, selbst wenn man bedenkt, daß Eichstätt die einzige katholische Universität des deutschen Sprachraums ist. Aber als Leitidee des Zentralinstituts für Mittel- und Osteuropastudien, des Geburtsortes der Publikation, vorgestellt zu bekommen, »den Nachbarn in den vormals kommunistischen Ländern auf ihrem mühsamen Weg in eine lichtere Zukunft beizustehen«, macht mißtrauisch. Zum Glück wird Lobkowicz wenig später konkreter und formuliert als Ziel der Zeitschrift, den Berg an Unkenntnis über die Abläufe in den mittel- und osteuropäischen Staaten während der kommunistischen Herrschaft abtragen zu helfen. Angesichts der Fülle neu zugänglicher Quellen könne dies nur mit den vereinten Kräften vieler wissenschaftlicher Einrichtungen geschehen. Recht hat er, und man fragt sich zum wiederholten Male, warum die Osteuropafor schung im neuen Deutschland allerorten ausgetrocknet wird. Umso nachdrücklicher ist dieses zweimal im Jahr erscheinende Forum zu begrüßen.

Das erste Heft enthält sechs Rubriken: 1. Totalitarismus-Diskussion, 2. Ideengeschichte, 3. Zeitgeschichte, 4. Dokumente, 5. Buchbesprechung und 6. Tagungsbericht, also das übliche Zeitschriftenspektrum. Nicht ganz klar bleibt dem Leser, warum die ersten beiden Rubriken nicht insgesamt unter Ideengeschichte behandelt wurden, so daß die drei Aufsätze zur Totalitarismus-Diskussion (Sergej Slutsch: Probleme des Vergleichs der totalitären Regime; Leonid Luks: Bolschewismus, Faschismus, Nationalsozialismus - verwandte Phänomene? Anmerkungen zu einer Kontroverse; Peter Bernholz: Ideology, Sects, State and Totalitarianism: A General Theory) mit dem einen Aufsatz in der Rubrik Ideengeschichte von Vladimir Kantor über die Demokratie als historisches Problem in Rußland zusammengefaßt wurden. Die

Rubrik Zeitgeschichte beinhaltet fünf Aufsätze, zwei zur Sowjetunion (Gennadij Kostyrchenko: Stalins »Propagandaminister«. Der Werdegang von Georgij Aleksandrov; Vladimir Naumov: Zur Geschichte der Geheimrede N.S. Chruscevs auf dem XX. Parteitag der KPdSU), zwei zu Polen (Jerzy Holzer: Drohte Polen 1980/81 eine sowjetische Intervention?; Andrzej Friszke: War die Volksrepublik Polen ein besetztes Land?) sowie einen zur Geschichte des Ostblocks (Arutjun Ulunjan: Sowjetische Einschätzungen der politischen Entwicklung in Osteuropa 1956-1991).

Es gibt nur wenige Publikationsorgane, die die Geschichte des Ostblocks insgesamt in seiner Vergleichbarkeit und seiner Andersartigkeit im Blick haben, und hierin liegt die Stärke der Neuerscheinung. Daß die Autoren die Geschichte des Kommunismus teils eher als Art Politkrimi und teils eher als Teil der Geschichte begreifen, liegt wohl an Alter und Temperament der Verfasser. Man darf auf die nächsten Ausgaben gespannt sein.

Carola Tischler, Berlin

50 Jahre Literatur in Rheinland-Pfalz.

Stimmen und Töne. Aus dem Archiv des Landesfunkhauses Mainz des Südwestfunks [Mainz: Südwestfunk] o. J., 2 CDs

Es ist immer verdienstvoll und richtig, an Schriftsteller mittels ihrer eigenen Stimme, meist also durch Rundfunkaufnahmen zu erinnern. Zu den auch heute noch bekannten Schriftstellern, die auf dem Gebiet des heutigen Bundeslandes Rheinland-Pfalz geboren wurden, wie Stefan Andres, Elisabeth Langgässer, Fritz von Unruh, Carl Zuckmayer und - als wohl bedeutendste unter ihnen - Anna Seghers, kommen auf diesen beiden CDs auch fast - oder wirklich - Vergessene zu Wort: der Pfarrer Jakob Kneip und die Lyrikerin Martha Saalfeld.

Aber die Frage muß doch gestellt werden, ob solche CDs wirklich so lieblos, so bar jeder konkreten Angabe über Anlaß, Ort und Datum der jeweiligen Rundfunksendung angefertigt werden müssen. Bei der gedruckten Übersicht über die sieben Schriftstellerporträts finden sich außer dem Namen, dem Geburts- und Sterbejahr sowie der Länge der Aufnahme keine weiteren Hinweise. Auch die gesprochenen Einführungen zu den meist autobiographisch angelegten Lesungen verzichten auf nahezu jegliche Informationen. Fritz von Unruhs Festrede zur Erinnerung an die Eröffnung der Deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 1948 - auch in der Edition enthalten - ist sicher auch beim SWF in Mainz archiviert, gehalten hat er die Rede aber in der Frankfurter Paulskirche; sie gehört also nicht zu den »Radio-Aufnahmen [dieses Schriftstellers] für das Mainzer Studio des Südwestfunks«. Selbst eine so simple Angabe wie das Publikationsjahr der beiden CDs sucht man vergeblich.

WR

Bibliographie

Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fachinstituten

Diplom-Studiengang Journalistik
Universität Dortmund
Institut für Journalistik
Emil-Figge-Straße 50
44227 Dortmund

Dissertationen 1992 - 1997

Mikos, Lothar: Es wird dein Leben! - Familienserien
im Fernsehen und im Alltagsleben der Zuschauer.
(1993)

Gerasch, Sabine: Journalistische Geschichtsdarstellung
im Hörfunk. Die Sendereihe »Zeichen der Zeit«
des Westdeutschen Rundfunks (besonders vom No-
vember 1986 bis November 1989 und von Juli 1990
bis Juni 1993). (1996)
(Historisches Institut Dortmund in Kooperation mit
Institut für Journalistik)

Muntschick, Thomas: Wenn die Welt ins Dorf kommt.
(1996)

Schiller, Thomas: NS-Propaganda für den »Arbeits-
einsatz«. (1996)

Weber, Andreas: Medienstrukturen in Italien. (1996)

Machill, Marcel: Frankreich Quotenreich - Medienpoli-
tik im Dienste der Grande Nation. (1997)

Diplomarbeiten 1989 - 1997

Elsner, Sylvia: Fernsehnachrichten für Kinder. (1989)

Prenzel, Udo: Angewandte Demokratie im Hörfunk?
Eine Fallstudie zur WDR-Sendereihe »Bürger und
Bürokraten«. (1989)

Bauer, Knut: Verkehrsservice im Radio der Bundes-
republik Deutschland - Geschichte - Aktueller Stand -
Perspektiven. (1990)

Buhrdorf, Jens-Olaf: Mitwirkungsmöglichkeiten von
Kindern im Hörfunk. (1990)

Haas, Helge: Inwieweit erfüllt das Jugendprogramm
im Fernsehen die Bedürfnisse der Jugendlichen?
(1990)

Krumm, Andrea: Aus dem Dschungel der Paragra-
phen ins Abenteuer Lokalfunk. Ein Gesetz wird Pra-
xis. Begleitende Studie zur Entwicklung des lokalen
Rundfunks im Kreis Recklinghausen. (1990)

Kusterer, Ralf: Bedeutung und Funktion der Musikkri-
tik in der Rockmusik. (1990)

Maschke, Christine: Kinderfunk - ein veraltetes Medi-
um mit Zukunft? (1990)

Merz, Birgit: Start: Entstehung und Verwirklichung
eines neuen Morgenmagazins im Hessischen Rund-
funk (1990)

Weber, Petra: Theater im Fernsehen. (1990)

Wiethoff, Thomas: Neue Nachrichtenformen im Hör-
funk - »Nachrichten um fünf« (WDR). (1990)

Wullenkord, Gerd: »heute« 1963-1973. Entwicklung
einer Nachrichtensendung. (1990)

Behrens, Carsten: Perestroika im Äther? Lokaler
Bürgerfunk in NRW. (1991)

Bischoff, Jürgen: Die politische Ökonomie von HDTV.
(1991)

Darzynkiewicz, Alicja: Polnischer Hörfunk 1939-45.
(1991)

Ehlert, Heike: Zwei Wellen. Zwei Welten? Öffentlich-
rechtlicher Rundfunk und Privatfunk in Mainz im Ver-
gleich. (1991)

Ekeman, Hakan: Türkische Sendungen im Rundfunk
und ihre Nutzungen: Integrationshilfen für Ausländer?
Untersucht am Beispiel türkischer Mitglieder eines
Fußballvereins. (1991)

Heydt, Sylvia: Fernsehprogrammmarkt Westeuropa.
(1991)

Kewitz, Hermann: Thematisierung im lokalen Hörfunk
- Eine Untersuchung über die Einflüsse aus Themen-
auswahl und Verarbeitung. (1991)

Niemand, Bettina: Radio Duisburg - Aufbau und Pro-
blem eines lokalen Hörfunkprogramms. (1991)

Schmidt, Anne: Frauenförderung im Journalismus.
Eine Bestandsaufnahme am Beispiel des WDR.
(1991)

Standl, Simone: Das ZDF Mittagmagazin. Aktuelles
und Information schon zur Mittagszeit. (1991)

Staupe, Linda: Montagekunst par excellence: Hör-
funkdramaturgie am Beispiel preisgekrönter Wirt-
schafts-Features. (1991)

Wißmann, Martin: Themenfindung im lokalen Radio
am Beispiel einer lokalen Rundfunkstation. (1991)

Boehmer, Wilhelm: Grenzen und Möglichkeiten der
Unternehmensberichterstattung am Beispiel des
Fernsehberichts »Blitz auf Rädern - Die Opel-Story«
im WDR am 13. 04. 1987. (1992)

Cassens, Erhard: Regionalisierung des Hörfunks in
Niedersachsen am Beispiel von NDR und ffn-
Osnabrück. (1992)

Cords, Suzanne: Der Schrei im Nordosten - Volks-
kommunikation und alternative Medien in Brasilien.
(1992)

Finke, Ralf: Fernseh-Kultur und -Unterhaltung im
Wandel der Zeit. (1992)

- Gierke, Christiane: HDTV - Höchst Debattiertes Fernsehen. (1992)
- Henkel, Hans-Bernhard: Privater Hörfunk in Baden-Württemberg im Umbruch. (1992)
- Knöbelspies, Karin: Chancen und Perspektiven der Demokratisierung des Rundfunksystems in Brasilien. Untersuchung aufgrund von Expertenbefragungen. (1992)
- Krasselt, Uwe: Das Mediensystem in den fünf neuen Bundesländern. (1992)
- Nahm, Rüdiger: Die landesweiten privaten Hörfunkanbieter - eine Bestandsaufnahme. (1992)
- Prämaßing, Petra: Ein »stern« fürs Fernsehen. Portrait eines politischen Fernsehmagazins. (1992)
- Riedel, Karin: Wenn Frauen dazwischenfunken. (1992)
- Roedel, Frank: Von Bildern und Menschen. Eine Näherung von Ästhetik und Wesen des Dokumentarfilms über den Vergleich mit fernsehjournalistischen Standards. (1992)
- Roser, Thomas: Die Medienpolitik der EG. (1992)
- Rütten, Manfred: Überlegungen zur Relevanz der bedürfnisorientierten Publikumsforschung bei der Programmgestaltung im Hörfunk und Möglichkeiten der Umsetzung am Beispiel der Sendereihe »Radio mit Sahne«. (1992)
- Schulz, Uwe: Das Rundfunkkonzept der Evangelikalen. (1992)
- Spang, Thomas: Die Nachrichtenarbeit über den Beginn des Golfkrieges bei den Deutschen. (1992)
- Steinbrecher, Michael / Weiske, Martin: Die Talkshow »live«. Zusammenhänge zwischen Gästerauswahl, Themenverlauf und Gesprächskonstellation. (1992)
- Witt, Andreas: Mit Tempo in die Langeweile? Zeitstrukturen im Fernsehen. Veranschaulicht am Beispiel von »Hier und Heute« und »ZAK«. (1992)
- Abmayr, Gerhard: Qualifikation von Hörfunkjournalisten. (1993)
- Baumanns, Bettina: Auftragsproduktionen im Fernsehen: Der Medienmarkt der Zukunft? Eine Marktanalyse am Beispiel des Medienstandortes Dortmund. (1993)
- Eberts, Volker: Das heimliche Hauptprogramm. Musik im zeitlichen Wandel des Hörfunks. (1993)
- Hartmann, Andreas / Otto, Sabine: Fernsehnachrichtenvergleich TG 1 (Italien) - Tagesschau (Westdeutschland). (1993)
- Hübner, Bernd: Mit Glanz und Gloria? Das Wachbataillon beim Bundesverteidigungsministerium im Spiegel der Öffentlichkeit. (1993)
- Kohlenbach, Gerhard: Das duale Fernsehsystem - eine Zwischenbilanz. (1993)
- Lübbert, Claudia: Nationaler Hörfunk nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. (1993)
- Schnek, Annette: »Funk im Test«. Begleitstudie zur Aufnahme des Sendebetriebs für den lokalen Rundfunk im Kreis Recklinghausen. (1993)
- Schut, Katrin: Beruf Auslandskorrespondent! Eine Untersuchung zu Arbeitsbedingungen und Berufseinstellungen von Auslandskorrespondenten des deutschen Fernsehens. (1993)
- Steger, Elisabeth: Abschied von der inszenierten Wirklichkeit. (1993)
- Uhl, Jürgen: DT 64 - ein kulturpolitisches Fossil? Vergangenheit und Zukunft eines Jugendradios in den neuen Bundesländern. (1993)
- Weber, Andreas: Vorgeschichte und Auswirkungen des italienischen Mediengesetzes. Eine Untersuchung anhand aktueller Literatur, von Expertenbefragungen und Erfahrungen aus der redaktionellen Praxis. (1993)
- Bröer, Guido: Haben und Sein im aktuellen Journalismus - am Beispiel der Asyldebatte seit den Pogromen in Rostock. (1994)
- Fechtig, Beate: Dramaturgie und Produktion von Frauenmagazinen im Fernsehen - am Beispiel von »Frauen-Fragen« (WDR). (1994)
- Godbersen, Alexa: Chancen und Probleme der Beteiligung von Kindern in der Radioproduktion. (1994)
- Hauf, Oliver / Rompczyk, Thomas: Wege in die Informationsgesellschaft. (1994)
- Jonkmanns, Elke: Deutschland einig Medienland: Wie das ZDF den Integrationsauftrag umsetzt. (1994)
- Jürgensonn, Klaus: Digitale Übertragungstechnik - Ausweg aus der Frequenzknappheit im Rundfunk? (1994)
- Kopitzke, Oliver: Programm-Promotion im deutschen Fernsehen. (1994)
- Machill, Marcel: Internationalisierung der französischen Medienlandschaft - Die Abwehr der französischen Medienpolitik gegenüber dem Einfluß des Auslands. (1994)
- Turic, Mario: Programmpräsentation: Information in eigener Sache - Wie TV-Veranstalter ihr Programm an den Zuschauer bringen. (1994)
- Dreykluft, Joachim: Nichtkommerzielle Lokalradios in Deutschland - Politische Rahmenbedingungen und Selbstverständnis der Macher am Beispiel von Radio Z, Burgarchiv Beverungen und Stadtradio Göttingen. (1995)
- Heller, Heinz: Lebenslauf eines »Radio-Stiefkindes«. Rundfunk in der Region am Beispiel WDR. (1995)
- Hogel, Kristov: Wettbewerb im Netz. Liberalisierung und Wandel der bundesdeutschen Telekommunikationsmärkte. (1995)
- Lorenzkowski, Barbara: Keep it small and stupid. Die Praxis des Videojournalismus im deutschsprachigen Ballungsraumfernsehen. (1995)

- Mesghena, Mekonnen: DIMTZI HAFASH: Radio im Krieg. Das Selbstverständnis eines eritreischen Befreiungssenders. (1995)
- Rosenberg, Martin: Homosexuelle Partizipation und partizipative Homosexualität. Das schwul-lesbische Radio Homo Laber. (1995)
- Schneider, Manuela: Himmel und Erde - eine kirchliche Sendung im privaten Hörfunk. Empirische Untersuchung zu Akzeptanz und Erwartungen von Hörerinnen und Hörern. (1995)
- Schweers, Magnus: Der elektronische Freund. Ab eins live: Domian. Eine empirische Untersuchung zu Motivation und Gratifikation von Anruferinnen und Anrufern des WDR Talk-Radios. (1995)
- Wagner, Uta-Maria: Die nonfiktionale Fernsehunterhaltung nach der Dualisierung des Rundfunksystems: Entwicklungen - Formen - Tendenzen. (1995)
- Bodin, Michael: Burnout im Journalismus. Eine empirische Untersuchung über Ausmaß, Ursachen und Folgen beruflicher Belastungen bei Journalisten. (1996)
- Bröker, Anja / Heck, Anne-Rose: Nix für die Generation X? Fernseh- und Hörfunkprogramme für die junge Zielgruppe. (1996)
- Busch, Peter: Wimbledon im Radio. Tennisreportagen der BBC. (1996)
- Busse, Tanja: Mythos in Musikvideos - Weltbilder und Inhalte von MTV und VIVA. (1996)
- Erdenberger, Ralph: Kultur Radio aktiv. (1996)
- Fischer, Achim: Weder Hexenwerk noch Zufallsprodukt. Qualität und Routinen im Wissenschaftsjournalismus. (1996)
- Gesthuysen, Anne: Mit Tiefgang untergegangen versus oberflächlich, aber obenauf. WDR Radio Münsterland und Radio France Champagne, zwei unterschiedliche Ansätze eines öffentlich-rechtlichen Regionalprogramms. (1996)
- Göttsche, Angela: Interkultureller Rundfunk am Beispiel von SFB-U-Multi-Kulti. (1996)
- Gugel, Katharina: Seelenstriptease im Fernsehen - warum und mit welchen Folgen? Motive und Konsequenzen medialer Präsenz in Talk-Shows. (1996)
- Kretzschmar, Sonja: Europäisches Fernsehen - Europäische Öffentlichkeit? Detailstudie am Beispiel des Fernsehsenders ARTE mit einer vergleichenden Sendungsanalyse regionaler, nationaler und transnationaler Europaberichterstattung. (1996)
- Noevers, Nicole / Windhausen, Stefanie: Fallstudie Euronews: Ist es möglich, einen europäischen Nachrichtensender zu realisieren? (1996)
- Schulze, Ulrich: Die deutsche Propaganda und die Mobilisierung für die »totale Kriegsführung« im Jahre 1943. (1996)
- Wegerhoff, Cornelia: »Das Wetter...« - Von der täglichen Pflicht zum täglichen Medienereignis. Entwicklung, Inhalt, Form und Anbieter des Wetterberichts in den deutschen Medien. (1996)
- Avgeris, Anastasios: Filmförderung und Film in Deutschland. (1997)
- Dezer, Christian: Europaberichterstattung im Fernsehen. Über die Chancen und Perspektiven eines wirklich europäischen Fernsehens. (1997)
- Hautau, Christiane: Ödipus trifft Mutter Beimer ... Bausteine der Dramahandlung und ihre Bedeutung für die fiktionale Drehbuchproduktion - dargestellt am Beispiel eines Fernsehspielfilms und einer Serienfolge. (1997)
- Klaus, Roland: Marktchancen des abonnentenfinanzierten Börsenfernsehens in Deutschland. (1997)
- Loose, Gabriele / Thale, Joachim: Kriegs- und Krisenberichterstattung. (1997)
- Losemann, Christian: WORLD CUP USA '94 - »Frei zu sein bedarf es wenig - Let's go West«. Vorberichterstattung über die Fußballweltmeisterschaft. (1997)
- Ludmann, Kersten: Perspektiven und Entwicklung des europäischen Public Service Rundfunk unter besonderer Berücksichtigung der BRD. (1997)
- Luppen, Marion: »Man(n) läßt sie nicht zu hoch kommen«. JournalistInnen sprechen über ihre Karriereverläufe und über Chancen von Frauen im Journalismus. Eine Interviewstudie mit zwölf ehemaligen und amtierenden Chefredakteurinnen im NRW-Lokalfunk. (1997)
- May, Katja: Regionale Sportsendungen am Beispiel des WDR Fernsehens. Eine quantitative und qualitative Analyse von Sportreihensendungen im WDR 1995. (1997)
- Müller, Jens: Unternehmensstrategien in der Telekommunikationsbranche. Rechtlicher Rahmen, internationale Erfahrungen und ökonomische Perspektiven. (1997)
- Pletz, Eckard: Hörfunkregionalisierung im WDR am Beispiel des südwestfälischen Raums (1997)
- Roland, Bettina: Tele 5. Eine Fallstudie. (1997)
- Schulte-Lippert, Nicole: »Morgen um die gleiche Zeit - nur bei uns...«. Eigenwerbung deutscher Fernsehsender. (1997)
- Seibel, Mike: Fernsehen und Einsamkeit am Beispiel älterer Menschen. (1997)
- Stein, Thomas: Perspektiven der Sportberichterstattung. Eine Bestandsaufnahme. (1997)
- Strecker, Stefanie: Gesucht: Festangestellte Hörer. Hörerbildungs-Strategien von Servicewellen am Beispiel von SWF 3 und SDR 1. (1997)

Zeitschriftenlese 75 (1.9. - 31.12.1997)

- Arngot, Mogens: Die Wiedereinführung des Bildungsfernsehens in Dänemark - eine Antwort auf die Herausforderungen durch die neuen Technologien. In: Bildungsprogramme im Fernsehen: Was wollen die Zuschauer? Hrsg. von Manfred Meyer. München 1997. S. 48-60.
- Barto, Jürgen: »Live aus ... « dem Alabama und anderen Hallen. In: *TeleviZion*. Jg. 9. 1996. H. 2. S. 33-36.
Zur Geschichte der Jugendfernsehensendung »Live aus ...« des Bayerischen Rundfunks, die 1984 als »Live aus dem Alabama« begann und in der Folgezeit je nach Sendeort mehrfach den Namen wechselte.
- Bernard, Birgit: Essen, Cincinnati: zur Biographie des Graphikers und Bühnenbildners Fritz Lewy (1893 - 1950). In: *Geschichte im Westen*. Jg. 12. 1997. H. 2. S. 150-174.
Lewy war 1927 bis 1933 Leiter (Chefgraphiker) der »Propaganda- und Bildstelle« der WERAG.
- Bernard, Birgit: Das Historische Archiv des Westdeutschen Rundfunks Köln. In: *Der Archivar*. Jg. 50. 1997. H. 1. Sp. 81-88.
- Biener, Hansjörg: Radio Free Asia. In: *Weltweit hören*. 1997. H. 8. S. 5
- Bünthe, Hans: RSO Saarbrücken: ein Orchester wird sechzig. In: *Saarländischer Rundfunk: Info*. 1997. H. 9. S. 4-5.
- Crary, Jonathan: Fernsehen im Zeitalter des Spektakels. In: *TV-Kultur. Das Fernsehen in der Kunst seit 1879*. Hrsg. von Wulf Herzogenrath u. a. Amsterdam, Dresden 1997. S. 66-75.
Historischer Überblick über medientheoretisch definierte Beziehungen des Fernsehens zum Begriff des Spektakels im 20. Jahrhundert (Guy Debord, Walter Benjamin u. a.).
- Diller, Ansgar: Rundfunkgeschichte. Vorgeschichte - Weimarer Republik - Drittes Reich - Besatzungszeit West - Bundesrepublik Deutschland. In: *Was Sie über Rundfunk wissen sollten. Materialien zum Verständnis eines Mediums*. Hrsg. von ARD und ZDF. Berlin 1997. S. 311-368.
- Friesel, Uwe: Kreative Experimente im Fernseh- und Hörspiel. Beispiele der Kooperation mit Autoren. In: Helmut Schanze, Susanne Pütz, Doris Rosenstein (Hrsg.) *Fernsehgeschichte - Fernsehgeschichten*. Siegen 1997. S. 103-108.
Beispiele aus der persönlichen Erfahrung als Rundfunkautor seit Anfang der siebziger Jahre.
- Gangloff, Tilmann P.: Abschied von einer Institution. »Deutschland im Umbruch« - so lautet bezeichnenderweise der Titel des letzten Funkkollegs, das Mitte Oktober [1997] begonnen hat. In: *Agenda*. 1997. H. 30. S. 62
- Geißlinger, Esther: Zwischen Putsch und Preissteigerung. Russische Medien auf dem Weg vom »alten« zum »neuen« Journalismus. In: *Publizistik*. Jg. 42. 1997. H. 3. S. 346-360.
- Groß, Sabine S.: 150 Folgen: Ein Fall für zwei. Detektiv und Anwalt - ein nicht ganz alltägliches Paar.. In: *ZDF. Monatsjournal*. Jg. 13. 1997. H. 9. S. 14-15.
- Gruber, Thomas: Klassik rund um die Uhr. Der Spartenkanal Bayern 4 Klassik. In: *ARD-Jahrbuch*. Jg. 29. 1997. S. 81-86.
Über Entwicklung [seit 1980], Perspektiven und Publikum des Klassikkanals.
- Hall, Peter Christian: Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland. Dualer Rundfunk: Ein neues System - und die Folgen. In: *Was Sie über Rundfunk wissen sollten. Materialien zum Verständnis eines Mediums*. Hrsg. von ARD und ZDF. Berlin 1997. S. 15-85.
- Heidsiek, Birgit: Gedächtnis der Mediengesellschaft. Das New Yorker Museum of Television & Radio dokumentiert die amerikanische Mediengeschichte. In: *Agenda*. H. 31. 1997. S. 64-65.
- Herber, O. F.: Markenzeichen Sport. Uly Wolters - ein Leben für den Sport im ZDF. In: *ZDF. Monatsjournal*. Jg. 13. 1997. H. 9. S. 36-37.
- Herkendell, Andreas W.: »Servus, Gruezi und Hallo.« Gedanken zur volkstümlichen Musik. In: *Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte*. Jg. 44. 1997. H. 11. S. 1033-1038.
Zur Entwicklung der volkstümlichen Musik im Rundfunk, vor allem im Fernsehen seit den 70er Jahren und zur Kooperation zwischen Musikindustrie und Rundfunkanstalten.
- Hickethier, Knut, Dietrich Leder: Das Fernsehjahr 1996/97. 2 Beiträge. In: *Jahrbuch Fernsehen 1996/1997*. Marl u.a. 1997. S. 97-131.
Knut Hickethier: *Kleine Konfliktchronik 1996*.
Dietrich Leder: *Geschäft, Gewalt, Betrug und andere Details. Das Fernsehjahr 1996 im Rückblick*.
- Hoppe, Joseph: Wie das Fernsehen in die Apparate kam. Die Anfänge von Technik und Programm der Television. In: *TV-Kultur. Das Fernsehen in der Kunst seit 1879*. Hrsg. von Wulf Herzogenrath u.a. Amsterdam, Dresden 1997. S. 24-47.
- Katz, Anne Rose: Als live noch live war ... Erinnerungen einer Fernsehkritikerin erster Stunde. In: Helmut Schanze, Susanne Pütz, Doris Rosenstein (Hrsg.) *Fernsehgeschichte - Fernsehgeschichten*. Siegen 1997. S. 85-92.
- Knott-Wolf, Brigitte: Kritische Randnotizen zur Entwicklung des Fernsehprogramms. In: Helmut Schanze, Susanne Pütz, Doris Rosenstein (Hrsg.) *Fernsehgeschichte - Fernsehgeschichten*. Siegen 1997. S. 93-101.
- Krüger, Udo Michael, Thomas Zapf-Schramm: ARD 3 - mit stabilem Programmprofil im Wettbewerb behauptet. Programmstrukturelle Trends bei den Dritten Programmen 1992 bis 1996. In: *Media Perspektiven*. 1997. H. 12. S. 638-651.
- Ladwig, Gisela: Von der Bühne auf den Bildschirm: Medienspezifische Wertungsdiskussion am Beispiel »Toller« / »Rotmord«. In: Sibylle Bolik, Helmut Schan-

ze: Qualitätsfernsehen - Fernsehqualitäten. Siegen 1997. S. 33-52.

»Das Fernsehspiel Rotmord, das am 21. 4. 1969 in der ARD urgesendet wurde, schrieb als erste Produktion, die ästhetisch konsequent mit den Mitteln des Mediums arbeitete, Fernsehgeschichte.« Darin: Fernsehgeschichtlicher Hintergrund und Entwicklung des Fernsehspiels.

Leder, Dietrich: Probleme der Fernsehgeschichtsschreibung aus der Perspektive des Fernsehkritikers. In: Helmut Schanze, Susanne Pütz, Doris Rosenstein (Hrsg.) Fernsehgeschichte - Fernsehgeschichten. Siegen 1997. S. 109-116.

Legal, Claus: Im Auftrag der Polizei - im Namen der Opfer. »Aktenzeichen XY...ungelöst« zum 300. Mal. In: ZDF. Monatsjournal. Jg. 13. 1997. H. 10. S. 78-79.

MacMurrough-Kavanagh, M. K.: The BBC and the birth of »The Wednesday Play«, 1962 - 66: institutional containment versus »agitational contemporaneity«. In: Historical journal of film, radio and television. Vol. 17. 1997. Nr. 3. S. 367-381.

»The Wednesday Play« war in den 60er Jahren ein Sendeplatz der BBC für anspruchsvolle, in Form und Inhalt experimentelle Fernsehspiele.

Marcus, Daniel: NBC's »Project XX«: television and American history at the end of ideology. In: Historical journal of film, radio and television. Vol. 17. 1997. Nr. 3. S. 347-366.

»Project XX« war eine 20 Jahre laufende nichtfiktionale Serie der NBC seit 1954 über die Geschichte Amerikas. »Project XX« und die 26teilige Vorläuferserie »Victory at Sea« über die amerikanische Kriegsmarine im Zweiten Weltkrieg waren Bestandteile der NBC-Kampagne, dem Sender ein kulturelles Profil zu geben.

Mühl-Benninghaus, Wolfgang: Rundfunkgeschichte. Sowjetische Besatzungszone - DDR - Die Wende. In: Was Sie über Rundfunk wissen sollten. Materialien zum Verständnis eines Mediums. Hrsg. von ARD und ZDF. Berlin 1997. S. 369-394.

Papathanassopoulos, Stylianos: The politics and the effects of the deregulation of Greek television. In: European journal of communication. Vol. 12. 1997. Nr. 3. 351-368.

Roth, Thomas: 50 Jahre NRW - 40 Jahre WDR-Radio. Zum Jubiläum »50 Jahre NRW« und zur Rolle des WDR im Lande. In: Westdeutscher Rundfunk. Jahresbericht. 1996. Köln 1997. S. 58-59.

Saur, Karl-Otto: Das Denkbare und das Undenkbare denken. Jubiläum der besonderen Art: 20 Jahre ZFP - Programmfortbildung ARD und ZDF. In: ZDF-Kontakt. 1997. H. 12. S. 3-5.

Schlie, Hans-Walter: Fünf Jahre ARTE. In: Dokument. Jg. 53. 1997. H. 4. S. 326-332.

Schmidt, Michael: Musik in den Medien. Füllhorn oder Klangtapete?. In: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte. Jg. 44. 1997. H. 11. S. 984-991.

Über die Funktionen der Musik in den Massenmedien als Propagandainstrument (z.B. »Wunsch-

konzert für die Wehrmacht«), als unterhaltende Berieselung und als werbewirksame Manipulation.

Silbermann, Alphons: Einmischen und nicht feige sein. Die Entwicklung und Funktion der Medienwissenschaft aus persönlicher Sicht. In: Helmut Schanze, Susanne Pütz, Doris Rosenstein (Hrsg.) Fernsehgeschichte - Fernsehgeschichten. Siegen 1997. S. 13-25.

Szabó, Tamas: Rundfunk, Politik und das neue Mediengesetz in Ungarn. In: Communicatio socialis. Jg. 30. 1997. H. 4. S. 362-382.

Darin: Die Entstehungsgeschichte des ungarischen Mediengesetzes.

Medien und Politik in Ungarn. Historischer Exkurs.

Medien und Politik nach der Wende 1989/1990.

Thiele, Matthias: Wer Fernsehen zeigt, zeigt Fernsehen, zeigt Fernsehen als Fernsehen als Wiederholung der Wiederholung. Eine Führung durch die Ausstellung »Der Traum vom Sehen« [Oberhausen 1997]. In: Medienwissenschaft: rezensionen, reviews. 1997. H. 4. S. 393-399.

Thomas, Sven: TV versus Cinema. Kino und Fernsehen in den USA der 50er Jahre. In: TV-Kultur. Das Fernsehen in der Kunst seit 1879. Hrsg. von Wulf Herzogenrath u. a. Amsterdam, Dresden 1997. S. 48-65.

Thull, Martin: Hilfe zur eigenen Urteilsbildung. Vom Katholischen Rundfunkinstitut zum Katholischen Institut für Medieninformation (KIM) als GmbH in Köln. In: Communicatio socialis. Jg. 30. 1997. H. 2. S. 127-134.

Winckler, Stefan: Ein kritischer Journalist aus Berlin. Studie über Gerhard Löwenthal. In: Criticón. Jg. 27. 1997. Nr. 155. S. 138-140.

Ergebnisse einer veröffentlichten Magisterarbeit (Paderborn 1997) über Berufsweg und journalistisches Selbstverständnis des langjährigen Leiters des »ZDF-Magazins« (1968 - 1987).

Yu Huang, Xu Yu: Broadcasting and politics: Chinese television in the Mao era, 1958 - 1976. In: Historical journal of film, radio and television. Vol. 17. 1997. Nr. 4. S. 563-574.

Rudolf Lang, Köln

Mitteilungen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte

29. Jahrestagung des Studienkreises in Leipzig (5. und 6. Mai 1998)

Die 29. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk und Geschichte, veranstaltet in Verbindung mit dem Mitteldeutschen Medienforum, findet am 5. und 6. Mai 1998 in Leipzig statt. Sie befaßt sich mit den medialen Umbrüchen in unserem Jahrhundert - Prognosen und Fakten.

Programm der Jahrestagung

Dienstag 5. Mai 1998

- Ort: Hotel Inter-Continental, Leipzig,
Gerberstraße 15
- 9.00 Uhr Eröffnung
Vorsitzender Dr. Helmut Drück (Berlin)
- 9.15 Uhr Toncollage aus apokalyptischen und euphorischen Visionen medialer Umbrüche von der Antike bis heute
Produktion: mephisto 97.6 – das UniRadio (Leipzig)
- 9.30 Uhr Über den Sinn und Unsinn von Prognosen
Prof. Dr. Klaus Schrape (Basel)
- 10.15 Uhr Die mediale Wende vom Stumm- zum Tonfilm
Prof. Dr. Wolfgang Mühl-Benninghaus (Berlin)
- 11.00 Uhr Kaffeepause
- 11.15 Uhr Medien-, bildungs- und wirtschaftspolitische Vorstellungen zu einer human-computerisierten Gesellschaft
Prof. Dr. Klaus Haefner (Bremen)
- 12.00 Uhr Diskussionsrunde mit den Referenten des Vormittags
Moderation:
Prof. Dr. Reinhold Viehoff (Halle)
- 13.00 Uhr Mittagessen
- 14.30 Uhr Von der Reproduktion zur Illusion. Technik-Wende im Rundfunk der 80er Jahre
Dipl.- Ing. Werner Hinz (Bergisch Gladbach)

- 15.15 Uhr Qualitative Perspektiven von Medien-Umbrüchen
Prof. Dr. Helmut Schanze (Siegen)
- 16.00 Uhr Kaffeepause
- 16.15 Uhr Mediale Umbrüche – Disziplinierung der Wahrnehmung?
Prof. Dr. Reinhold Viehoff (Halle)
- 17.00 Uhr Netzperspektiven: Gibt es eine Multimedia- Ethik?
Dr. Bernhard Debatin (Leipzig)
- 17.45 Uhr - 18.30 Uhr Diskussionsrunde mit den Referenten des Nachmittags
Moderation:
Prof. Dr. Rüdiger Steinmetz (Leipzig)

Mittwoch 6. Mai 1998

Fachgruppensitzungen

- Ort: Haus des Buches
Gerichtsweg/Ecke Prager Straße
- 9.00 Uhr **Archive und Dokumentation gemeinsam mit der Fachgruppe Technik**
Neue Speichertechniken und automatisierte Dokumentationsverfahren: Konsequenzen für die Überlieferungsbildung in Rundfunkarchiven und Folgen für die externen Nutzer
Moderation:
Dr. Edgar Lersch (Stuttgart) und Dipl.-Ing. Peter Pfirstinger (München)
- 11.00 Uhr **Musik**
Musik im Spannungsfeld zwischen Rundfunk und Musikverlagen: Wechselbeziehungen am Beispiel der »neuen Musik«
Moderation:
Dr. Wolfgang Sieber (Frankfurt am Main)
- 11.00 Uhr **Literatur**
»Leipzig kommt ... mit Dichterlesungen« - Ein Konzept für Literaturvermittlung in der Diskussion
Moderation:
Prof. Dr. Reinhold Viehoff (Halle)
- 13.00 Uhr **Ende der Tagung**

Aus der Vorstandsarbeit des Studienkreises

Während einer anderthalbtägigen Sitzung des Vorstandes des Studienkreises Rundfunk und Geschichte am 30. und 31. Januar 1998 in Frankfurt am Main kam es zu einer längeren Aussprache über die langfristigen Ziele des Studienkreises. Es wurde sowohl über die in der Mitgliederversammlung in Potsdam im September 1997 vorgetragenen Mängel in der Selbstdarstellung und Öffentlichkeitsarbeit wie auch über die finanziellen Zwänge und Engpässe diskutiert, die manche Verbesserung der Vorstandstätigkeit und wünschenswerte Ergänzungen im Aufgabenspektrum kaum erlauben. Sachliche Gründe wie finanzielle Zwänge lassen es auf jeden Fall sinnvoll erscheinen, stärker mit Vereinen und Verbänden mit gleich oder ähnlich gerichteten Zielen zu kooperieren. Aus diesem Grund griff der Vorstand gerne eine Anregung auf, eine gemeinsame Sitzung der Vorstände von Deutscher Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (DGPK), der Gesellschaft für Film und Fernsehen (GFF) und des Studienkreises durchzuführen. Dieses Gespräch fand am 16. März 1998 in Leipzig statt. Der Meinungsaustausch der drei Vereinigungen, die jeweils durch ihre Vorsitzenden und weitere Vorstandsmitglieder vertreten waren, machte die zum Teil unterschiedlichen Zielsetzungen deutlich und zeigte die Felder auf, auf denen Zusammenarbeit möglich bzw. wünschenswert ist. Über die Tagungen der einzelnen Vereinigungen soll jeweils in den Mitteilungsblättern der anderen hingewiesen werden; auch eine Verzahnung der thematisch gleichgelagerten Fachgruppen wurde erörtert. Einvernehmen bestand darüber, daß sich jede Vereinigung an der Gründung der European Association for Communication Research (ECR), die bei einem Treffen am 14. Juni 1998 in Frankfurt am Main ins Leben gerufen werden soll, beteiligen wird.

Auf der Vorstandssitzung des Studienkreises im Januar wurden auch die Umstände der zeitlichen Verschiebung von Jahrestagung und Doktorandenkolloquium erörtert. Eine Verlagerung der Jahrestagung auf den Mai wurde notwendig, da sie, wie seit längerem geplant im Zusammenhang mit dem »Mitteldeutschen Medienforum« stattfinden soll, dessen Termin um die Jahreswende 1997/98 kurzfristig verschoben wurde. Dies ist auch der Grund für die Reduzierung des Plenums der Studienkreistagung auf einen Tag, da in aller Eile für das schon seit längerem feststehende Generalthema Referenten gewonnen werden mußten. Mit der Jahrestagung im Mai wird auch ein Einstieg in die vor zwei Jahren vom Vorstand beschlossene Verlagerung des

Termins der Jahrestagung vom Herbst auf das Frühjahr eingeleitet. Dieser Beschluß wurde mit der Begründung gefaßt, das Jahrestreffen des Studienkreises Rundfunk und Geschichte von den vielen Herbstterminen wissenschaftlicher Vereinigungen (Historikertag, Archivtag, Dokumentartag) in das weniger mit Tagungen gefüllte Frühjahr zu verlegen. Erörtert wurden auf der Jahrestagung auch Zeitpunkt und Thema der Jahrestagung 1999, die in Siegen, voraussichtlich ebenfalls im Mai, stattfinden und sich im Rahmen einer internationalen Tagung des Sonderforschungsbereichs 240 »Bildschirmmedien« mit »Fernsehgeschichte« beschäftigen wird.

Das Doktorandenkolloquium wird wegen der Verlagerung der Jahrestagung auf das Frühjahr in Zukunft im Herbst stattfinden, aus organisatorischen Gründen aber während des Semesters. Das nächste Treffen zum Gedankenaustausch für die Bearbeiter von Abschlußarbeiten aus dem Bereich der Kommunikationsgeschichte bzw. Kommunikationswissenschaft mit Schwerpunkt Rundfunk wird vom 6. bis 8. November 1998 in Baden-Baden organisiert.

Besprochen wurden während der Frankfurter Vorstandssitzung außerdem die finanziell angespannte Lage des Vereins, mögliche Verbesserungen des Layouts der Zeitschrift »Rundfunk und Geschichte« und die Vorbereitungen auf den Deutschen Historikertag Anfang September in Frankfurt am Main, bei dem der Studienkreis eine Sektion zur Rundfunkgeschichte gestalten wird.

EL

Informationen aus dem Deutschen Rundfunkarchiv

Promotionsstipendien für DDR-Rundfunkgeschichte

Im Dezember 1997 hat das Kuratorium zur Vergabe der Promotionsstipendien der ARD für Arbeiten zur Rundfunk- und Mediengeschichte der DDR für 1998 entschieden: Die beiden, über die Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin, monatlich mit jeweils DM 1 800,-- Geförderten sind Maral Herbst (Humboldt-Universität zu Berlin; Betreuer: Prof. Dr. Wolfgang Mühl-Benninghaus) und Thomas Schuhbauer (Freie Universität Berlin; Betreuer Prof. Dr. Peter Steinbach).

Maral Herbst befaßt sich in ihrer Dissertation vergleichend mit den Rundfunkanstalten Nordwestdeutscher Rundfunk [Berlin] / Sender Freies Berlin und Berliner Rundfunk in der Zeit des Kalten Krieges von 1949 bis 1961 in Deutschland. Die Autorin geht von der These aus, daß während dieser Zeit die Aufrechterhaltung des status quo in beiden deutschen Staaten nicht nur erklärtes Ziel der Politik im allgemeinen, sondern des Rundfunks im besonderen war. Dennoch wurde der Rundfunk in West- und in Ost-Berlin dazu benutzt, von der Position des Gleichstands aus zu provozieren, zum Wettlauf der (Rundfunk-)Systeme aufzurufen und um die Gunst des »deutschen« Hörers in Berlin zu wetteifern.

Thomas Schuhbauer hat den Umbruch im Fernsehen der DDR zum Thema seiner Dissertation gemacht. Am Beispiel des Magazins »Elf99« will er die Rolle des Fernsehens während der Wende und im Prozeß der deutschen Vereinigung von 1989 bis 1991 analysieren. Er hat »Elf99«, entstanden als Jugendsendung in der Nachfolge der Unterhaltungsshow »rund«, ausgewählt, da nach seiner Meinung keine andere Sendung die Dynamik des Umbruchs dieser Jahre verkörperte. Als Zugeständnis an eine desillusionierende Jugend entstanden, konformistisch eingeschnürt, wandelte sich das Magazin fast über Nacht zu einer rebellischen Sendung, definierte mit seinen investigativen Reportagen ein neues journalistisches Selbstverständnis und beschäftigte sogar die Volkskammer und den Ministerrat der DDR, bevor es als prominentestes Fernsehmagazin des Ostens im Prozeß der deutschen Einigung Stellung bezog.

DRA

Fernsehmagazine, Kriminalhörspiele Neuerscheinungen in der Buchreihe des DRA

In der Reihe »Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs« Frankfurt am Main - Berlin sind weitere Publikationen erschienen, die sich mit verschiedenen rundfunkhistorischen Themen befassen, mit Fernsehmagazinen und Kriminalhörspielen.

Das Lexikon »Von ›AHA‹ bis ›VISITE‹« erschließt die Geschichte der Magazine im Fernsehen der DDR und gibt einen Einblick in einen wichtigen Bereich der DDR-Fernsehgeschichte. Die Dokumentation entstand als Produkt einer Kooperation zwischen dem Sonderforschungsbereich 240 der Deutschen Forschungsgemeinschaft »Bildschirmmedien - Ästhetik, Pragmatik und Geschichte« an der Gesamthochschule Siegen und der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin. Der erste Teil des Bandes vermittelt in der magazingeschichtlichen Einführung einen Überblick, erläutert den historischen Kontext und berücksichtigt die DDR-spezifische Entwicklung dieses Fernsehgenres. Der lexikalische Hauptteil bietet in alphabetischer Reihenfolge der Magazine neben Formaldaten (Ausstrahlungszeitraum, Redaktionsbezeichnung und Moderatorenname) auch eine Kurzbeschreibung sowie eine Bibliographie der zeitgenössischen Rezensionen.

Anja Kreutz / Uta Löcher / Doris Rosenstein: Von »AHA« bis »VISITE«. Ein Lexikon der Magazinreihen im DDR-Fernsehen (1952 - 1990/91) (= Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 13). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg 1998, 336 Seiten. ISBN 3-930850-89-3.

Die Dokumentation »Kriminalhörspiele 1924 - 1994« ist das Ergebnis einer vieljährigen Arbeit einer Privatperson, die die im Deutschen Rundfunkarchiv erarbeiteten Jahressbände »Hörspiele in der ARD« ergänzt. Sie erscheint in einer Zeit, in der das Kriminalhörspiel sich größter Beliebtheit erfreut und Kassetteneditionen herausgebracht werden, die nur dem Kriminalhörspiel verpflichtet sind. Die meisten Hörspielredaktionen haben dem Krimi einen festen Sendeplatz reserviert, weil sie von einem treuen Hörerstamm ausgehen. Kaum ein Hörspielgenre hat sich über die Jahre hin so konstant in der Beliebtheitskala der Hörer behauptet wie der

Krimi, so daß eine Spezialdokumentation zu diesem Thema lange überfällig war. Nach einer Einführung, die sich mit der Entwicklungsgeschichte des Krimis im Radio von den Anfängen des Rundfunks bis beinahe in die Gegenwart befaßt, folgen in alphabetischer Reihenfolge die Formaldaten der ermittelten Produktionen (Titel, Autor, Mitwirkende, Sendedatum, Rundfunkanbieter) sowie in vielen Fällen eine Inhaltsbeschreibung.

Kriminalhörspiele 1924 - 1994. Zusammenstellt und bearbeitet von Andreas Meyer (= Veröffentlichungen des Deutschen Rundfunkarchivs, Bd. 14). Potsdam: Verlag für Berlin-Brandenburg 1998, 600 Seiten. ISBN 3-932981-01-4.

DRA

sche Einordnung jeder einzelnen Aufnahme, für deren Auswahl er verantwortlich ist, vornimmt. Die CD kann vom Deutschen Historischen Museum Berlin oder vom Deutschen Rundfunkarchiv Frankfurt am Main - Berlin für DM 9,95 bezogen werden.

DRA

DRA-CD »1848 - geteiltes Erbe«

Einige Feiern, die im Frühjahr 1948 in Deutschland stattfanden und an die gescheiterte Revolution von 1848 erinnerten und von denen etliche als Tonaufnahmen erhalten geblieben sind, dokumentiert die von der Stiftung Deutsches Rundfunkarchiv (DRA) Frankfurt am Main - Berlin in Kooperation mit dem Deutschen Historischen Museum Berlin in der Reihe »Stimmen des Jahrhunderts« herausgebrachte CD »1848 - geteiltes Erbe«. Der Titel der CD macht darauf aufmerksam, daß die damaligen Veranstaltungen bereits unter dem Vorzeichen des Kalten Krieges standen. So blieben die Vertreter der SED und der kommunistischen Massenorganisationen am 17. März 1948 bei der Tagung des zweiten Volkskongresses »Für Freiheit und gerechten Frieden« in der Berliner Staatsoper mit einer Ansprache des SED-Vorsitzenden Otto Grotewohl unter sich. An der Feierstunde des Berliner Magistrats in der Städtischen Oper mit dem Hauptredner, dem langjährigen Reichspräsidenten der Weimarer Republik Paul Löwe, und an der Kundgebung auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag, auf der der spätere Berliner SPD-Oberbürgermeister Ernst Reuter sprach, nahm kein Vertreter der SED teil. Getrennt wurde auch der Eröffnung der Deutschen Nationalversammlung am 18. Mai 100 Jahre zuvor gedacht: In Frankfurt am Main sprach in der Paulskirche neben Oberbürgermeister Walter Kolb als Festredner der Schriftsteller Fritz von Unruh, in Berlin kam während einer Sitzung des Deutschen Volksrates im Haus der Deutschen Wirtschaftskommission vor allem der Vorsitzende der SED Wilhelm Pieck zu Wort.

Die 13 Tonaufnahmen, die aus den beiden Phonotheken des DRA in Frankfurt am Main und Berlin stammen, sind mit einem illustrierten Beihft versehen, in dem Walter Roller eine histori-